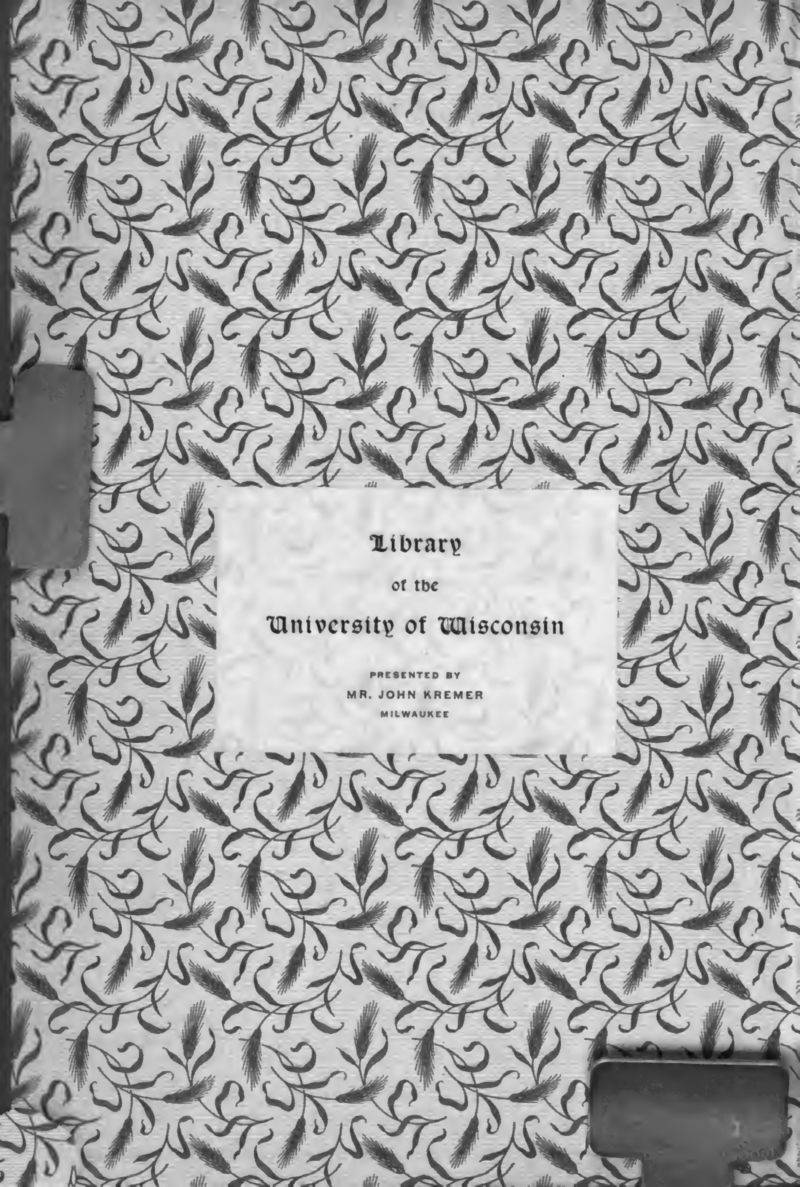


Dr. Paul Rohrbach


Library
of the
University of Wisconsin
PRESENTED BY
MR. JOHN KREMER
MILWAUKEE



Deutschland unter den Weltvölkern.

Materialien zur auswärtigen Politik.

Von

Lic. Dr. Paul Rohrbach,

Landeskommissar für die wirtschaftl. Angelegenheiten
in Deutsch-Südwestafrika.

Buchverlag  der „Hilfe"

Berlin-Schöneberg 1903.

Vorwort.

Die nachstehende Arbeit ist entstanden aus dem Bedürfnis, dasjenige, was ich im Laufe einer zweijährigen Redaktionstätigkeit in der „Zeit“ über auswärtige Dinge habe sagen können, soweit zu erweitern, daß sich wenigstens in den Grundzügen der Zusammenhang derjenigen politischen Hauptprobleme aufzeigen ließ, die unsere internationale Lage gegenwärtig beherrschen. Natürlich war es auch bei dieser „Erweiterung“ weder möglich noch beabsichtigt, ein annähernd vollständiges System der auswärtigen Politik zu geben. Ein solches würde an Raum und Zeit im Vergleich zu dem, was mir von beidem hier zu Gebote stand, ein Vielfaches beanspruchen. Dazu kam, daß, während ich noch mit der Arbeit beschäftigt war, von Seiten unserer Kolonialverwaltung die unvorhergesehene Anfrage an mich herantrat, ob ich bereit sei, eine praktische Aufgabe in einem der wichtigsten Stücke unseres überseeischen Besitztums, Südwestafrika, zu übernehmen. Die Verhältnisse gestatteten kein langes Besinnen, sondern forderten sofortigen Entschluß und sofortiges Hinausgehen, sodaß, wenn diese Blätter in die Hände des Lesers gelangen, der Verfasser wahrscheinlich schon auf den Wellen des Atlantischen Ozeans dem Arbeitsfelde, dem seine Kräfte nunmehr für einige Jahre gehören sollen, zuschwimmt. So fehlte auf der einen Seite bereits an sich die äußere Möglichkeit, vollständig zu sein, und auf der anderen nötigte der plötzliche Übertritt in neue Verhältnisse zu einem noch rascheren und kürzeren Abbruch der Arbeit, als es sonst vielleicht möglich gewesen wäre. Trotzdem glaubte ich es wagen zu dürfen und lasse dieses Buch in seiner vielfach nur skizzenhaften Gestalt und mit seinen Lücken, die niemand besser kennt als sein Verfasser, hinausgehen. Alles, was an auswärtigen Problemen für uns in das Gebiet der Lebens-

fragen gehört, ist darin wenigstens angerührt, und eins oder das andere schwieriger zugängliche und eindringendere Studien fordernde Gebiet, wie z. B. das Thema Rußland, hat auch etwas eingehender behandelt werden können. Ich bitte also meine Kritiker und Beurteiler, an denen es mir hoffentlich nicht fehlen wird, von vornherein ihre Ausstellungen nicht gegen das zu richten, was fehlt, sondern gegen das, was dasteht. Wäre das Gebiet, auf dem sich diese Arbeit bewegt, bei uns etwas besser und verständiger angebaut, wären unsere nationalen Urteile und Instinkte in auswärtigen Dingen auch nur ein wenig stärker erzogen und gebildet, als es der Fall ist, so hätte ich auch mit einer vollständigeren Bemühung, als es diese ist, nicht hervorzutreten gewagt.

Schöneberg bei Berlin, August 1903.

Paul Rohrbach.

Inhalt.

Orient (S. 168). Ober-Mesopotamien und Babylonien im Altertum und in der Gegenwart (S. 171). Produktionsmöglichkeit für Ausfuhrgüter (S. 174). Moralische Eroberungen (S. 177). Deutsche Auswanderungen nach Süd-Amerika (S. 180). Notwendigkeit des Verzichts auf den politisch nationalen Zusammenhang mit dem Mutterlande (S. 181). Pflege wirtschaftlicher Beziehungen auf nationaler Grundlage (S. 182). Gegenwärtige und zukünftige Stellung des Deutschtums in Süd-Amerika (S. 183). Entwicklungsfähigkeit Süd-Brasiliens (S. 184). Die südamerikanischen Nachbargebiete Süd-Brasiliens (S. 187). Die deutsche Interessensphäre in China (S. 188). Handelsbewegung in Schantung (S. 189). Erschließung des Landes (S. 190). Die deutschen Kolonien in Afrika (S. 193). Das südwestafrikanische Schutzgebiet (S. 194). Die afrikanischen Tropenbesitzungen (S. 197). Schluß (S. 199).



Erstes Kapitel.

Die Änderung in den materiellen Daseinsbedingungen Deutschlands seit der Epoche der Reichsgründung.

Wer die Reden und Aufzeichnungen Bismarcks studiert — die größte organische Offenbarung politischen Verstandes, die wir besitzen — um von hieraus an der Konstruktion der Richtlinien seines nationalen und staatlichen Denkens zu arbeiten, der wird an vielen und wichtigen Stellen auf den Ausdruck der Überzeugung des Fürsten stoßen, Deutschland habe an Ausdehnung seines territorialen Besitzes und seiner politischen Machtsphäre erreicht, wessen es bedürfe; es sei, nach Bismarckischem Sprachgebrauch, „saturiert". Mit besonderer Vorliebe spricht Bismarck diese Überzeugung überall dort aus, wo es sich darum handelt, dem Argwohn der auswärtigen Staaten entgegenzutreten, als ob die Ereignisse von 1864 bis 1871 nur die Einleitung zu einer Epoche weiterer preußisch-deutscher Eroberungen in Europa gewesen seien. In der Tat mußte es auf den ersten Blick nicht überflüssig erscheinen, solche Versicherungen in aller Bestimmtheit zu wiederholen, denn fast rings um die Grenzen des gegenwärtigen deutschen Reiches lagen die Verhältnisse so, daß vom Standpunkt unserer Nachbarn aus ein gewisses Mißtrauen gegenüber unserem faktischem Sättigungsgefühl begreiflich erschien. Gegen Rußland hin ist unsere politische Grenze eine ausgesprochen ungünstige, insofern es hier stets schwierig sein wird, zu verhindern, daß bei einem kriegerischen Zusammenstoß die lang und schmal längst der Ostsee sich hindehnenden preußischen Provinzen nicht durch einen von Russisch-Polen aus

geführten Offensivstoß gleich Anfangs von dem übrigen Verteidigungskörper Deutschlands abgetrennt werden, und ohne Zweifel war in rein militärischer Hinsicht diejenige Grenze, die der preußische Staat nach der dritten Teilung Polens gegen Osten erhielt, eine weit vorteilhaftere. Daß wir aus anderen Gründen noch mehr polnische Gebiete als wir, um unserer Verteidigungsfähigkeit willen, noch jetzt zu besitzen gezwungen sind, nicht vertragen könnten, daß sogar erst die endgiltige Reduktion von Preußens polnischem Anteil auf dem Wiener Kongreß den größten deutschen Staat für seine deutsche Aufgabe frei gemacht hat, ist eine Einsicht, die für eine Nachbarmacht von der eigentümlichen politischen Struktur Rußlands doch wohl zu fern liegt, als daß ihr für jene Seite zwingende Beweiskraft zugeschrieben werden könnte; so elementar sie auch von unserem Standpunkt aus erscheinen mag. Österreich gegenüber haben nach dem Siege von Königgrätz sowohl König Wilhelm als auch die ganze Militärpartei sogar mit Hartnäckigkeit darauf bestanden, die nördlichen Striche Böhmens, bekanntlich rein deutsches Land, als ein natürliches Festungsglacis vor dem Erzgebirge und den Sudeten festzuhalten. Welche Vorteile sich vollends für Deuschland ergeben könnten, wenn es einen Ausgang nach Süden zum adriatischen Meere hin besäße, liegt erst recht auf der Hand. Auch daß die Schweizer eine zeitlang Besorgnis für ihre Unabhängigkeit uns gegenüber hegten, ist kein Wunder. Historisch wie ethnographisch ist die Schweiz zum größeren Teile deutsch, und so gut wir 1870—71 die Zurückforderung Elsaß-Lothringens den Franzosen gegenüber mit solchen Gesichtspunkten wesentlich mit begründeten, so gut konnte es dem draußen stehenden Beobachter glaublich erscheinen, daß die logische Weiterführung dieser Argumentationsweise uns auch zu dem Verlangen einer Annexion der Schweiz führen könnte. An der Westgrenze endlich war das Mißtrauen der Holländer wach geworden, als ob wir in Gedanken bereits auch ihr Land zur Angliederung an uns bestimmt hätten; gleichfalls kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Niederlande geographisch nichts sind als das Mündungsgebiet des größten deutschen Stroms und daß sie noch bis in die neuere Zeit hinein auch politisch einen Bestandteil Deutschlands gebildet haben.

Man kann sagen, daß trotz dieser inneren und äußeren Schwierigkeiten die Politik des deutschen Reiches seit dem Frankfurter Frieden doch

durchweg dazu geführt hat, das unzweifelhaft früher vorhandene starke Mißtrauen gegen uns ganz oder doch fast ganz zu zerstreuen. Wenigstens wird es kaum noch irgendwo führende und verantwortliche Politiker geben, die uns im Ernst Annexionsabsichten, sei es auf die Schweiz, sei es auf Holland, sei es auf deutsche Landesteile Österreichs oder sonst irgendwo an unseren Grenzen zutrauen. Daß dem jetzt so ist, erscheint ohne Zweifel als ein bedeutendes und dankenswertes Ergebnis der Bismarckischen Politik, und niemand wird leugnen, daß nur einer sehr großen staatsmännischen Weisheit in einem so kurzen Zeitraum die Beruhigung Europas nach dieser Richtung hin gelingen konnte.

So richtig indes unter dem Gesichtswinkel der Bismarckischen Politik der Satz von der Saturiertheit Deutschlands erschien und so berechtigt der Glaube unserer Nachbarn an die volle Aufrichtigkeit unserer Versicherung war, so zweifellos wäre es unaufrichtig oder kurzsichtig, wenn jemand ihn heute noch in demselben Sinn gebrauchen wollte, wie Bismarck ihn aufgestellt und vertreten hat — vertreten selbst noch zu einer Zeit, als sich die Verhältnisse schon so verschoben hatten, daß von rechtswegen eine neue ergänzende Betrachtungsweise zu der alten hinzutreten mußte. Der Grund dieser Änderung liegt darin, daß Deutschland in der Epoche Bismarcks ein Staat war, dessen Lebensinteressen über Europa noch nicht merklich hinausragten, während unsere nationalen Daseinsbedingungen in der Epoche Wilhelms II. sich in dieser Beziehung von Grund auf gewandelt haben. Bismarcks Aufgabe und Meisterschaft lag in der Europapolitik; was wir aber heute treiben müssen, ist Erdkreispolitik, Weltpolitik. Von einem Sättigungszustande Deutschlands nach dieser veränderten Richtung hin zu sprechen, ist unter allen Umständen bare Torheit. Ebenso töricht wäre es freilich, wenn jemand hieraus den Schluß ziehen wollte, daß nun die Bismarckische Aufrichtigkeit der Versicherung, wir wollten keinen unsern Nachbarn berauben, in Wegfall käme. Selbst wenn wir Teile von Westrußland und Österreich, wenn wir die Schweiz, Luxemburg, Holland annektieren wollten und könnten, so wäre demjenigen Ausdehnungsbedürfnis, das jetzt bei uns vorliegt, damit garnicht oder doch nicht prinzipiell abgeholfen, denn unsere Not ist von anderer Art, als daß sie durch Einverleibung

selbst noch so umfangreicher, Deutschland nach Natur und Bevölkerungsstand nahe verwandter und benachbarter Gebietsteile beseitigt werden könnte. Die Gründe die zu einem solchem Wechsel in der Orientierung unseres politischen Bedarfs geführt haben, sind mehrfache. Sie liegen ihrem Wesen nach zum Teil in der Entwickelung unserer heimischen Verhältnisse, zum Teil in Veränderungen in den Daseinsbedingungen anderer Nationen enthalten.

Jede Politik, äußere wie innere, ist vor allen Dingen abhängig von groben Ziffernverhältnissen, von Tausenden von Quadratkilometern und Millionen von Menschen — und es ist ein Charakteristikum der historisch-materiellen Entwicklung der letzten Jahrhunderte, daß die Bedeutung dieser bloßen Quantitätsunterschiede jetzt entscheidender hervortritt, als es früher wohl der Fall war. Das Streben nach staatlicher Selbsterhaltung und Befriedigung der staatlichen Interessen ist natürlich großen wie kleinen Mächten gleich eigen, aber es wird bei Luxemburg, Rumänien und Rußland auf Grund der quantitativen Verschiedenheit dieser politischen Größen nach innen wie nach außen so abweichende Vorstellungen und Erscheinungen zeitigen, daß die praktische Vergleichbarkeit überhaupt verschwindet. Demnächst aber ist es entscheidend, ob sich eine Nation, mag ihr äußeres Gewicht innerhalb gewisser Grenzen ein größeres oder geringeres sein, zahlenmäßig in aufsteigender oder in absteigender Richtung bewegt. Es ist klar, daß die politische Zukunft Frankreichs und Deutschlands auf Grund der verschiedenen Geburtenziffer beider Völker an sich verschieden bewertet werden muß. Dieser Faktor wird für die universalhistorische Entwicklung umso ausschlaggebender sein, je umfangreicher die staatlichen Gebilde sind, um die es sich handelt.

Was uns Deutsche angeht, so ist es ja unter uns allmählich bekannt geworden, daß wir ein rapide zunehmendes Volk sind. Als wir vor einem Menschenalter unter Verzicht auf den Anschluß der Stammesgenossen im Süden und Südwesten des alten Reiches, fast eines Viertels unseres zusammenhängenden nationalen Bestandes, unsere politische Einigung erreichten, da zählten wir mit Elsaß-Lothringen 40 Millionen Menschen. Diese 40 Millionen werden sich in kurzer Frist auf 60 Millionen vermehrt haben. Es ist daher auch keine übertriebene Voraussage, daß Deutschland innerhalb

seiner jetzigen politischen Grenzen im Jahre 1925, also zu einem Zeitpunkt, den der großen Mehrzahl der heutigen Generation zu erleben bestimmt ist, schwerlich unter 80 Millionen Einwohner haben wird. 1925 liegt für uns Heutige merklich näher, als 1870; es ist ein Termin, der, politisch gesprochen, noch innerhalb derjenigen Zukunft existiert, mit der heute und morgen praktisch gerechnet werden muß. Nicht wenige von den Kämpfern des großen Krieges werden jene Jahreszahl noch erleben. Diese Erscheinung, daß ein Mann während der Dauer desjenigen Lebensabschnittes, in dem er politisch zu handeln, und zu denken fähig ist und während dessen er die Geschichte seines Vaterlandes bewußt erlebt, Zeuge einer vollen numerischen Verdoppelung der Nation innerhalb derselben staatlichen Grenzen wird — sie ist, wenn wir von Nordamerika absehen, wo der Einwanderungsfaktor hinzutritt, etwas Beispielloses. Gegenüber dieser einen, durch die Jahrzehnte hindurch ununterbrochen und mit steigendem Schwergewicht wirkenden Tatsache müssen naturgemäß alle anderen Momente, äußere wie die innere, in ihrer Wirkungskraft auf die deutsche Politik zurücktreten. Eine derartige Abänderung der quantitativen Grundlage alles Geschehens bei uns schafft so sehr andere Voraussetzungen, eröffnet eine solche Reihe neuer Perspektiven, schneidet so viele früher existierende Möglichkeiten ab, daß man ihre Wirkung nur mit der eines elementaren Ereignisses vergleichen kann, und ihrer Wucht gegenüber ist es auf die Dauer selbst gleichgiltig, ob die Wendung der Mehrzahl des Volkes direkt zum Bewußtsein kommt, oder ob eine Minderheit es unternimmt, sich gegen die einen großen Teil aller konservativen Traditionen zermalmenden Folgen noch eine zeitlang zu wehren.

Trotz unseres großen numerischen Wachstums wäre es aber ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir nun meinen wollten, auf dieses allein hin könne es uns an politischer Zukunft, an großen Erfolgen nach außen, nicht weiter fehlen. Unsere Volkszunahme ist da, und wenn sie nicht da wäre, so müßten wir zweifellos auf alle großen nationalen Aspirationen für die vor uns liegende Geschichtsperiode verzichten, aber — und das ist die Kehrseite — sie hat spät eingesetzt: so spät, daß andere Nationen seither in der Lage waren, uns in der Schaffung materieller Grundlagen für gegenwärtige und zukünftige politische Machtentfaltung weit zu überholen. So entsteht die Frage, ob wir als Volk, trotz unserer Vermehrung auf das

Doppelte in einem halben Jahrhundert, dieses „spät“ nicht am Ende als ein „zu spät“ werden lesen müssen. Noch vor hundert Jahren stand die räumlich zusammenhängende Masse des Deutschtums zahlenmäßig an der Spitze aller westlichen Kulturvölker, die Russen mit einbegriffen; heute sind wir hinter den Russen um mehr als 100 %, hinter den Nordamerikanern um über 50 % zurückgeblieben und stehen numerisch den Engländern diesseits und jenseits der Meere, die wir vor einem Jahrhundert weit übertrafen, etwa gleich. Unfraglich trägt an diesem Resultat die geschehene Amputation des größeren Stückes von Oberdeutschland einen Teil der Schuld, aber eben doch nur einen Teil, und keinen ausschlaggebenden. Der eigentliche Grund für die eingetretene Verschiebung liegt vielmehr in den immensen politischen Fortschritten, welche jene anderen Völker nach außen gemacht haben, während wir im inneren mit den Wehen unserer langsamen nationalen Wiedergeburt beschäftigt waren. Während nun aber auf der einen Seite unsere endlich in Gang gekommene, rasche Volkszunahme die wesentliche, ja fast die einzige reale Grundlage der Hoffnung bildet, daß wir uns unter den Weltvölkern noch werden durchsetzen können, erheben sich auf der anderen Seite gerade im Zusammenhange mit ihr auch große Schwierigkeiten.

Die Bewegung der Bevölkerung Deutschlands seit dem Frankfurter Frieden bietet folgendes Bild:

1871 . . .	41,1	Millionen Einwohner
1875 . . .	42,7	„ „
1880 . . .	45,2	„ „
1885 . . .	46,9	„ „
1890 . . .	49,4	„ „
1895 . . .	52,3	„ „
1900 . . .	56,4	„ „
1903 ca. . .	58	„ „

Wir haben also für die nächste Volkszählung im Jahre 1905 inkl. der in Deutschland wohnenden fremden Staatsangehörigen mit einer Bevölkerungsziffer von mindestens 60 Millionen zu rechnen. Wer diese Wachstumsziffern überblickt, die von 1871 bis heute eine Zunahme um fast 50 % ausdrücken, wer sich dabei vergegenwärtigt, wie viele von den seither hinzugekommenen Millionen von heimischer Produktion leben können

und wie viele mit ihrer Ernährung auf Brot angewiesen sind, das erst in der Fremde gekauft werden und übers Wasser fahren muß, bevor es bei uns gegessen wird, auf den wird die Sprache dieser Ziffern einen starken Eindruck schwer verfehlen und ihm wird auf irgend eine Weise wahrscheinlich ein Verständnis für das Grundproblem der deutschen Zukunft aufgehen. Eben diese Aufgabe aber, die Zahlen und immer wieder die Zahlen in der erforderlichen objektiv-eindringlichen Weise den denkfähigen Elementen unseres Volkes vorzuführen und in ihrer vollen Bedeutung zum Bewußtsein zu bringen — die ist enorm schwierig. Für gewöhnlich pflegt der Zeitraum, der vergehen muß, bis sich ein Wissen um neue nationale Notwendigkeiten aus einer mehr esoterischen Erkenntnis der Einsichtigen im Volk in elementaren Masseninstinkt umwandelt, sehr lang zu sein — so lang, daß nichts gefährlicher sein kann, als zu warten, bis sich der notwendige Wandel von selber durchsetzt. Nicht eher, als bis es dahin gekommen ist, daß mit der Einsicht in dem ganzen Ernst unserer Lage auch der feste Wille und die Entschlossenheit, alle Kräfte daran zu setzen, um dieser Lage Herr zu werden, ein Gemeingut aller gesunden Schichten des Volks geworden ist, werden wir anders als mit dem Gefühl dringender Sorge und Beunruhigung in unsere Zukunft blicken können — aber wie unendlich schwierig ist die Aufgabe, es soweit zu bringen! Jene Stimmung von 1870/71, die sich in den Poesieen Geibelscher und verwandter Richtung ausdrückt, in Versen wie:

Glorreich auf dem Erdenrunde
Steht das deutsche Vaterland — —,

die sich das deutsche Selbstgefühl nach dem Siege über Frankreich als ein lyrisch-romantisches Pendant zu dem Bismarckischem Worte von unserer Saturiertheit schuf und die heute noch in den mit Vorliebe sogenannten „patriotischen“ Kreisen als der offiziell abgestempelte normale Ausdruck des deutschen Nationalempfindens gilt — sie muß erst von Grund auf verschwinden und der nüchternen Kampfesentschlossenheit, dem klarsten und positivsten Willen zur nationalen Macht Platz machen: der Entschlossenheit und dem Willen, die aus der Erkenntnis fließen, daß wir keineswegs in Herrlichkeit dastehen, sondern mitten in einer höchst gefährlichen, alle unsere Kräfte

fordernden und auf Jahrhunderte hinaus, wenn nicht auf immer, über unsere Zukunft in der Weltgeschichte entscheidenden Krisis!

Wir dürfen uns in keiner Weise verhehlen, daß die Aufgabe, unser Volk für solche Einsicht und solchen Willensentschluß zu gewinnen, nicht nur von denjenigen Schwierigkeiten gedrückt erscheint, die es immer zu überwinden gilt, wenn große Massen in geistige Bewegung versetzt werden sollen, sondern daß bei uns noch eine Reihe besonders schwerer und vielleicht verhängnisvoller Widerstände zu brechen sind. Die drei politischen Massenanschauungen, die in Deutschland das vorzugsweise Schwergewicht besitzen, sind die sozialdemokratische, die katholisch-ultramontane und die konservativ-agrarische. Jede von ihnen ist, soweit sie ihrem eigentlichen inneren Daseinsprinzip treu bleiben will, gleich schwer im stande, aus sich heraus Kräfte des Willens in der Richtung auf die neudeutsche Expansion, deren wir bedürfen, zu entbinden. Im Gegenteil — soweit sich unsere Sozialdemokraten, Ultramontanen und Agrarier der historischen Grundlage ihrer Enstehung und ihres Daseins bewußt bleiben, soweit wirkt ihr Besitz an politischen Vorstellungen nach, wenn auch unter sich verschiedenen, so doch der Idee des größeren Deutschland gleichmäßig entgegengesetzten Richtungen hin. Nur in dem Maße wie sie sich entschließen, ihren Prinzipien gegenüber inkonsequent zu sein, kann daher von ihnen eine Förderung der neuen deutschen Ausbreitungsnotwendigkeit erwartet werden. Die einzige Gruppe, an welche die Enwicklung eines expansiv-überseeischen deutschen Nationalbewußtseins praktisch anknüpfen könnte, sind die verschiedenen Schattierungen des Liberalismus samt dem mit diesen teilweise verwandten nationalen Sozialismus. Der Liberalismus in Deutschland bietet aber, wie wir sehen, das Bild einer weitgehenden Zerfahrenheit. Diejenige Fraktion, die für die Schaffung des Bismarckischen Deutschlands eine solche Rolle gespielt hat, wie sie die als Machtfaktor noch fehlende Partei des neuen Deutschlands heute spielen müßte, hat sich zum größten Teil zersetzt und ist noch in fortdauernder Auflösung begriffen. Die Epigonen der achtundvierziger Demokratie in Süd- und Norddeutschland sind geistig erstarrt; ihnen gegenüber giebt es überhaupt kaum noch eine andere Hoffnung, als daß sie einmal doch alle dem Alter ihren Tribut werden gezahlt haben müssen. Was übrig bleibt, sind Richtungen mit vielen und rührigen Intelligenzen aber

wenig Masse hinter sich. Auf diesen Potenzen noch ungewisser Zukunft ruht die Aufgabe, innerhalb der schweren, massenhaften, weltmachtfeindlichen Körper des Klerikalismus, des Konservatismus und der Sozialdemokratie soviel von persönlicher seither schlummernde oder niedergedrückter Intelligenz und Willensregung loszumachen, daß unter dem Druck neuer Tatsachenerkenntnis die Trennung von dem alten Parteiideal und die Vereinigung mit der nationalen Zukunftshoffnung erfolgt. Niemand aber, der unsere heutigen politischen Verhältnisse kennt, wird sich darüber täuschen, daß die Frage, ob diese Aufgabe in absehbarer Zeit, d. h. solange es noch nicht zu spät ist, gelöst werden kann, leider eine durchaus offene ist. Nach welcher Richtung hin man sich auch wenden mag: überall bedeutet die Durchsetzung des Neuen den unwiderbringlichen Sturz des Alten. Es ist undenkbar, daß in einem Deutschland, dessen Interessen ihren Schwerpunkt jenseits der Meere haben, die Weltanschauung der preußischen Großgrundbesitzer, des rheinischen und bayrischen Klerus oder des marxistischen Internationalismus noch eine maßgebende Bedeutung nach Art des heutigen Standes der Dinge einnehmen könnten.

Vergegenwärtigt man sich diese Reihe von Schwierigkeiten, die sich für die praktische Durchdringung aller maßgebenden Schichten der Nation mit der Überzeugung von den Zielen und Wegen des neuen Deutschland heute noch ergeben, so erscheint die Aufgabe, ihrer Herr zu werden, in der Tat so groß, daß man fast an ihr verzweifeln könnte — wenn es nicht doch noch auch andere Tatsachen und Möglichkeiten gäbe, die einen günstigeren Ausblick gewähren. Die erste und wichtigste dieser Tatsachen ist ohne Zweifel die Persönlichkeit des Kaisers. Selten im Verlauf der Weltgeschichte hat so viel von dem Schicksal eines großen Volkes für Gegenwart und Zukunft an einem einzigen Charakter gehangen, wie heute für uns an dem Wilhelms II. In seinem mehrfach widerspruchsvollen Wesen sticht doch ein deutlich unkonservativer, ja seinem Wesen nach antikonservativer Zug hervor; vor allen Dingen aber ist dieser Mann wie kein zweiter unter uns durchdrungen von feurigem Eifer für den prinzipiellen Gedanken des neuen Deutschland! In dieselbe Richtung zielt, mit minderer Impulsivität aber vielleicht mit kaum geringerer Energie, auch die Sinnesart und Tätigkeit des Prinzen Heinrich. Man denke sich heute diese

beiden Persönlichkeiten, den Kaiser und seinen Bruder, fort, und man wird erfassen, welch ein Verhängnis damit am Horizont der deutschen Geschichte heraufstiege. Ein zweites Moment, auf das man Hoffnung bauen darf, ist die Möglichkeit großer politischer Vorgänge in der außerdeutschen Welt, die durch den Druck überwältigender Tatsächlichkeit die öffentliche Meinung bei uns aufrütteln und sie zwingen könnten, sich auf den Wandel der Zeit zu besinnen. Der südafrikanische Krieg ist bereits ein Fingerzeig nach dieser Richtung hin gewesen. Es gibt auch noch andere ihm vergleichbare Eventualitäten. Sie alle bergen für uns Momente der Hoffnung, wenngleich dabei auch die Gefahr vorhanden ist, daß wir uns eines Tages aus solch einem Anlaß in den Weltkrieg hineingerissen sehen könnten, bevor wir auf ihn gerüstet sind. Wie groß unter diesen Umständen die politische Verantwortlichkeit derjenigen ist, die das Wesen und den Ernst unserer heutigen Lage erkennen, darüber bedarf es nun weiter keiner Rede mehr. Es kann keine größere, keine dringlichere Aufgabe für sie geben, als die, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die ihnen gewordene Erkenntnis unter denjenigen Schichten der Nation zu verbreiten, die noch fern von der Einsicht in die gewaltige, unmittelbare und drohende Größe der Gefahr sind, inmitten derer wir uns angesichts der Aussicht befinden, im Wettstreit der Nationen auf einen hinteren Platz zurückgedrängt zu werden!

Kehren wir nun zu der eingangs aufgestellten Voraussetzung unseres Themas zurück: dem grundumwälzenden Wandel, der sich in den Bedürfnissen und Existenzbedingungen Deutschlands von der Bismarckischen Periode zu der Wilhelms II. vollzogen hat, d. h. zu dem Gedanken des kommenden 80 Millionen-Deutschlands von 1925. Wovon werden diese 80 Millionen leben?

Man kann sagen, daß unser Boden und unser Klima unter Verhältnissen, wie sie für absehbare Zeit bei uns noch herrschend sein werden, die Hervorbringung von Brotkorn für durchschnittlich einige 40 Millionen Menschen gestattet. Wir werden also Brot aus der Fremde in Zukunft nicht für ein Sechstel oder ein Fünftel von uns kaufen müssen, wie jetzt, sondern annähernd für die Hälfte. Womit werden wir dieses Brot bezahlen? Wer aus dem Ausland kauft, muß Eigenes dafür geben, sei es Geld, sei es Ware — wir aber besitzen kein einziges Naturprodukt,

welches wir in solchem Maße ausführen könnten, daß damit ein namhafter Gegenwert für das Brod des Auslandes gegeben wäre. Wir haben weder edle Metalle in nennenswerter Menge, noch kostbare Nutzpflanzen, noch Kohle, Eisen und Erze im Überfluß. Ja nicht nur das: wir erzeugen sogar fast keinen der für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe in hinreichender Quantität im eigenen Lande. Wir führen Eisen, Kupfer, Wolle, Flachs ein; wir besitzen keine Faser Baumwolle oder Seide, von minder dringend nötigen Stoffen garnicht zu reden. Das einzige Mittel, um uns zu ernähren, um Brot für alle die zu kaufen, für die in Deutschland selbst keins wächst, besteht darin, daß wir jene Rohstoffe aus der Fremde zu uns importieren, sie verarbeiten, veredeln, den Wert der aus ihnen hergestellten Produkte gegenüber dem Rohmaterial vervielfachen, und dann uns diesen Mehrwert, den unsere Arbeit dem ursprünglichen Stoff verliehen hat, von anderen Völkern, die unsere Produkte brauchen, bezahlen lassen. Das andere Mittel ist dieses, daß wir den Überschuß unseres werbenden Vermögens in irgend einer Form im Auslande für uns arbeiten lassen und den Ertrag davon als einen Tribut der Völker in Geld oder Geldeswert zu uns importieren. Beide Male ist es unsere Erfindungskraft, unsere Intelligenz, unsere wissenschaftliche, technische, gewerbliche Bildung, sind es unsere sozialen und hygienischen Fortschritte und Leistungen, die für uns auf dem Weltmarkt arbeiten und wovon wir leben. Daß wir aber solchergestalt vom Auslande leben, das kann durch nichts, durch keine Entrüstungen und Warnungen, durch keine Deklamationen und Enquêten aus der Welt geschafft werden. 800 000 Menschen jährlich beträgt die Zunahme unserer Volkszahl. Kein Scharfsinn und keine Anstrengung können das Brod für diese 800 000 aus dem Boden Deutschlands hervorschaffen. Mit jedem Jahre wächst die Zahl derer, die aus der Fremde gekauftes Brot essen müssen, bald um eine Million. Wer diese Million nicht zum Verschwinden bringen kann, der ist Antwort auf die Frage schuldig, wie er sich ihre Ernährung denkt, wenn nicht durch den Ertrag sei es direkt unserer Industrie, die aus dem Ausland gekaufte Rohprodukte veredelt und von ihrer eigenen Produktion soviel wie möglich wieder ins Ausland verkaufen muß, sei es der von ihr erzeugten und im Auslande arbeitenden Kapitalien.

Ist dem so, dann treten alle Fragen der auswärtigen

Politik für Deutschland unter den Gesichtspunkt der Schaffung und Erhaltung von Absatzgebieten im Auslande, d. h. in erster Linie in überseeischen Ländern. Wohl oder übel müssen wir uns also gewöhnen, für unser politisches Denken dieselben Prinzipien anzuwenden, wie die Engländer. In England ist die Bestimmung der auswärtigen Politik nach den Erfordernissen des Handels und daher auch der Industrie ein Axiom des nationalen Bewußtseins, über das niemandem mehr zu diskutieren einfällt. Wenn eines Tages für England die Möglichkeit der Verwertung seiner industriellen Produktion über See aufhörte oder merklich eingeschränkt würde, so wäre zugleich mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch von Millionen industrieller Größen diesseits und jenseits des Meeres die politische Katastrophe der britischen Großmacht unmittelbar gegeben. Das empfindet jedermann im Lande. Nicht wesentlich anders liegen aber bereits die Voraussetzungen bei uns. Daß wir im Augenblick auf der Bahn dieser Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten sind, wie England, daß wir uns heute erst da befinden, wo England vor einer Reihe von Jahrzehnten war, das trägt prinzipiell nichts aus, weil sich auch für uns die weitere Bahn der englischen Entwicklung mit der Sicherheit eines Naturereignisses voraussehen läßt. So wenig wir mit den Jahreszeiten darüber rechten können, daß sie kommen und gehen, ebenso wenig bedeuten theoretische Bedenken und Erörterungen, wie man sie wohl hier und da über das Tempo unserer Volksvermehrung hört, in der Wirklichkeit für die Tatsache des rapiden quantitativen Wachstums, in dem wir uns befinden. Man stelle sich vor, was denn geschehen müßte oder könnte, um dieses Wachstum einzudämmen? Nur eine ungeheure nationale Katastrophe, eine Hinabschleuderung des Volkes in solche Tiefen materieller Not, daß die Zahl derjenigen Kinder ins Ungemessene wächst, die es nicht gelingt am Leben zu erhalten und aufzuziehen, die aus Nahrungsmangel und all der anderen Not, die aus dieser Quelle fließt, zu Grunde gehen, die könnte unsere Bevölkerungsziffer zu einer stationären machen! Und zu alledem ist ja jene unsere wachsende Zahl das einzige Moment, auf das wir eine Hoffnung bauen können, dereinst noch mit unter die Zahl der Völker, welche die Weltgeschichte machen, gerechnet zu werden. Einmal im Verlauf seines historischen Erlebens hat das deutsche Volk eine Periode durchgemacht, die

es wirklich um eine gewaltigen Betrag, vielleicht die Hälfte oder mehr, verringerte und uns ökonomisch um Jahrhunderte zurückbrachte. Das waren die dreißig Jahre des großen Krieges, die wir als Preis für die Erhaltung von Gewissensfreiheit und geistigem Fortschritt auf uns nehmen mußten. Wenn wir noch einmal etwas ähnliches erleben sollten, dann freilich, aber auch nur dann, könnte es geschehen, daß wir wieder auf ein Jahrhundert hinaus am eigenen Brot genug zu essen haben und vielleicht sogar noch welches — exportieren! Von diesen Erwägungen dispensieren sich, bewußt oder unbewußt, diejenigen, die innere oder auswärtige deutsche Politik machen wollen, ohne bei jedem Zug, den sie tun wollen, sich zu fragen: was sagen die 800000 dazu, die Jahr um Jahr zu unserer heutigen Zahl hinzuwachsen? Diese Zuwachsrate ist der Kompaß, nach dem wir steuern müssen, nach außen wie im Inneren, wenn wir nicht mit unserem Staatsschiff stranden wollen. Von hier aus muß die Frage beurteilt werden, welche Wege für uns in Betracht kommen, um uns unter den Weltmächten durchzusetzen, und welche nicht.

Es ist noch in unser aller Gedächtnis, wie sich das nach dem Jahre 1866 entstandene Bild der politischen Weltlage, daß es sechs europäische Großmächte gebe und im Zusammenhang damit ein sogenanntes europäisches Gleichgewicht, allmählich in ein anderes verschob. Zwei von jenen sechs Staaten erster Ordnung begannen sich bewußtermaßen zu „Weltmächten“ zu entwickeln und zu ihnen trat als dritter im Bunde die große amerikanische Republik hinzu. Der Berliner Kongreß von 1878 bezeichnet etwa den Höhepunkt des alten Systems der sechs Großmächte. Heute dagegen, wo seitdem kaum 25 Jahre vergangen sind, liegt es vor aller Augen, daß Staaten wie Italien oder selbst Österreich-Ungarn unmöglich in dieselbe politische Größenklasse gesetzt werden können, wie England, Rußland und die nordamerikanische Union. In einer gewissen Zwischenstellung zwischen jenen drei weit voraus geschrittenen und den übrigen zweifellos zurückgebliebenen großen Mächten befinden wir uns, und mit uns etwa noch die Franzosen.

Diese Arbeit soll den Versuch machen, eine Antwort auf die Frage zu finden: ob und welche Aussichten wir als Nation haben, uns endgültig auf die Seite derjenigen Völker hinüberzuschwingen, von denen die Welt-

geschichte im Laufe des zwanzigsten und wohl auch der folgenden Jahrhunderte menschlicher Voraussicht nach gemacht werden wird; welches ferner die Kräfte sind, die zu unsern Gunsten sei es bereits wirken, sei es noch angespannt werden können; welche Umstände uns feindlich und geeignet sind, unsere Hoffnungen zu vermindern. Wir werden uns dabei stets von der Erinnerung an die eine und alles andere schlechthin beherrschende Tatsache leiten lassen müssen: daß wir zur Zeit der Gründung des deutschen Reiches und bis zum Höhepunkt des Bismarckischen politischen Systems zwar ein Staat waren, für dessen Bevölkerung die Ernährungsmöglichkeit durch eigene Produktion im wesentlichen gesichert erschien und der außerhalb Europas in seinen wirtschaftlich überseeischen Beziehungen zwar hin und her empfindlich geschädigt, aber von dieser Seite her in keiner Weise gefährlich oder gar tötlich getroffen werden konnte — daß jene unsere damalige Lage sich aber heute in fundamentaler Weise geändert hat und jede politische Erwägung die geschehene Änderung zum Ausgangspunkt ihres Nachdenkens machen muß.

Nicht nur bei uns aber haben sich große und grundlegende Änderungen sowohl in der politischen Willensrichtung als auch in der ökonomischen Basis des nationalen und staatlichen Lebens vollzogen, sondern auch bei anderen Völkern. Zum Teil sind unsere Nachbarn anders geworden, als sie vor dreißig, zwanzig, ja selbst noch vor zehn Jahren waren — zum Teil sind Kräfte, die zu der Zeit, da das deutsche Reich gegründet wurde, noch unten am Horizonte der großen Politik standen, weit gegen die Mittagshöhe emporgekommen. Rußland, Österreich-Ungarn und das türkische Reich im Osten, England und Frankreich im Westen sind nicht minder vermöge ihrer als unserer eigenen Weiterentwicklung und Strukturveränderung positiv wie negativ für uns heute anders zu wertende Größen geworden, als während der Bismarckisch-klassischen Epoche, und neu hinzugetreten ist das Problem, welches das rapide Emporkommen der Vereinigten Staaten von Nordamerika uns fast noch dringender als allen unseren Nachbarn in Europa zu lösen aufgibt.

Zweites Kapitel.

Die ökonomische und politische Veränderung in Rußland.

Der Zuschnitt unserer Existenz war seit dem Frankfurter Frieden auf die Möglichkeit des Krieges mit zwei Fronten, nach Osten und Westen, eingerichtet, wobei in erster Linie natürlich an die Kombination Rußland-Frankreich zu denken war. Es schwebte aber dabei die Möglichkeit des Hinzutritts einer dritten Macht, vor allen Dingen Österreichs, zu einem antideutschen Bündnis stets drohend am Himmel. „In dieser Situation", schreibt Bismarck („Gedanken und Erinnerungen", II. 233 ff), „lag die Aufforderung zu dem Versuch, die Möglichkeit der antideutschen Koalition durch vertragsmäßige Sicherstellung der Beziehungen zu wenigstens einer der Großmächte einzuschränken. Die Wahl konnte nur zwischen Österreich und Rußland stehen, da die englische Verfassung Bündnisse von gesicherter Dauer nicht zuläßt und die Verbindung mit Italien allein ein hinreichendes Gegengewicht gegen eine Koalition der drei übrigen Großmächte auch dann nicht gewährte, wenn die zukünftige Haltung und Gestaltung Italiens nicht nur von Frankreich, sondern auch von Österreich unabhängig gedacht wurde." Bismarcks Wahl fiel nicht auf Rußland, sondern auf Österreich, wiewohl er, wie er selbst an anderer Stelle schreibt, das Bündnis mit Rußland sowohl wegen der militärischen Machtmittel Rußlands als auch wegen der Schwierigkeiten, die aus der nationalen Zusammensetzung Österreichs und aus der Möglichkeit klerikaler Beeinflussung der österreichischen Politik erwachsen konnten, für das materiell stärkere hielt. Ausschlag gab die Erwägung, daß die Bindung an Rußland, dem dann die Beziehungen zu allen anderen europäischen Mächten mehr oder weniger

zum Opfer gebracht werden mußten, dazu führen konnte, daß wir uns „bei akuten Vorkommnissen von französischer und österreichischer Revanchelust bei unserer exponierten geographischen Lage in einer gefährlichen Abhängigkeit von Rußland befinden würden". Rußlands osteuropäisch-kontinentale, schwer angreifbare Lage gewährt ihm immer die Möglichkeit verhältnismäßig leichten Rückzuges aus einem unbequem werdenden Koalitionsverhältnisse, und Deutschland hätte alsdann nutzloser und gefährlicher Weise seine guten Beziehungen zu dem übrigen Europa geopfert. So entstand als Grundlage des bald darauf abgeschlossenen und bis heute in Kraft verbliebenen Dreibundes das Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, dessen Wesen Bismarck in dem klassischen Brief entwickelt, den er am 10. September 1879 von Gastein aus an den König Ludwig von Bayern schreibt („G. u. E." II. 238 ff.) und der sich schließlich in dem prägnanten Satze verdichtet: „Zwingt uns Rußland, zwischen ihm und Österreich zu optieren, so glaube ich, daß Österreich die konservative und friedliebende Richtung für uns anzeigen würde, Rußland aber eine unsichere." Bekanntlich hat es die Bismarckische Staatskunst dann verstanden, trotz dieser durch die unsichere und gelegentlich offen drohende Haltung Rußlands verursachte Wendung, den berühmten „Rückversicherungsvertrag" Deutschlands mit Rußland zustande zu bringen, der dann von Caprivi als ein vermeintlich zu kompliziertes und nicht genügend aufrichtiges Verhältnis fallen gelassen wurde. „Die Gefahren", schreibt Bismarck, „die für unsere Einigkeit mit Österreich in den Versuchungen russisch-österreichischer Verständigungen . . . liegen, lassen sich, soweit das überhaupt möglich ist, paralysieren, wenn wir zwar fest auf Treue gegen Österreich, aber auch darauf halten, daß der Weg von Berlin nach Petersburg frei bleibt. Unsere Aufgabe ist, unsere beiden kaiserlichen Nachbarn in Frieden zu erhalten. Die Zukunft der vierten großen Dynastie in Italien werden wir in demselben Maße sicher zu stellen imstande sein, in dem es uns gelingt, die drei Kaiserreiche einig zu erhalten und den Ehrgeiz unserer beiden östlichen Nachbarn entweder zu zügeln oder in beiderseitiger Verständigung zu befriedigen. Jeder von beiden ist für uns nicht nur in der europäischen Gleichgewichtsfrage unentbehrlich — wir könnten keinen von beiden missen, ohne selbst gefährdet zu werden — sondern die Erhaltung eines Elements monarchischer

Ordnung in Wien und Petersburg, und auf der Basis beider in Rom, ist für uns in Deutschland eine Aufgabe, die mit der Erhaltung der staatlichen Ordnung bei uns selbst zusammenfällt."

Wie man sieht ist dieses Bismarckische System reine Europapolitik. England, von dem bei Bismarck sonst noch an verschiedenen Stellen die Rede ist, kommt eigentlich immer nur insofern in Betracht, als seine Interessen zu denen anderer Großstaaten, Frankreichs und in erster Linie Rußlands, im Orient und anderswo im Gegensatz erscheinen und seine eigentümlichen politischen Verhältnisse nicht gestatten, es als einen festen Faktor in die für Deutschland bestehenden Koalitionsmöglichkeiten einzubeziehen. Bemerkenswert ist überdies, daß fast überall, wo Bismarck von der englischen Politik spricht, seine Rede einen Stich ins Ironische hat; für Deutschlands unmittelbare Interessen wertet er sie durchgehens minder bedeutungsvoll, als selbst die Stellung Italiens. Ein deutsch-englischer Interessenkonflikt, vollends gar ein solcher, der zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen könnte, liegt, wenigstens soweit öffentliche Äußerungen Bismarcks darüber bekannt sind, durchweg noch unterhalb des politischen Horizonts. Nun wird sich sicher niemand dem Eindruck der Genialität entziehen können, mit der Bismarck während der klassischen Zeit seiner Amtsführung sowohl Deutschlands politische Situation erfaßt und definiert, als auch das Spiel praktisch zu unseren Gunsten gemischt hat. Kein europäischer Staat besaß während der Epoche von 1870 bis 1888 so viele politische Trümpfe in der Hand, wie wir. Wohlverstandene und notwendige Voraussetzung ist dabei aber derjenige Zustand, den Bismarck als die Saturiertheit Deutschlands bezeichnete. Nur wenn wir wirklich politisch „gesättigt" sind, wenn allen unseren Lebensinteressen in der Tat mit Aufrechterhaltung des politischen status quo in Europa und anderswo auf befriedigende Weise gedient ist — nur dann gilt jenes Bismarckische System, das in den Sätzen über die Stellung Deutschlands unter den europäischen Mächten so klassisch zum Ausdruck gelangt. Mit dem Augenblick, wo sich die Lage derart verschiebt, daß unser Sättigungszustand nach irgend einer Seite hin zu existieren aufhört und der Notwendigkeit einer wie auch immer gearteten Ausdehnung unseres politischen Interessengebiets Platz macht, muß es unmöglich werden, daß wir unsere Rechnung allein bei einem Verhältnis finden, welches in erster

Linie auf unserer relativen Wunschlosigkeit und dauernden materiellen Konsolidierung gegenüber Elementen der Unruhe und Unsicherheit an anderen Stellen gegründet war. Diejenigen Mächte, denen wir in dem Aufbau der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen unseres politischen Lebens mittlerweile ähnlicher geworden sind, vor allen Dingen also England, müssen unter den veränderten Umständen notwendig auch eine veränderte Rolle im politischen Calcul für uns spielen — ebenso wie wir natürlich entsprechender Maßen für sie; auf der anderen Seite aber haben nicht nur bei uns, sondern auch in Rußland, Österreich-Ungarn und Frankreich, den drei für die Lage Deutschlands während der Bismarckischen Epoche hauptsächlich bestimmenden Faktoren, mehr oder minder tiefgreifende politische Strukturveränderungen stattgefunden. Dieser verwandelte Stand der Dinge bei unseren Nachbarn, den östlichen wie den westlichen, ist es, den wir vorerst kennen zu lernen haben, wenn wir im Stande sein sollen, ein Gesamtbild der politischen Lage unter dem Gesichtspunkt der Interessen, Hoffnungen, Aussichten und Möglichkeiten zu zeichnen, die es für uns gibt. Wenden wir uns nunmehr also derjenigen Seite zu, auf der ohne Zweifel, von uns selbst abgesehen, die stärkste Veränderung in den inneren Voraussetzungen des ursprünglichen Dreibundsystems vor sich gegangen sind: Rußland.

Der Respekt vor der russischen Kraft ist bei der öffentlichen Meinung Europas, namentlich aber auch bei uns in Deutschland sehr groß. Es ist freilich auf den ersten Blick nicht ganz begreiflich, woher er im Grunde kommt. Rußland hat im 19. Jahrhundert fünf Kriege in Europa geführt: 1805—1807 im Bunde mit Österreich und Preußen gegen Napoleon; 1812—1815 hat es sich an dem europäischen Koalitionskrieg gegen Frankreich beteiligt, 1828—29 hat es einen Türkenkrieg geführt, 1854—55 den Krimkrieg, 1877—78 abermals einen Türkenkrieg. Kleinere militärische Konflikte, wie die Eroberung Finnlands 1809, die Niederwerfung der aufständischen Ungarn 1848 und noch einiges andere, können außer Betracht bleiben. Der wohlwollendste Beurteiler wird nicht finden, daß die russische Armee sich in irgend einem dieser sämtlichen Feldzüge mit besonderem Ruhm bedeckt hätte. Die militärischen Leistungen der Russen in den napoleonischen Kriegen waren nicht schlecht, aber auch durchaus nicht glänzend; die Zahl der Niederlagen ist größer als die der Siege. Die beiden Türken-

kriege wurden gegen einen militärisch sehr unterlegenen Gegner durchgefochten, und beide Mal brachte trotzdem das Ungeschick ihrer Führung die Russen in ernste Gefahr. 1829 war es nur die türkische Kopflosigkeit, die den tollkühnen Vormarsch Diebitsch's über den Balkan zu einem Erfolge werden ließ, und im letzten Orientkriege bedurfte es der äußersten Anstrengungen, um unter zahlreichen und empfindlichen Wechselfällen den schließlichen Triumph der russischen Waffen mit Mühe und Not zu besiegeln. Der Krimkrieg war unbeschadet der ruhmreichen Verteidigung von Sewastopol eine völlige Niederlage. Desgleichen hat sich gezeigt, daß jeder große europäische Krieg seither noch das Reich bis an den Rand der äußersten Finanznot gebracht hat. So war es am Schluß der napoleonischen Epoche, so nach dem Krimkrieg, so nach dem Frieden von San Stefano. Heute ist die materielle Grundlage der russischen Macht in staats- und volkswirtschaftlicher Beziehung verhältnismäßig schwächer, als sie je seit dem Beginn der Europäisierung des Staates gewesen ist. Zwei bedeutende und ihrer Art geniale Finanzminister, Wyschnegradski und Witte, haben den Versuch unternommen, durch eine künstliche mit allen Mitteln geförderte Emporzüchtung des westeuropäischen Industrialismus und Kapitalismus der Geldarmut Rußlands abzuhelfen, aber das Resultat dieses Versuches ist derartig, daß man ihn nur als in allem Wesentlichen gescheitert bezeichnen kann. Voraussetzung und Vorbedingung für die Möglichkeit des Unternehmens war der rücksichtslose Ruin der bäuerlich-agraren Bevölkerung. Der Glaube an Rußland als ein Land mit großen Getreideüberschüssen und entsprechender natürlicher Exportfähigkeit ist grundverkehrt. Die russische Ackerwirtschaft, namentlich bei der breiten Masse des Bauernstandes, der gegen 80% des Volkes angehören, steht auf einer sehr niedrigen Stufe und hat es namentlich durch die fortgesetzte Ausraubung der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens zu Wege gebracht, daß Rußland kaum noch soviel Getreide produziert, daß seine Bevölkerung normaler Weise davon für ihren eigenen Bedarf genug hätte. Rußland erntet verhältnismäßig weniger Getreide als Deutschland; Deutschland aber importiert ein Sechstel bis ein Fünftel seines Bedarfs, während Rußland mehr als den entsprechenden Bruchteil von seiner Ernte exportiert. In diesem Gegensatz liegt das ganze Elend des russischen Bauerntums, der eigentlichen Säule

des russischen Staatswesens, beschlossen. Schon seit einer Reihe von Jahren lebt die große Masse der russischen Bevölkerung in einem Zustande chronischer Unterernährung, und die Folgen dieser Abnormität äußern sich auf mehr als einem Gebiet in verhängnisvoller Weise. In den Notstandsgouvernements ist die Sterblichkeit doppelt so groß, als in Deutschland; die natürliche Volksvermehrung ist dort völlig zum Stillstand gekommen, und die Ziffer der Tauglichen bei dem Rekrutenersatzgeschäft sinkt von Jahr zu Jahr. Die immer wiederkehrende Not, der Zustand, daß viele Millionen sich buchstäblich seit einem Jahrzehnt und länger kaum mehr haben genügend satt essen können, äußert sich hier in apathischer Erschlaffung, dort in einer weitgehenden Auflockerung der bäuerlichen Stimmung gegenüber den Einflüssen der revolutionären Propaganda. Die Goldwährung, die Zahlungsbilanz, der europäische Kredit des Reiches — sie beruhen samt und sonders nur noch auf der ununterbrochenen, gewaltsamen Hinaustreibung der Getreidevorräte, die von rechtswegen nicht zum Verkauf, sondern zur Ernährung des eigenen Volkes da sein sollten, ins Ausland. Rückgang des Getreideexports bedeutet für Rußland die finanzielle Katastrophe; Aufrechterhaltung der Kornausfuhr ist aber gleichbedeutend mit der fortgesetzten Hineindrängung der Bauernmassen in die volle physische und moralische Erschlaffung oder in die Arme der Revolution. Unmöglich kann man sich dieser Gefahr gegenüber mit der sprüchwörtlichen Leidensfähigkeit der Völker im allgemeinen und des russischen im besonderen trösten. All das hat seine Grenzen, und daß kein Volk auf die Dauer eine so starke Unterernährung verträgt, wie die zu der das russische verurteilt ist, dafür zeugen die an Zahl wachsenden Bauernrevolten im Innern des russischen Reiches. Man darf die Bedeutung dieser Erscheinung ja nicht unterschätzen und ihre Natur wird vollständig verkannt, wenn man sie mit den großen Aufstandsversuchen des 18. Jahrhunderts im Süden und Südosten des damaligen Rußland oder mit den Revolten vergleicht, die unter Kaiser Alexander I. aus Anlaß der Araktschejewschen Militärkolonisation stattfanden. Diese haben ihre besonderen Gründe für sich, und die Empörungen des Stenka Rasin und Jemeljan Pugatschew, um nur die beiden hervorragendsten aus früherer Zeit zu nennen, hatten mit Hunger nichts zu tun, sondern waren im wesentlichen ein Produkt der Opposition gegen die fortschreitende Durchführung

der Leibeigenschaft, gefördert durch die allgemeinen politischen Zustände des Reiches, die revolutionären Thronwechsel, die Kaisermorde u. a. m. Die jetzigen Bauernunruhen, das will sehr beobachtet werden, sind bisher fast nur auf dem Gebiet der Schwarzerde, d. h. der vorzugsweisen Mißernten und des chronischen Hungers vorgekommen; sie haben sich noch nicht in allen Gegenden dieses Gebietes gezeigt, aber sie sind im Zunehmen. Nicht überall ist es zu solchen Vorgängen gekommen, wie in den Gouvernements von Poltawa und Charkow, aber auch dort, wo noch keine Massenzusammenrottungen der Bauern und Ausplünderungen der gutsherrlichen Speicher, keine Militärexekutionen im großen erfolgt sind, ist die Unzufriedenheit eine breite und tiefgehende. Ein besonders charakteristisches Kennzeichen dafür ist das massenhafte Eindringen der politisch-revolutionären Propaganda in die bäuerliche Bevölkerung. Es ist von Interesse, diese Erscheinung und den Kampf der Regierung mit ihr zu verfolgen. Die Schilderung, die in den Zirkularen der Zentralregierung und der Gouvernementsverwaltung zur Belehrung der Beamten von dem Vorgehen der revolutionären Agitatoren entworfen wird, kann den Leser nur mit höchstem Erstaunen über die Energie der Propaganda erfüllen und über die Bereitwilligkeit, mit der die Bauern sie aufnehmen. Daran wäre in Rußland unter normalen Verhältnissen nicht zu denken. Daß die Dinge so stehen, ist also unbedingt ein sehr starkes Zeugnis dafür, daß die Bauern im russischen Zentrum nahe an der Grenze ihrer Leidensfähigkeit sind. Nichts anderes als die Einsicht in diesen Tatbestand bedeutet auch das bekannte Wort des Ministers Plehwe, daß an eine Beruhigung der Bauernrevolten nicht zu denken sei, solange das gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftssystem in Rußland fortdauere. Bei dem Streben nach Herabsetzung des Defizits und Besserung der Zahlungsbilanz durch die unnatürliche Forzierung des Getreideexports geht der Bauer zu Grunde, weil er das Korn verkaufen muß, das er und sein Vieh verzehren sollten. Der überschraubten Getreideausfuhr parallel geht nicht nur die immer weiter getriebene Erschöpfung des Bodens und der Hunger breiter Massen, sondern auch das Aussterben oder doch die abnorme Verminderung des Viehbestandes. Nichts ist begreiflicher, als daß der Minister des Innern sagt, er könne weder mit den Bauernunruhen selbst, noch — und das ist im Augenblick vielleicht das Wichtigste — mit der

Agitation der revolutionären Intelligenz und Halbintelligenz unter dem hungernden Landvolk fertig werden, wenn keine Änderung dieser Finanzpolitik, d. h. keine umfassenden Steuererleichterungen, die ihrerseits einen merklichen Abfall des Getreideexports bedeuten würden, erfolgten.

Nur ein starker und spontaner Aufschwung der Industrie könnte Rettung bringen, aber die russische Industrie lebt in der Hauptsache von zwei Faktoren als Konsumenten: vom Staat und von der Bauernschaft. Der Staat baut Eisenbahnen und erhält so die Bergwerke und metallurgischen Fabriken, aber das Geld dazu muß er sich vom Auslande borgen und so die Last der Zinsen und den Betrag des seine Kräfte erschöpfenden Goldabflusses über die Grenze mehren; die Konsumkraft des Bauernstandes aber sinkt parallel mit seiner Verarmung.

Es springt in die Augen, daß Rußland unter solchen Umständen nicht fähig ist, aus eigenen Mitteln einen großen Krieg zu führen Zwar besitzt es einen gewaltigen Goldschatz, wohl die größte Masse Gold, die je in einer Hand vereinigt gewesen ist, aber dieser Schatz ist nicht ein Zeichen wirtschaftlicher und politischer Stärke, sondern der Schwäche. Er allein ist es, der den russischen Kredit und die russische Währung aufrecht erhält; mit ihm begleicht Rußland seit Jahr und Tag die Passivität seiner Zahlungsbilanz und ihn füllt es immer wieder von neuem durch wiederholte auswärtige Goldanleihen auf.

Rußlands Budget schwillt von Jahr zu Jahr ins Riesenhafte an; 1893 wurde die erste, 1903 die zweite Milliarde Rubel überschritten. Mit diesem Argument sucht das russische Finanzministerium den Zweifeln an der Solidität der wirtschaftlichen Lage des Reichs immer wieder zu begegnen. Eine solche Beweisführung kann aber nur den Unkundigen täuschen, denn die Steigerung geht ihrem Wesen nach nicht auf eine außerordentliche Entwicklung der Hilfsquellen des Staates zurück, sondern auf die Verstaatlichung großer Wirtschaftsbetriebe, in erster Linie des Eisenbahnnetzes und des Branntweinverkaufs. Die eigentlichen Tragpfeiler des russischen Budgets sind das Verkaufsmonopol für den Branntwein, das Staatseisenbahnwesen, die Bauernsteuern und die Zölle. Bei den Zolleinnahmen herrscht ein Dilemma der Art, daß, wenn die Einfuhr ausländischer Produkte groß ist, die Zölle zwar steigen, aber die Zahlungsbilanz sich verschlechtert;

wird die Einfuhr durch hohe Schutz- und Prohibitivzölle zurückgedrängt, so sinken wieder die Zolleinnahmen. Von den Bauernsteuern, die nach Abzug der in Einnahme und Ausgabe blos durchlaufenden Bruttoposten des Etats ein Siebentel bis ein Sechstes des Einnahmebudgets ausmachen, beruht der Eingang zum überwiegenden Teil darauf, daß die Steuererheber sofort nach der Ernte erscheinen und die Bauern zwingen, grade zu diesem Zeitpunkt, wo die Getreidepreise am niedrigsten stehen, ihr Korn zu verkaufen — das Korn, das, wie wir sahen, überhaupt garnicht verkauft und exportiert werden dürfte, weil es die Leute zum Leben und Sattwerden brauchen. Das mit großen Kosten erworbene und erbaute Staatseisenbahnnetz verzinst sich nicht nur nicht, sondern bringt sogar noch ein baares Betriebsdefizit, dessen Betrag im letzten Jahre die ungeheure Höhe von 400 Millionen Mark erreichte, und es bedarf der gewagtesten Verschleierungskünste des Finanzministers, um diesen Tatbestand in den Budgets und Rechenschaftsberichten zu verdecken. Selbst von dem geringen Ertrag beruht aber ein großer Teil auf den Materialtransporten, die durch das Fortschreiten des Bahnbaues bedingt werden. Eine gewaltige Menge von Bau- und rollendem Material wird Jahr für Jahr nach Sibirien, Turkestan, Ost-Asien, dem Kaukasus und dem europäischen Norden transportiert. Diese Fortschritte des Staatsbahnnetzes in Europa und Asien bedingen ja auch die Existenz der russischen Eisenindustrie. Drei Fünftel ihrer Produktion arbeiten für den Staatsbedarf, nur zwei Fünftel für den privaten Konsum. Seit Beginn des Finanzregimes Witte beträgt die Summe des jährlich für die Erbauung neuer Staatseisenbahnen verwandten Geldes zwischen 200 und 300 Millionen Mark; für 1903 sind sogar fast 400 Millionen Mark vorgesehen. Es ist undenkbar, daß eine dertige Anspannung der Staatsmittel für diesen Zweck auf die Dauer vorhalten kann. Vermindert sich aber der staatliche Eisenbahnbau, so bricht die russische Eisenindustrie zusammen und die Einnahmen aus dem bestehenden Netze sinken abermals um ein Beträchtliches. Dabei ist bekannt, daß nur die fortgesetzte Aufnahme auswärtiger Anleihen das abnorme Tempo im Eisenbahnbau ermöglicht. Nur um den Preis einer forwährenden Steigerung seines Goldtributs ans Ausland kann Rußland also seine Eisenindustrie und sein budgetäres Gleichgewicht aufrecht erhalten. Man darf auch nicht, wie manchmal geschieht, sagen: Rußland habe in

seinen Eisenbahnen gewaltige Aktiva deren Realisierung die Staatsschuld bedeutend entlasten würde. Zunächst sind die Eisenbahnschulden teils direkt vom Staat aufgenommen, teils von ihm garantiert, in jedem Falle also Anleihen, die unter seiner vollen Verantwortlichkeit und Bürgschaft stehen. Ihre vollwertige Verzinsung bleibt also, mag nun der Staat seine Eisenbahnen verkaufen oder nicht, eine nicht zu umgehende Verpflichtung. Zweitens aber gehören zum Verkauf der Eisenbahnen doch immer zwei, jemand der verkauft und jemand der kauft. Käme es je dazu, daß der russische Staat sein Bahnnetz ganz oder teilweise veräußern muß, so würde einem so verzweifelten Schritt unter allen Umständen schon eine sehr schwere Erschütterung seines gesamten öffentlichen Kredits vorangegangen sein müssen. Von einem vorteilhaften Verkauf der Eisenbahnen könnte also nicht die Rede sein, selbst wenn diese in Wirklichkeit die volle Verzinsung des im Laufe der Zeit in sie hinein gesteckten Kapitals aufbrächten. Davon aber ist ja wie wir gesehen haben, nicht entfernt die Rede. Sollte also Rußland in Wirklichkeit einmal an den Verkauf seiner Bahnen denken, so wird es nur einen verhältnismäßig geringen Wert derselben zu realisieren in der Lage sein, während doch die volle von dem Erwerbe und der Erbauung des Staatsbahnnetzes her dem Auslande gegenüber eingegange Schuld- und Zinsverpflichtung in Kraft bliebe.

Giebt es — so fragt man sich — diesem Heer bedrückender Schwierigkeiten gegenüber, von denen die wirtschaftliche Lage Rußlands bestimmt erscheint, überhaupt noch Mittel und Wege, deren Anwendung hier helfen könnte? Doch wohl — wenn auch nur unter bestimmten Voraussetzungen. Der Punkt, wo der Hebel angesetzt werden muß, ist die Hebung der Landwirtschaft. Gelingt es, sie wieder halbwegs zur Gesundung zu bringen, die Ertragsfähigkeit des Bodens, sagen wir nur bis auf die Hälfte des westeuropäischen Durchschnitts zu steigern, so ist sehr viel, ja vielleicht schon das entscheidendste, getan. Eine solche Steigerung würde erlauben, nicht nur die Bevölkerung ausreichend zu ernähren, sondern den Kornexport noch über den gegenwärtigen Stand quantitativ zu verstärken und qualitativ zu verbessern. Mit der Hebung des Ackerbaues wäre auch die Wiedererstehung der jetzt in rapidem Absturz befindlichen Viehzucht Rußlands gegeben. Von der höchsten Bedeutung wäre das Erscheinen der ungeheuren Massen des

russischen Bauerntums als Konsumenten der Eisenindustrie und sonstiger gewerblichen Erzeugnisse. Die russische Eisenindustrie stände dann endlich auf eigenen Füßen, und der Staat wäre der ruinierenden Notwendigkeit überhoben, diese Industrie von sich aus mit Aufträgen zu maßlos überzahlten Preisen zu versorgen. Die Belebung des inneren Konsums würde den einen Stützpfeiler des russischen Industrialismus überhaupt erst auf gesunden tragfähigen Boden stellen. Dann erst hätte Rußland auch Aussicht auf steigende Befreiung von der Notwendigkeit ausländischen Imports. Die Nachfrage des inneren Marktes, unabhängig von den Regierungsbestellungen, kann allein erst eine gesunde Konkurrenz der einzelnen Werke und Fabriken, einen Fortschritt von innen heraus in der Beschaffung und Verbilligung der Produktionsmittel, ein Herabsinken des Preises für Eisen und Eisenwaaren auf ein Niveau, das eine fortschreitende Erweiterung des Absatzmarkts ermöglicht, sichern. Solange der normale Bedarf Rußlands pro Kopf nicht höher ist, als zehn, und selbst wenn man die gegenwärtige Hochflut des staatlichen Eisenbahnbaues mit einbezieht zwanzig Kilogramm pro Kopf, solange mag der russische Finanzminister versuchen, was er will: er kann nicht und wird nicht von der Notwendigkeit starken Imports loskommen. Erst wenn Bedarf und Aufnahmefähigkeit aufs Doppelte steigen, hat Rußland Aussicht, seine fremde Einfuhr wesentlich vermindert zu sehen.

Die Frage, ob und auf welchem Wege für Rußland die Finanzkatastrophe vermeidbar ist, verwandelt sich also in die andere, ob eine Möglichkeit besteht, seiner Landwirtschaft, namentlich der bäuerlichen, zu helfen. Daß die Aufgabe an sich unlösbar wäre, läßt sich in keiner Weise behaupten — wohl aber, daß jeder wirksame Versuch zu ihrer Lösung von den schwerwiegendsten Konsequenzen sowohl für die auswärtige als auch für die innere Politik Rußlands begleitet sein würde.

Der Kampf gegen die Agrarnot des russischen sogenannten „Zentrums" und seiner Nachbargebiete müßte vor allen Dingen mit dem praktischen Verzicht der Staatskasse auf die Eintreibung eines großen Teils der Bauernsteuern und dadurch natürlich auch mit dem Fortfall eines gewissen Prozentsatzes der Getreideausfuhr beginnen. Die erste Bedingung zu einem heilsamen Wandel der Verhältnisse ist, daß die Bauern sich von der Ernte bis

wieder zur Ernte satt essen können. Die zweite ist, daß sie ihren Vieh- und Pferdebestand nicht nur zu erhalten, sondern auch zu vermehren in die Lage gesetzt werden. Die dritte ist, daß sie eiserne Ackergeräte in hinlänglicher Menge und von besserer Qualität als jetzt, erhalten. Damit hängt zusammen, daß der Zugviehbestand soweit verbessert werden muß, daß mit den guten Geräten auch wirklich gearbeitet werden kann. Die vierte ist, daß von der rein extensiven Wirtschaft wenigstens zu den Anfängen eines intensiven Ackerbaus gegriffen wird. Die fünfte ist, daß der unheilvolle Gemeinbesitz am Ackerland aufhört und die Bauern ihr Land durchweg zum privaten Eigentum erhalten. Das alles zusammen bedeutet freilich eine ganz ungeheure Belastung des staatlichen Budgets mit Neuaufwendungen, neben denen dann eine Weltpolitik wie die jetzige natürlich nicht wohl fortgeführt werden könnte. Der Aufwand für die auswärtige Politik ist bisher dreifacher Art. Er setzt sich zusammen aus dem Heeresbudget, aus den Kosten der Flotte und aus den Beträgen, die das fortgesetzte Eisenbahnbauen in Asien verschlingt. Das russische Militärbudget beträgt fast 400 Millionen Rubel jährlich, das Marinebudget an 100 Millionen; die asiatischen Bahnbauten fordern zwischen 100 und 200 Millionen. Das sind 600 bis 700 Millionen Rubel oder fast anderthalb Milliarden Mark jährlich, die der auswärtigen Politik geopfert werden, ganz abgesehen von Ereignissen wie die jüngsten chinesischen Wirren, durch welche ja auch die europäischen Mächte finanziell in Mitleidenschaft gezogen sind. Solche Aufwendungen für weltpolitische Ziele lassen sich auf keine Weise fortführen, wenn im Inneren gleichzeitig die Kosten einer ernsthaften Agrarreform und der zunächst unvermeidliche Ausfall an direkten Bauernsteuern getragen werden sollen.

Indes mit der Notwendigkeit eines neuen wirtschaftlichen Systems und mit der Einschränkung der auswärtigen Politik wäre es doch immer noch nicht getan! Es ist undenkbar, daß eine Agrarreform in Rußland durchzuführen wäre, wenn sich die Regierung nicht entschließt, die Kräfte der Selbstverwaltung, der sogenannten Semstwos oder Provinzialstände, in weitgehendem Maße heranzuziehen, d. h. mit der liberalen Strömung, die von Tag zu Tag im Lande stärker wird zu paktieren. Die Büreaukratie, das haben, wenn es noch eines Zeugnisses bedurfte, die letzten Jahrzehnte zur Evidenz gezeigt, ist in Rußland vollkommen unfähig, eine

Aufgabe wie die Agrarreform in Angriff zu nehmen. Erweiterung der Rechte der Semstwos, und zwar eine starke und aufrichtige Erweiterung, bedeutet aber für Rußland geradezu den Anfang mit dem System des abendländischen Konstitutionalismus. Wenn auch die Rechte der Selbstverwaltungsbehörden zunächst beschränkt sein würden, so ließe sich die Schaffung einer parlamentarisch gearteten Zentralstelle doch nicht auf die Dauer vermeiden, und eben so wenig wäre endgültig dem Entschluß auszuweichen, dieser Volksvertretung auch selbstständige Rechte zu geben.

Rußland steht also vor der Wahl, seine auswärtige, d. h. seine Weltpolitik zu beschränken, unter gleichzeitiger Wendung zu freiheitlicheren Institutionen im Innern und langwieriger Regenerationsarbeit für seinen Bauernstand und seine Landwirtschaft überhaupt, oder — die Weltpolitik auf die Gefahr einer Katastrophe hin weiterzuführen. Unter allen Umständen muß daher, wie leicht zu sehen, der maßgebende Gesichtspunkt für die russische Politik die Aufrechterhaltung des Friedens bleiben — bis auf den Punkt, wo dem Reiche etwa von außen her der Kampf um seine Ehre und seine politische Großmachtexistenz aufgezwungen werden sollte. Deutschland braucht also seinerseits einen russischen Angriffskrieg nicht zu fürchten; es kann aber auch für den Fall eines politischen Einverständnisses oder Bündnisses mit Rußland die russische Kriegsmacht nicht sicher als einen taktisch für den Ernstfall in Betracht kommenden Faktor einstellen — es sei denn, daß wir willens wären, Rußland außer unserem Bündnis auch noch unser Geld zum Kriegführen zur Verfügung zu stellen. Solange wir uns dazu nicht entschließen, würde also ein politisches Zusammengehen mit Rußland nach Lage der Dinge für uns immer nur eine Verständigung für den Nichtkriegsfall bedeuten.

Für die allgemeine politische Situation ergeben sich aus dieser Zwangslage Rußlands eine Reihe wichtiger Einsichten: vor allen Dingen die, daß jeder entschlossene politische Gegner Rußlands imstande ist, selbst noch so weitgehende Ansprüche gegenüber der russischen Politik durchzusetzen, wenn er sie nur unterhalb jenes äußersten Belastungspunktes für das russische Selbstgefühl hält. Ein Beweis dafür, daß Rußland in der Tat festem Auftreten gegenüber selbst in sehr wichtigen Fragen nachgeben muß, ist sein Zurückweichen vor England, Japan und den Vereinigten Staaten in der

Frage des Importes fremder Waren in die Mandschurei, speziell der Zollgrenze von Niutschwang. Dies Zurückweichen kostet ihm die Früchte langjähriger geduldig und hoffnungsvoll betriebener Arbeit, insofern die Mandschurei, und wegen der schwierigen Bewachbarkeit der mandschurisch-sibirischen Grenze auch ganz Ostsibirien, anstatt hinter hohen Zollmauern ein gesichertes Absatzgebiet für die russische Industrie zu bilden, jetzt im Gegenteil ein freies Feld für die fremde Einfuhr abgeben. Ganz ähnlich steht es aber für Rußland auch an anderen Punkten seines weitverzweigten Interessengebiets — oder stände es wenigstens, wenn die wirtschaftliche Schwäche des Reiches von seinen politischen Gegnern und Konkurrenten voll erkannt würde. Diese Erkenntnis noch lange hintanzuhalten, ist denn auch die vornehmste und bisher wahrhaft glänzend gelöste Aufgabe der russischen Finanzverwaltung.

Die große ökonomische Veränderung, die sich in Rußland während der letzten drei Jahrzehnte erst langsam angebahnt, dann mit immer steigender und verhängnisvollererer Geschwindigkeit vollzogen hat, ist aber keineswegs das einzige Moment des Wechsels in den Grundlagen der russischen Staatsleitung in ihrem Verhältnis zum Auslande und zu den Fragen der Weltpolitik; es ist vielmehr daneben noch ein weiterer und fundamentaler Umschwung ihrer Prinzipien vorhanden, der zeitlich etwa mit dem Ende der Bismarckischen Ära für Deutschland zusammenfällt — ein Umschwung, der gleichfalls geeignet ist, die Grundlage der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland merklich zu verschieben. Es ist die Wendung der großen Politik Rußlands von dem europäischen Orient, der Türkei und den Balkanstaaten, nach Ost-Asien. Allerdings ist in Rußland seitens minder unterrichteter oder minder aufrichtiger Organe der öffentlichen Meinung gelegentlich davon die Rede, daß Deutschland durch seinen Griff nach Ost-Asien, die Besetzung von Kiautschou, erst Rußland dazu genötigt habe, sich gleichfalls in umfassenderer Weise dort festzulegen, aber diese Legende entbehrt so sehr der Begründung, daß es sich erübrigt, hier noch besonders auf sie einzugehen. Tatsächlich ist Rußland, abgesehen von England, das sich ja bereits ein halbes Jahrhundert früher als die übrigen europäischen Mächte an der asiatischen Küste des Stillen Ozeans festsetzte, der erste Staat gewesen, der

die überragende Bedeutung des „fernen Ostens“ für das Wirtschaftsleben und die politische Zukunft, sowohl der großen europäischen Nationen als auch der Amerikaner und der Asiaten selbst, voll begriff und, sobald es die Umstände erlaubten, mit praktischen Maßnahmen in dieser Richtung vorging. Das äußerlich erkennbare, wiewohl seinerzeit beim Beginn der Arbeiten in der ganzen Tiefe und Bedeutung seiner Motive kaum von vielen begriffene Siegel auf jene russische Erkenntnis ist der Entschluß zur Erbauung der sibirischen Bahn. Mit jenem ersten Spatenstich des damaligen Großfürsten-Thronfolgers und jetzigen Kaisers Nikolaus II. in Wladiwostok beginnt überhaupt erst im eigentlichen Sinne die russische Weltpolitik. Diesen Satz zu begründen, sei ein kurzer rückgreifender Exkurs an dieser Stelle gestattet.

Historisch betrachtet sind die Elemente, aus denen die Weltstellung und die Weltmacht Rußlands hervorgewachsen sind, sehr verschiedener Art. Wenn man von den Wikingerfahrten der russisch-normannischen Fürsten des 9., 10. und 11. Jahrhunderts gegen das byzantische Reich und die Länder der Balkanhalbinsel absieht, so beginnt die russische territoriale Expansionspolitik im 16. Jahrhundert. Die Eroberungen der Moskauischen Großfürsten, die vor dieser Zeit liegen, bedeuten lediglich die Vereinigung des größeren Teiles der ursprünglich russischen und von den Russen kolonisierten Slavenländer unter einem einheitlichen Szepter. Mit Iwan dem Schrecklichen (1553—1584) beginnt dann aber eine Epoche der wirklichen Eroberungen. Iwan war am erfolgreichsten in der Richtung nach Osten und Südosten, wo er durch die Einverleibung der beiden tatarischen Zartümer Kasan und Astrachan die Grenzen des Reiches bis an den Ural und das kaspische Meer verschob; die Versuche, den Zugang zur Ostsee zu erzwingen, scheiterten an einer polnisch-schwedischen Koalition. Ebenso blieb im Süden das Reich der krimschen Tartaren eine den Moskowitern gefährliche Macht. Gegen Ende der Regierung Iwans begann die Eroberung Sibiriens, die in weniger als einem Jahrhundert bis an den Stillen Ozean vollendet wurde und sich selbst bis in das später wieder aufgegebene nordamerikanische Alaska hinüber fortpflanzte. Das 18. und der Beginn des 19. Jahrhunderts bezeichnen für die russische Macht die Periode annähernder Erreichung und Ausfüllung der ihr von der Natur gezeichneten Grenzen gegen Süden und

Westen, aber trotz seiner gewaltigen Ausdehnung trägt das Reich doch wesentlich nur die Züge einer großen osteuropäischen Kontinentalmacht mit einer quantitativ zwar ungeheuren, qualitativ aber sich allmählig bis zur gänzlichen Wertlosigkeit verringernden Forterstreckung in das unbewohnte und unwirtliche Nordasien hinein. Die Bedeutung der Besitzungen jenseits des Ural ist noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts, namentlich im Vergleich zu ihrer räumlichen Ausdehnung, für die internationale Machtstellung Rußlands eine sehr beschränkte, wiewohl sich natürlich von Anfang an gewisse praktisch materielle Vorteile aus ihnen ergaben. Auch in der Richtung nach dem europäischen Orient kann, von den ersten Türkenkriegen des 17. Jahrhunderts an bis auf die Gegenwart, von eigentlich weltpolitischen Zielen Rußlands kaum gesprochen werden. Selbst wenn man die russischen Ideale hier noch so weit faßt, so könnten sie sich doch höchstens bis auf den Erwerb etwa des heutigen Rumäniens und des östlichen Teiles der Balkanhalbinsel bis an das aegeische Meer hin erstrecken. Daß man zu Zeiten in St. Petersburg von einer Sekundogenitur auf dem Thron eines wiederhergestellten byzantinischen Reiches geträumt hat, ist praktisch bedeutungslos, und ebenso wenig konnte etwa die Eroberung und Beherrschung der anatolischen Halbinsel mit ihrer verhältnismäßig zahlreichen und kräftigen osmanisch-muhammedanischen Bevölkerung einen ernsthaften Gedanken russischer Politik bilden. Die Gebirgsumwallung der ungarischen Ebene, der Bosporus, die Dardanellen und die Nordküste des aegeischen Meeres, vielleicht auch noch einige Inseln darin — das wäre etwa das denkbar höchste praktisch erreichbare Ziel der russischen Orientpolitik gewesen. Ohne Zweifel würde ein solcher Erwerb für Rußland einen großen Machtzuwachs in europäischen Fragen bedeuten, aber ebenso auch ein noch fühlbarere Vergrößerung seiner Verwundbarkeit. Etwas anderes, als eine europäisch-kontinentale Großmacht ersten Ranges würde Rußland selbst mit einer solchen heute ja wohl nicht mehr in Betracht kommenden Ausdehnung seines Besitzes nach Südwesten hin nicht werden. Die Mittelmeergrenze von Konstantinopel bis Saloniki und die Karpatengrenze von Krakau bis zum Donaudurchbruch bei Orsowa wären für Rußland etwa dasselbe wie die Rheingrenze von Basel bis Rotterdam für Frankreich, oder die Alpengrenze nach Süden für Deutschland.

Wirklich weltpolitische Elemente kommen in die Stellung Rußlands erst mit denjenigen Eroberungen hinein, die es in unmittelbaren Kontakt mit den großen und alten Kulturgebieten in West-, Mittel- und Ostasien setzten. Das früheste in diese Richtung weisende Ereignis ist der Anfall der altchristlichen Reiche Transkaukasiens: Georgien und Imeretien; er führte dann folgerichtigerweise zur Eroberung des ganzen kaukasischen Isthmus, die freilich erst zu Beginn der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts als vollendet und gesichert gelten konnte. Von den Kaukasusländern aus eröffnet sich ein bequemer Zugang zum iranischen Plateau, auf dem russische Heere bekanntlich bereits 1829 in das Herz von Aserbeidschan, der alten Media Atropatene, gelangt sind. Im Nordosten Asiens grenzten das russische und das chinesische Reich zwar seit dem 17. Jahrhundert auf einer viele Tausend Kilometer langen Strecke vom Altai bis zum Ochotskischem Meere an einander, aber auf beiden Seiten dehnten sich längs dieser Grenze ungeheure, je weiter nach Osten, dem eigentlichen ostasiatischen Kulturgebiet, desto menschenleerere und unwirtlichere Wildnisse aus. Die Wüsteneien der Mongolei, der nördlichen und mittleren Mandschurei und des damals noch ganz chinesischen Amurgebiets bildeten einen breiten und schwer zu überschreitenden Grenzgürtel zwischen den wirklichen Sitzen der russischen und chinesischen Macht und Kultur, daß von politischen Wirkungen größern Stils im Grunde weder herüber noch hinüber die Rede sein konnte. Wo die Ungunst der Naturverhältnisse keine Verkehrsmöglichkeiten bestehen läßt, die über die Bewegung einzelner Handelskarawanen, Jagdexpeditionen und Flibustierzüge hinausgeht, und größere, sei es militärische, sei es wirtschaftliche Bewegungen und Begegnungen so gut wie ausgeschlossen sind, da ist ein anderes Ergebnis auch nicht denkbar. Ein Wechsel trat hier erst ein, als um die Mitte des 19. Jahrhunderts Graf Murawjew Generalgouverneur von Ost-Sibirien war. Dieser bedeutende Mann gehörte zu den in Rußland sonst spärlich gesäten Naturen angelsächsischen Schlages, die mit ihrer Politik der nationalen Initiative der eignen Regierung vorauseilen zu müssen glauben. Seine, von den St. Petersburger Zentralbehörden nur zögernd und anfangs selbst widerwillig gut geheißene Tätigkeit hat die Grundlagen zu der gegenwärtigen Machtstellung Rußlands in Ostasien gelegt. Er ist es, der seinem Vaterlande jene wichtige Zwischenzone ganz erworben hat,

die Rußland und das eigentliche Gebiet der alten Kultur Asiens im äußersten Osten von einander trennte: das Amurland. Murawjew führte 1849 bis 1853 die tatsächliche Okkupation des ganzen linken Amurufers und des Küstenlandes am japanischen Meer von der Mündung des Stromes bis hinab an die koreanische Grenze durch, ohne von den Chinesen, den formellen Besitzern des fast menschenleeren Territoriums, gehindert zu werden. Am 28. Mai 1858 schloß er mit dem chinesischen Gouverneur jenen berühmten Vertrag ab, durch den Rußland erst in Wahrheit der Nachbar Chinas, Koreas und Japans wurde. Der Besitz des schiffbaren Amur eröffnete nun einen wirklich praktikabeln Weg zum Stillen Ozean, in Gebiete, die wenigstens bereits an der Peripherie des Weltverkehrs lagen und in Zukunft sicher in dessen steigende Entwicklung einbezogen werden mußten. 1860 ratifizierte dann ein formeller russisch-chinesischer Staats- und Handelsvertrag den Bestand der neuen Verhältnisse. Schon damals tauchten infolge dieser neuen Erwerbung in Rußland Stimmen auf, die eine Verbindung des ostasiatischen Küstengebiets oder doch wenigstens des Amurflusses mit dem europäischen Kern des Reiches durch eine Eisenbahn forderten.

Aber nicht nur im äußersten Westen und Osten, auf der kaukasischen Landenge und am japanischen Meer, vollzog sich die Herstellung des Kontaktes zwischen der russischen Macht und der alt-asiatischen Kulturwelt verhältnismäßig spät, sondern auch auf der mittel-asiatischen Verlängerungsaxe der russischen Machtsphäre war der Lauf der Ereignisse langsam. Phantastische Ideen über die Möglichkeit eines Vorrückens nach Indien durch die Steppen und Gebirgsländer Mittelasiens tauchen allerdings schon in den Verhandlungen zwischen Napoleon I. und den russischen Kaisern Paul I. und Alexander I. auf, ja einzelne ähnliche Gedanken begegnen schon bei Peter dem Großen, aber eine wirkliche materielle Basis für derartige Kombinationen besteht erst seit verhältnismäßig sehr kurzer Zeit. Bis zum Jahre 1833 beschränkte sich Rußland an seiner asiatischen Grenze in der Richtung nach Südosten auf die nach Möglichkeit durchgeführte Sicherung der großen Lücke zwischen dem Südende des Uralgebirges und dem Nordufer des kaspischen Meeres gegen die unruhigen Nomadenvölker der jenseitigen Steppen. Nur langsam und widerwillig entschloß man sich, angesichts der dauernden Unmöglichkeit dieser Sicherung zu einem Eindringen

in das Innere der Kirgisensteppen selbst, in denen es so gut wie gar keine natürlichen Stützpunkte und Grenzlinien gab und giebt. Der erste Schritt in diese Richtung mußte dann freilich mit Notwendigkeit weitere nach sich ziehen, und so läßt sich dann bis zum Jahre 1863 hin ein langsames und schrittweises Vorrücken der russischen Postenlinien in der Richtung auf die beiden großen Bassins des Aral und Balkasch beobachten, zunächst mit keinem anderen Bestreben, als irgendwo endlich zu einer haltbaren und dauernden Verteidigungslinie zu kommen. Statt dessen zog die Unterwerfung der Nomaden des Steppengebietes den schließlichen Zusammenstoß auch mit den fester gefügten muhammedanischen Staaten des alten Kulturgebiets im Innern von Turan nach sich: Chiwa, Buchara, Kokand — und aus einer Reihe seit 1864 gegen diese geführter Feldzüge ergab sich dann als politische Notwendigkeit die Annexion und Eroberung ganz Turkestans bis an den Fuß des Pamir und des iranischen Plateaus. Damit wurde Rußland Nachbar Persiens und Afghanistans längs der ganzen Nordgrenze dieser beiden Staaten und rückte mit dem südöstlichen Winkel seiner turanischen Besitzungen bis in die nächste Nähe der indischen Interessensphäre Englands. Jetzt erst gelangt Persien, jetzt gelangen die Aussicht auf den Durchbruch zum indischen Ozean und die Möglichkeit eines Druckes auf die englische Politik durch Bedrohung Indiens, mit einem Wort die Sphäre eigentlich weltpolitischer Erwägungen und Tendenzen, erst wirklich voll in den Gesichtskreis der praktischen russischen Politik.

Von diesem in Wahrheit weltumfassend ausgreifenden Charakter der russischen Politik ist zu der Zeit, das Bismarck sein klassisches System der deutschen Europapolitik aufbaut, noch wenig die Rede. Rußlands Interessen lagen damals, wenigstens soweit sie dem Gesamtempfinden der Nation als solche zum Bewußtsein kommen und in dem Verhalten der Regierung wie der öffentlichen Meinung als treibende Motive erkennbar sind, ganz überwiegend an der West- und Südwestgrenze des Reichs. Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" zeigen, wie der Kaiser Alexander II. zwischen dem Plan eines Angriffskrieges gegen Österreich-Ungarn und gegen die Türkei schwankt. Er entscheidet sich schließlich für den Türkenkrieg, als er sich überzeugen muß, daß seine ursprüngliche Absicht, die Schwierigkeiten, welche ihm die aufgeregte, nach äußeren Erfolgen verlangende öffentliche Meinung

seines Landes bereitete, durch einen Krieg gegen Österreich-Ungarn (etwa mit dem Ziel der Eroberung Galiziens) zu überwinden, an der Weigerung Deutschlands seinen Nachbarstaat vergewaltigen zu lassen, scheitert. Die russische Verstimmung Deutschland gegenüber äußerte sich zunächst darin, daß der Botschafter Oubril in Berlin angewiesen wurde, die deutsche Politik über die wahren Ziele des beschlossenen Türkenkrieges irre zu führen. Oubril mußte Bismarck erzählen, „es werde sich in dem Balkankriege nur um eine promenade militaire, um Beschäftigung des trop plein des Heeres und um Roßschweife und Georgenkreuze handeln". Daß diese Versicherung von vornherein unaufrichtig gemeint war, geht aus den gleichzeitigen Verhandlungen Rußlands mit Österreich-Ungarn hervor, in denen es als Preis für die österreichische Neutralität gegenüber der Türkei in die Besetzung Bosniens durch österreichische Truppen willigte. Es liegt auf der Hand, daß, wie Bismarck bemerkt, für einen bloßen militärischen Spaziergang diese Konzession ein viel zu hoher Preis gewesen wäre. Augenscheinlich stand der Plan, das Fürstentum Bulgarien mit möglichst weit bemessenen Grenzen als russischen Vasallenstaat auf der Balkanhalbinsel zu errichten, für die St. Petersburger Politik von vornherein fest. Als es nach zahlreichen und die Geschicklichkeit der russischen Kriegführung öfters schwer kompromittierenden Wechselfällen endlich zur militärischen Niederwerfung der Türkei gekommen war, versuchte man, in dem Präliminarfrieden von San Stefano dieses Ziel nach Möglichkeit zu verwirklichen. Das Bulgarien von San Stefano umfaßte außer den zwischen Balkan und Donau belegenen Gebieten und der späteren sogenannten „autonomen Provinz" Ost-Rumelien auch noch fast ganz Macedonien, reichte südlich mit einem ziemlich breiten Küstenstrich ans ägäische Meer heran und schnitt auf diese Weise die beiden letzten Reste der türkischen Herrschaft in Europa: den Distrikt, der sich vom Nordeingang des Bosporus längs dem Marmarameer bis zur Spitze von Gallipoli hin erstreckt und die von je her der Pforte gegenüber halb unabhängigen albanischen Bezirke, völlig von einander ab. So hatten weder Österreich-Ungarn noch auch namentlich England die Sache gemeint, und die Besetzung von Konstantinopel als die Russen in San Stefano nur noch wenige Kilometer von der Stadt entfernt standen, wurde wie neuerdings Graf Ignatiew, der Unterhändler von San Stefano, selbst

erzählt hat, durch eine unmittelbare englische Kriegsdrohung verhindert. Daß man sich überhaupt dieser Drohung gegenüber sehen würde, wenn man einen Vertrag wie den Präliminarfrieden von San Stefano perfekt machen wollte, für diese Einsicht hätte es allerdings keiner sehr tiefgehenden Überlegung von Seiten der russischen Unterhändler bedurft; Ignatjew mußte sich sagen, daß solch ein Friede Europa nur präsentiert werden durfte, wenn man noch eine Million Bajonnette und etliche Milliarden Rubel in Reserve besaß. In Rußland hatte man aber weder eins noch das andere, und daher bot sich in dieser Lage als der günstigste, ja im Grunde als der einzige Weg, auf dem es möglich erschien, ein gar zu schimpfliches Zurückweichen zu maskieren, der Zusammentritt eines europäischen Kongresses zum Austrag der schwebenden Fragen dar. Diesen Wunsch Rußlands überbrachte Graf Peter Schuwalow Bismarck nach Friedrichsruh mit der Bitte, Deutschland möge die Vermittlerrolle bei der Berufung des Kongresses übernehmen. All das stellt der damaligen russischen Staatsleitung kein Zeugnis überwältigender Beherrschung der Verhältnisse aus — *sicher aber ist es ein Zeugnis dafür, daß der Schwerpunkt der Reichspolitik noch vollständig in den Balkanfragen lag.*

Sowohl während der beginnenden Verhandlungen des Kongresses als auch nachher stellten sich nun die offizielle Politik und die öffentliche Meinung Rußlands eigentümlicher Weise auf den Standpunkt, daß es Deutschlands moralische Pflicht sei, die russischen Ansprüche durch Dick und Dünn mit zu verfechten, unter stillschweigender oder ausdrücklicher Berufung darauf, daß Deuschland es der wohlwollenden Neutralität des Kaisers Alexander II. verdankt habe, wenn es die Früchte seines Sieges über Frankreich sieben Jahre vorher so ausgiebig habe pflücken können. Daß die Haltung Rußlands damals unsere Erfolge wesentlich erleichtert hat, kann und soll nicht bestritten werden. Man darf aber nicht vergessen, daß bereits die Berufung des Kongresses, der es Rußland ermöglichte, sich halbwegs mit Ehren aus der Klemme zu ziehen, in die es sich bei San Stefano begeben hatte, ein ganz wesentlicher Dienst Deutschlands nach der freundnachbarlichen Seite hin war. Weitergehende Ansprüche an die polische Freundschaft Deutschlands zu stellen, wäre Rußland nur dann berechtigt gewesen, wenn es sich vor dem Kriege aufrichtig mit uns über seine tatsächlichen Absichten verständigt

hätte und unsererseits eine Möglichkeit gefunden worden wäre, unsere Interessen dabei in einer dem russischerseits an Österreich erteilten Zugeständnis gleichwertigen Weise zu kompensieren. Ob eine solche Möglichkeit bestand, ist eine Frage, die hier unerörtert bleiben kann; bei der damaligen „Saturiertheit“ Deutschlands wäre sie schwerlich rasch zu finden gewesen. Jedenfalls aber hätten die Ergebnisse des Berliner Kongresses für Rußland nur dann günstiger sein können, wenn wir um seinetwillen bereit gewesen wären, in einen neuen Krieg mit Österreich-Ungarn zu gehen und wenn die Russen gleichzeitig den Austrag der Entscheidung England gegenüber, die nach Lage der gegenseitigen Machtsphären schwerlich wo anders als in Afghanistan und Indien erfolgen konnte, auf ihre eigene Kappe genommen hätten. Daß sie damals die Möglichkeit besaßen, einen Feldzug nach Indien mit genügenden Streitkräften auch nur finanziell durchzuführen, muß freilich durchaus bezweifelt werden. Wie dem aber auch sei — jedenfalls setzte sich nach dem Berliner Kongreß in dem Bewußtsein der russischen Nation die Überzeugung fest, daß Deutschland in Berlin an Rußland moralisch zum Verräter geworden sei: fortan führe der Weg nach Konstantinopel nicht nur, wie man wohl schon früher gesagt hatte, über Wien, sondern auch durch das Brandenburger Thor in Berlin. In dieser Situation lag die eigentliche Gefahr für den Frieden Deutschlands von der russischen Seite her — die Gefahr, die im Verein mit dem französischen Revanchebedürfnis zur treibenden Voraussetzung des Dreibundes wurde. Die Gegenwirkung bot dann, wiewohl anfangs und noch lange Zeit darnach fast allgemein in ihren wahren russischerseits vorhandenen Motiven verkannt, die Annäherung zwischen Rußland und Frankreich dar. Was Rußland mit dem französischen Bündnis bezweckte, war von Anfang an nichts anderes, als durch geschickte Benutzung der in Frankreich vorhandenen politischen Stimmung den Pariser Geldmarkt für die Sanierung der russischen Finanzen in großem Stil zu eröffnen. Mit diesen auf eine vollständige Umgestaltung des inneren Wirtschaftslebens, der Währung und der allgemeinen Kreditverhältnisse hin gerichteten Projekten der russischen Finanzverwaltung vertrug sich der Gedanke an eine kriegerische Politik gegen Europa in keiner Weise — ohne daß man allerdings in Europa

und speziell in Deutschland diesen Zusammenhang der Dinge rechtzeitig durchschaut hätte.

Am 17. März 1891 erfolgte die Unterzeichnung des Reskripts über den Beginn der Bauarbeiten an der sibirischen Bahn durch den Kaiser Alexander III. Zwei Monate später begannen die Arbeiten. Dies Ereignis ist damals so gut wie nirgends seiner wahren Bedeutung nach gewürdigt worden. Erwägt man den Zusammenhang der Umstände, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ihm auf russischer Seite die wohl erwogene Entscheidung vorhergegangen sein muß, für absehbare Zeit die Kräfte und Machtmittel des Staates ganz vorwiegend auf dem fernen Osten zu konzentrieren. Offiziell wurden die Kosten der sibirischen Eisenbahn anfangs inkl. der projektierten Ausgaben für Stromkorrektionen und dergleichen auf rund 800 Millionen Mark veranschlagt. Tatsächlich haben sie bis heute bereits erheblich über 2000 Millionen verschlungen. Es mag sein, daß die russische Regierung nicht ganz auf einen solchen Betrag vorbereitet war; der seinerzeit veröffentlichte offizielle Voranschlag aber war bereits absichtlich zu niedrig bemessen. Der Umstand, daß man von vorherein selbst von der bloßen Tracierung der ganzen ca. 2000 km betragenden Strecke längs der Schilka und des Amur, von Strjetensk bis Chaborowsk, absah und sich seitens der leitenden Kreise auf Anfragen immer um eine präzise Beantwortung der Frage herumdrückte, was denn eigentlich dort mit dem Bau geschehen solle, läßt jetzt darauf schließen, daß die Abkürzung durch die Mandschurei von Anfang an im Plan der russischen Regierung gelegen hat und daß die Linie längs des Ussuri von Wladiwostok nach Chaborowsk nur dazu bestimmt war, sobald wie möglich für etwa notwendig werdende Transporte die Wasserstraße des Amur in Verbindung mit dem von Westen her vorrückenden Bahnbau nutzbar zu machen. Lag aber die Erwerbung einer herrschenden Position in der Mandschurei bereits zu Beginn der neunziger Jahre innerhalb der bestimmten Absichten der russischen Politik, so ist nun um so klarer, was jetzt ja ohnehin keinem Zweifel mehr unterliegt, daß der ganze Bahnbau von vornherein eminent politischen Zwecken gedient hat. Diese Ziele bestehen in nichts anderem, als in Gedanken der Hegemonie in Ost-Asien.

Rußland war früher und erfolgreicher als die übrigen sonst in

China interessierten europäischen Mächte in der Lage, seine Aufmerksamkeit den inneren Verhältnissen Chinas, namentlich der Situation der herrschenden Mandschudynastie, zuzuwenden und sie in ihrer Bedeutung für den zu erwartenden Gang der Ereignisse zu begreifen. Die Fäden, die hier hinüber und herüber gesponnen wurden und auch heute noch gesponnen werden, sind im einzelnen mit einem dichten Schleier des Geheimnisses bedeckt; im Prinzip aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bereits seit dem Ende der achtziger Jahre, wenn nicht schon früher, sehr wichtige und sehr folgenreiche Verbindungen zwischen russischen politischen Persönlichkeiten auf der einen, Angehörigen des chinesischen Kaiserhauses und hohen weltlichen wie geistlichen Würdenträgern des chinesischen Reiches auf der andern Seite vorhanden waren und noch vorhanden sind. Vermöge dieser Beziehungen war die russische Regierung zu einer Zeit, als für das allgemeine europäische Bewußtsein eine chinesische Krisis noch weit außerhalb des Gesichtskreises lag, imstande, ihre vorbereitenden Schritte zu tun. Der wichtigste war der Entschluß zum Bau der sibirisch-mandschurischen Bahn. Allerdings ist es dann vielleicht etwas früher zu der Katastrophe in China gekommen, als auch den Russen lieb war, insofern die Bahn weder auf den ostsibirischen noch auf den mandschurischen Abschnitten bereits ausreichend funktionierte. Immerhin hat sie aber die Zusammenziehung und Bereitstellung der russischen Truppenmacht in Ost-Asien, die sich heute, mit den an Ort und Stelle vorhandenen auf den Kriegsfuß kompletierten Formationen zusammen, nicht unter 200 000 Mann halten wird, wesentlich erleichtert. Auch jetzt noch glaubt die russische Politik, in Ost-Asien bei weitem nicht am Ende, sondern erst am Anfang ihrer Ziele zu stehen. Das Ziel — daran giebt es für sie gar keine Zweifel — ist die Beherrschung Chinas, nicht nur seiner innerasiatischen Nebenländer, sondern zum mindesten auch der ganzen nördlichen Hälfte des eigentlichen Reiches der „achtzehn Provinzen“. Das Ziel soll erreicht werden auf der einen Seite durch die Ausnutzung der Beziehungen zu einheimischen chinesischen Machtfaktoren, auf der anderen Seite durch die Bereitstellung einer so starken militärischen Macht in Ost-Asien, mit so gesicherter rückwärtiger Verbindung nach der Heimat, daß keine andere konkurrierende Nation daran denken könnte, den Russen kriegerisch entgegen zu treten. Entscheidend

für diese ganze Ideenverbindung ist der Umstand, daß es den Russen allein unter der ganzen Zahl der europäischen Bewerber — Japan nimmt hier natürlich eine andere Stellung ein — gelungen ist, von den Zuständen innerhalb der chinesisch-mongolischen Welt, der regierenden Kreise sowohl als auch der geistig religiösen Potenzen, wirkliche intime und politisch verwertbare Kenntnis zu gewinnen und innerhalb dieser Sphäre haltbare persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Unleugbar trugen zu diesem Gelingen historisch-ethnographische Faktoren ein bedeutendes bei. Die slavisch-russische Welt, wenigstens soweit sie von Moskau abhängig war, hat ja zwei Jahrhunderte lang politisch überhaupt einen Bestandteil der in Inner-Asien wurzelnden Mongolenreiche gebildet, und sie hat sowohl damals als auch noch später sehr bedeutsame Elemente ihres Wesens von dorther aufgenommen. Man kann natürlich nicht sagen, daß an sich zwischen europäisch gebildeten Russen und dem Chinesentum eine erkennbare innere Verwandschaft bestände, die beide Teile zu besonderem gegenseitigen Verständnis befähigte, aber es giebt innerhalb des Russentums Individualitäten und auch allgemeine Charakterzüge, die zur Herstellung solcher inneren Beziehungen zu Ost- und Zentralasien als besonders brauchbare Faktoren erscheinen — wobei als bedeutsames Moment noch hinzutritt, daß Rußland schon jetzt Millionen von Untertanen mongolischer Rasse und teilweise buddhistischen Glaubens beherrscht.

Das Wesen der russischen Hoffnungen in Ost- und Innerasien sowie die Mittel und Wege, auf denen man an das Ziel zu gelangen hofft, näher zu charakterisieren, gehört nicht in den Rahmen der uns vorgezeichneten Aufgabe. Die russische Politik ist bestrebt, soweit wie möglich ohne kriegerische Aktionen zu kommen; wenn es angeht, solche ganz zu vermeiden. Ihre vornehmsten Mittel sind die Anknüpfung und Unterhaltung von Verbindungen nach Art der oben gekennzeichneten in China und die Schaffung großer, in erster Linie militärisch-politisch, in zweiter auch wirtschaftlich nutzbar zu machender Verkehrslinien. Die sibirische Bahn ist für die Verwirklichung der letzteren Absichten Rußlands keineswegs ein idealen Anforderungen entsprechendes Werkzeug. Sie liegt zu weit nach Norden und sichert der russischen Macht bloß die Möglichkeit eines Druckes auf die nördlichen peripheren Gebiete des eigentlichen China. Allerdings liegt dort

der Regierungssitz, und solange die Mandschudynastie herrscht, wird sie auch bestrebt sein, ihn in der Nähe ihres alten Stammlandes zu behalten. In das eigentliche produktenreiche, intensiv bevölkerte Herz Chinas, in die zentralen Gebiete im Becken des Jangtsekiang, eröffnet sich aber für Rußland von Sibirien aus kein bequemer Weg. Daher ist es ein im Stillen schon lange beschlossener Plan der russischen Politik, eine Eisenbahnlinie quer durch Innerasien zu schaffen, mit dem vorläufigen Ziel im Talbecken des Weiho, jener Landschaft, die historisch wie geographisch die Wiege des chinesischen Reiches und der chinesischen Kultur ist, mit der alten, auch in den letzten Wirren von der Dynastie wieder aufgesuchten Hauptstadt Hsinganfu. Ob diese russisch-zentralasiatische Zukunftsbahn ihren westlichen Ausgangspunkt von der sibirischen oder von der jetzt im Bau begriffenen turanischen Magistrallinie aus nehmen wird, ist noch die Frage; sicher aber ist, daß an dem Tage, wo es Rußland gelungen sein sollte, mit einem Schienenweg das Talbecken des Weiho von Osten her zu erreichen, es der Herr von ganz Nord- und Mittelchina ist, denn von dort aus strahlen die natürlichen und durch keine feindliche Aktion, die soweit sie europäisch wäre, ihre Basis ja an der Meeresküste haben müßte, zu beeinträchtigenden Verbindungslinien sowohl nach Nordosten und Osten in die große Ebene als auch nach Südosten in das Jangtsekianggebiet aus.

So groß ist der Frontwechsel der großen Politik Rußlands seit der Bismarckischen Epoche und dem Abschluß des Dreibundes, und so sehr haben sich demnach die Voraussetzungen geändert, von denen die weitere Ausgestaltung unserer Beziehungen zu Rußland abhängig ist! Schon durch die Verlegung des russischen Interessenschwerpunktes vom Balkan nach Ostasien sind die Voraussetzungen einer fundamentalen Änderung unseres inneren Verhältnisses zu Rußland gegenüber der Bismarckischen Zeit gegeben, — zumal wenn man erwägt, daß auch wir eine ostasiatische Macht geworden sind. Nimmt man vollends hinzu, daß während des letzten Jahrzehnts die weltpolitischen Interessen Rußlands auch in Persien und Mittelasien sich erheblich erweitert und einen viel akuteren Charakter angenommen haben, so vergrößert sich das Gewicht des geschehenen Wechsels noch mehr. Die Bismarckische Dreibund-Politik war hervorgegangen aus der Notwendigkeit, für Deutschland zwischen Rußland und Österreich-Ungarn als

dem speziellen Verbündeten zu optieren; der Dreibund bezweckte für Österreich-Ungarn die Sicherung gegen einen russischen Angriffskrieg mit dem strategischen Ziel: Konstantinopel über Wien, während er Deutschland vor der Gefahr einer Wiederholung jener verhängnisvollen „fridericianischen" Kombination aus der Zeit des siebenjährigen Krieges (Österreich-Ungarn, Rußland, Frankreich) bewahren sollte. Seine Voraussetzungen sind auf der einen Seite die bedingungslose Feindseligkeit Frankreichs gegen Deutschland, auf der anderen Seite der russisch-österreichische Antagonismus wegen der Balkanfrage und die Gefahr eines russischen Angriffs auf uns, dessen Ursachen gleichfalls in der nationalen Verärgertheit unserer Nachbarn wegen des mangelnden Erfolges in ihrem letzten Orientkrieg lagen. Von dem Augenblicke an aber, wo die russische Politik sich darüber klar wird, daß für die Zukunft des russischen Staatswesens als Weltmacht in Ost-Asien unvergleichlich viel mehr auf dem Spiele steht, als im europäischen Orient, ändern sich die Grundvoraussetzungen unserer Dreibund-Politik nach Osten hin vollkommen. Rußland verliert darum natürlich keineswegs sein Interesse an den Balkanfragen, aber unter den gegebenen Umständen verkehrt sich das bisherige ungeduldige Drängen nach Vorwärtskommen in Südost-Europa, der Wunsch, unter allen Umständen nach dieser Richtung hin Terrain zu gewinnen, in den anderen: die Dinge nach Möglichkeit unangerührt zu lassen, bis die Verhältnisse im fernen Osten eine solche Wendung genommen haben, daß ein energischeres Zurückkommen auf die Balkanpolitik ermöglicht wird. Dazu tritt dann aber noch eine weitere Erwägung. Je nach dem Maß der Erfolge in Asien verringert sich nämlich das objektive Bedürfnis nach dem Erwerbe einer vorherrschenden Stellung auf der Balkanhalbinsel, und die Möglichkeit ja Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Verständigung mit Österreich-Ungarn tritt näher. Je größere Erfolge Rußland in Hochasien, am Stillen Ozean, in Persien pflückt, desto ruhiger kann es einen großen Teil seiner bisher in der europäischen Türkei und der Welt der slavischen Balkanstaaten festgehaltenen Interessensphäre von Österreich-Ungarn eingenommen sehen; ja an sich ließe sich unschwer eine solche Veränderung des Standes der Dinge denken, daß sich ein russisch-österreichisches an die Stelle des deutsch-österreichischen Bündnis setzt — mit dem Ziel einer Teilung des Balkans.

Eine derartige Entwickelung könnte unter Umständen durch gewisse Schwierigkeiten beschleunigt werden, denen die russische Regierung bei sich zu Hause begegnet. Es fehlt nämlich noch viel daran, daß die neue groß-asiatische Politik in dem Bewußtsein des russischen Volks oder auch nur seiner gebildeten Oberschicht annähernd in demselben Maße begriffen und als populäre Idee empfunden würde, wie jenes alte, durch eine jahrhunderte-lange Entwickelung und eine große Menge vergossenen russischen Blutes geheiligte Ideal, das seinen prägnantesten Ausdruck in dem Willen findet, der die ganze Nation von den untersten Schichten bis in ihre höchsten Spitzen durchdringt: den Halbmond von der Sophienkuppel in Konstantinopel herabzustürzen und das rechtgläubige Kreuz an seine Stelle zu pflanzen. Je länger, desto mehr macht sich in sehr gewichtigen Organen der öffentlichen Meinung in Rußland die bewußte Forderung geltend, die große Politik der Regierung möge sich wieder in die alte seit 1891 sichtbar verlassene Richtung auf den europäischen Orient hin zurückkonzentrieren. Sehr bezeichnend für diese Stimmung ist die skeptische Zurückhaltung, mit der unlängst ein klassisches Dokument der modernen groß-asiatischen Politik von der unabhängigen öffentlichen Meinung des Landes aufgenommen worden ist: der Rechenschaftsbericht des Finanzministers v. Witte über seine Reise nach Ost-Asien. Eine Analogie dazu bietet ein anderer, einige Monate früher erfolgter und in der Geschichte der russischen Politik bisher einzig dastehender Vorgang: die offizielle Beantwortung, die ein Zeitungsartikel des Grafen Paul Tolstoi über die mangelnden Erfolge der russischen Politik von Seiten des Auswärtigen Amts in St. Petersburg erfuhr. Der dort eingeschlagene Weg einer Rechtfertigung der befolgten Methode und der erreichten Erfolge vor dem Publikum, die rühmende Hervorhebung aller erzielten Resultate durch die Regierung selbst, ist für Rußland ein vollständiges Novum und ein sicheres Zeugnis dafür, wie hoch und wie schwerwiegend man auf Seiten der Regierung die Zweifel der öffentlichen Meinung gegenüber der Vernachlässigung der „historischen Mission“ Rußlands im nahen Orient anschlägt, und es darf unter Umständen sogar nicht als ausgeschlossen gelten, daß die russische Politik, zumal wenn große öffentliche und für die populäre Anschauung schlagende Erfolge in Ost-Asien sich zunächst nicht aufweisen lassen, aus Furcht davor, ihre Bodenständigkeit im

nationalen Empfinden zu verlieren, sich doch wieder zu einer Aktion in der Richtung auf Konstantinopel hin entschließt.

Derjenige Punkt, auf den Rußland in den Balkandingen, wenn überhaupt an die bestehenden Verhältnisse gerührt werden soll, um dringlicher Lebensinteressen willen nicht verzichten kann, ist die Beherrschung des Eingangs in das Schwarze Meer vom Bosporus aus. Bismarck hat — allerdings noch unter Voraussetzung des unveränderten Bestehens der Basis des Dreibunds — über die zukünftige Politik Rußlands namentlich mit Beziehung auf Konstantinopel in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ ein besonderes Kapitel. Er schreibt dort: „Wenn Rußland, nachdem es hinreichend fertig ist, um den Sultan und den Bosporus nötigenfalls militärisch zu Wasser und zu Lande zu überlaufen, dem Sultan persönlich und vertraulich vorschlägt, gegen Bewilligung einer ausreichenden Befestigung und Truppenzahl am nördlichen Eingang des Bosporus ihm seine Stellung im Serail und alle Provinzen nicht nur gegen das Ausland, sondern auch gegen seine eigenen Untertanen zu garantieren, so würde das ein Angebot sein, in dem eine erhebliche Versuchung zur Annahme liegt. Setzen wir aber den Fall, daß der Sultan aus eigenem oder aus fremdem Antrieb die russische Insinuation zurückweist, so kann die neue Schwarze-Meer-Flotte die Bestimmung haben, auch vor entschiedener Sache sich der Stellung am Bosporus zu bemächtigen, deren Rußland zu bedürfen glaubt, um in den Besitz seines Hausschlüssels zu gelangen.“ . . . Bismarck führt dann des weiteren aus, wie es sowohl im Sinne der deutschen als auch der österreichischen Interessen läge, einer Festsetzung Rußlands am Bosporus in keiner Weise hinderlich zu sein. „Ich glaube, daß es für Deutschland nützlich sein würde wenn die Russen auf dem einen oder anderen Wege physisch oder diplomatisch sich in Konstantinopel festgesetzt und dasselbe zu verteidigen hätten . . . Wenn ich österreichischer Minister wäre, so würde ich die Russen nicht hindern, nach Konstantinopel zu gehen, aber eine Verständigung mit ihnen erst beginnen, nachdem sie den Vorstoß gemacht hätten. Die Beteiligung Österreichs an der türkischen Erbschaft wird doch nur im Einverständnis mit Rußland geregelt werden, und der österreichische Anteil um so größer ausfallen, je mehr man in Wien zu warten und die russische Politik zu ermutigen weiß, eine weiter vorgeschobene Stellung einzunehmen.

... Wenn man die Sondierung, ob Rußland, wenn es wegen seines Vorgreifens nach dem Bosporus von anderen Mächten angegriffen wird, auf unsere Neutralität rechnen könne, solange Österreich nicht gefährdet wäre, in Berlin verneinend oder gar bedrohlich beantwortet, so wird Rußland zunächst versuchen, Österreichs Genossenschaft zu gewinnen. Das Feld, auf dem Rußland Anerbietungen machen könnte, ist ein sehr weites, nicht nur im Orient auf Kosten der Pforte, sondern auch in Deutschland auf unsere Kosten. Die Zuverlässigung unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn gegenüber solchen Versuchungen wird nicht allein von den Buchstaben der Verabredung, sondern auch einigermaßen von dem Charakter der Persönlichkeiten und von den politischen und konfessionellen Strömungen abhängen, die dann in Österreich leitend sein werden. Gelingt es der russischen Politik, Österreich zu gewinnen, so ist die Koalition des siebenjährigen Krieges gegen uns fertig, denn Frankreich wird immer gegen uns zu haben sein, weil seine Interessen am Rhein gewichtiger sind, als die im Orient und am Bosporus."

Diese Seite der Erwägungen Bismarcks gilt auch heute noch im wesentlichen unverändert, trotz der Verschiebung der Interessen, die gegenüber der Bismarckischen Zeit jetzt in St. Petersburg eingetreten ist. Ob diese Politik in nächster Zeit den Griff nach dem Bosporus tun zu müssen glauben wird, oder nicht, wird in erster Linie davon abhängig sein, wie stark sie sich in anderer Richtung, nach außen wie nach innen, fühlt. Je schwächer oder je weniger für die Öffentlichkeit und das nationale Empfinden bemerkbar die Erfolge auf asiatischem Boden sind, desto stärker wird die Versuchung sein, auf der Balkanhalbinsel eine Situation herbeizuführen oder zu begünstigen, die den Sultan in eine möglichst große Angst um die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft oder doch wesentlicher Elemente derselben versetzt und dann, wenn er hinreichend eingeschüchtert ist, von ihm das Zugeständnis eines russischen Verschlusses am oberen Bosporus zu verlangen. Ist die Lage überhaupt gerade günstig, so würde das Wagnis des Coups auf Konstantinopel für die russische Politik in der That eine Versuchung bedeuten, der zu widerstehen ihr trotz der neuen großasiatischen Tendenzen schwer fallen müßte. Was vollends die Verhältnisse im Innern betrifft, so könnte die Regierung sicher sein, mit einem derartigen Erfolge

ein Kapital anzusammeln, von dem sie lange zehren kann. Namentlich in dem eigentlichen Hauptproblem der inneren Politik, der Frage der Aufrechterhaltung des strammen Absolutismus gegenüber dem immer stärkeren Herandrängen und der fortschreitenden Ausbreitung liberaler und radikaler Strömungen innerhalb der Nation, würde die Aufpflanzung des russischen Adlers am Bosporus dem gegenwärtigen System voraussichtlich eine sichere und verhältnismäßig lange Schonzeit gewähren.

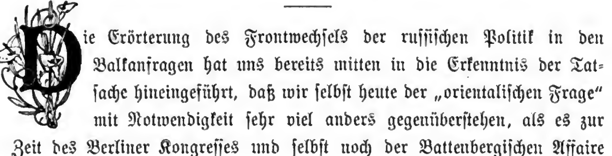
Fassen wir nun die Summe der Veränderungen zusammen, die sich sowohl in den inneren ökonomischen und politischen Verhältnissen Rußlands, als auch in der äußern Zielen der russischen Politik seit der Epoche des Berliner Kongresses vollzogen haben! Rußland steht demnach, wie wir sahen, iumitten einer schweren Wirtschaftskrisis. Diese hat den Staat dahin gebracht, daß sein ganzes Kredit- und Währungssystem abhängig ist von der fortdauernden Offenhaltung des Goldzuflusses aus dem Auslande, der sei es direkten, sei es verdeckten Anleihen, ohne Rücksicht darauf, daß damit die laufende Last des Goldtributs an eben dieses Ausland steigt und die zuletzt doch unabwendbare Liquidation immer verderblicher ausfallen muß. Von dieser Seite her betrachtet erscheint die materielle Aktionskraft der russischen Politik überhaupt, namentlich aber für den Kriegsfall, so gut wie gelähmt. Auf der anderen Seite aber bringt der steigende Druck der Wirtschaftskrisis, im Verein mit der fortschreitenden politischen Entwicklung der gebildeten öffentlichen Meinung in liberalem Sinne und mit dem Eindringen sozial-revolutinärer Ideen in die Arbeiterschaft, eine unausgesetzt steigende innerpolitische Gährung fast der gesamten Nation zu wege. Die Maßregeln der Regierung gegenüber dieser inneren Gefahr zeigen bisher ein Gemisch von unklarem Schwanken an höchster Stelle und reiner Brutalität der administrativen Unterdrückungsmethoden, was beides nur geeignet ist, die Schwierigkeiten der Lage noch zu verschärfen. Es fragt sich, ob und wie lange die regierenden Kreise es für möglich halten werden, unter diesen Umständen trotz der Finanznot ohne die Öffnung des auswärtigen Ventils auszukommen. Auf jeden Fall aber erscheint das Motiv der Unsicherheit, das schon Bismarck in der russischen Politik erblickte, heute noch um ein beträchtliches gesteigert. An sich genommen ist das für uns ein starker Nachteil. Es ist immer besser, man kann eine bestimmte Größe, selbst wenn sie minder günstiger Natur

sein sollte, in seine Rechnung einstellen, als daß man sich gezwungen sieht, das politische Calcul auf mehrere unter einander sehr verschiedene Möglichkeiten aufzubauen — was wir sicher tun müßten, falls wir den Gedanken faßten, Rußland gegenüber ein System gegenseitiger Anlehnung anzustreben. Die Realisierbarkeit dieses Verhältnisses würde in kritischen Augenblicken stets dadurch in Frage gestellt erscheinen, daß Rußland um seines wirtschaftlich-finanziellen Elends willen entweder überhaupt nicht marschieren lassen dürfte oder, wenn es doch aufmarschieren ließe, doch keinerlei nachhaltige Operationen durchführen könnte.



Drittes Kapitel.

Der europäische Südosten; das Osmanische Reich und Österreich-Ungarn.



Die Erörterung des Frontwechsels der russischen Politik in den Balkanfragen hat uns bereits mitten in die Erkenntnis der Tatsache hineingeführt, daß wir selbst heute der „orientalischen Frage" mit Notwendigkeit sehr viel anders gegenüberstehen, als es zur Zeit des Berliner Kongresses und selbst noch der Battenbergischen Affaire der Fall war.

Als Kronprinz Rudolf von Österreich, bald nach dem Kongreß von 1878, einmal in Berlin war, äußerte er einem englischen Diplomaten gegenüber, daß man in Wien jetzt nichts mehr gegen die Besetzung Konstantinopels durch die Russen hätte, wenn zugleich die Standarte der Habsburger in Saloniki entfaltet würde. Das Wort kam an die Öffentlichkeit und Lord Houghton, dem gegenüber es gefallen war, gab in der Times ausdrücklich seine Richtigkeit zu. Wir haben bereits gesehen, daß ein russisches Konstantinopel uns vielleicht neutral lassen, ja unser direktes Wohlwollen finden könnte. Mit einem österreichischen Saloniki brauchte es an sich nicht anders zu stehen. Beides aber gilt nur unter einer sehr bestimmten Voraussetzung, nämlich der, daß die Türkei nicht zugleich aufhörte, als selbständige lebens- und widerstandskräftige Größe zu existieren.

Rußland hat die Erfahrung machen müssen, daß die Balkanslaven und ganz besonders Bulgarien, auf das es die stärksten Hoffnungen gesetzt hatte, sich in einer viel selbständigeren und auf ihre Selbständigkeit eifersüchtigeren Art entwickelt haben, als man das vor und unmittelbar nach

seinem letzten Türkenkriege angenommen hat. Die Schwierigkeiten, die sich von dieser unvermuteten Seite her so peinlich gegenüber der Verwirklichung des alten russischen Traumes, dereinst der Haupterbe der gesamten türkischen Macht zu sein, erhoben, haben sicher auch ein Moment, mindestens ein psychologisches, dafür gebildet, daß der Einsicht, für die Zukunft der Weltstellung Rußlands stehe in Ostasien unendlich viel mehr auf dem Spiele, als am Balkan, so rasch und so praktisch entschlossen Folge gegeben wurde, wie es tatsächlich geschehen ist. Nicht berührt wird aber davon die alte Lebensfrage Rußlands, wer den Schlüssel zu seinem Hause am Bosporus in der Hand haben soll. Darauf, den Pontus als ein russisches Gewässer betrachten zu dürfen, hat Rußland ein unbestreitbares historisches und moralisches Anrecht und, was praktisch mehr bedeutet: kein russischer Zar dürfte es heute noch wagen, einen Verzicht auf dieses Anrecht mit seinem Wort zu sanktionieren. Die Straße von Konstantinopel bildet den Zugang zum ganzen Süden des russischen Reiches, zu dem zweitwichtigsten, bald vielleicht dem ersten Seehafen, den Rußland besitzt, Odessa; zu den großen maritimen Waffenplätzen auf der Krim und an der Mündung des Dnjepr; endlich zu dem an Wichtigkeit stets zunehmenden Gestade des kaukasischen Isthmus. Zum mindesten also auf die nördliche Mündung des Bosporus wird die russische Politik, solange sie noch eine Spur von Kraft und Selbstbewußtsein in sich hat, nie aufhören, Vorzugsrechte geltend zu machen — wie sie es denn auch zu erreichen verstanden hat, daß die türkischen Befestigungen an dieser Meerenge eigentlich nur zum Schein vorhanden sind. Für uns aber kommt auf jeden Fall in Betracht, daß an eben diesem Bosporus heute noch die politische Zentrale des türkischen Reiches liegt und daß für uns die dringende Notwendigkeit besteht, um unserer wirtschaftlichen Zukunft willen die Selbständigkeit und Kraft der Türkei zu erhalten. Es wäre Torheit für uns, von einer Eroberung des Morgenlandes in dem Sinne zu träumen, daß sich dabei eine Einbeziehung jener weiten Länderstrecken in unsere staatliche Machtsphäre, etwas wie ein politisches Protektorat oder eine ähnliche, sei es verschleierte, sei es offene Form der Besitzergreifung, ergäbe. Dagegen aber ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß Deutschland und das osmanische Reich, so verschieden sie auch innerlich wie äußerlich geartet sein mögen, so groß auch

die Entfernung zwischen den Ländern und zwischen der Sinnesweise der Völker sich erweisen mag, in ihrem beiderseitigen Interesse darauf angewiesen sind, politisch in Orientdingen mit einander zu gehen. Die Türken wissen es, daß sie ringsum von großen und kleinen Feinden umgeben sind, die samt und sonders offene oder stillschweigende Ansprüche auf verschiedene Gebietsteile des osmanischen Reiches erheben. Sie wissen auch, daß sie allein für sich kaum imstande sein werden, das Schicksal, das ihnen droht, abzuwenden. Diese Erkenntnis verweist sie mit Notwendigkeit darauf, sich einen Rückhalt bei derjenigen europäischen Großmacht zu suchen, deren Interessen die Vernichtung der Türkei am bestimmtesten zuwiderläuft. Diese Macht sind wir — denn wir wären diejenigen, die anderenfalls mit Sicherheit am schlechtesten wegkämen oder ganz leer ausgingen. Unsere geographische Lage bringt es mit sich, daß wir zwar imstande sind, auf die gefährlichsten unter den möglichen Gegnern der Türkei einen merklichen Druck auszuüben, daß wir aber in Bezug auf Entfaltung materieller, politischer Machtmittel im Orient selbst an der letzten Stelle stehen würden. Jeder, vor allen Dingen jeder asiatische Territorialverlust aber, den das türkische Reich jetzt noch erleidet, und erst recht natürlich seine Zerteilung unter die Nachbarmächte, schließt mit der größten Wahrscheinlichkeit deutsche Arbeit und deutsche Erfolge von weiten Gebieten im Orient aus — Gebieten, deren ökonomische Zukunft gerade jetzt unter Auspizien tritt, die günstiger und verheißungsvoller sind, als es dort seit fast einem Jahrtausend der Fall gewesen ist.

Es hieße Bekanntes und oft Gesagtes wiederholen, wenn hier ein ausführliches Gemälde der materiellen Blüte, des Reichtums, der Menschenzahl und der Steuerkraft entworfen werden sollte, die im Altertum und bis tief ins Mittelalter in den jetzt unter türkischer Herrschaft stehenden Teilen Vorderasiens, namentlich in den Euphrat- und Tigrisländern, in Syrien und in Kleinasien, existiert haben. Es ist bekannt, daß von den Zeiten der assyrischen Großmacht bis auf die Epoche der Kalifen der Besitz des babylonischen Alluviums über das Königtum von Asien entschieden hat; es ist bekannt, daß allein die Herrschaft über dieses reiche Land den Parthern wie dem sassanidischen Perserreiche die materielle Kraft gegeben hat, hier, am mittleren Euphrat und am oberen Tigris, dem Vordringen des römischen Imperiums dauernd Halt zu gebieten. Ebenso bedarf es keiner Aus-

führungen darüber, was Syrien und Kleinasien einstmals für das römische und für das byzantinische Reich bedeutet haben. Ihnen allen wird durch den bevorstehenden Bahnbau neues Lebensblut zugeführt werden; vor allen Dingen, was das Wichtigste ist, die Autorität von Regierung, Gesetz und Recht gegenüber den räuberischen Nomadenstämmen des Gebirgs und der Wüste, die Sicherheit für Leben und Eigentum des Bauern und Bürgers, werden mit der Vollendung jenes Unternehmens wiederkehren, wo sie jetzt fehlen. Eben dieses, daß sie dort seit bald tausend Jahren mangeln, das und nichts anderes, hat in erster Linie den Sturz der Kultur, die Verödung und Verarmung des Landes, die Verringerung der Bevölkerung auf einen Bruchteil ihrer früheren Zahl verursacht. Alle anderen Gründe, die außerdem noch genannt werden, sind sekundärer Natur. Sobald die Bagdadbahn da ist, wird sie Äcker, Dörfer, Herden, Städte, Menschen neu schaffen und vermehren; von dorther werden die Menschenzahl, die Steuerkraft, die finanzielle und materielle Leistungsfähigkeit, überhaupt die Widerstandskraft der Türkei gegenüber ihren Nachbarn wachsen — und damit wird, wie gesagt, auch unseren Interessen gedient sein. Eben dieser Umstand, daß kein Mittel in solchem Maße die politische Kraft und Selbständigkeit des osmanischen Reiches zu heben geeignet ist, wie die Bagdadbahn, ist der deutlichste Erweis für die Mißgunst und das Übelwollen derjenigen, die sich bemühen, die Türken glauben zu machen, es handle sich für uns darum, eine politische Vormundschaft oder dergleichen im osmanischen Reiche zu gewinnen. Gerade die Länder der Bagdadbahn — Anatolien und Mesopotamien — sind es, die selbst im Falle einer teilweisen Liquidation der Türkei den schwer oder garnicht angreifbaren Kernbestand des Reiches bilden würden. Die Randländer des türkischen Staates werden im Falle, daß die Nachbarn des Sultans über ihre Anteile einig sein sollten, in der Tat schwer zu halten sein. Rußland hat Grund, auf einer Erweiterung und Abrundung seiner Kaukasusgrenze durch Hinzufügung des armenischen Hochlandes bis an den natürlichen Grenzwall des Taurus zu bestehen. Für Österreich-Ungarn ist schon durch die physikalische Gestaltung der Verhältnisse der Weg nach Saloniki am aegeischen Meer als eine Notwendigkeit vorgezeichnet, wenn es auch für diesen Anspruch ungünstig erscheint, daß die nach Süden sich öffnenden macedonischen Landschaften mit

dem österreichischen Okkupationsgebiet in Bosnien nur durch den schmalen zwischen Montenegro und Serbien eingezwängten Hals des Sandschaks von Nowibasar zusammenhängen und daß gerade der stärkste und zukunftsreichste der eigentlichen Balkanstaaten, Bulgarien (das Königreich Rumänien gehört nicht hierher), auf Macedonien Ansprüche erhebt; dazu die Bevölkerung des fraglichen Landes selbst mit den Bulgaren sympatisiert, soweit bei ihr überhaupt von politischer Erweckung schon die Rede sein kann.

Bekanntlich hat ja kein Geringerer als der Freiherr von der Goltz den Türken den Rat gegeben, ihre überseeischen d. h. die europäischen, afrikanischen und arabischen Besitzungen selbst aufzugeben und sich auf die eigentliche Hochburg ihrer nationalen Daseinskraft, auf Anatolien, mit seiner natürlichen rückwärtigen Fortsetzung, Mesopotamien, zurückzuziehen. In der Tat bedarf es keiner langen Erwägung, um einzusehen, daß es auf die Dauer doch über die Kräfte der Türken geht, mit den verhältnismäßig geringen Menschenmitteln, über die sie verfügen, ihr immer noch über drei Erdteile sich ausdehnendes Reich zu verteidigen. Nach türkischem Gesetz sind nur die muhammedanischen, nicht auch die christlichen Untertanen des Sultans wehrfähig und wehrpflichtig. Wenn man von Arabien absieht, das überhaupt schon seit vielen Jahren, bis auf den Besitz von Mekka, nur noch eine fressende Wunde am türkischen Staatskörper ist und in keinem Falle lange mehr gehalten werden kann, so überwiegt aber die Zahl der Muhammedaner in der Türkei die der Christen nicht sehr erheblich. Wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung muß also die Last der Dienstpflicht für das Ganze tragen. Das Innere der anatolischen Halbinsel ist national wie religiös auch unter den muhammedanischen Gebieten der eigentliche und einzig zuverlässige Kern des Staates. Hier hat die türkische Herrschaft in den acht Jahrhunderten ihres Bestehens (die Seldschukenzeit mit eingerechnet) das zu Wege gebracht, was vorher noch nie einem der Besitzer Kleinasiens gelungen war: die Schaffung eines nach Glaube, Sitte und nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl einheitlichen Volkstums. Natürlich sind die heutigen Türken in Anatolien nur zu einem geringen Prozentsatz die Nachkommen der alten seldschukischen und osmanischen Eroberer — zu einem so geringen, daß sich in ihrem Äußeren überhaupt kaum noch Spuren des ursprünglichen hochasiatischen Typus vorfinden. Die wirklich „türkischen"

mongoloiden Gesichter in der Türkei gehören keinen osmanischen, sondern solchen Individuen an, die teils einzeln, teils mit ihren Stämmen später aus dem Innern Asiens gekommen sind und sich noch nicht mit der jetzt „Türken“ genannten Bevölkerung vermischt haben. Auf jeden Fall fühlen sich aber die Nachkommen der alten Kappadozier, Galater, Phryger, Lyder, u. s. w. allesamt als Türken oder Osmanlis und haben das Empfinden der nationalen Zusammengehörigkeit mit der Dynastie Osmans auf dem Thron in Stambul. Davon ist in den weiter südwärts gelegenen arabisch sprechenden Gebieten nicht die Rede. Die Sprachgrenze zwischen türkisch und arabisch verläuft längs dem Nordrande Syriens und Mesopotamiens. Syrien, Palästina, die Länder am Euphrat und Tigris bis hinunter zum persischen Golf sprechen allesamt arabisch; ihre Bewohner haben den Türken gegenüber das Gefühl, daß sie etwas dem Blute nach viel edleres, höheres sind als jene, und daß sie von einer vergleichsweise barbarischen, ihnen fremden Rasse beherrscht werden. Wenn endlich auch die türkische Regierung in Syrien und den Euphratländern, die übrigens im Verhältnis zu Anatolien schwach bevölkert sind, Soldaten aushebt, so kann sie sich doch auf diese arabisch redenden Truppen lange nicht in demselben Maße verlassen, wie auf das Material aus den anatolischen „Soldatenminen“.

Im Unterschiede zu den unter türkischer Herrschaft stehenden ganz überwiegend christlichen und von Natur auf die Zusammengehörigkeit mit der abendländisch-christlichen Kulturwelt angewiesenen Landschaften und Völkerstämme der **Balkanhalbinsel** liegt innerhalb des **asiatischen** Reichsgebiets der Türkei keinerlei Interesse vor, die politische Oberherrschaft der Osmanen zu beseitigen. Wenn man von Armenien absieht, wohnen mit Ausnahme der kleinasiatischen Küstenlandschaften, in denen das Griechentum überwiegt, vom Bosporus bis zum persischen Golf überwiegend Muhammedaner. Das christliche Element ist auch dort nicht unbedeutend, aber es ist auf die Städte und einige isolierte und in sich leidlich geschlossene Landschaften beschränkt, würde auch, sobald die überwiegend christlichen Gebietsteile im Westen und Nordosten des Reichs fortfallen, den Türken wenig Veranlassung mehr zu politischem Mißtrauen, zu Gewaltmaßregeln und Bedrückung, geben.

Im **türkischen Asien** liegt **möglicherweise** ein **großes Stück**

deutscher Zukunft. Wie schon betont unterscheidet sich aber Deutschlands politische Stellung zur Türkei von der aller anderen europäischen Mächte dadurch, daß wir in voller Aufrichtigkeit keinen Fetzen türkischen Gebiets, weder in Europa, noch in Asien, noch in Afrika, für uns verlangen, sondern lediglich den Wunsch und das Interesse haben, in der Türkei, mag sich ihr Gebiet nun auf ihre asiatischen Besitzungen beschränken oder nicht, einen Absatzmarkt und eine Rohproduktenquelle für unsere Industrie zu haben, wobei wir den mit uns konkurrierenden Nationen gegenüber gar keinen anderen Anspruch geltend machen wollen, als den der bedingungslos „offenen Tür". Mag man sich zu der Frage, wann die Bagdadbahn fertig wird und welches das Tempo der wirtschaftlichen Neuentwickelung in den von ihr durchzogenen Ländern sein wird, in höherem oder geringerem Maße skeptisch stellen — daran, daß eine solche Entwickelung bevorsteht, ist gar kein Zweifel möglich, und von unserer Seite könnte kaum ein größerer Fehler gemacht werden, als wenn wir nicht versuchen wollten, im Zusammenhange mit der von hier aus zu erwartenden politischen und ökonomischen Kräftigung der Türkei, uns unseren Anteil daran zu sichern.

Diese Erörterung unseres jetzigen Verhältnisses zur orientalischen Frage war notwendig, um klarzustellen, wie wir uns für den Fall, daß die russische Politik freiwillig oder gezwungen doch wieder einen energischeren Vorstoß in der Richtung auf die Balkanhalbinsel zu machen sollte, ihr gegenüber am besten verhalten sollen; sie war aber nicht minder nötig als Grundlage für die prinzipielle Erörterung unseres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn. Vor allen Dingen schneidet, wie wir soeben gesehen haben, die Frage, wie man sich in Wien und St. Petersburg über die Balkandinge auf Grundlage des oben dargestellten Wechsels der russischen Politik nunmehr verständigen kann und eventuell wirklich verständigt, insofern tief in unsere Interessen ein, als für uns der politisch unabhängige Weiterbestand des türkischen Reiches in hinreichend widerstandskräftigem Umfange für den Fortschritt unserer wirtschaftlichen Wohlfahrt eine große Bedeutung hat und in Zukunft voraussichtlich noch weit mehr haben wird. Demnächst aber, und das ist ein prinzipiell entscheidendes Moment für die Stellung, die wir dem Schicksal

des europäischen Territorialbestandes der Türkei und überhaupt den Verhältnissen auf der Balkanhalbinsel gegenüber einnehmen müßten, bringt es die geographische Lage der Länder im österreichisch-ungarischen und in dem weiter abwärts gelegenen Teil des Donaubeckens zu einander mit sich, daß hier unter gewissen Bedingungen wirtschaftspolitische und staatspolitische Kombinationsmöglichkeiten entstehen, die für uns von der allergrößten realen Bedeutung sind. Indeß eine geeignete Basis für die richtige Abschätzung dieser Eventualitäten können wir erst gewinnen, wenn wir zuvor in Kürze auf die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns, namentlich auf seinen gemischten Nationalitätenbestand, eingehen.

Die Monarchie zählt 12 Millionen Deutsche, 8 Millionen Magyaren, 19 Millionen Slaven, 3 Millionen Rumänen, fast 1 Million Italiener und verwandte Elemente. Diese verschiedenartigen nationalen Bestandteile wohnen zwar zum Teil in leidlich geschlossenen Massen, zum Teil aber auch derartig unter einander gemengt und zerstreut, daß eine räumliche Abgrenzung ihrer Interessensphären in Österreich-Ungarn zu den unmöglichen Aufgaben gehört. Immerhin lassen sich einige Grundlinien der Scheidung ziehen. Vor allen Dingen erscheint es wichtig, daß zwischen der nördlichen Gruppe der slavischen Völker (Tschechen, Slovaken, Polen, Ruthenen, Huzulen) und ihren südlichen Stammesverwandten (Slowenen, Kroaten und Serben) keine Verbindung existiert, sondern daß sich das deutsche, das magyarische und das rumänische Sprachgebiet neben einander leidlich geschlossen als ein breiter Streifen dazwischen lagern. Auch läßt sich, wenn man von den $2^1/_2$ Millionen Deutschen absieht, die in größeren und kleineren Sprachinseln durch die Länder der ungarischen Krone hin verstreut sind, ein ziemlich kompaktes deutsches Gebiet aussondern, das sich als zusammenhängende Masse von Ober-Schlesien bis zum Bodensee an die Ostgrenze des deutschen Reiches anlagert. Das einzige Volkstum, das als solches in seinem vollen Bestande in das österreichisch-ungarische Staatsgebiet hineingehört, sind die Magyaren. Irgend welche ausschlaggebende Harmonie der natürlichen Interessen läßt sich zwischen den vielen zu Österreich-Ungarn zusammengeschweißten Landesteilen und Volkselementen weder unter geographisch-physikalischem noch unter politischem noch unter sonst einem Gesichtspunkt herleiten. National an dem Bestehen des gegenwärtigen Doppelstaatswesens interessiert, und zwar auf

die denkbar stärkste Weise interessiert, sind einzig und allein die Magyaren. Allein für sich sind sie viel zu schwach, um in dem europäischen Völker- und Staatenkonzert eine Rolle zu spielen, welche über die Rumäniens oder Bulgariens merklich hinausginge. Das gegenwärtige System des sogenannten Dualismus gewährt ihnen aber die Möglichkeit, sowohl einer europäischen Großmacht als integrierender Bestandteil anzugehören, als auch innerhalb des politischen Körpers dieser nach außen hin als einheitlicher Machtfaktor auftretenden Großmacht die entscheidende Rolle zu spielen, namentlich sich die sogenannte österreichische Reichshälfte wirtschaftlich dienstbar zu machen, wie das der letzthin unter so großen Schwierigkeiten betriebene „Ausgleich“ deutlich lehrt. Außer den Ungarn sind es höchstens noch die galizischen Polen, die an dem Bestande der Monarchie in ihrer jetzigen Gestalt ernsthaft interessiert sind, weil ihnen die Verhältnisse erlauben, innerhalb der „im Reichsrat vertretenen“ Länder und Nationalitäten eine ähnliche Rolle zu spielen, wie die Ungarn in der Gesamtmonarchie. Die Gunst der Lage wirkt derartig auf die Lage des Polentums in Galizien zurück, daß hier, vom polnischen Gesichtspunkt aus betrachtet, wenigstens in einem Teil des einstigen nationalen Königreichs Zustände herrschen, die so günstig sind, wie sie es, abgesehen von der Wiederherstellung der polnischen Selbständigkeit überhaupt, nur sein können und sich jedenfalls von der Lage der Polen in Preußen und vollends in Rußland sehr zum Gefallen der österreichischen Polen unterschieden. Im übrigen aber gravitieren alle zu Österreich-Ungarn gehörigen Nationalitäten mit ihren Interessen und Sympathien nicht in centripetalem, sondern in centrifugalem Sinne. Das bedeutet für das politische Schwergewicht Österreich-Ungarns eine starke und uneinbringliche Schwächung. Jede Regierung in Wien, zumal wenn der alte Kaiser Franz Joseph einmal das Szepter einem Nachfolger übergeben haben sollte, wird sich sagen müssen, daß sie den Zusammenhalt ihres Staatsorganismus irgend welchen gefährlicheren Belastungsproben überhaupt nicht aussetzen darf. Man mag sich einen Krieg Österreich-Ungarns nach welcher Front hin auch immer denken — mit Ausnahme der Gewinnung von Terrain auf der Balkanhalbinsel läßt sich gar kein Ergebnis konstruieren, aus dem sich nicht für das Wohlergehen großer und wichtiger nationaler Bestandteile des Gesamtreiches eine Beeinträchtigung ergäbe.

Unter dem Gesichtspunkt des deutschen Interesses darf man sich natürlich über die geringe innere Stabilität Österreich-Ungarns als eines Machtfaktors für die große Politik keinen Täuschungen hingeben. Das ist für uns um so schlimmer, als auf der anderen Seite die Frage, was denn werden solle, wenn die habsburgische Monarchie eines Tages ernsthaft gefährdet ist, unzweifelhaft auf noch weit größere Schwierigkeiten führt, als der jetzige Zustand der Dinge. Man hat mit Recht gesagt: wenn Österreich-Ungarn nicht da wäre, so müßte man es erfinden. In dem Spiel der Kräfte unter den europäischen Großstaaten ist es für die mittleren Gebiete des Erdteiles, d. h. also in erster Linie für Deutschland, ein unentbehrliches Unterstützungsgewicht gegenüber der von Osten her anwuchtenden Masse des russischen Kolosses. Selbst wenn man sich Deutsch-Österreich politisch an das deutsche Reich angegliedert denken wollte (welche Probleme gäbe dann aber, von allen anderen abgesehen, die Verstärkung des ultramontanen Elements durch die katholischen Alpenländer und die tief eingreifende feindliche Masse der Tschechen ab?), so wäre es ein schlechthin unerträglicher und auch durch die Zunahme um ein Siebentel bis ein Sechstel an Volkszahl nicht aufzuwiegende Gefährdung der germanischen Mitte des Erdteiles, wenn an Stelle der geschlossenen Militärmacht des österreich-ungarischen Großstaats nur noch die Rußland gegenüber militärisch wie Spreu wiegenden Ungarn und Rumänen als Träger zweier unbedeutender Mittelstaaten das moskowitische Reich von den Alpen und dem adriatischen Meer trennten — denn die serbischen Slaven, von denen die Montenegriner ohnehin schon heute ein Vorposten Rußlands sind, kommen der russischen Macht gegenüber schon von selber nicht als aufhaltendes Moment in Betracht. Allerdings kann das heutige Rußland wegen seiner wirtschaftlichen und finanziellen Notlage an keinen solchen Plan denken, aber hier handelt es sich ja nicht um heute oder morgen, sondern um prinzipielle politische Richtlinien für die Beurteilung unserer Zukunft. Man kann die stärksten Zweifel daran hegen, ob sich Rußland, mag es sich nun schon jetzt oder erst später auf das besinnen, was ihm am nötigsten tut, die Reform der Agrarzustände, ohne schwere innere Krisen, die für Jahrzehnte auch seine Aktionsfähigkeit nach außen lähmen würden, zu einer wirtschaftlichen und politischen Gesundung durchringt: daran ist bei alledem aber kein Zweifel möglich, daß ein Volk

wie das russische, wenn es auch zeitweilig zu schwerer politischer Ohnmacht verurteilt sein kann, auf die Dauer doch immer eine gewaltige und expansive Macht repräsentieren muß. Gegenüber dieser russischen Gefahr gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die direkte Ausdehnung Deutschlands von der Nordsee bis ans ägeische Meer, so daß es allein für sich stark genug wäre, unter allen Umständen dem östlichen Slaventum die Wage zu halten — oder die Zusammenfassung der Länder an der mittleren Donau zu einem besonderen politischen Gebilde, das irgendwie doch immer auf eine Vereinigung von Ländern und Nationalitäten nach der Art des österreichisch-ungarischen Staatswesens hinauskommen müßte, in einer Deutschland mit der Front nach Osten eng verbundenen politischen Stellung. Ist aber diese zweite Möglichkeit die nach Lage der Dinge einzig in Betracht kommende, so kann auch von dem Gedanken, der neuerdings in nationalistisch überspannten Köpfen diesseits und jenseits der Alpen und des Böhmerwaldes ja öfters auftaucht — von dem politischen Anfall der österreichischen Deutschen an das Deutsche Reich — vernünftigermaßen nicht die Rede sein. Ohne den Besitz an numerischem und intellektuellem Schwergewicht, der in den deutschen Alpen- und Donauländern liegt, ist es überhaupt unmöglich, aus Ungarn, Bosnien, Kroatien, Siebenbürgen, Galizien u. s. w. einen politisch wie militärisch lebens- und widerstandsfähigen Staatskörper zu machen. Österreich-Ungarn gegenüber kann es also faktisch nur ein Ziel für die deutsche Politik geben: Herstellung einer möglichst intimen politischen und namentlich auch wirtschaftspolitischen Verbindung beider Staatswesen unter gleichzeitiger Förderung aller derjenigen Momente, die den staatlichen Zusammenhang aller Teile unserer Nachbarmonarchie zu festigen geeignet sind, in Verbindung mit dauernder Ermutigung und Unterstützung der österreichisch-ungarischen Politik in der Richtung nach Südosten. Von dorther kann für Österreich-Ungarn der einzige wirkliche Kräftezuwachs kommen. Damit sind wir wiederum an demjenigen Punkte angelangt, der uns den unmittelbaren Anlaß zu diesem Exkurs über die schwierige nationale Zusammensetzung des habsburgischen Staates gab.

Bismarck hat in seinen Memoiren an verschiedenen Stellen mit verschiedener Deutlichkeit den Gedanken ausgesprochen, daß die jetzige österreichisch-ungarische Monarchie eine Erweiterung resp. eine Verschiebung ihres

territorialen Besitzstandes in südöstlicher Richtung anstreben könne. Das eine Mal redet er davon im Anschluß an die polnische Frage und die Bedeutung des polnischen Besitzes in Galizien für Österreich. „Galizien", sagt er, „ist überhaupt der österreichischen Monarchie lockerer angefügt, als Posen und Westpreußen der preußischen. Die österreichische gegen Osten offene Provinz ist außerhalb der Grenzmauer der Karpathen angeklebt und Österreich könnte ohne sie gerade so gut bestehen, wenn es für die 5 oder 6 Millionen Polen und Ruthenen einen Ersatz innerhalb des Donaubeckens fände. Pläne der Art in Gestalt eines Eintausches rumänischer und südslavischer Bevölkerungen gegen Galizien und der Herstellung Polens mit einem Erzherzoge an der Spitze sind während des Krimkrieges und 1863 von berufener und unberufener Seite erwogen worden." Ein andermal heißt es: „die Eindrücke und Kräfte, unter denen die Zukunft der Wiener Politik sich zu gestalten hat, sind komplizierter als bei uns, wegen der Mannigfaltigkeit der Nationalitäten, der Divergenz ihrer Bestrebungen, der klerikalen Einflüsse und der in den Breiten des Balkans und des Schwarzen Meeres für die Donauländer liegenden Versuchungen." Am deutlichsten und interessantesten ist eine dritte Stelle, an der Bismarck die Frage erörtert, wie weit österreichischerseits die Verpflichtungen ausgenutzt werden könnten, welche Deutschland gegenüber dem Wiener Kabinet innerhalb des Dreibundverhältnisses eingegangen sei. Bismarck geht von der Notwendigkeit aus, auch trotz des Bündnisses mit Österreich-Ungarn die Beziehungen zu Rußland auf einem solchem Fuße zu halten, daß kein Riß zwischen Deutschland und Rußland entsteht, der sich nicht überbrücken ließe. „Solange ein solcher unheilbarer Riß nicht vorhanden ist, wird es für Wien möglich bleiben, die dem deutschen Bündnisse feindlichen oder fremden Elemente im Zaume zu halten. Wenn aber der Bruch zwischen uns und Rußland, schon die Entfremdung, unheilbar erschiene, würden auch in Wien die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde stellen zu können; erstens in Erweiterung des casus foederis, der sich bisher nach dem veröffentlichten Texte doch nur auf die Abwehr eines russischen Angriffs auf Österreich erstreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus foederis die Vertretung österreichischer Interessen im Balkan und

im Orient zu substituieren, was selbst in unserer Presse schon mit Erfolg versucht worden ist. Es ist natürlich, daß die Bewohner des Donaubeckens Bedürfnisse und Pläne haben, die sich über die heutigen Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie hinaus erstrecken; und die deutsche Reichsverfassung zeigt den Weg an, auf dem Österreich eine Versöhnung der politischen und materiellen Interessen erreichen kann, die zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro vorhanden sind. Aber es ist nicht die Aufgabe des deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnisse ableiten zu wollen, für die es nicht geschaffen ist."

Wenn wir von der kritischen Stellung absehen, die Bismarck hier gegenüber dem Gedanken einer deutschen Unterstützung österreichisch-ungarischer Pläne auf der Balkanhalbinsel einnimmt, so liegt in den hervorgehobenen Worten gewissermaßen ein Vorschlag der Zusammenschließung zum mindesten Rumäniens und Serbiens mit Österreich-Ungarn nach dem Muster der Stellung Bayerns und Sachsens im deutschen Reiche. Auf keinen Fall würde allerdings Rußland etwa den Erwerb des Bosporus schon als eine hinreichende Kompensation dafür ansehen, daß es seine Zustimmung zur Instradierung des Balkanproblems auf diesen Weg gäbe — ganz abgesehen von der Frage, was die Nationalitäten „zwischen der Ostgrenze des rumänischen Volksstammes und der Bucht von Cattaro" selbst dazu sagen würden. Nimmt man aber außer dem Verschluß des Bosporus auch noch die von Bismarck selbst ja mit in den Kreis der Möglichkeiten einbezogene Zurückziehung der Grenzen Österreich-Ungarns gegenüber Rußland bis an die Kammlinie der Karpathen als eine weitere Eventualität hinzu, so würde sich die russische Seite der Angelegenheit doch wohl bereits anders und günstiger gestalten. Wichtiger aber, als sich den Kopf wegen der Regierungen in St. Petersburg und Wien zu zerbrechen, ist für uns die Frage, ob und

inwiefern die Verwirklichung jenes von Bismarck angedeuteten Gedankens der weiteren Vorschiebung des Habsburger-Reiches auf die Balkanhalbinsel in unserem, Deutschlands, Interesse liegt? Praktisch würde ja, eine Entwickelung in diesem Sinne angenommen, der Gang der Dinge wohl der sein, das zunächst eine Zollvereinigung nach dem Muster des preußisch-deutschen Zollvereins und dann Militär-Konventionen, nach Analogie der im norddeutschen Bunde und im deutschen Reiche abgeschlossenen Verträge, zwischen Österreich-Ungarn und den Balkanstaaten Rumänien, Serbien und, wenn man die galizische Kompensation mit in Betracht zieht, doch wohl auch Bulgarien, abgeschlossen werden würden.

Eine solche Entwickelung könnte und müßte von unserer Seite mit Befriedigung begrüßt werden: unter der Voraussetzung, daß es gleichzeitig gelingt, zu einem dauerhaften und aus dem Muster der kündbaren Handelsverträge nach Möglichkeit herausgehobenen wirtschaftlichen Einvernehmen zwischen uns und Österreich-Ungarn zu kommen. Auch Bismarck hat sich beim Abschluß des Dreibundes, wie er selbst schreibt, veranlaßt gesehen, die Frage anzuregen, ob sich ein organischer Verband zwischen dem deutschen Reiche und Österreich-Ungarn empföhle, der nicht wie gewöhnliche Verträge kündbar, sondern der Gesetzgebung beider Reiche einverleibt und nur durch einen neuen Akt der Gesetzgebung eines derselben lösbar wäre. Das, woran hier auf staatsrechtlich-politischem Gebiet gedacht ist, läßt sich unter bestimmten Voraussetzungen auch auf wirtschaftlichem denken. Wenn nicht geradezu ein Zollverein, so doch ein organisches Zollbündnis zwischen Deutschland und einem bis Saloniki und bis über den Südabhang des Balkan hinausreichenden Bundesstaate würde von unabsehbaren günstigen Folgen für alle daran beteiligten Völker und Gebiete begleitet sein. Hier, und nicht bei den alldeutschen Phantasien von der Losreißung Deutsch-Österreichs von der habsburgischen Monarchie zugunsten eines Anschlusses an das deutsche Reich, liegt das Ideal unserer Politik gegenüber Österreich-Ungarn.

Als dritter Faktor gehört dann in einen solchen Bund, wenn auch natürlich in loserer Beziehung, die Türkei. Deutschland, die Donauländer und das türkische Vorderasien ergänzen sich nach ihrer wirtschaftlichen Entwickelungsstufe wie nach ihren natürlichen Produktionsbedingungen in einer

so ausgezeichneten Weise, daß sie, einen gewissen Grad gegenseitigen Einverständnisses und gegenseitiger Eingewöhnung vorausgesetzt, ein annähernd geschlossenes und autonomes Erzeugungs- und Verbrauchsgebiet ökonomischer Werte bilden können. Bis es dahin kommt, wird, wenn das Werk überhaupt je gelingen sollte, sicher noch viel Wasser den Rhein, die Donau und den Euphrat hinabfließen; daß es aber in irgend einer Form dazu kommen möge, ist das größte Ziel, welches sich die deutsche Politik für diese und die nächste Generation überhaupt zu stecken imstande ist.



Viertes Kapitel.

Die englische Weltmacht.

Unter allen Nationen, mit denen wir es bei dem Problem unserer Entwickelung zum Weltvolk und zur Weltmacht zu tun haben, ist keine von so überragender Bedeutung für uns, keine müssen wir ihrem Wesen und ihrer Entwickelungsgeschichte nach um unserer selbst willen mit so großem Eifer studieren, wie die englische. Davon, wie wir uns mit ihr einigen oder nicht einigen, hängt mehr als von allen anderen Bedingungen unser (freilich aber auch ihr) politisches Schicksal ab. Höchstens die große Auseinandersetzung zwischen Europa und Nordamerika, der alten und der neuen Welt, die für die Erdteile eine in ihren Dimensionen noch vergrößerte Parallele zwischen England und uns ist, mag an welthistorischer Schicksalsschwere neben oder vor die Frage gestellt werden, wie Deutsche und Engländer in der nächsten Zukunft miteinander auskommen wollen.

Wie ist England auf den Weg zur Weltmacht gekommen und wie hat es diesen Weg beschritten, als es auf ihm stand? Wie verhielten sich die Anfänge seiner überseeischen Politik zu denen der Staaten, die vor ihm seefahrend und seegewaltig gewesen waren und eine zeitlang auf den Meeren und jenseits der Meere neben ihm standen?

Sowohl Spanien als auch Portugal waren zu Beginn der Epoche ihrer Entdeckungen und überseeischen Erwerbungen wenig wohlhabende und verhältnismäßig menschenarme Länder; jedenfalls konnten sie sich mit Frankreich, Burgund, Deutschland, Italien weder an Reichtum noch an Bevölkerung messen. Nach beiden Richtungen hin haben sie dann während ihrer überseeischen Glanzepoche keine Veränderung zum Besseren, eher eine Ver-

schlechterung, erlebt. Amerika und Indien forderten Menschen, und die Schätze, die sie sandten, wurden einesteils durch die spanische militärische Weltpolitik des 16. und 17. Jahrhunderts verzehrt, anderenteils durch die Verluste aufgewogen, die das ohnehin schwach entwickelte Gewerbe in der Heimat durch den Menschenabfluß und die Gewöhnung großer Teile der Nation an die Conquista erlitt. In den Niederlanden dagegen sehen wir das gerade Gegenteil der Zustände auf der pyrenäischen Halbinsel: eine dichte Bevölkerung und großen, aus der Blüte des Gewerbes und Handels quellenden Reichtum. Schon der Aufstand gegen die spanische Herrschaft wäre ohne beides nicht denkbar gewesen. Das Gebiet, das etwa durch die Namen Antwerpen, Brügge, Gent, Brüssel, Löwen, Amsterdam, Utrecht, Leyden, Rotterdam und einige andere bezeichnet wird, hatte seit der burgundischen Zeit seinesgleichen kaum irgendwo in Europa; waren auch italienische Städte, wie Venedig und Genua, die übrigens um diese Zeit bereits zu sinken beginnen, in Bezug auf Handel und Seefahrt ebenso entwickelt, so war ihre Industrie doch entschieden schwächer im stande. Reichliches Kapital, hohe industrielle Entwickelung, Menschenüberfluß, blühender Land- und Seehandel, technische Seegeschicklichkeit, haben die koloniale Expansion der Niederlande nach Amerika, Afrika und Indien erzeugt und der Nation die Spannkraft gegeben, ihre überseeische Machtstellung solange aufrecht zu erhalten, bis ein materiell stärkerer Nebenbuhler ihr gegenübertrat: England.

Englands schließliche Überlegenheit gegenüber Holland war aber noch lange nicht mit seiner größeren territorialen Ausdehnung und höheren absoluten Bevölkerungsziffer gegeben, sondern erst von da ab, als die Engländer durch die Handels- und Gewerbepolitik Elisabeths und namentlich Cromwells sich zu einer großen seefahrenden Nation entwickelten. Es gibt, wiewohl natürlich alle historischen Vergleiche ihr Mißliches haben, gewisse Analogien zwischen dem Emporkommen Englands gegenüber Holland und den übrigen europäischen See- und Handelsstaaten des 17. und 18. Jahrhunderts auf der einen Seite und der Entwickelung, die Amerika gegenüber Europa während der beiden letzten Jahrzehnte vor unseren Augen genommen hat, auf der anderen. Hier wie dort ist die Politik der neu aufsteigenden Wirtschaftsmacht zunächst mit aller Energie darauf gerichtet, durch ein extremes

Schutzzollsystem sich industriell zu verselbständigen, durch Schiffahrtsakten sich von der fremden Rheederei unabhängig zu machen und die eigene Handelsmarine nach Möglichkeit zu vergrößern. Noch zur Hansazeit war der englische Handel so sehr in nichtenglischen, hanseatischen Händen, daß bis auf den heutigen Tag der Name des englischen Geldes ein Denkmal jener Zeit des Fremdhandels im Lande geblieben ist (Pfund Sterling — Geld der Osterlinge, der Hanseaten). Die Cromwellsche Wirtschaftspolitik befestigte dann die Grundlagen für den definitiven Umschwung, und das politische Verhältnis zwischen England und Holland unter der Herrschaft des ersten Oraniers Wilhelm entschied auf immer zugunsten Großbritanniens.

Die wirtschaftlich solide Grundlage der englisch-holländischen Kolonisation in der Heimat war es, die ihr von vornherein ein anderes Gewicht gegeben und im Gegensatz zu dem Schicksal Spanien und Portugals ihre große Zukunft heraufgeführt hat. Im einzelnen kommen natürlich auch bei Engländern und Niederländern in ihrer überseeischen Betätigung Züge vor, die an das Verfahren und die Prinzipien der Spanier und Portugiesen erinnern, aber ihrem Wesen nach beruht Englands wie Hollands überseeische Ausbreitung auf der hohen gewerblich- und handels-technischen Entwickelung und dem relativen Menschenreichtum der Heimatländer. Die englische und holländische Kolonisation nahmen ihren praktischen Ausgangspunkt von der Vermittelung des Handels sowohl zwischen dem Mutterlande und den Kolonien, als auch zwischen eigenen und fremden Märkten als auch fremder Märkte unter einander. Länder von der niederen gewerblichen und kommerziell-kapitalistischen Entwickelungsstufe der beiden pyrenäischen Staaten konnten eine solche Kolonisation überhaupt nicht leisten, weil bei ihnen in der Heimat die Voraussetzungen dafür fehlten; sie waren und blieben ihrer Natur nach mehr auf den kolonialen Raubbau angewiesen, wie sie ihn betrieben.

Einigermaßen in die Fußtapfen der Holländer und Engländer trat mit Colbert und Richelieu die französische Kolonialpolitik. Sie blieb bekanntlich sowohl in Bezug auf territorialen Erwerb als auch auf wirtschaftliche Prosperität keineswegs ohne Erfolge. Immerhin war die Natur des französischen Reichtums (wie das ja in gewissem Sinne bis auf den heutigen Tag der Fall ist) eine etwas andere, als die des englischen und

holländischen. Frankreichs innere Produktions- und Bevölkerungsverhältnisse gewährleisten diesem Lande mehr als irgend einem anderen Europas die auf der einen Seite ebenso glückliche wie auf der anderen gefährliche Möglichkeit, wirtschaftlich bis zu einem gewissen Grade ein selbstgenügsames Sonderdasein führen zu können. Die Franzosen sind weniger als alle ihre Nachbarn auf den Güteraustausch von Land zu Land angewiesen: sie haben viel reichlicher als die anderen alle die Dinge selber bei sich, deren sie bedürfen. Die französische Kolonialwirtschaft hat deshalb schon unter Colbert und Richelieu mindestens ebenso sehr den Charakter einer planmäßig gewollten staatspolitischen Maßnahme getragen, wie den einer frei-wirtschaftlichen Entwickelung, und etwas davon ist ihr bis heute geblieben. Trotzdem hat es eine Zeit gegeben, zu der es den Anschein hatte, als ob Frankreich und nicht England die eigentlich führende Macht in der Beherrschung überseeischer Länderstrecken werden solle, und es war nichts anderes, als die Blindheit der französischen Politik während des siebenjährigen Krieges, die in unbegreiflicher Verkennung ihrer wahren Interessen England das Geschenk der Herrschaft in den Schoß warf. Wenn man die überseeischen Besitzungen und Machtmittel Englands und Frankreichs um die Mitte des 18. Jahrhunderts vergleicht, so halten sie sich ziemlich genau die Wage: in Indien, in Nordamerika, im Antillenmeer und sonst. Der Mississippi, der Ohio, der St. Lorenzstrom, dazu das ganze kanadische Seengebiet, lagen damals vollständig auf französischem Gebiet; die beiden Territorien von Kanada und Louisiana übertrafen das englische Kolonialgebiet an der Ostküste Nord-Amerikas, die späteren 13 vereinigten Staaten, um mehr als das zehnfache. Neu-Fundland, die südliche Hudsonbai, das Nordufer des Golfes von Mexiko, waren alles französische Küstengebiete. Noch heute bezeichnet eine lange Kette französischer Namen (neben der französisch redenden Bevölkerung Ober-Canadas) diese Besitzsphäre Frankreichs gegen das Ende seiner bourbonischen Periode: Montreal, Quebec, St. Paul, St. Louis, Neu-Orleans; die ganze alte französische Städtekette entlang des Lorenzstromes und des Mississippi. Soweit man bereits überhaupt an eine Entwickelung der nordamerikanischen Binnengebiete denken konnte, schien alles dafür zu sprechen, daß der Erdteil im wesentlichen romanisch werden sollte. Florida und Mexiko, das damals noch einen doppelt so großen Umfang gegen Norden

besaß als heute, waren spanisch, das ganze ungeheure Mississippibecken und das Seengebiet französisch; was die Engländer besaßen, war nichts als der Küstenstreifen zwischen den Alleghanys und dem atlantischen Ozean. Ähnlich stand es in Westindien. Weitaus die meisten und besten Stücke der Inselwelt waren in spanischem und französischem Besitz.

Ebensowenig wie auf der westlichen war um die Mitte des 18. Jahrhunderts auf der östlichen Halbkugel schon entschieden, ob die Zukunft über See den Engländern oder den Franzosen gehören solle. Die Chancen der beiden Nationen in Ostindien standen durchaus gleich; ja bis zur Abberufung des Gouverneurs Dupleix (1754) schien Frankreich, dank der Energie und Geschicklichkeit dieses seines Vertreters, alle Aussicht zu haben, seinen Rivalen überhaupt vom Platze zu verdrängen. Die Sicherung des Etappenweges zur See nach Indien um Afrika herum litt für beide Nationen gleichmäßig darin, daß die wichtigste Zwischenstation, das Kapland, in fremdem Besitz (holländisch) war; jenseits aber besaß Frankreich die beiden wichtigen und reichen Maskareneninseln Isle de France und Bourbon (heute Mauritius und La Réunion genannt). Man stelle sich den Gang der Weltentwickelung vor, wenn Nordamerika und Indien nicht angelsächsisch wären, sondern französisch-romanisches Herrschaftsgebiet!

Diese Zukunft der französischen Race und der französischen Macht auf dem Erdball wurde zerstört durch die falsche Stellungnahme Frankreichs im siebenjährigen Kriege. Zwar England gegenüber war ihm seine Politik vorgezeichnet: die Politik, durch einen großen Seekrieg die Entscheidung darüber herbeizuführen, wer von beiden Herr auf den Meeren wie jenseits der Meere sein solle. Diese Politik mit der Hoffnung auf einen endgültigen Sieg durchzuführen, waren die Kräfte Frankreichs durchaus hinreichend — aber sie waren es nur in dem Falle, daß sie ganz und gar auf das eine Ziel hin konzentriert wurden. Statt dessen nahm Frankreich auf der einen Seite den Seekrieg mit England auf und beteiligte sich auf der anderen mit sehr erheblichen Kräften an der russisch-österreichischen Koalition gegen Preußen. Nichts konnte mehr in der traditionellen Richtlinie der antihabsburgischen Politik Frankreichs liegen, als das Emporkommen einer norddeutschen selbständigen Großmacht gegenüber Österreich. Politische Verblendung und gewissenlose Voranstellung persönlicher Motive und Stim-

mungen vor die Staatsnotwendigkeit ließen Ludwig XV. die Zukunft der Dynastie und der Nation verscherzen und dem englischen Rivalen den Weg zur Weltmacht freigeben. Im Frieden von 1763 wurden Kanada und die ganze Osthälfte Nord-Amerikas bis an den Mississippi englisch. Der westliche Teil des damaligen Louisiana wurde an Spanien abgetreten, um schließlich, nachdem er vorübergehend noch einmal französisch gewesen war, teils durch Kauf, teils später durch Eroberung von Mexiko, an die nordamerikanische Union überzugehen. Ebenso kostete der Pariser Friede von 1763 die Franzosen ihre Stellung in Indien. Was ihnen Dupleix vorher gewonnen hatte, konnte nachher nicht wieder erworben werden, nachdem die englische Vormacht faktisch einmal anerkannt worden war.

Den letzten und für mehr als ein Jahrhundert, vielleicht für immer, entscheidenden Schlag erhielt die überseeische Weltpolitik Frankreichs durch die moralische und materielle Vernichtung der französischen Marine während der großen Revolution. Die Flotte war royalistisch und darum den Republikanern ein Dorn im Auge; man ließ sie absichtlich verfallen. Was dann in einem Jahrzehnt gesündigt wurde, das konnte Napoleon, der, sobald er zur Macht gelangte, den Wert der Marine begriff wie kein zweiter, in aller Fülle seiner Gewalt nicht wieder herstellen. Nicht der Brand von Moskau und nicht die Schlacht von Leipzig waren es, was ihn stürzte, sondern das war es, daß er die französische Seemacht nicht wieder soweit hatte wiedererwecken können, daß sie im stande gewesen wäre, einen Landungsversuch französischer Truppen in England zu decken.

Nehmen wir also für die Emporentwickelung Englands von der Stellung einer unter mehreren überseeisch annähernd gleich interessierten Nationen zur weltumspannenden Macht im spezifischen Sinne den äußerlich entscheidenden Wendepunkt bei dem Frieden mit Frankreich 1763 an, so fragt es sich, in welcher Art während dessen die Entwickelung der inneren ökonomischen Verhältnisse vor sich gegangen war, auf denen die Fähigkeit der Nation zu ihrer großartigen kolonialen Ausdehnung beruhte und von denen die materiell treibenden Kräfte der immer weiter fortschreitenden überseeischen Kraftentfaltung ausgingen. Hierfür ist es nötig, in Kürze sowohl auf die Anfänge des englichen Kolonialsystems zurückzugreifen, als auch um des Vergleiches willen die Methode der spanischen, portugiesischen, franzö-

sischen und sonstigen Kolonisatoren mit einigen Worten zu streifen. Auf diese Weise wird sich am besten zeigen, wie natürliche Gunst der Verhältnisse, nationales Wollen und nationale Begabung, endlich hohe politische Intelligenz der regierenden Persönlichkeiten alle miteinander zusammenwirken, um die Grundlagen zu dem kolossalen Bau der heutigen Weltmacht Englands zu legen.

Wenn man von der wirtschaftlichen Ausbeutung der Levante durch die seefahrenden italienischen Städte während der zweiten Hälfte des Mittelalters und zu Beginn der neueren Zeit absieht, so haben die Spanier und Portugiesen zum ersten Male seit dem Altertum wieder in großem Stil Kolonisation getrieben. Ihr Bestreben dabei war vor allem auf den direkten Gewinn edler Metalle gerichtet, und es ist bekannt, in welchem Maße der Zustrom von Silber und Gold vornehmlich aus den spanischen Besitzungen Amerikas die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas vom Beginn des zweiten Drittels des 16. Jahrhunderts an beeinflußt hat. Nächstdem waren es die Aromata, die kostbaren Gewürze und verwandten Stoffe, die bei ihrem verhältnißmäßig niedrigen Preise am Ursprungsort, bei ihrem geringen Umfang als Ladung und dem enormen Preisaufschlag, mit dem sie schließlich in Europa verkauft werden konnten, einen der direkten Gold- und Silberausbeute vergleichbaren Gewinn verhießen. Der dritte nutzbare Faktor war die Arbeitskraft der Eingeborenen, die von der spanischen und portugiesischen Krone an die Entdecker und Eroberer der neuen Länder oder sonstige Nutznießer namentlich in Süd- und Mittel-Amerika als Geschenk oder Lehen verliehen wurde. Wie heute im Orient noch so großer Landbesitz ohne ein entsprechendes Quantum zur freien Verfügung des Eigentümers stehenden perenierend fließenden Wassers so gut wie wertlos ist, so konnte der europäische Inhaber selbst der ausgedehntesten Länderstrecken der neuen Welt nichts mit seinem Eigentum anfangen, wenn er nicht mit dem Lande zugleich auch die zu der Ausbeutung des Landes notwendigen Arbeitskräfte erhielt. Dies System der sogenannten Enconomiendas ist es bekanntlich, das in wenigen Jahrzehnten die eingeborene rothäutige Bevölkerung der westindischen Inseln ausgerottet und zur Einfuhr von Negersklaven in das tropische und subtropische Amerika geführt hat. Nur die Indianer der verhältnismäßig kühleren Hochländer von Mexiko und Südamerika, die zugleich

durch die schon vor der Eroberung weit vorgeschrittene staatliche und soziale Entwickelung der betreffenden Länder an einen regelmäßigen physischen Arbeitsdruck gewöhnt waren, ertrugen das spanische System ohne dauernden äußeren Schaden für ihre Race. Bei diesem Prinzip der Zuweisung von Land und Arbeitskräften blieb es dem Besitzer natürlich überlassen, in welcher Weise er sein Eigentum verwerten wollte; besaß er ein Minengebiet, so trieb er Bergbau, wo nicht, so nutzte er Land und seine Leute zu Plantagenbetrieb oder ähnlichem Erwerb aus. Eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle spielte bei diesem spanisch-portugiesischen System der reelle Handel mit den erworbenen und ausgebeuteten Gebieten. Natürlich mußten z. B. die in Indien gesammelten Gewürzfrachten auf irgend eine Weise bezahlt werden, und zwar waren es in der Regel die einheimischen Sultane und Machthaber, die den Preis dafür erhoben, aber bei dem absoluten Mißverhältnis zwischen dem Wert der Ware in Europa auf der einen, dem Preis und oft genug auch der Methode des Erwerbs auf der andern Seite, lassen sich diese Beziehungen kaum als normaler Handelsverkehr bezeichnen. Beinahe garnicht war in den spanisch-portugiesischen Besitzungen von Ackerbaukolonisation, d. h. überseeischer Ansiedlung bäuerlicher Elemente aus der Heimat, die Rede. Dafür waren die Staaten der pyrenäischen Halbinsel, von der mangelnden Steigerung ihrer Bewohner abgesehen, allein schon zu menschenarm. In dieser Charakteristik liegen denn auch die Momente des relativ schnellen Niederganges erst des portugiesischen und darnach des spanischen Kolonialreiches enthalten. Das 16. Jahrhundert ist der Höhepunkt der spanischen Weltmacht. Während des 17. tritt neben und bald vor sie eine Gruppe nördlicherer um den Kanal und die Nordsee gelagerter Länder: Holland, England und Frankreich.

Hollands koloniale Entwickelung ist ein typisches Beispiel dafür, daß Menschenreichtum, Handel und Schiffahrt die notwendigen Vorbedingungen wirklich erfolgreicher überseeischer Politik sind, daß diese Faktoren aber alle insgesamt doch nicht hinreichen, um eine durch günstige Umstände gewonnene Großmachtstellung auch dauernd zu behaupten, sondern daß hierfür zu den materiellen auch politisch-moralische Qualitäten hinzutreten müssen. Nimmt man den Standpunkt in der Mitte des 17. Jahrhunderts, so ist die holländische Handelsflotte nicht nur der englischen an Tonnengehalt weit

überlegen, sondern begreift so ziemlich die Hälfte aller in den Flotten des damaligen Europa vorhandenen Ladefähigkeit. Der Kapitalsreichtum Hollands steht gleichfalls dem englischen weit voran. Was die Bevölkerungszahl betrifft, so war England den Niederlanden allerdings schon damals erheblich überlegen, aber man muß hierbei bedenken, daß ein verhältnismäßig großer ziffernmäßiger Bestandteil dieser Bevölkerung, die Irländer, für Handel und Schiffahrt überhaupt nicht mitzählte und daß auch das eigentliche England noch sehr große absolut binnenländisch-agrarische Distrikte in sich schloß. Trotzdem dauerte es keine 50 Jahre bis die maritime und koloniale Überlegenheit Englands zur unbestreitbaren Tatsache geworden war. Der Ostseehandel und der Rheinhandel bildeten von Anfang an die materiellen Grundlagen des niederländischen Reichtums. Zu ihnen trat dann zu Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Ostindienfahrt hinzu. Bezeichnender Weise hatten sich die Niederländer ursprünglich damit begnügt, die indischen Waren von ihrem europäischen Stapelplatz zu holen und sich dem portugiesischen Verbot, in Indien selbst Handel zu treiben, im großen und ganzen gefügt. Als Portugal nach dem Aussterben des portugiesischen Königshauses 1580 von Philipp von Spanien erobert worden war, schloß dieser den niederländischen Rebellen den Markt von Lissabon. Erst diese Maßregel brachte jene dann dazu, selbständig den Weg nach Indien zu versuchen. Die Folge war binnen kurzer Zeit der Verlust fast aller wertvollen hispano-portugiesischen Besitzungen. Obwohl der neue Markt seiner wirtschaftlichen Bedeutung nach hinter dem baltischen erheblich zurückstand, so erforderte er doch einen neuen Schiffstypus: den Ozean- oder Indienfahrer. Diese großen ausschließlich für weite Fahrt gebauten Fahrzeuge bildeten zunächst nicht nur für die Niederlande, sondern auch für die übrigen nördlichen Seemächte, Frankreich und England, den Grundstock ihrer Kriegsflotten, indem man nicht spezielle Kriegsschiffe baute, sondern die Handelsfahrzeuge kriegerisch armierte und bemannte. Der erste Staat, der prinzipiell einen Schritt über dieses System hinaustrat, war England. Schon die Tudors bauten wirkliche Kriegsschiffe von bedeutenderen Abmessungen, als es für den bloßen Zweck nötig gewesen wäre, auf der transozeanischen Fahrt die hohe See zu halten. Natürlich konnten diese königlich-englischen Schiffe infolge ihres bedeutenderen Tonnengehalts auch eine größere Anzahl

von Kanonen tragen als die holländischen, und wir besitzen aus dem Munde eines Mannes wie des berühmten Admirals de Ruyter das ausdrückliche Zeugnis, 40 englische Schiffe seien 60 seiner Schiffe gleichwertig. Trotzdem entschlossen sich die niederländischen Generalstaaten, voran das maßgebende Regiment der Amsterdamer Kaufleute, nicht dazu, gleichfalls derartige „unproduktive“ Marineausgaben zu machen. Die Folge war der Übergang der Suprematie zur See von Holland auf England.

Wenn irgendwo, so gilt für die Geschichte Englands und speziell für seine koloniale Entwickelung der Satz, daß die treibenden Kräfte großer historischer Prozesse nur dann richtig erfaßt werden können, wenn man das Moment der Rasse berücksichtigt. Natürlich hat auch die geographische Lage des Landes eine große Rolle bei seinem maritimen und kolonialen Aufschwung gespielt, aber diese geographische Lage ist trotz ihrer allgemeinen Gunst an sich kein Hinderungsgrund dafür gewesen, daß noch zur Zeit Richelieus Frankreich im Bezug auf Seemacht und industrielle Entwickelung, die Niederlande an Kapital-Reichtum und faktischen Wert der überseeischen Besitzungen, England entschieden überlegen war. Um trotzdem in verhältnißmäßig kurzer Frist nach beiden Richtungen hin an die erste Stelle zu treten, dazu bedurfte es durchaus der englischen Rassenzähigkeit und der scharf ausgeprägten Herrennatur des englischen Volkscharakters, der von jeher höhere Ansprüche an die materielle Seite des Lebens gestellt hat, als irgend eine andere Nation des germanisch-romanischen Europa — von der slavischen Welt ganz zu schweigen. Woher dieser Zug im englischen Nationalcharakter kommt, das zu untersuchen würde hier zu weit führen; genug, daß er da ist und daß er sich auf die folgenschwerste Weise in der Geschichte des Landes und in den Einflüssen, die von ihm auf andere Länder und Völker ausgegangen sind, durchgesetzt hat. Dieser Rassencharakter ist es vor allen Dingen auch gewesen, der zur Entstehung der Kolonien an der atlantischen Küste Nord-Amerikas geführt hat. Zum Teil war es der Wunsch nach religiöser Selbständigkeit und Unangefochtenheit, der die ersten Vorfahren der jetzigen Nord-Amerikaner aus ihrer Heimat übers Meer führte, zum Teil aber ist es auch die Übervölkerung des damaligen England im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Produktion des Landes gewesen, die fortgesetzt einen Strom von Auswanderern, in denen das Ver-

langen nach einer breiteren und besseren Lebensführung lebte, als sie zu Hause möglich war, über das Meer getrieben hat. Bis zur Losreißung der Vereinigten Staaten ist der Handel des englischen Mutterlandes mit seinen amerikanischen Kolonien viel wichtiger und ertragreicher, als der mit den Besitzungen in Ost-Asien — ähnlich, wie auch für Holland der Ostseehandel bis auf die napoleonische Epoche mehr wert gewesen ist, als die Indienfahrt. Das von Seiten Englands in den amerikanischen Kolonieen zwar nicht gleich anfangs ausgeübte, später aber nach Möglichkeit scharf durchgeführte Merkantilsystem ist es eigentlich gewesen, das die Fundamente des englischen Industrialismus geschaffen hat. Die nordamerikanischen Kolonieen besaßen zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung, unter Ausschluß Kanadas und der übrigen bei England verbliebenen atlantischen Besitzungen, zwischen 2 und 3 Millionen weißer Einwohner, d. h. ca. 20% der damaligen Bevölkerung des vereinigten Königreiches Großbritanien und Irland. Diese Millionen Menschen bildeten einen sicheren, zahlungskräftigen und aufnahmefähigen Absatzmarkt für die englische Industrie und eine unvergleichliche Ermunterung für die Entwickelung der englischen Schifffahrt, denn es war verboten, Waren zwischen dem Mutterlande und den Kolonieen auf andern als englischen Schiffen mit mindestens überwiegender englischer Mannschaft zu transportieren. Die amerikanischen Kolonieen zahlten die Einfuhr von Industrieartikeln aus Großbritannien, deren Herstellung in den überseeischen Besitzungen selbst auf jede Weise gehindert wurde, mit Baumwolle, Tabak, Farbhölzern, Pelzwerk, Erzen, Reis rc. Die Produktionsgebiete für Zucker, Rum und ähnliche mehr tropische oder subtropische Artikel lagen zwar in West-Indien und wurden in den Unabhängigkeitskrieg der 13 vereinigten Provinzen nicht mit hineingezogen; sie gehörten aber gleichfalls zu dem großen Reservatgebiet des englischen Handels und der englischen industriellen Produktion, das sich nach der Abtretung Kanadas durch Frankreich vom St. Lorenzstrom bis an die Orinokomündung in zusammenhängender und wohlgegliederter Masse hinabzog. Dieser amerikanische Besitz hat also in erster Linie das England des ausgehenden 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich an die erste Stelle unter den europäischen Handels- und Industriestaaten geführt, und es bedarf wohl weiter keines besonderen Hinweises darauf, daß der entscheidende Faktor

dabei die Massenansiedlung weißer englischer Auswanderer, mit hoch entwickelten Kulturbedürfnissen, hohen Ansprüchen an materielle Lebenshaltung und kräftiger selbständig-wirtschaftlicher Initiative, gewesen ist. Keine europäische Nation vermochte für ihren Seehandel und ihre heimische Industrie eine ähnlich solide und breite Basis ins Feld zu stellen, wie England mit seinen amerikanischen Besitzungen. Die Franzosen waren in Kanada, das heute noch an 2 Millionen französisch-redende Einwohner besitzt, auf dem besten Wege dazu, sich etwas ähnliches zu schaffen, als die unglückliche Politik Ludwigs XV. sie dieses aussichtsreichsten überseeischen Besitztums, das Frankreich je gehabt hat, beraubte.

Der Abfall der amerikanischen Kolonien änderte an den rein wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den nunmehr selbstständig gewordenen Staaten zunächst noch nicht so sehr viel. Allerdings standen die amerikanischen Häfen fortan dem Verkehr aller europäischen Nationen offen, aber es war nur natürlich, wenn fürs erste von einem Umschwung in der Richtung auf Internationalität ihrer Handelsbeziehungen nicht sehr viel zu merken war. Dann kam die Periode der napoleonischen Kriege, der Vernichtung der französischen Seemacht, der Einbeziehung Hollands und Spaniens in die französische Machtsphäre, der Kontinentalsperre und damit der endgültigen maritimen Überlegenheit Englands über sämtliche Nationen des europäischen Festlandes. Der englische Handel und die englische Handelsflotte rückten jetzt im Verhältnis zu dem übrigen Europa in diejenige Stelle ein, die während des 16. Jahrhunderts den Holländern gehört hatte, als man noch die Ladefähigkeit aller Seeschiffe der Vereinigten Provinzen (um die Zeit Karls II. von England) auf fast die Hälfte in Europa überhaupt vorhandenen Schiffe schätzte.

Von der napoleonischen Ära an bedarf es dann keiner weiteren Darstellung des Anwachsens der industriellen und kommerziellen Machtstellung Englands. England ist im Besitz einer so ausgezeichneten und dem Festlande weit überlegenen maschinellen Technik, einer so großen Flotte, so zahlreicher überseeischer Stützpunkte, Beziehungen und Märkte, einer so großen seemännischen handelspolitischen und handelstechnischen Erfahrung, vor allem aber auch so großer Kapitalien und eines so hoch gesteigerten nationalen Selbstvertrauens, daß sein Vorsprung vor den einstigen Mit-

bewerbern auf viele Jahrzehnte hinaus als ein garnicht mehr einzuholender erscheint. Wenn man von dem mehr oder minder bloß vegetierenden Restbestande absieht, der nach der Lostrennung der südamerikanischen Freistaaten, Mexikos und Brasiliens an spanischem und portugiesischem Kolonialbesitz noch übrig war, so ist es neben England — aber nur in sehr weitem Abstande — allenfalls noch einzig Holland, das in Ost-Indien (Insulinde), Mittel- und Südamerika noch wirkliche Kolonien und wirklichen Kolonialhandel aufzuweisen hat. Frankreichs Besitz ist bis auf kaum mehr nennenswerte Überbleibsel zusammengeschrumpft; Dänemark hat einige westindische Inseln und eine Faktorei in Hindostan; das ganze übrige Europa scheidet aus. Diese Periode ist es gewesen, die den ohnehin materiell anspruchsvollen breit hintretenden englischen Nationalcharakter und die reiche englische Lebensführung in der Weise ausgestaltet und konsolidiert hat, wie man sie jetzt beim Zusammensein mit Engländern und bei persönlichem Aufenthalt jenseits des Kanals kennen lernt. Einkommensverhältnisse, bei denen in Deutschland ein großer, ja weitaus der größte Teil nicht nur des breiten gebildeten Mittelstandes, sondern selbst der führenden geistigen Aristokratie auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst existiert, ermöglichen drüben überhaupt noch gar kein Hervortreten aus der Sphäre des geistigen und materiellen Kleinbürgertums!

Ein natürliches Gegenstück zu dieser Höhe der materiellen Ansprüche und Breite der sozialen Lebensführung bildet das politisch-nationale Selbstgefühl des Engländers, das allen oberhalb des Niveaus der sozial Deklassierten befindlichen Schichten der Nation in gleicher Weise zu eigen ist — vom industriellen Lohnarbeiter bis zu den Spitzen der Aristokratie. Ohne daß man sich diese Art englischen National- und Individualbewußtseins in ihrem ganzen Umfang und mit all ihrer Schärfe und Einseitigkeit vorstellt, ist es überhaupt nicht möglich, die moderne Erscheinung der englischen Weltmacht und Weltpolitik ihrer inneren Begründung nach zu erfassen. Sowohl dort, wo die internationale überseeische Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Macht Englands in Frage steht, als auch überall da, wo es sich um Dinge handelt, die innerhalb der Unternehmungssphäre der Einzelpersönlichkeiten liegen, existiert für das Bewußtsein des Engländers der Begriff „unmöglich", abgesehen von schlechthin elementaren Hinderungs-

gründen, eigentlich nicht. Das ist nicht so zu verstehen, als ob die sportmäßige Überwindung vorhandener Schwierigkeiten (wiewohl auch dies Motiv eine Rolle spielt) ohne Rücksicht auf den materiellen Nutzen ausschlaggebend wäre; vielmehr ist dieser materielle Nutzen ein maßgebender, gewöhnlich sogar ein im höchsten Grade maßgebender Gesichtspunkt, aber es ist der englischen Art eigen, die Frage nach ihm mit einem ganz außergewöhnlich weiten Blick zu messen und weniger nach dem Gewinn für morgen oder übers Jahr zu fragen, als Chancen in Erwägung zu ziehen und Aufwendungen für Kalkulationen zu machen, die sich möglicherweise erst nach langer Zeit, dann aber auch im direkten Verhältnis zu der Wartefrist und dem verauslagten Kapital, in geschäftliche Erfolge umsetzen. In dieser englischen Denk- und Handlungsweise liegt es auch mitbegründet, wenn private englische Unternehmungen über See in der Regel auch von so starken politischen Wirkungen begleitet sind.

Während der Zeit, die zwischen dem Ausgang der napoleonischen Kriege und dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges in Deutschland und einigen anderen Staaten des europäischen Festlandes liegt, also während mehr als eines halben Jahrhunderts, sind die Engländer tatsächlich und unbestritten das einzige Volk gewesen, das europäische Kultur über die Meere trug und in den außereuropäischen Erdteilen, wo es auch immer sein mochte, imstande war, Achtung gebietend aufzutreten. Die Niederländer, Spanier, Portugiesen, Franzosen besaßen ja freilich auch gewisse überseeische Machtsphären, aber es handelte sich nur um begrenzte, sogar ziemlich eng begrenzte Gebiete, in denen sie tatsächlich den europäischen Typus herrschend vertraten; der Engländer aber mochte erscheinen, seine Flagge zeigen und seine Interessen wahrnehmen an welchem zugänglichen Punkte der Erde er wollte — er spielte unter allen Umständen materiell und moralisch die erste Rolle, und in den meisten Fällen hatte er überhaupt keinen fremden Wettbewerb neben sich, der äußerlich mit dem Anspruch auf Geltung als gleichberechtigter internationaler Faktor hätte auftreten können. Diese Stellung Englands, die von 1815—1870 mit voller und ungebrochener Wucht auf den Ländern und Meeren außerhalb Europas und der nordamerikanischen Union lastete, hatte sich aber, seitdem im siebenjährigen Kriege die Entscheidung zu Ungunsten Frankreichs gefallen war, bereits während eines

halben Jahrhunderts vorher mit wachsender Bestimmtheit und Deutlichkeit vorbereitet. Diejenige Generation, die heute in den Staatsgeschäften und in der Leitung der öffentlichen Meinung Englands führt, deren geistig grundlegende Entwickelungsperiode also ebenfalls noch zum größten Teil in die Zeit der ungebrochenen politischen und wirtschaftlichen Überseeautokratie Englands fällt, ist also bereits das vierte Geschlecht, das in der Vorstellung der absoluten persönlichen, politischen und wirtschaftlichen Superiorität des Engländertums aufgewachsen ist. Man braucht sich eine Tatsache wie diese nur einmal richtig vorzustellen, um sofort auch ihr ungeheures Schwergewicht für die faktische materielle Machtstellung eines Volkes zu erfassen. Für den Erfolg, für die Gewinnung wie für die Behauptung realer Macht, sind die Sicherheit der Initiative, das Bewußtsein des Könnens und vor allen Dingen die wie hier seit einem Jahrhundert immer und immer wiederholte Erfahrung, das vorgesteckte Ziel auch wirklich erreicht zu haben, mindestens eine ebenso wichtige Vorbedingung, wie das ziffermäßig zu berechnende Kräfteverhältnis selbst.

Außer den Engländern kennt die Geschichte überhaupt nur noch zwei Nationen, denen ein vergleichbares nationales Selbstgefühl, ein ähnliches providentielles Kraftbewußtsein, zuteil geworden sind: die Römer und die Russen. Wie der civis Romanus an jeder Stätte des alten Erdkreises sich als ein Angehöriger des Herrenvolkes der antiken Welt fühlte und darnach auftrat, so verläßt den Engländer von richtigem Schrot und Korn nirgends auf der Erde sein ererbtes Selbstbewußtsein — in welch eine Lage und Gesellschaft er auch kommen möge. Nur das russische Nationalgefühl ist heute gegenüber dem englischen etwas wenn nicht Analoges, so doch Vergleichbares. Wie das englische Volk so glaubt auch das russische an seine von der Vorsehung bestimmte Mission auf der Welt; hier wie dort ist dieser Glaube ein Motiv von gleich gewaltig fördernder realer Kraft auf der Bahn der Weltpolitik. Wenn der Sohn Britanniens sich als den geborenen Herrn der Meere und als den von der Vorsehung bestimmten Bringer und Vertreter der europäischen, will sagen, englischen Verfassung, Freiheit, Kultur und Gesittung bis an die Enden der Erde und zu den dunkelsten Völkern über See fühlt, so lebt im Russentum vom Bauern bis zum Fürsten, ja bis auf den Zarenthron, mit einer bis heute immer noch

wachsenden Kraft der Glaube, daß ungeheure Länderstrecken und gewaltige Völkermassen, der Orient, die Welt des asiatischen Islam, ja neuerdings China und ganz Asien bis an den Stillen und Indischen Ozean das Erbe seien, das Gott dem russischen Zaren und seinem Volke zu besitzen und zu beherrschen bestimmt habe. Dem Engländer wie dem Russen imponiert gleich wenig die Unermeßlichkeit der Entfernung, die Weite der Aufgabe, die Langfristigkeit eines politischen Unternehmens, die Schwierigkeit in der Überwindung und Beherrschung äußerer, sei es natürlicher, sei es menschlicher Widerstände, und hier wie dort ist diese Kühnheit im Fluge der politisch-nationalen Phantasie gleichermaßen eine kraftvolle Wurzel des realen Erfolges — nur daß der Engländer auch das noch besitzt, was dem Russen bisher abgeht: hohe kapitalistisch-materielle Lebenshaltung, wirtschaftliche Erfahrung und Solidität, vorgeschrittene politisch-liberale Entwickelung.

Beide Völker, namentlich aber die Engländer, haben sich daran gewöhnt, auf der Grundlage der langen Kette ihrer grandiosen politischen und (sei es wirklichen, sei es vermeintlichen) zivilisatorischen Erfolge die Sache der Menschheitsentwickelung und des Weltfortschritts mehr oder weniger mit ihrer eigenen nationalen Sache zu identifizieren. Gilt das bei den Engländern ohne weiteres für die ganze Welt, zum mindesten die Welt außerhalb Europas und der Vereinigten Staaten, so gilt es doch auch bei den Russen wenigstens für einen großen, den slavisch-asiatischen, Teil der Menschheit. Das öffentliche Urteil namentlich in Deutschland pflegt, wenn diese Seite des englischen und russischen Charakters zur Sprache kommt, die Engländer der Heuchelei und die Russen einer lächerlichen oder barbarischen Überhebung zu zeihen. Ein so summarisches Verfahren zeugt aber davon, daß uns das Verständnis für die psychologischen Grundlagen jenes britischen wie moskowitischen Selbstgefühls abgeht. Wenn Völker eine solche Entwickelung und einen so beispiellosen mindestens äußeren Aufschwung erlebt haben, wie die Russen seit dem Beginn und die Engländer seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, während welcher Epoche jedes von ihnen von mäßigen Anfängen aus ein Fünftel der bewohnten Erdoberfläche sich untertan gemacht und seine eigene samt der Zahl seiner Untertanen verzwanzigfacht hat, so entspricht es nur den allermenschlichsten, einer Nation von Natur tief eingepflanzten psychologischen Entwickelungsgesetzen, daß in dem Bewußtsein

der betreffenden Völker eine gewisse Identifizierung der eigenen Sache mit der der Allgemeinheit und ein aus Naivität und Reflexion eigentümlich gemischter, durch die Jahrhunderte alte Erfahrung genährter Glaube daran, zur totalen oder partiellen Welthegemonie berufen zu sein, entsteht. So erklärt sich die namentlich bei den Engländern tief eingewurzelte Vorstellung, daß der Brite nur seine und seines Volkes besondere Sache zu führen brauche, um der Menschheit und der Kultur im allgemeinen den besten Dienst zu leisten, der ihnen nur geleistet werden kann. Ohne Zweifel liegen in einer solchen Denkweise für ein Volk große sittliche und am letzten Ende auch materielle Gefahren verborgen, aber nur Kurzsichtigkeit oder kleinlicher Neid können den Kern tatsächlicher Berechtigung übersehen, der in ihr steckt. Im einzelnen werden ihre Erscheinungen, mögen sie nun in Preßäußerungen oder im persönlichen Verkehr mit Engländern oder in Brutalitäten hervortreten, wie sie von Engländern im Sudan, in Südafrika und den anderen Orten geübt worden sind, oft etwas stark Abstoßendes behalten, und es wird auch stets leicht sein, auf geringere oder umfassendere Erscheinungen innerhalb des englischen Herrschaftsgebiets hinzuweisen, die von wirklicher Humanität sehr weit entfernt sind. Im ganzen aber braucht man sich nur einmal vorzustellen, wie es um den Machtbereich der abendländischen Kultur auf der Erde, ja selbst um unser bloßes Wissen von dieser Erde stehen würde, wenn England etwa seit den Zeiten Heinrichs VIII. oder Elisabeths eine staatliche und sozial-wirtschaftliche Entwickelung ähnlich der des europäischen Festlandes eingeschlagen hätte — zumal dabei auch nicht vergessen werden dürfte, daß ein sehr großer Teil derjenigen überseeischen Tätigkeit und Expansion, die einige europäische Festlandsstaaten seit jener Epoche entfaltet haben, auf die anstachelnde Wirkung des englischen Vorgehens zurückgeführt werden muß.

Vielleicht haben diese Andeutungen hingereicht, um den deutschen Leser ermessen zu lassen, wie unvergleichlich wichtig auch für uns, die wir durch unsere innere wie äußere Entwickelung gleichfalls auf die Bahn weltpolitischer Ansprüche gedrängt werden, die Frage des Emporwachsens einer ähnlichen inneren Stellung gegenüber unseren weltpolitischen Aufgaben und Ansprüchen ist. Aber jeder überlegende und vaterlandsliebende Mensch bei uns braucht nur an diese Frage zu denken, um zu ermessen, wie unendlich

weit wir noch davon entfernt sind, selbst nur einen notdürftig genügenden Fonds an solcher nationalen Ambition als Grundelement unseres Volksempfindens durch alle Stände hindurch zu besitzen. Es ist ja freilich Tatsache, daß unsere verfassungsmäßige Volksvertretung, der Reichstag, in seiner geistigen Struktur keineswegs als einigermaßen genaues Abbild der Nation betrachtet werden kann, aber es ist immerhin bedeutsam genug, daß unter den 397 Volksvertretern die überwältigende Mehrzahl in allen Fragen auswärtiger Politik sich mit Bewußtsein als Masse der höheren Führung einer mit den „Weihen" dieses Mysteriums versehenen Büreaukratie und Diplomatie unterordnet, und daß dort wo entweder eine kleine Minderheit entschlossenere Anschauungen in auswärtigen Dingen vertritt oder gewisse Einzelfragen dahin gehöriger Art gelegentlich auch etwas breitere Schichten des Parlaments aufrühren, entweder eine höchst bedauerliche Verkennung der elementarsten Grundfaktoren unserer internationalen Lage oder eine unbegreifliche Selbsttäuschung über das Verhältnis zwischen den Machtmitteln und den wirklichen oder vermeintlichen Ansprüchen Deutschlands in auswärtigen Dingen zu Tage tritt. Sieht man sich aber außerhalb des Reichstages im Volke selbst um, so ergibt sich ein um nichts erfreuliches Bild. Man mag die Presse, die Debatte in der politischen Versammlung, das politische Vereinsleben oder die Erfahrungen des gesellschaftlichen Verkehrs zugrunde legen — überall können bestenfalls doch nur vereinzelte Spuren und Ansätze zu einer solchen Anschauung unserer weltpolitischen Situation gefunden werden, die nationales Selbstbewußtsein, Willen zur nationalen Macht und Einsicht in den realen Tatsachenbestand samt seinen Konsequenzen in sich vereinigte. Einem Teil dieser genannten Erfordernisse, aber leider keineswegs allen, kommt die politische Gruppe der sogenannten Alldeutschen nach. Sie ist es, die vor allen Dingen den Willen zur Macht als die unterste und wichtigste Grundlage für eine Besserung der Zustände bei uns zu entwickeln strebt, aber weiterhin begeht sie nach zwei Seiten hin Fehler, die in ihrer politischen Wirkung so groß und verhängnisvoll sind, daß sie genügen würden, in Kürze eine unerhörte nationale Katastrophe über uns hinaufzubeschwören, wenn der praktische Einfluß der Alldeutschen auf den Gang der auswärtigen deutschen Politik größer wäre, als er tatsächlich ist. Diese beiden Fehler sind: die mangelhafte Abschätzung des

vorhandenen Quantums politischer Macht, das Deutschland zur Zeit nach auswärts in die Wagschale werfen kann und die verkehrte Vorstellung, das politisch-deutsche Interessengebiet decke sich, von noch weitergreifenden überseeischen Ansprüchen und Wünschen abgesehen, jedenfalls mindestens mit dem Verbreitungsbezirk der national-deutschen Diaspora in Europa und über See. In ersterer Beziehung ist das Verhalten der Alldeutschen während des südafrikanischen Krieges besonders lehrreich.

Niemand wird bezweifeln, daß wir, wenn hierfür eine vernünftigerweise zu erwägende Möglichkeit bestanden hätte, den Burenkrieg hätten benutzen müssen, sei es um Englands politisches Übergewicht durch Unterstützung der Buren, d. h. durch Beförderung der politischen Lostrennung Südafrikas vom britischen Weltreich, zu verringern, sei es um als Preis für unsere Neutralität von England auf anderen Gebieten eine wichtige Kompensation zu erreichen. Der letztere Weg ist ja bekanntlich, als das Hinzutreten der chinesischen Wirren zu der südafrikanischen Aufgabe die Position Englands vorübergehend etwas stärker erschwerte, versuchsweise in China in dem sogenannten Jangtseabkommen beschritten worden, aber kaum waren die Buren unterworfen, so mußten wir ja erleben, daß England in der Jangtsefrage ungehindert tat, als ob seinerzeit überhaupt nichts im Sinne jenes sogenannten Abkommens geschehen sei, ohne daß wir eine Möglichkeit gehabt hätten, unsere gegenteilige Auffassung zur Geltung zu bringen. Ungeachtet dieser ohne die mindeste Aufwendung von Scharfsinn zu durchschauenden Sachlage war die Tonart der Alldeutschen in der Presse, in der politischen Versammlung und im Reichstage fortgesetzt der Art, als ob die deutsche Politik in der Lage sei, zwischen guten und schlechten Beziehungen zu England frei zu wählen. Es ist ein großer Unterschied, den Buren seine Sympathie zu bezeugen, ihnen ein glückliches Ende ihres Ringens zu wünschen, oder die Forderung zu erheben, daß die Politik des deutschen Reiches eine Haltung einnehmen solle, die sie in Konflikt mit England bringen konnte und ihre verantwortlichen Leiter dafür zu tadeln, daß sie von einer solchen antienglischen Stellungnahme absahen, vielmehr das ihrige taten, um den Eindruck der alldeutschen und der von dorther beeinflußten Äußerungen der öffentlichen Meinung in Deutschland durch verstärktes Entgegenkommen gegenüber England auszugleichen. Man stelle sich vor, was

geschehen wäre, wenn die deutsche Regierung während des Burenkrieges die von den Alldeutschen gewünschte Haltung zu markieren versucht hätte. Da doch nicht wohl anzunehmen ist, daß die alldeutschen Wünsche bereits ihre Erledigung gefunden hätten, wenn die Tonart des amtlichen Deutschland gegenüber der englischen Regierung eine ähnliche geworden wäre, wie die der führenden burenfreundlichen Blätter bei uns — ein derartiger diplomatischer Holzkomment wäre sofort energischen englischen Repressalien begegnet — so bleibt doch wohl nur übrig, anzunehmen, daß die deutsche Regierung bei England direkte Vorstellungen zugunsten der Buren erheben sollte. Diese Vorstellungen wären sicher englischerseits mit sehr entschiedener, wenn nicht verletzender Schärfe zurückgewiesen worden, da man sich in England, im Gegensatz zu der überwiegenden öffentlichen Meinung bei uns, über die beiderseitigen Machtmittel und über die eigene Entschlossenheit, die angefangene Sache zu Ende zu führen, durchaus in aller wünschenswerten Klarheit befand. Deutschland hätte also entweder die Abweisung einstecken oder bereit sein müssen, seinen Wünschen auf andere geeignetere Weise Nachdruck zu geben. Welche Weise aber hätte wohl diese geeignetere sein sollen? Da der Unsinn, allein mit unseren eigenen Mitteln einen Krieg mit England anfangen zu wollen, doch wohl gar zu sehr auf der flachen Hand liegt, um ihn weiter zu diskutieren, so hätten wir uns also bemühen müssen (oder vielmehr bereits vor der Invention bei England zugunsten der Buren das nötige dazu getan haben), um eine europäische Koalition gegen England zustande zu bringen, d. h. den Weltkrieg zu entfachen: eine Eventualität, für die es nicht unnötig sein wird, daran zu erinnern, daß die französische Regierung bekanntlich nach dem sogenannten Krügertelegramm, das Kaiser Wilhelm II. aus Anlaß des Jamesoneinfalles in Transvaal dorthin richtete, England wissen ließ, Frankreich sei nach wie vor der Meinung, daß es nur einen einzigen Feind habe. Angenommen der Koalitionskrieg gegen England hätte sich aber wirklich entrieren lassen, so ist es doch weiter gleichfalls sonnenklar, daß wir in ihm, im Vergleich zu den anderen hauptsächlich in Betracht kommenden Mächten, Rußland und Frankreich, bei weitem die geringsten Machtmittel für den zu erreichenden Zweck, die kriegerische Niederwerfung Englands, zu prästieren in der Lage gewesen wären. Welcher Wert wohnt also, angesichts dieser offenkundigen,

weder bezweifelbaren noch je von verständigen Menschen bezweifelten Tatsachen, Reden inne, deren Gefährlichkeit von denen, die sie führen, höchstens in dem Maße entschuldigt werden kann, als sie sich selbst für bedeutungslose und unverantwortliche Persönlichkeiten erklären?

Es ist die starke wie die schwache Seite der englischen Nation, daß sie einen extrem ausgeprägten Sinn für Realität hat (facts!); jegliche Ideologie liegt ihr fern. Was nicht mit realen Mitteln zu erreichen ist, was außer Verhältnis zu den tatsächlich vorhandenen Bedingungen seiner Verwirklichung steht, das berührt ihren Gedankenkreis überhaupt kaum. Diese englische Art müssen wir uns vorstellen, wenn wir fragen, welche praktischen Wirkungen drüben die anti-englische Haltung unserer Alldeutschen und der nach dieser Richtung hin beeinflußten Blätter für das englische Nationalempfinden zeitigt. Hier kann die Antwort nur lauten: kein Engländer, zumal wenn man bedenkt, daß deutsche Zeitungsstimmen in England so gut wie englische in Deutschland fast ausschließlich durch die Vermittelung der eigenen nationalen Presse zu Gehör gelangen, kann aus der Haltung der öffentlichen Meinung bei uns und aus dem ununterbrochenen Tadel, der in zahlreichen und großen deutschen Zeitungen auf unsere Regierung wegen ihrer Haltung England gegenüber niederging und noch niedergeht, eine andere Schlußfolgerung ziehen, als daß die deutsche Nation einem kriegerischen Angriff auf England nicht nur geneigt sei, sondern ihre Hilfsmittel, sei es jetzt, sei es in naher Zukunft, auch für stark genug zu einem solchen Angriff halte. Daß wir bloß einer Stimmung Luft gemacht haben sollten, ohne dabei den Fall sehr ernsthaft ins Auge zu fassen, daß England bei ihm gelegener Zeit den hingeworfenen Handschuh aufnehmen und uns auffordern könnte, zu dem gewünschten Tanze anzutreten, darauf zu verfallen ist so leicht keinem Engländer gegeben. Man kann auch nicht sagen, daß sich die wirklich verantwortlichen und orientierten Kreise in England einen Krieg mit Deutschland, mit dem immer die ungeheure Gefahr eines russischen Angriffes auf Indien verbunden gedacht werden müßte, als eine leichte Sache vorstellen; im Gegenteil, die ganze intensive Abneigung gegen Deutschland, wie sie z. B. aus Anlaß der Stellungnahme des englischen Kabinets in der Bagdadbahnfrage zu Tage trat, erklärt sich nur daraus, daß diese Abneigung auch mit einer gewissen Dosis Furcht und Besorgnis versetzt ist.

Würde man Deutschland für einen ungefährlichen Gegner halten, so wäre ein derart elementarer Ausbruch des Unwillens über eine vermeintliche Abhängigmachung englischer Interessen für Deutsche, wie er aus Anlaß des deutsch-englischen Zusammengehens in der Venezuelafrage und in der Bagdadbahn-Angelegenheit mit dem Effekt erfolgt ist, daß die Minister wenigstens das zweite Mal auf der Stelle vor ihm kapitulierten, weder verständlich noch auch nur recht denkbar. Gerade aber, daß man Deutschland für gefährlich hält, das erhöht die Gefahr eines wirklichen Konfliktes von jener Seite her ungemein, denn das vermeintliche deutsche Kraftgefühl setzt sich an der Hand von Artikeln alldeutscher Richtung drüben leicht begreiflicher Weise in die abenteuerlichsten Besorgnisse vor deutschen Angriffen auf englisches oder zur englischen Interessensphäre gehöriges Gebiet um. Was für Vorstellungen solcher Art selbst für gebildete und politisch hochstehende Engländer möglich sind, zeigen die Äußerungen des früheren Gouverneurs von Uganda, Johnston, der, im übrigen ein für englische Verhältnisse fast extrem deutschfreundlicher Mann, alles Ernstes in der Londoner „Finanzchronik“ behauptete, es werde gegenwärtig von deutschen Publizisten in der Presse lebhaft befürwortet, daß Deutschland eiligst eine Flotte schaffe, die der britischen ebenbürtig oder gar überlegen sei. Dabei solle Holland mehr oder weniger in die deutsche Sphäre gezogen und dann das britische Reich in England und über See in der Absicht angegriffen werden, ihm vielleicht Süd-Afrika, alle Kolonien und Schutzgebiete in den Tropen und selbst den australischen Staatenbund abzunehmen. Johnston will dieses Programm teils aus der deutschen Presse, teils, wie er ausdrücklich versichert „mündlich und schriftlich“ von Deutschen, mit denen er in persönlichen Beziehungen steht, gehört haben. Es ist ebenso billig wie zwecklos, solch einer Auslassung gegenüber sich über den handgreiflichen Unsinn, den sie enthält, zu entrüsten. Für die Frage, wie sich das nationale Gefühl und die daraus fließende Politik anderer Völker uns gegenüber stellt, ist es vollkommen gleichgültig, welches unsere wirklichen politischen Ziele *sind*; entscheidend ist einzig und allein, was die schließlich maßgebenden Elemente auf der anderen Seite *dafür halten* — um so entscheidender, als in England und noch mehr in Amerika der politische Impuls und das politische Vorurteil der großen Masse einen sehr viel ausschlaggebenderen Faktor für das

politische Geschehen bedeuten, als bei uns, wo in auswärtigen Dingen die politische Unerzogenheit der Nation typisch ist. Wenn in England und den Vereinigten Staaten die Vorstellung lebt, daß Gedanken wie ein Angriff auf Südafrika und Australien oder die Annexion einiger Länder des romanischen Amerika bei uns eine praktische Rolle spielen, so ändern wir an der realpolitischen Haltung jener großen Nationen uns gegenüber nicht das Mindeste, wenn wir uns über ihre Verranntheit, ihr Mißtrauen, ihre Mißgunst u. s. w. moralisch entrüsten, sondern wir müssen mit jenen Überzeugungen genau so rechnen, als ob ihnen keine Phantasien sondern Wirklichkeit zugrunde läge. Der einzige Weg, der, um das hier schon vorauszunehmen, übrig bleibt, wenn wir uns nicht schließlich um jener Phantome willen wirklich mit den Angelsachsen schlagen wollen — und welch ein Gedanke könnte für uns wahnsinniger sein, als der eines Krieges mit England oder Amerika um vermeintlicher Absichten auf Australien oder Brasilien willen! — ist der, auf dem Kaiser Wilhelm II. geht, seitdem aus Anlaß des Telegramms an Krüger wahrscheinlich geworden ist, daß wir bei einem tatsächlichen Versuch anti-englischer Politik auch Frankreich uns in Waffen gegenüber sehen würden. Es ist, wenn auch nicht sicher, so doch sehr möglich, daß wir in einem Kriege der uns und England als Feinde sieht, schließlich unterliegen. Dann ist es auf lange Zeit, vielleicht auf immer, mit allen unseren Gedanken an Weltpolitik und Weltvolkstum zu Ende. Was aber bleibt übrig, wenn wir vermeiden wollen, daß die Furcht und das Mißtrauen der Gegenseite, mögen sie so unberechtigt sein wie sie wollen, uns eine solche Entscheidung aufzwingt, bevor wir, wenn es denn schon durchaus einmal sein müßte, besser auf sie gerüstet sind als heute? Offenbar nichts anderes, als eine Politik, die im Großen wie im Kleinen (und das Kleine kann hier leicht wichtiger werden, als das Große) als ihr Hauptziel die Zerstreuung jener Besorgnisse und jenes Mißtrauens verfolgt, auch wenn dabei Dinge nicht vermeidlich sind, die den Anschein erwecken können, als ob wir unserer nationalen Würde zu wenig bewußt seien.

Vergegenwärtigen wir uns im Zusammenhange mit diesen Erwägungen das reale Bild der heutigen englischen Weltmacht. Sie beruht in ihrer Verteidigungsfähigkeit auf dem englischen Reichtum und dieser wiederum auf dem Handel und der Industrie des vereinigten Königreiches in ihrer

gegenseitigen Ergänzung. Keine einzige der englischen Kolonien wäre imstande, sich aus eigener Kraft gegen eine mit regulären europäischen Truppen durchgeführte Invasion auf die Dauer zu verteidigen. Das angloindische Reich bräche, sobald man sich die europäischen Machtmittel Englands, die hinter ihm stehen, fortdenkt, wahrscheinlich zusammen, sobald auch nur ein einziges russisches Armeekorps am Indus erschiene. In Südafrika würde eine Landung europäischer Truppen den Gegensatz zwischen dem englischen und holländischen Element aufs neue in einer Weise entfesseln, daß an einen Bestand des englischen Übergewichts nicht länger zu denken wäre. Australien ist verloren, sobald die drei oder vier großen Städte an der Küste, in denen ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Kontinents lebt, besetzt sind und im übrigen die Blokade der Küsten durchgeführt wird. Einigermaßen mit eigenen Mitteln verteidigungsfähig ist allein Kanada, aber auch hier verdichtet sich die Hauptmasse der Bevölkerung auf einem räumlich nicht übermäßig ausgedehnten und klimatisch der europäischen Methode der Kriegführung vollkommen zugänglichen Gebiet. Über Truppen, die einer regulären europäischen Armee annähernd gewachsen wären, verfügt keins der großen britischen Kolonialgebiete. Der Reichtum des europäischen Mutterlandes ist es also fast allein, dem die Last der Verteidigung des ganzen Weltreiches obliegt.

Eine Vorstellung von dem Reichtum Englands erhalten wir, wenn wir einen Blick auf seine gegenwärtige Handelsbewegung werfen.

Jahre	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
	In Millionen Pfund Sterling		
1897 . . .	451 Mill.	294 Mill.	745 Mill.
1898 . . .	470 „	294 „	764 „
1899 . . .	485 „	330 „	815 „
1900 . . .	523 „	354 „	877 „
1901 . . .	522 „	348 „	870 „

Während der 5 Jahre, welche diese Tabelle umfaßt, hat also der Mehrwert der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr beinahe 17 Milliarden Mark betragen, stark über 3 Milliarden Mark jährlich. Zum Vergleich diene, daß die sogenannte passive Handelsbilanz in Deutschland zwar auch vorhanden ist, aber nur rund ein Drittel der englischen, etwa 1 Milliarde

Mark jährlich, beträgt. Sie repräsentiert, gesunde Wirtschaftsverhältnisse, wie sie in Deutschland und England bestehen, vorausgesetzt, den Mindestertrag, den die im Auslande angelegten arbeitenden Kapitalien eines Landes ihm in Gestalt von direkten Zinsen, Handels- und Schiffahrtsgewinn, Ertrag von industriellen und wirtschaftlichen Unternehmungen aller Art, abwerfen. Es bleibt dabei natürlich sehr wohl möglich und ist für England auch durchaus wahrscheinlich, daß der wirkliche Wert des Gewinnes aus denjenigen Kapitalien, die in irgend einer Form außerhalb der Heimat angelegt sind, die Differenz zwischen dem Wert der Einfuhr und dem der Ausfuhr auch noch übersteigt; wäre er ihr aber nicht mindestens gleich, so ergibt sich leicht, daß in dem Falle eine fortschreitende Verarmung der betreffenden Nation durch das Abfließen der baren Zahlungsmittel als Gegenwert für den Einfuhrüberschuß eintreten müßte, wie das z. B. in Rußland, Rumänien und anderen Staaten der Fall ist. Gleichzeitig aber ist in einem Lande von der industriellen Entwickelung Englands aus dem starken Überwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr auch einen Schluß darauf zu ziehen, wie große Mengen der industriellen Produktion im Lande selbst vermöge des Reichtums der Bevölkerung verbraucht werden können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Volkes nähern sich unter diesem Gesichtspunkt überhaupt umsomehr dem Ideal, je weniger, unbeschadet aller notwendigen Einfuhr an industriellen Rohstoffen und Nahrungsmitteln, überhaupt aus ihm an Industrieprodukten ausgeführt zu werden braucht, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß selbst bei den höchst entwickelten und reichsten Nationen die Menge derjenigen Erzeugnisse des eigenen Gewerbefleißes, die wirklich auf dem inneren Markt unter der Voraussetzung verbraucht werden könnten, daß jedermann imstande ist, sich an Kleidung, Hausrat und dergleichen alles zu kaufen, dessen er rationeller Weise bedarf, sehr viel größer ist, als die gesamte gegenwärtige Produktion, welche Deutschland, England, Frankreich, Amerika oder irgend ein anderer Industriestaat an solchen Dingen zur Zeit aufweisen. Je mehr nationales Kapital im Auslande gewinnbringend angelegt ist, desto wohlhabender wird ein Volk, desto weniger nationaler Arbeitsertrag braucht in Gestalt von Industrieartikeln exportiert zu werden, sondern kann im Lande selbst verbraucht werden; desto höher können die Lebenshaltung, die allgemeine Volksgesundheit, die geistige und

materielle Leistungsfähigkeit steigen. England ist von diesem Ideal, wie seine Handelsbilanz zeigt, weniger weit entfernt, als irgend ein anderer Staat, und man kann sich denken, wie tief gegründet und wie schwer zu erschüttern die Grundlagen eines Nationalreichtums von diesem Umfange sein müssen.

Es ist wichtig zu wissen, wie sich die britische Handelsbewegung auf den Verkehr mit den einzelnen Ländern und Erdteilen verteilt. Sie betrug im Jahre 1901 im Verkehr mit

	Ausfuhr	Einfuhr	Gesamthandel
Europa . .	99 Mill. Pfund St.	222 Mill. Pfund St.	ca 321 Mill. Pfund St.
Amerika . .	41 „ „ „	167 „ „ „	„ 208 „ „ „
Asien u. Afrika	35 „ „ „	28 „ „ „	„ 63 „ „ „

Diese Ziffern repräsentieren den Wert des eigentlichen britischen Auslandhandels. Zu ihnen tritt dann die Summe des Handels mit den eigenen Kolonien hinzu. Diese betrug für 1901:

Ausfuhr	Einfuhr	Gesamthandel
105 Mill. Pfund St.	106 Mill. Pfund St.	ca. 210 Mill. Pfund St.

Hiernach übertrifft also der Wert des Handels Großbritaniens mit dem Auslande den des Verkehrs mit den eigenen Kolonien fast um das Dreifache; drei Viertel des englischen Handels sind Auslandhandel und nur etwa ein Viertel eigener Kolonialhandel.

Der auf den ersten Blick überraschende Eindruck dieses Totalergebnisses verstärkt sich noch im einzelnen nach verschiedenen Richtungen hin, sobald man den Verkehr Englands mit bestimmten Ländern ins Auge faßt. Bei weitem am größten ist die Handelsbewegung mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie betrug 1901: 270 Millionen Mark in der Ausfuhr und 2830 Millionen Mark in der Einfuhr, im Gesamtwert also 3100 Millionen Mark, oder ein Fünftel des gesamten britischen Außenhandels. Das enorme Überwiegen der amerikanischen Einfuhr nach England über die englische Ausfuhr nach der Union erklärt sich dadurch, daß die Vereinigten Staaten der englische Hauptlieferant für Getreide, Baumwolle und Fleisch sind. An zweiter Stelle steht Frankreich. Der Handel mit diesem ist in der Ausfuhr 330 Millionen Mark, in der Einfuhr 1250 Millionen Mark wert. Nicht

viel geringer, nur in Ausfuhr und Einfuhr besser balancierend, ist der Verkehr mit Deutschland; es folgen die Niederlande, Belgien, Rußland, Spanien, Dänemark. In Afrika macht der Handel mit Ägypten, das aber jetzt ja auch schon halbwegs zu den britischen Besitzungen gerechnet werden müßte, in Einfuhr und Ausfuhr zusammen allein etwa ein Viertel des gesamten übrigen Verkehrs mit den nichtbritischen Ländern Afrikas und Asiens zusammen genommen aus: 360 Millionen Mark. Er übertrifft hiermit den englisch-chinesischen Handel um das Doppelte, den englisch-türkischen etwa im selben Verhältnis. Bei der Durchmusterung des britischen Kolonialhandels erstaunt man zunächst am meisten, den Wert des Verkehrs mit Ostindien (1250 Millionen Mark) nicht schlechthin an der ersten Stelle, sondern genau gleich mit dem englisch-australischen Handel rangieren zu sehen. Allerdings ist Ostindien in Bezug auf die Aufnahmefähigkeit von Einfuhr aus dem Mutterlande den australischen Besitzungen im Verhältnis von 4:3 überlegen, aber man bedenke, daß es fast 300 Millionen Einwohner zählt, die australischen Kolonien aber nur 5 Millionen. Erwägt man vollends, daß von dem Wert der indischen Einfuhr ein unverhältnismäßig großer Teil auf den Bedarf der 150 000—200 000 Weißen entfällt, die in Indien leben, so erhält man erst eine wirkliche Vorstellung davon, wie unverhältnismäßig viel mehr Wert für den Handel und die Industrie des Mutterlandes eine Auswandererkolonie mit weißer Bevölkerung besitzt, als selbst ein noch so immenses mit niedrig entwickelten und wenig bedürfenden Völkermassen erfülltes tropisches oder subtropisches Besitztum. Ein einziger Australier kauft in England soviel wie 50 Hindus! Kanada und Neu-Fundland mit 7 Millionen weißer Einwohner nehmen für 330 Millionen Mark britischer Produkte auf; ganz China, wo der englische Einfuhrhandel immer noch die Hälfte der Gesamteinfuhrbewegung ausmacht, mit 400 Millionen Einwohnern, konsumiert noch nicht für 300 Millionen Mark! Zählt man die britischen Besitzungen mit vorwiegend oder vollständig weißer, aus Europa ausgewanderter Bevölkerung auf der einen und diejenigen mit fremdrassigen Eingeborenen auf der anderen Seite zusammen, so ergibt sich hier zu Gunsten der englischen Produktion eine Aufnahmefähigkeit von 2000 Millionen Mark, dort eine von 2100 Millionen Mark — aber die

entsprechenden Bevölkerungszahlen sind 13 Millionen und 350 Millionen Menschen! Angesichts solcher Zahlenverhältnisse gewinnen die Bestrebungen Chamberlains und des britischen Imperialismus nach einem festen Zusammenschluß des Mutterlandes mit dem durch europäische, in erster Linie englische Auswanderung bevölkerten Kolonialreiche jenseits des Meeres samt der Tendenz eines Reichszollvereins erst das richtige Verständnis, und wir werden nochmals an die entscheidende Bedeutung des Absatzmarktes für die englische Industrie in den nordamerikanischen Kolonien bis zur Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten erinnert. Australien, Süd-Afrika und Kanada sind also die drei großen Tragepfeiler für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem englischen Mutterlande und seinen Kolonien; ein Aufschwung des britischen Imports nach diesen drei Ländern um 30—50 % würde bereits hinreichen, um den Verlust Indiens, selbst unter der Voraussetzung, daß es einem fremden Eroberer dort gelänge, den englischen Handel vollkommen auszuschließen (ein kaum denkbarer Fall) in rein ökonomischer Beziehung wett zu machen.

Es liegt auf der Hand, daß die Verteidigung des britischen Reichsgebiets nicht anders als in erster Linie auf die Seemacht gegründet werden kann, und ebenso, daß durchaus nicht Indien samt der ganzen süd- und ostasiatischen Interessensphäre das einzige Wertobjekt ersten Ranges bildet, sondern daß ihm das australische, südafrikanische und nordamerikanische Kolonialgebiet an Wichtigkeit jetzt schon zur Seite stehen und es möglicherweise noch während des ersten Viertels des laufenden Jahrhunderts übertreffen werden. Zudem ist Indien das einzige jener vier, oder wenn man Ägypten und den Sudan bereits als eine weitere gleichwertige Einheit hertreten lassen will, fünf großen überseeischen Interessengebiete Englands, daß gegen einen Angriff zu Lande kaum gehalten werden kann. Selbst Kanada, das mit seiner ganzen Südgrenze an die Vereinigten Staaten stößt, bietet nach dieser Richtung hin bei der unentwickelten Wehrverfassung der Union und der durch den südafrikanischen Krieg offenbar gewordenen verhältnismäßig bedeutenden Leistungsfähigkeit Englands in Bezug auf überseeische Truppensendungen noch bessere Chancen. Schaltet man Indien, das sein eigenes erhebliches Heeresbudget selber bezahlt, aus, so ergeben sich folgende Aufwendungen, die England für seine Kriegsrüstung zu Wasser

und zu Lande gegenwärtig machen zu müssen glaubt, wozu um des Vergleiches willen die Ausgaben einiger anderer Großmächte hinzugefügt werden mögen. Es betragen gegenwärtig die Budgets:

	für Marine	für Armee	Total
Großbritannien . .	660 Mill. Mk.	700 Mill. Mk.	1360 Mill. Mk.
Frankreich. . . .	250 „ „	570 „ „	820 „ „
Rußland	215 „ „	670 „ „	885 „ „
Deutschland . . .	205 „ „	655 „ „	860 „ „
Vereinigte Staaten .	325 „ „	600*) „ „	925 „ „

Das englische Budget für Wehrzwecke ist also bereits in absoluter Ziffer bedeutend größer, als das irgend einer anderen Großmacht. Berechnet man aber vollends, wieviel Ausgaben für Zwecke der nationalen Verteidigung zu Wasser und zu Lande auf den Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Staaten entfallen, so verschiebt sich dies Verhältnis noch viel mehr. In England sind es 34 Mk. pro Kopf, in Frankreich 20,5 Mk., in Deutschland 16 Mk., in den Vereinigten Staaten 14 Mk., in Rußland 7 Mk. Zeigt die niedrige Ziffer Rußlands, die wie wir wissen trotz ihrer geringen Höhe bereits das Resultat einer übergroßen Anspannung der faktischen Zahlungskraft der Nation bedeutet, die extreme wirtschaftliche Armut und Leistungsunfähigkeit des Landes an, so erweist auf der anderen Seite die hoch unter allen anderen Völkern aufragende Quote Englands, wie kolossal der britische Reichtum selbst im Verhältnis zu Ländern mit einem so alten und gefestigten Wohlstand wie Frankreich ist. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die englische Nation sowohl fähig als auch willens ist, sobald die Verhältnisse es ihrer Überzeugung nach erforderlich machten, noch weitere große Erhöhungen des Ausgabeetats für Militär- und Marinezwecke vorzunehmen. England mit einer Bevölkerung von nicht viel mehr als zwei Dritteln der Einwohnerzahl Deutschlands, wobei noch in Betracht

*) Diese Ziffer repräsentiert die faktischen Ausgaben während des mit dem 30. Juni 1901 schließenden Finanzjahres. Zwar entfällt ein Teil davon auf die kriegerischen Operationen im Philippinenarchipel, aber bei dem langwierigen Charakter der dortigen Kämpfe und der Gesamthaltung der gegenwärtigen Politik der Union kann dieser Betrag für absehbare Zeit als eine dauernde Norm betrachtet werden.

kommt, daß die 4 Millionen Einwohner Irlands wirtschaftlich als produktive Größe kaum ins Gewicht fallen, trägt seine der unseren gegenüber im Verhältnis um das Doppelte schwerere Last der Wehrhaftigkeit spielend leicht. Mag man auch ein Teil dieser großen Mehrbelastung auf die stärkere patriotische Gewöhnung des englischen Nationalgefühls an materielle Belastung um der politischen Sicherheit des Reiches willen schieben, so ist doch kein Zweifel daran möglich, daß ein anderer auf den unvergleichlich viel größeren englischen Reichtum entfällt. Die zweifellose Steigerungsfähigkeit der englischen Wehrkraft muß, im Zusammenhang mit der Lehre des südafrikanischen Krieges über die Bereitwilligkeit des Volkes zu langen und schweren Opfern um nationaler Ziele willen, für den Gedanken eines Konflikts zwischen England und einer anderen europäischen Großmacht sehr hoch in Rechnung gestellt werden. Auch was die Frage der Flottenbemannung anbetrifft, die man früher und großenteils auch noch jetzt gewohnt ist, als ein Moment zu betrachten, das auf alle Fälle einer weiteren starken Vermehrung der englischen Flotte hinderlich sei, wird man nach den Lehren des Burenkrieges mit pessimistischen Urteilen zurückhaltender sein müssen. Daß England eine Feldarmee von 300 000 Mann über See zu transportieren in der Lage sein würde, das hielten zu Beginn des Krieges nicht nur militärische Dilettanten, sondern auch fachmännische Autoritäten für nicht möglich. Es ist aber doch möglich gewesen, und ebenso wird es wahrscheinlich auch im Falle einer Mobilmachung zur See gehen, sobald die Notwendigkeit äußerster Kraftanstrengung der Nation deutlich wird. Die seegewohnte und seetüchtige Reserve, die für den Notfall in der starken Küsten- und Fischerbevölkerung steckt, wird dann eben, sei es durch hohes Soldangebot, sei es durch Mittel moralischen oder materiellen Zwanges, soweit zum Dienst auf der Flotte herangezogen werden, daß die Schiffsbemannungen komplett sind. Dazu ist zu bedenken, daß unter den heutigen Verhältnissen das Maschinen- und Artilleriepersonal auf den Schiffen eine unvergleichlich viel größere Rolle spielt als früher. Ihm gegenüber ist die Bedeutung des eigentlichen Matrosen sehr in den Hintergrund getreten.

Die schwächste Stelle des englischen Reiches ist, wenn man von der Möglichkeit absieht, daß eine überlegene maritime Koalition die heimische Schlachtflotte Englands an dessen Küsten selbst niederkämpfen und auf diese

Weise die Landung festländischer Truppen erzwingen könnte, ohne Frage Indien, und zwar ist es Indien aus einem doppelten Grunde: wegen des Fehlens innerer Einwurzelung der englischen Herrschaft bei den Eingeborenen und wegen der verhältnismäßig leichten Angreifbarkeit des Indus- und Gangesgebietes von der Landseite her. Dazu kommt aber noch eine andere wichtige Korrektur, die man an der seit Jahrhunderten gang und gäben Vorstellung von der indischen Welt an der Hand neuerer Erfahrungen machen muß.

Wir sind gewohnt, Indien unter allen Umständen als die Krone, die Perle, den Angelpunkt oder was für Bilder sonst angewendet sein mögen, jedenfalls als die eigentliche Grundlage des britischen Reichtums und der britischen Kolonialmacht zu bezeichnen. Das war früher wenigstens zum Teil richtig; wie sehr sich das Verhältnis freilich heute zu Gunsten der Besitzungen Englands mit weißer Bevölkerung verschiebt, haben wir eben gesehen. Um sich aber von den Hilfsquellen Indiens eine vollkommen richtige Vorstellung zu machen, tut man am besten, einen Blick auf seine Handelsbewegung zu werfen. Die Handelsbewegung Britisch-Indiens, zu dem aber, was hier sehr zu beachten ist, auch das reiche hinterindische Birma gerechnet wird, haben wir weiter oben bereits kennen gelernt. Vergleicht man damit die Bevölkerungszahl des Gebietes, die rund 350 Millionen Seelen beträgt, so ergibt sich, daß dieser Handel verhältnismäßig nichts weniger als eine imposante Größe repräsentiert, und man wird schon hiernach geneigt sein, das alte Vorurteil von den immensen Reichtümern Indiens zu korrigieren. Wollte man nach den Ziffern des Imports und Exports allein urteilen, so könnte man annehmen, daß Indien wenigstens eine aktive Zahlungsbilanz habe und daher sein Wohlstand sich aufwärts bewege. Das ist aber nicht der Fall. Zunächst muß Indien außer den Kosten für die unmittelbare englische Verwaltung des Landes auch noch für alle Ausgaben aufkommen, die zur Durchführung der britischen Politik im persischen Golfe, Afghanistan, Belutschistan, Aden und einer Reihe anderer zum Teil weit entlegener Gebiete erforderlich sind. So wird z. B. jetzt sogar die englische Expedition gegen den „tollen Mullah“ im ostafrikanischen Somalilande größtenteils mit indischen Truppen durchgeführt und mit indischem Gelde bezahlt. Zweitens aber fällt die immense Höhe der Gehälter, die sämtliche

Beamten des indischen Zivil- und Militärdienstes beziehen, und vor allen Dingen die kolossale Last der Pensionen, die nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit in Indien erworben werden, schwer ins Gewicht. Von den Gehältern wird ein großer Teil, von den Pensionen alles in barem Gelde fort und fort aus Indien nach England exportiert. Dazu kommt die Menge der Kapitalien, die, von englischen und anderen europäischen Kaufleuten im indischen Handel erworben, früher oder später aus Indien zurückgezogen werden. Alles in allem genommen ergibt sich auf diese Weise eine lastende Passivität der Zahlungsbilanz und eine fortschreitende Verarmung des Landes.

Hierzu tritt ein zweites. Die englische Herrschaft über Indien hat durch die Sicherheit des Lebens und Eigentums, die sie den Eingeborenen gegen früher dauernd garantiert, eine starke Vermehrung der Bevölkerung zur Folge gehabt. In früheren Zeiten brachten es die unaufhörlichen Kriege der indischen Fürsten unter einander und die dabei stets wiederkehrenden Verwüstungen weiter Landstriche mit sich, daß die Volkszahl, wiewohl von jeher sehr groß, sich doch nicht dauernd über ein gewisses Niveau erhob. Jetzt herrscht in politischer Beziehung von Kaschmir bis Ceylon Ordnung und Ruhe. Die Volksvermehrung hat daher seit dem großen Aufstande um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein schnelles Tempo eingeschlagen und die Übervölkerung drückt sich seit einiger Zeit deutlich darin aus, daß die — freilich auch früher nicht seltenen — Hungersnöte jetzt mit einer noch verheerenderen Wirksamkeit auftreten, als vordem. Der bei ausbleibendem Regenfall über weite Distrikte hin eintretende Nahrungsmangel wütet jetzt bei einer gegen die Zeit vor hundert Jahren um das Doppelte verdichteten Bevölkerung weit fürchterlicher, als früher. Wegen dieser Verkettung der Ursachen sind die Hungersnöte in ihrer ganzen heutigen Schrecklichkeit eine für Indien kaum zu beseitigende Kalamität. Würde der ziffernmäßigen Volksvermehrung ein Steigen des durchschnittlichen Nationalreichtums zur Seite gehen, so wäre zu großen Bedenken kein Anlaß, denn im wesentlichen hätte dann ja auch bei Regenmangel und Mißernten das Gros der Bevölkerung die Mittel, den Ernteausfall durch Ankauf von Getreide zu decken. Das Umgekehrte aber ist der Fall: Indien wird ärmer und ärmer. Diese Tatsache ist für alle, die sich mit den indischen Dingen etwas eingehender beschäftigen, auch seit geraumer Zeit kein

Geheimnis mehr, weder für die intelligenteren Elemente unter den Indiern selbst, noch für objektive englische Beurteilung der Verhältnisse. Indien ist eine Citrone, die von England ohne Erbarmen ausgepreßt wird, aber es liegt auf der Hand, daß diese Prozedur nicht länger dauern kann, als bis der Saftreichtum der Frucht erschöpft ist. Natürlich wird es in einem Ländergebiet von so großer Ausdehnung immer Bezirke geben, die unter allen Umständen einen Überschuß produzieren und wirtschaftliche Fortschritte machen, aber als Ganzes genommen ist das Gegenteil der Fall. Dabei will wohl beachtet sein, daß die Ausbeute an im engeren Sinne sogenannten Naturschätzen in Indien keine große ist. 1896 betrug der Gesamtwert des produzierten Goldes nur 21,5 Mill. Mark. Steinkohlen wurden für 22,5 Mill. gefördert. Die Produktion von Eisen und Petroleum ist minimal. Durch die Goldarmut Indiens wird mitbedingt, daß in ihm Silber für alle Zahlungsverhältnisse die maßgebende Rolle spielt. Im Verhältnis Indiens zu England bedeutet das aber eine weitere gewaltige Belastung, denn während der Nominalwert der indischen Rupie früher nach dem Verhältnis von Silber zu Gold wie $1 : 15^1/_2$ fast genau 2 Mk. betrug, ist er jetzt auf 80 Pf. gefallen. Alle Zahlungen nach England, Gehälter, Pensionen u. s. w., werden aber auch nach Beschränkung der freien Silberprägung immer noch auf Grundlage der alten Wertrelation aus den indischen Kassen geleistet — was natürlich in der Praxis auf eine Verdoppelung der Zahlungsverpflichtung hinauskommt.

Dieses allmähliche Ausgesogenwerden Indiens bildet ein gewichtiges Motiv für die mit allen Mitteln ins Werk gesetzte territoriale Vergrößerung Englands in Afrika. Ägypten, der Nilsudan, Britisch-Ostafrika, die Sambesiländer, die Burenrepubliken sind von den eigentlich leitenden und mit der Gesamtlage des Reiches, insbesondere dem indischen Problem, vertrauten Politikern von vornherein dazu bestimmt worden, sich mit der Zeit zu einem zweiten Indien, zu einem Ersatz für das alte, zu entwickeln. Natürlich gibt kein Mensch in England den asiatischen Besitz jetzt schon verloren oder rechnet mit einem bestimmten Zeitpunkt, wo er an sich wertlos geworden sein würde, aber man ist sich über die Notwendigkeit klar, rechtzeitig für die Abschreibungen, die am Werte Indiens vorgenommen werden müssen, an anderer Stelle Aequivalente zu beschaffen.

In diesem Zusammenhange ist es nötig, auch bereits die Frage der Bedrohung Indiens durch Rußland zu erörtern. Es ist sehr richtig bemerkt worden, daß der Verlust oder der Mißerfolg eines russischen Feldzuges nach Indien für Rußland zwar schmerzlich, für England aber entscheidend sein würde. Bei einem russischen Angriff auf Indien geht es für die englische Herrschaft um Kopf und Kragen, für die Russen aber lange noch nicht; auch die stärkste Schlappe würde ihre asiatischen Besitzungen nicht direkt bedroht erscheinen lassen. Daher ist es folgerichtig, von diesen Dingen schon hier, nicht erst bei der Behandlung der russischen Politik, zu sprechen.

Der südafrikanische Krieg hat gezeigt, daß England imstande ist, wenn es die nötige Zeit hat, eine achtunggebietende Armee aus der Heimat auf einen überseeischen Kriegsschauplatz zu transportieren. Diese Lehre ist für die Beurteilung der russischen Aussichten bei einem Angriff auf Indien entscheidend. So lange man von der Voraussetzung ausging, daß im wesentlichen die in Indien selbst vorhandenen Truppenbestände einem russischen Stoß würden begegnen müssen, konnte man die Aussichten Rußlands für durchaus günstig halten. Die eingeborenen Truppen der anglo-indischen Armee sind nach dem Urteil deutscher militärischer Sachverständiger gegen eine europäische Armee nur von sehr beschränktem Wert; namentlich müßten sie als absolut unzuverlässig betrachtet werden, sobald sie nicht mehr fest in der Hand europäischer Offiziere sind. Starke Verluste in den höheren von Engländern besetzten Chargen würden die indischen Regimenter sofort in einer Weise demoralisieren, daß sie eher eine Gefahr als eine Verstärkung für die Gesamtmacht bildeten. Unter Berücksichtigung aller Umstände urteilte der in China verstorbene Graf Yorck von Wartenburg, daß die Engländer aus ihren indischen Beständen nicht mehr als 25—30 000 Mann europäischer Feldtruppen an den entscheidenden Punkten einer russischen Invasionsarmee würden entgegenstellen können. Dem gegenüber konnten es die Russen ruhig wagen, in gleicher oder doch nicht sehr wesentlich überlegener Stärke am Indus, oder wo sich die Engländer ihnen sonst entgegenstellen würden, zu erscheinen. Wenn die russische Armeeleitung die ihr zur Verfügung stehenden Etappenstraßen benutzte, die richtige Jahreszeit für den Beginn des Krieges wählte und die äußersten Anstrengungen für die Be-

schaffung des nötigen Transportmaterials macht, so kann sie nach Lage der Dinge hoffen, von ihrer Operationsbasis an der Nordgrenze Afghanistans aus 2—2½ kriegsstarke Armeekorps gleichzeitig vorwärts zu bewegen. Ihre Vormarschstraßen gehen von Turkestan aus westwärts über Herat, ostwärts unter Benutzung der Bamianpässe über die Ketten des Hindukusch, auf Kabul zu. Angenommen selbst, daß Herat gleich nach Beginn der Operation von der Eisenbahn erreicht wird, für deren Fortführung bis zu jenem Platz an der Grenzstation Kuschka schon jetzt alles Material aufgehäuft liegt, so würde dann doch noch bis Kabul eine fast 800 km starke Marschstrecke vorliegen, auf der Proviant, Fourage und aller sonstige Heerestroß im wesentlichen auf die Fortschaffung mittelst Tragetieren angewiesen wären. Das Äußerste, was für die Fahrbarmachung der Route geleistet werden könnte, freilich auch unbedingt geleistet werden müßte, wäre die Schaffung der Transportmöglichkeit für Artillerie. Unter diesen Umständen ist ein Armeekorps die höchstmögliche Ziffer, die auf einer solchen Straße zum Vormarsch angesetzt werden kann. Dasselbe gilt für den Marsch über die Bamianpässe, wo der Weg von der russischen Grenze nach Herat in der Luftlinie allerdings näher, aber durch die Natur des breiten zu passierenden Hochgebirges gegen die Straße von Herat im Tal des Herirud sehr erschwert ist. Nehmen wir noch an, daß einige Tausend Mann auf dem äußersten linken Flügel über das Pamirgebiet auf Tschitral und Gilgit, weniger zu einem ernsten Angriff als zur Belästigung der rechten Flanke der Engländer, angesetzt werden und daß 15—20 000 Mann auf dem äußersten rechten Flügel dem weiten und von außerordentlichen Verpflegungsschwierigkeiten bedrohten Vormarsch durch das persische Sejistan auf Kandahar antreten, nehmen wir weiter an, daß es allen diesen Heeresteilen während der für kriegerische Operationen verfügbaren Jahreszeit gelingt, ihre vorgeschriebenen Operationsziele: Kabul, Kandahar, Tschitral, zu erreichen und unter einander die Fühlung herzustellen, so haben die Russen das äußerste geleistet, was normaler Weise als im Bereich des Möglichen und Wahrscheinlichen liegen angenommen werden darf. Während die schwächeren Truppenkörper auf dem rechten und linken Flügel wesentlich dazu dienen würden, einen Teil der englischen Verteidigungskräfte zu absorbieren, stände dann die Hauptarmee von Kabul aus zu einem Vorstoß

gegen den Indus bereit. Ihre mobile Höchststärke wäre nach Abzug aller derjenigen Teile, die zur Besatzung der eingenommenen Punkte und zur Sicherung der rückwärtigen Verbindungen unumgänglich erforderlich sind, auf 30—40 000 Mann zu veranschlagen. 30—40 000 Kombattanten sind aber für den Angriff auf Indien zu wenig. Sie würden wahrscheinlich genügen, um die indische Armee, Engländer wie Eingeborene, zu schlagen, aber sie könnten es mit den mittlerweile aus England herankommenden Verstärkungen nicht mehr aufnehmen. Hierzu kommt, daß die Russen doch wahrscheinlich, sei es am Indus, sei es bei Kabul oder beim Hervortreten aus dem Chaiberpasse, nicht nur englische und indische, sondern auch japanische Regimenter vor sich sehen würden.

Diese Erwägungen werden hinreichen, um darzutun, daß Rußland einen Angriff auf Indien in einem einzigen Jahresfeldzuge überhaupt nicht durchzuführen in der Lage ist, daß es sich vielmehr erst mindestens das ganze nördliche Afghanistan als Operationsbasis einrichten muß. Erst wenn diese Basis vom Amu-Darja und von Herat nach Kabul und Kandahar verlegt ist, wenn Afghanistan sicher in russischer Gewalt ist, wenn gebesserte Heerstraßen, womöglich in den ebenen Teilen Feldbahnen, die rückwärtigen Verbindungen sichern, mit einem Wort, wenn in Kabul eine Operationsarmee von 100 000—150 000 Mann versammelt steht und ihre Verpflegung gesichert ist, dann erst muß Englands Herrschaft in Indien als wirklich schwer bedroht erscheinen. Das bedeutet aber für Rußland die Notwendigkeit einer Kriegsdauer von mehreren Jahren — ein Fall, der unter finanziellen Gesichtspunkten für die Russen auf absehbare Zeit hinaus nur dann in Betracht kommt, wenn sie gegen England einen Bundesgenossen finden (oder von einem Staate als solcher gesucht werden), der Willens und im Stande ist, die Kosten ihres Feldzuges gegen Indien zu bezahlen.

Der Verlust Indiens — das Äußerste, was England im Falle eines unglücklichen Krieges mit Rußland unmittelbar treffen könnte — würde für England allerdings auch die Einbuße eines Teiles seiner Handelsbeziehungen zum weiteren Osten, hauptsächlich zu China, bedeuten. Wenn Indien fällt, so werden auch die ferneren Positionen, die den Seeweg nach Ostasien beherrschen, vor allen Dingen Ceylon und Singapore, trotz ihrer maritimen Lage auf die Dauer schwer zu halten sein. Zudem würde sicher auf der

hinterindischen Halbinsel Frankreich das englische Erbe antreten und den Rest des noch unabhängigen Siam und der nördlichen Teile von Malakka mit annektieren. Damit legte sich ein zusammenhängender Gürtel französisch-holländischen Besitzes quer über den Weg nach Ostasien, und bei der Natur sowohl der russischen als auch der französischen Handelspolitik ist es anzunehmen, daß von jener Seite alles geschehen würde, um die in Südasien gewonnene Stellung auch zu einem Druck auf China in einer dem englischen Handel jedenfalls entgegengesetzten Richtung auszunutzen.

Es wäre das alles ohne Zweifel ein nicht leicht zu verwindender Schlag für die englische Weltstellung in politischer wie in kommerzieller Beziehung, aber wenn wir uns daran erinnern, was wir über den Wert der wirtschaftlichen Beziehungen Englands zu seinen weißen Kolonialländern im Vergleich zu Indien oben erfahren haben, so werden wir zugeben müssen, daß der Verlust Indiens namentlich für die zukünftige Weiterentwicklung Großbritanniens kaum so schwer wiegen würde, wie der Südafrikas und Australiens. Der Hauptschade für England würde, nicht so sehr auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen eintreten, wie vielmehr darin, daß die unvergleichliche Schule und Versorgung, die der indische Dienst einem großen Teil der oberen und mittleren Stände Englands für ihre Söhne gewährt, in Fortfall käme.

Einstweilen bedeutet die finanzielle Schwäche Rußlands aber auf jeden Fall eine sehr starke Versicherung für den faktischen Bestand der englischen Macht in Indien, und weit entfernt den indischen Besitz als einen über kurz oder lang verlorenen Posten zu behandeln, sucht vielmehr der gegenwärtige Vizekönig Lord Curzon, Indien als Basis für eine außerordentlich weittragende, politisch wie wirtschaftlich in gleicher Weise zu beachtende Erweiterung der südasiatischen Machtsphäre Englands zu benutzen: der Erweiterung nach Westen hin über den persischen Golf und seine Uferländer in das fruchtbare Alluvialland am Euphrat und Tigris von der Meeresküste aufwärts bis Bagdad. Der Vizekönig geht dabei von der unbestreitbaren Thatsache aus, daß Englands Machtstellung in Asien, wiewohl absolut genommen gegen früher ganz offensichtlich vergrößert, dennoch im Verhältnis zu den Fortschritten, welche auch die übrigen Mächte gemacht haben, eine geringere Gewähr der Unangreifbarkeit darbietet, als es vordem

der Fall war. Was Lord Curzon im besonderen für Besorgnisse hegt, geht aus einer Rede hervor, die er am 25. März bei der Beratung des indischen Budgets gehalten hat. Der Vizekönig geht von einem Vergleich der Lage Indiens im Jahre 1857, nach der Bewältigung des großen Eingeborenenaufstandes, mit dem heutigen Stande der Dinge aus. Damals sagte er, „war Indien auf der Landseite nicht weniger vor dem Einfluß aller europäischen Mächte gesichert, als auf der Seeseite. Der große Vormarsch Rußlands nach dem Osten und Süden hatte kaum begonnen und seine äußersten Grenzen waren noch durch Hunderte von Meilen von Nordostpersien, von Afghanistan, vom Pamir und von dem Gelben Meere getrennt. Frankreich hatte sich noch nicht in Indochina festgesetzt und Deutschland war ein loser Staatenbund, der soeben die wenigen Kriegsschiffe, die er besaß, per Auktion versteigert hatte. Heute dagegen liegen ganz Nordpersien, die persische Hauptstadt und der persische Hof in leicht erreichbarer Nähe der russischen Grenzen und sind russischem Willen vollständig unterthan. Rußland geht Hand in Hand mit Afghanistan und absorbiert mit Leichtigkeit und Sicherheit Chinesisch-Turkestan und die Mongolei, wie es die Mandschurei bereits absorbiert hat. Frankreich hat ein ausgedehntes Reich in Indochina gegründet, von dort aus bereits die Grenzen von Birma erreicht und arbeitet sich mit Beharrlichkeit nordwärts nach China hinein. Deutschland hat sich bisher im mittleren Osten noch nicht festgesetzt, beabsichtigt dies aber in Mesopotamien auf ökonomischen Wege zu tun, mit unausbleiblichen politischen Folgen, und fordert uns auf, ihm dazu behilflich zu sein! Im Persischen Golf selbst haben die Türkei und Persien infolge britischer Gleichgiltigkeit oder Thorheit eine Autorität erlangt, und zwar mit englischem Einverständnis und englischer Hilfe, die sie zum Nachteil Englands ausnutzen, und den Rivalen Englands, welche hinter ihnen stehen, eine selten gebotene Gelegenheit zum Intriguieren bieten. England ist noch immer das größte Handelsvolk des Ostens, aber das Monopol, welches es vor einem halben Jahrhundert besaß, besteht nicht mehr, und der Handel, den es noch besitzt, wird nicht durch den ehrlichen Wettbewerb ausländischer Kaufleute, sondern durch offene und heimliche Rivalität mächtiger Staaten bedroht."

Das ist freilich eine sehr „anglo-indische" Auffassung der Thatsachen, aber es wäre thöricht, sie darum mit einem Achselzucken abzutun, weil

wir sie für unzutreffend und befangen halten müssen. Lord Curzon ist nur ein typischer Sohn seines Volkes; dergleichen Reden hält er nicht, ohne gleichzeitig auch die nötigen praktischen Anregungen zu geben oder geben zu lassen, damit aus Gedanken Thaten werden. Eine solche Anregung liegt in dem Vortrage vor, den niemand geringeres als der Erbauer des großen Nildammes von Assuan, der frühere Generaldirektor der ägyptischen Bewässerungswerke, Willcocks, am selben Tage, da der Vizekönig seine indische Budgetrede hielt, vor der Khedivial Geographical Society in Kairo gehalten und darnach im Druck der Öffentlichkeit übergeben hat.

Willcocks stellt den fundamentalen Grundsatz auf, daß im Gebiet der alten Bewässerungskultur, d. h. in erster Linie im babylonischen Alluviallande am Unterlauf des Euphrat und Tigris, das Bagdadbahnunternehmen notwendig zusammen gedacht werden müsse mit der Wiederherstellung des antiken Kanalsystems. Er betitelt seinen Vortrag: The Restoration of the Ancient Irrigation Works on the Tigris, or the Restoration of the Chaldea. Er berechnet darin, daß in der Umgegend von Bagdad selbst über eine Million Hektar Land, davon die Hälfte erstklassiger Qualität, also ein Gebiet von der Größe des gesamten ägyptischen Deltas, das bekanntlich ca. 6 Millionen Einwohner hat, mit einem Kostenaufwand von 15—20 Mill. Pfund Sterling wieder kulturfähig gemacht werden können und daß sich die darauf angelegten Kapitalien voraussichtlich mit 25% jährlich verzinsen würden! Ich selbst habe ähnliche Ausführungen schon vor mehreren Jahren nach meiner Rückkehr aus dem Bagdadgebiet in den Preußischen Jahrbüchern und darnach in einer besonderen Arbeit über die Bagdadbahn gemacht und zu wiederholten Malen auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß von deutscher Seite so schnell wie möglich die nötigen Vorstudien angestellt werden sollten, damit wir, bevor die Bahn selbst es jedermann ermöglichen würde sich der Sache anzunehmen, im vorzugsweisen Besitz dieses Materials seien. Jetzt stellt sich nun anläßlich der Willcocksschen Arbeit heraus, daß man auf anglo-indischer Seite schon lange sehr genaue Aufnahmen des wichtigsten der altbabylonischen Kanalsystems, des Nahrwangebietes, besaß. Willcocks hat diese vorläufige Aufnahmen samt einer Anzahl noch speziellere Pläne und Aufrisse publiziert und schließt daran eine lebhafte Aufforderung an seine Landsleute, sich auf jeden Fall

die Vorhand in diesem ganzen Zukunftsgebiet zu sichern. Ausdrücklich stellt er Deutsche und Engländer als Konkurrenten um diese Landstriche einander gegenüber. „Es gibt eine Überlieferung von alten Zeiten her“, schreibt er, „daß Männer vom Osten kamen und eine Wohnstätte im Lande Sinear (Babylonien) fanden. Unsere moderne Welt blickt nach Westen als auf die Norm für Kolonisation und Kolonialentwicklung, aber hier in Mesopotamien sind wir nicht in des weißen Mannes Land, und es ist weit wahrscheinlicher, daß die Menschen, die dieses alte Land wiederum bevölkern und erneuern sollten, von Osten kommen werden als von Westen! Die Bagdadeisenbahn wird diese Gebiete durchschneiden; ihre Schienen werden an den Ufern des wiederhergestellten Nihrawankanals gelegt werden; Leben und Wohlstand werden in diesem Land der großen Wechselfälle wiedergesehen werden. Soll der Kanal mit britischem Kapital gebaut werden, das seine Hände vom persischen Golf her ausstreckt oder von deutschem Kapital, das von Westen kommt? Soll es der Kanal Kaiser-i-Hind oder der Kanal Kaiser-il-Almaigna werden? Der Bau dieser großen Kanäle wird entlang der Linie der Eisenbahn ein Land so reich wie Egypten schaffen, dessen Ertrag beides, die Kosten der Bahn und der Kanäle, decken und noch einen Überschuß geben wird. Freilich werden den nur Leute in Wirklichkeit umsetzen können, die aus eigener intimer Erfahrung wissen, was egyptischer Ackerbau ist! Arbeiter von Indien und vielleicht von Egypten werden die Kanäle graben und Wehre und Regulatoren bauen und werden sich dann zu Millionen niederlassen, um diese Länder zukünftiger Macht und zukünftigen Reichtums in Besitz zu nehmen und zu kultiviren, als ob sie ein zweites Pendschab oder ein zweites Egypten wären!“

An die Ausmalung dieses Zukunftsbildes, das ganz Babylonien kurzerhand samt dem ganzen Gebiet des persischen Golfes in ein Nebenland Indiens verwandelt, schließt der Autor seinen Aufruf, jetzt möge von England aus eine technische Expedition in die Landschaften um Bagdad geschickt werden, um ungesäumt an Ort und Stelle mit Vermessungen, Bohrungen, Lothungen, Anfertigung von Strömungstabellen, Wasseranalysen, Bodenerprobungen u. s. w. die Grundlagen für einen genauen Plan sämtlicher für die Wiederherstellung des alten Bewässerungssystems erforderlichen Arbeiten inklusive Kostenanschläge zu schaffen! Das ist von englischer

Seite groß und bewundernswert gedacht. Babylonien für England ein zweites Pendschab oder ein zweites Egypten — wahrhaftig ein Gedanke würdig eines Cecil Rhodes, Curzon, Chamberlain! Man kann angesichts solcher Erfahrungen nur immer von neuem zu dem Schluß kommen: Wenn uns jemand die Bagdadbahn jetzt im Augenblick fertig hinstellte, so wäre das nicht ein Geschenk für uns, sondern für England, Franzosen u. s. w. weil diese Völker vermöge ihres altgewohnten weiteren Blicks in überseeischen Dingen und ihrer rascheren Bereitwilligkeit, sei es aus privater, sei es aus öffentlicher Quelle Mittel für die Vorbereitungsarbeit wie auch immer gearteter nationaler Expansion herzugeben, uns weit voraus sind und sicher auch die Bagdadbahn sofort als ein willkommenes Mittel zur Ausbereitung ihrer besonderen nationalen Interessengebiets benutzen werden.

Aber nicht nur in Afrika und jetzt ganz neuerdings im Gebiet der vermeintlich „deutschen" Bagdadbahn wollen die englischen imperialistischen Patrioten den Besitz eines neuen Indiens vorbereiten, sondern auch auf China haben sie schon seit lange zu gleichem Ziel ihr Auge geworfen. Bis zum Ausbruch der letzten großen Unruhen in China war es bei vielen englischen Imperialisten eine feststehende Annahme, daß das sogenannte Jangtsebassin eine britische „Interessensphäre" und über kurz oder lang zur Angliederung in irgend einer Form an das englische Weltreich bestimmt sei. In der Auslegung, die man dem Begriff des Jangtsebeckens auf englischer Seite dabei gab, bedeutet dieser Gedanke nicht weniger als einen Anspruch auf rund zwei Drittel des eigentlichen China. Lord Beresford, der unermüdlichste und einflußreichste Agitator für britische Interessen und britische Machtstellung in China, hat ausdrücklich betont, wenn vom Bassin des Jangtsekiang die Rede sei, so müsse darunter alles Land verstanden werden, durch das sowohl der große Strom selber als auch seine Zuflüsse rinnen. Dem Flächenraum nach kommt das etwa auf die Hälfte, der Einwohnerzahl und dem Reichtum nach aber fast auf drei Viertel Chinas (die sogenannten Nebenländer natürlich abgerechnet) hinaus. Englische Kartenzeichner machten und machen sich noch jetzt häufig das Vergnügen, auf Karten von Asien das Wort „Jangtsebassin" mit großen Buchstaben in dem traditionellen Rot, das den englischen Besitz andeutet, quer durch ganz Mittel- und Südchina zu schreiben. Nun haben allerdings

diese englischen Hoffnungen durch das Zusammentreffen der Wirren in China mit dem südafrikanischen Kriege zeitweilig einen merklichen Stoß erlitten. England mußte es sich gefallen lassen, daß in Schanghai, der Eingangspforte des Jangtsegebiets, neben den britischen auch noch andere europäische Besatzungstruppen, insbesondere deutsche, Posto faßten, und im Zusammenhang hiermit haben es Deutschland und andere europäische Mächte nicht an einer bündigen Kennzeichnung ihres Standpunktes fehlen lassen, daß sie irgend welche Vorzugsansprüche Englands, sei es in Schanghai, sei es im gesamten Stromgebiet, anzuerkennen nicht in der Lage seien. Da England damals die Hände durch den südafrikanischen Krieg gebunden waren, so mußte es geschehen lassen, was es nicht hindern konnte, allein schon die Differenzen, die über das sogenannte Jangtsekiangabkommen zwischen England und Deutschland während des Spätherbstes 1902 gab, ließen keinen Zweifel darüber, daß England noch an der alten Idee festhält, die im Jangtsekianggebiet eine britische Interessensphäre sieht und auf das Empfindlichste reagiert, sobald auch nur der Verdacht vorliegt, daß eine dritte Macht gleichfalls darauf ausgehen könnte, sich dort bestimmte Vorteile zu sichern oder auch nur dafür sorgen zu wollen, daß es zur Feststellung oder Ersitzung irgend welcher englischer Prärogative nicht komme. Auf jeden Fall ist es bedeutsam, daß die englische Flagge, wiewohl sie im ostasiatischen Handel immer noch fast über die Hälfte aller eingehenden und ausgehenden Schiffstonnenzahl herrscht, verhältnismäßig nirgends einen so starken Rückgang, namentlich gegenüber der deutschen, erfahren hat, wie in China. Der Aufschwung sowohl des direkten Handels zwischen Deutschland und China als auch des Anteils deutscher Rhedereien an dem Verkehr zwischen chinesischen Seehäfen und auf dem Jangtsekiang ist seit der Besetzung von Kiautschou ein so bedeutender, daß jetzt schon gar keine Rede mehr von jener Motivierung sein kann, die in England immer sehr beliebt ist, wenn es sich um Erhebung besonderer politischer Ansprüche handelt: die englischen Interessen in irgend einem Gebiet (z. B. im Persischen Golf, wo es thatsächlich wahr ist) überwögen die aller andern Nationen materiell so sehr, daß es nur begreiflich sei, wenn England auch politisch eine Sonderstellung beanspruche. Sollte sich etwa der deutsche Handel im Jangtsekianggebiet auf eine den englischen Interessen nahekommende oder sie vielleicht gar überragende Stufe

emporentwickeln, so ist es möglich, daß die englische Politik dann wohl oder übel davon absehen wird, ein Gebiet, in dem sie ohnehin nicht mehr die ausschließliche oder sehr überwiegende wirtschaftliche Basis besitzt, für sich zu reklamieren. Daß die Engländer aber vorläufig wenigstens noch lange nicht resigniert und sich keineswegs mit dem Gedanken ausgesöhnt haben, für die Zukunft im Kern von China lediglich zu gleichen Rechten und Ansprüchen mit uns und andern zu existieren, beweist die große Nervosität ihrer Presse gelegentlich der diplomatischen Verhandlungen über die Räumung von Schanghai. Die Einsicht, es in Ostasien nicht mehr allein mit einer beliebigen andern Gruppierung der europäischen und einheimischen Mächte aufnehmen zu können, hat die englische Politik dann zum Abschluß des Bündnisses mit Japan gedrängt.

Unzweifelhaft müssen wir (und nicht minder die Engländer) bei der Entwickelung der wirtschaftlichen wie der politischen Lage in China damit rechnen, daß sich auf diesem Boden die Ausgangspunkte eines ernsten Konfliktes zwischen uns bilden können. Man darf sich aber über der faszinierenden Vorstellung des Vierhundertmillionen-Reiches und seiner vermeintlich grenzenlosen Aufnahmefähigkeit nicht dazu verführen lassen, die hier sehr mäßigende Sprache der Handelsstatistik zu überhören.

So groß und so berechtigt der Wetteifer der europäischen Nationen um Sicherung fester Stützpunkte und offener Absatzmärkte in Ostasien, speziell in China, auch ist, und wie berechtigt auch die Genugtuung erscheint, die wir über das siegreiche Vordringen unseres Handels in China samt dem Erwerb von Kiautschou empfinden, so bestimmt muß die Basis unseres Urteils doch immer die reale Handelsbewegung bleiben. Der chinesische Handel repräsentiert als absolute Zahl genommen eine stattliche Größe, im Verhältnis zu der Ausdehnung und Volkszahl des Landes aber sind die Ziffern nicht bedeutend. Ausfuhr und Einfuhr Chinas zusammengerechnet betragen in runder Summe 1200 Millionen Mark, bleiben also um einen Bruchteil selbst hinter einer relativ so schwachen Handelsbewegung zurück, wie es die indische ist. Chinas Gesamthandel über alle See- und Landgrenzen beträgt noch nicht ein Viertel von dem, was in Deutschland durch den einen Hafenplatz Hamburg aus- und eingeht. Der Grund hierfür liegt darin, daß kein Land auf die Dauer wesentlich mehr importieren kann, als

es an wie auch immer gearteten Werten auszuführen in der Lage ist. Eine gesunde Handelsbewegung ist anders als auf der Grundlage des Produktenaustausches nicht denkbar. Soll also der Absatz nach China größere Dimensionen annehmen, so ist es vor allen Dingen nötig, den chinesischen Export zu entwickeln. China verfügt im Grunde bisher nur über zwei wirkliche Ausfuhrartikel: Seide und Tee, im Wert von rund 200 und 100 Millionen Mark. Demnächst sind noch mit Beträgen über 20 Millionen Mark zu nennen: Bohnen, Strohgeflechte und rohe Baumwolle; alle anderen in der Seezollstatistik noch aufgeführten Posten machen zusammen nicht mehr als rund 80 Millionen Mark aus. Es fragt sich, welche Teile der Ausfuhr so entwickelungsfähig sind, daß auf ihr Wachsen eine wesentliche Steigerung des Wertes der Einfuhr gebaut werden könnte. Hier scheidet bereits der Tee wegen der zunehmenden Konkurrenz Indiens (Assam und Ceylon) wahrscheinlich aus; namentlich Westeuropa findet mehr Geschmack an den gröberen aber stärker aromatischen und ausgiebigeren indischen Teesorten. An wesentlichen Nahrungsmittelexport ist in einem Lande mit so starker Bevölkerung wie China nicht zu denken, und so verbleibt denn eigentlich als pièce de resistance immer wieder in erster Linie die Seide. Daran, daß China noch sehr viel mehr Seide zur Ausfuhr produzieren könnte, als es gegenwärtig tut, und ebenso daran, daß es hierfür genügende Abnehmer finden würde, besteht an sich kein Zweifel; in der Praxis aber wird es garnicht leicht sein, eine wirkliche Vermehrung der Seidenproduktion und damit das Wesentliche für eine solide Verbesserung der Aufnahmefähigkeit Chinas gegenüber der europäischen industriellen Produktion zu Wege zu bringen. Es mangelt also an Überlegung, wenn man bei uns wie anderswo ins Blaue hinein eine ungemessene Steigerung des europäischen Warenabsatzes nach China von der „Erschließung" des Landes erwartet. Die Chinesen können nicht mehr von uns kaufen, als sie zu bezahlen in der Lage sind, und bezahlen können sie nur dann, wenn sie selber für ihre Produkte einen entsprechenden Gegenwert erhalten. Nach dieser Richtung hin wird der Eisenbahnbau zwar einen gewissen aber schwerlich einen schnellen Umschwung herbeiführen. Eisenbahnen zu bauen, wäre in sehr großen Teilen Chinas schon aus dem Grunde ein fragwürdiges und sehr gewagtes Unternehmen, weil das Wasserverkehrsnetz des Südens, mit dem die Schienenwege in

China so wenig wie anderswo in Ländern auf ähnlicher Entwickelungsstufe der Billigkeit nach konkurrieren könnten, ein sehr weit verzweigtes, leistungsfähiges und befahrenes ist. Anders steht es in Nordchina, das keine oder doch nur sehr beschränkt brauchbaren natürlichen Wasserwege besitzt. Hier sind von den ältesten Zeiten her die eigentlichen Warentransportmittel der Karren und das Tragetier. Nordchina also, als ein auf Landstraßen angewiesenes Gebiet, kann durch Eisenbahnen wirklich „erschlossen“ werden; es muß aber berücksichtigt werden, daß der Norden gegenüber den zentralen und östlichen Teilen des Reiches sowohl an Produktenreichtum als auch an Bevölkerungsmenge zurücksteht.

Unter einer Voraussetzung wäre allerdings ein starker Umschwung der Handelsverhältnisse Chinas denkbar: wenn nämlich durch das Vordringen der europäischen Unternehmungen große Schätze an Edelmetallen oder nutzbaren Massenmineralien erschlossen werden sollten. In Bezug auf Kohle und Eisen ist das allerdings wahrscheinlich; namentlich an Steinkohlen ist China neben Nord-Amerika das reichste Land der Erde. Sollte es also möglich sein, dort eine starke Produktion an Kohle und Eisen für den Weltmarkt zu entwickeln, so kann auch auf eine Verstärkung der europäischen Einfuhr gerechnet werden. Auf dieser Erwägung beruhen denn auch in erster Linie unsere Hoffnungen für das kohlen- und eisenreiche Schantung. So lange aber der chinesische Markt sich nicht zu einem Objekt ersten Ranges ausgestaltet, braucht der Wettbewerb um ihn für das politische Verhältnis zwischen Deutschland und England nicht den Ausgangspunkt eines akuten Konflikts zu ergeben. In China stehen vielmehr die Interessen der europäischen Importländer, die sich unter einander verhältnismäßig leicht auf der Basis der sogenannten „offenen Tür“, d. h. gleicher äußerer Bedingungen für die Einfuhr, einigen können, denen Rußlands gegenüber, das im Gegensatz zu jenen als Ziel seiner Politik die Einbeziehung möglichst großer Teile Chinas in seine ausschließliche und, was hier die Hauptsache ist, durch Zollmauern verbarrikadierte Machtsphäre anstrebt. In der Mandschurei, wo Rußland im besten Zuge war, dies Prinzip zu verwirklichen, hat es allerdings vor dem geschlossenen Widerspruch Englands, Japans und der Vereinigten Staaten den Schritt wieder zurück tun und das Land für die internationale Einfuhr freigeben müssen. Die Russen warten aber nur auf die Gelegen-

heit, es wieder mit der früheren Praxis zu versuchen und, eingestanden oder uneingestanden, ist es das eigentliche Ziel der russischen Politik, womöglich ganz Nordchina mit einem Zugang zum Jangtsekiang bei Hangkau auf ähnliche Weise wie es kürzlich mit der Mandschurei versucht wurde, zu einem Monopolgebiet für die der freien Konkurrenz mit Europa nicht gewachsene Industrie Rußlands zu machen.

Alles in Allem genommen präzisiert sich vom englischen Standpunkt aus das Problem der Deutschland gegenüber einzuschlagenden Politik etwa so, daß die Frage zur Beantwortung steht: ob es zur Aufrechterhaltung einer industriellen und kommerziellen Absatzsphäre von hinreichender Größe um der englischen Nation Leben und Wohlstand zu sichern, notwendig erscheint, die deutsche Konkurrenz zu beseitigen oder nicht? Solange die Engländer glauben darauf rechnen zu können, daß sie sich auf dem Wege des friedlichen, wenn auch im übrigen noch so scharfen und in seinen Mitteln unbedenklichen Wettbewerbes trotz aller anderen Nationen einen ausreichenden Anteil am Weltmarkt sichern können, werden sie sicher den Krieg vermeiden wollen, weil er auch für sie geschäftlich wie politisch in jedem Falle ein immenses Risiko bedeutet. Kommen sie aber zur Überzeugung, daß ihr Handel, auf dem ja für sie die nationale Existenzmöglichkeit einstweilen in noch viel höherem Grade beruht, als bei uns, unter dem Druck der fremden und namentlich der deutschen Konkurrenz wirklich in eine rückläufige Entwickelung eintritt, d. h. anfängt, auf den Kopf der — wachsenden — Bevölkerung Englands geringere Erträge zu liefern, während der Gewinn des wirtschaftlichen Gegners entsprechend steigt, dann allerdings gebietet der englischen Politik die einfache Rücksicht auf nationale Selbsterhaltung, falls sich durchaus keine anderen Mittel finden, auf unsere kriegerische Vernichtung bedacht zu sein. Das Ziel solcher Vernichtungspolitik wäre natürlich unser Überseehandel, und es wäre im wesentlichen erreicht, wenn die deutsche Handelsflotte zerstört ist und die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Auslande auf solange hinaus unterbrochen sind, daß sich währenddessen der englische Handel wieder an ihre Stelle setzen kann. Beides wäre miteinander gegeben.

So leicht und bereitwillig nun auch ein gewisser Teil der englischen Presse den Gedanken eines Präventivkrieges gegen Deutschland, um es nicht

erst zu einer ernsthaften Erschütterung der britischen Handelsmacht kommen zu lassen, erörtert, so viel schwieriger und verantwortungsvoller erscheint er der überwältigenden Mehrzahl der führenden und verantwortlichen Politiker — insbesondere aber allen denen, die eine Vorstellung davon haben, daß — mag auch Deutschland eine Zeit lang der gefährlichste wirtschaftliche Konkurrent Großbritanniens in der Versorgung des Weltmarktes mit Industrieprodukten gewesen sein — jetzt der eigentliche Nebenbuhler nicht mehr wir sind, sondern die Amerikaner. Die Einsicht in die Gefahren, die der Krieg mit Deutschland bringen kann, weil sich unter Umständen aus ihm leicht die festländische Koalition gegen England entwickeln kann, und die Erkenntnis, daß der wahre zukünftige Gegner nicht einmal mit der Zerstörung der deutschen Handelsmacht getroffen wäre, haben denn zusammengewirkt, um zunächst dem Gedanken des britischen Reichszollvereins bei einer einflußreichen Gruppe englischer Politiker, an deren Spitze der Kolonialminister Chamberlain steht, Raum zu verschaffen. Chamberlain selbst hat die Erwägungen, die ihn zu diesem Plane gebracht haben, Ausdruck gegeben, indem er neulich im Parlament sagte: England habe durchaus einem Zustand der Dinge entgegenzusehen, bei welchem mehr und mehr eine Mauer feindlicher Tarife gegen es errichtet sein werde, bei dem die auswärtigen Nationen ihre Befugnis zur Handhabung ihres Tarifs zum Nachteile Englands gebrauchen, und bei dem England weniger und weniger imstande sein werde, in den zivilisierten Ländern Märkte für seine Waren zu finden. Man nehme das Beispiel Rußlands. Die Politik Rußlands sei mit Vorbedacht darauf gerichtet, den Tarif so zu handhaben, daß Rußland allmählich eine in sich abgeschlossene Gemeinschaft werde.

Nicht aber Rußland allein, sondern auch alle anderen Nationen gingen darauf aus, sich mit den Mauern eines Schutzzoll- und Ausschließungssystems von steigender Höhe zu umgeben, und wenn es so weiter gehe, dann müsse die Zeit kommen, wo die Türkei, Indien und die britischen Kolonien die einzigen neutralen Märkte sein werden.

„England wird dann eine ungeheure Menge von Nahrungsmitteln und Rohstoffen einzuführen haben und durch eine Ausfuhr bezahlen müssen, welche unterzubringen es die größten Schwierigkeiten finden wird. Diese Folge wird gegenwärtig durch die Tatsache verhüllt, daß

wir ein gewaltiges Plantagenkapital im Auslande besitzen und es für uns daher verhältnismäßig leicht ist, unseren Nahrungsbedarf nicht lediglich durch Ausfuhr unserer Fabrikate, sondern auch durch die Schuldzahlungen fremder Nationen zu decken. Doch geht gegenwärtig die Tendenz nach der entgegengesetzten Richtung, und soweit die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht kommen, die einst unsere bedeutendsten Schuldner waren, so besteht jetzt eine Bewegung, welche dahin zu zielen scheint, uns zu deren Schuldnern zu machen."

Hier ist — dem augenblicklichen Zweck der Rede entsprechend — den Zollmaßregeln des Auslandes eine besondere Hervorhebung zuteil geworden; der Grundgedanke ist aber jedenfalls die prinzipielle Besorgnis, England könne eines Tages in die Lage kommen, für seinen Bedarf an ausländischen Lebensmitteln und Industrie-Rohstoffen nicht mehr mit seinen vom Auslande bezogenen Zinsen und seinem Handelsgewinn zahlen zu müssen, sondern — mit seinem Kapital.

Gehen wir, um zu einem gewissen Urteil über Begründet- oder Nichtbegründetsein des englischen schutzzöllnerischen Imperialismus zu gelangen, gleichfalls von der statistisch nachweisbaren Bewegung der Bevölkerung Großbritanniens und von ihrem Wachstum während des verflossenen Jahrhunderts aus. Sie ist insofern ein komplizierterer Faktor als diejenige Frankreichs und Deutschlands, als die einzelnen Teile des Landes sehr ungleichmäßig, ja sogar in entgegengesetzter Richtung für das Gesamtergebnis mitwirken. Zieht man lediglich das eigentliche Königreich England, den südlichen Teil der Insel Großbritannien, in betracht, so ist die Zunahme rapid und übertrifft oder hat wenigstens während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Deutschland noch übertroffen. Dagegen wachsen Schottland und Wales sehr langsam und Irland hat sogar enorm an Volkszahl abgenommen. Da aber jene vier Landesteile zusammen das eine Reservoir bilden, aus dem die englische Gesamtnation ihre politische und wirtschaftliche Kraft schöpft, so muß man sie auch in der Bevölkerungsbewegung als eine Einheit betrachten. Die Volkszahl von Großbritannien und Irland betrug:

1821 . . .	$21^1/_4$	Millionen	1881 . . .	$35^1/_4$	Millionen
1841 . . .	27	"	1891 . . .	38	"
1861 . . .	$29^1/_2$	"	1901 . . .	41	"

Gegenwärtig würde die **berechnete** Ziffer zwischen 42 und 43 Mill. liegen; 1925, wo wir auf mindestens 80 Mill. gestiegen sind, würden es hiernach 55 Mill. sein. Englands Zuwachsrate ist also wesentlich geringer als die unsere, und folglich steigt auch die Notwendigkeit der Erweiterung überseeischen industriellen Absatzes für die Engländer in langsamerer Progression als für uns. Man kann etwa sagen, daß für jedes englische Kind, dem der nationale Anteil an Weltproduktion und Welthandel Brot schaffen muß, mindestens zwei deutsche geboren werden, die unter dieselbe Notwendigkeit fallen. Das ist ohne Zweifel ein Moment, welches geeignet erscheint, die Schärfe des Wettbewerbes, die noch sehr viel größer sein und in Zukunft noch viel feindseliger sich gestalten würde, wenn die englische Zuwachsrate so groß wäre wie die deutsche, etwas zu vermindern. Trotzdem wäre es leichtfertig, sich darüber zu täuschen, daß auch die auf englischer Seite vorhandene Vermehrungsgeschwindigkeit, mit der unsrigen addiert, eine gefährliche Größe darstellt. Es ist daher kein Wunder, wenn man sich auch in England dem Gedanken an die wirtschaftliche Zukunft des Volkes nicht ohne Sorge hingibt und wenn die Befürchtungen, die sich nach dieser Richtung hin aufdrängen, zu einer prinzipiellen Schwenkung des englischen Bewußtseins führen, deren sich immer mehr verstärkende Wirkung wir gerade jetzt entschieden zu spüren bekommen.

Die englische Reichspolitik läßt sich seit dem Beginn des großen Zerbröckelungsprozesses in der liberalen Partei, dessen Verwirklichung mit dem Tode des alten Gladstone besiegelt erscheint, d. h. seit dem entschiedenen Aufkommen des Imperialismus, etwa dahin kennzeichnen, daß die Nation bestrebt ist, möglichst große Teile der Erdoberfläche und der Menschheit direkt in den britischen Reichsverband einzubeziehen, während früher längere Zeit hindurch eine Strömung überwog, welche zwar die allmähliche Abtrennung der englisch sprechenden und angelsächsisch bevölkerten Reichsteile jenseits der Meere vom Mutterlande nach dem Vorbild Amerikas als eine kaum zu vermeidende Notwendigkeit ansah, sich aber trotzdem darauf verlassen zu dürfen glaubte, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Englands als der Industriewerkstätte der Welt den andern Nationen gegenüber doch ein für alle mal so groß bleiben würde, daß aus diesem territorialen Schrumpfungsprozeß des Kolonialgebietes in politischer Beziehung keine Schwächung des

Staates hervorgehen würde. Diese Auffassung konnte sich natürlich nicht mehr behaupten, als die ökonomischen und industriellen Fortschritte der Völker des Festlandes, in erster Linie der Deutschen, aber auch der Franzosen, Italiener, Österreicher, Belgier, Russen u. s. w., offenbar wurden. Seit zwanzig Jahren kann sich kein einsichtiger Engländer mehr darüber täuschen, daß die festländischen Nationen im Begriffe sind, den Abstand, der sie in technischer, kommerzieller und allgemein ökonomischer Hinsicht von England trennt, wiewohl er selbst bei den vorgeschrittenen unter ihnen noch sehr groß ist, mit schnellen Schritten zu verringern. Dazu ist dann seit kurzem das noch viel drohendere Gespenst der amerikanischen Gefahr getreten. Der neuen Einsicht entspricht die Schwenkung in der britischen Politik zum Imperialismus. Seit 1880 hat sich das Reich in Asien und Afrika um ungeheure Territorien vermehrt. Von Vorderindien ostwärts und westwärts ausgreifend wurden Birma und Belutschistan einverleibt. Vom Kapland aus griff die englische Herrschaft nordwärts bis weit über den Sambesi hinaus und hat in unseren Tagen den letzten Rest des nicht britischen Südafrika, die beiden Burenrepubliken, verschlungen. Das Gebiet des unteren Niger, ein großer Teil von Ostafrika, der ganze früher ägyptische Sudan, endlich das untere Niltal selbst, wurden mittelbar oder unmittelbar britisches Gebiet.

Hält man diese kolossale Erweiterung der britischen Machtsphäre während der letzten Jahrzehnte mit der relativ langsamen Zunahme der zu ernährenden Bevölkerung Großbritanniens und Irlands zusammen, so will es scheinen, als ob die Engländer trotz Deutschland und Amerika mit relativer Ruhe in die Zukunft blicken können — vorausgesetzt, daß die erworbenen Länder entwicklungsfähig nach der Seite der Werteerzeugens und Werteaufnehmens sind. Das trifft für ihre große Mehrzahl zweifellos zu. Eine andere Frage ist es, ob die Schaffung des britischen Reichszollvereins im Sinne der gegenseitigen Bevorzugung des Mutterlandes und der Kolonien im englischen Interesse selbst sich als praktisch erweisen wird. Das zu entscheiden – und anders, als durch das Experiment wird es sich schwer entscheiden lassen — ist schließlich Sache der Engländer allein. Noch ist die Gewinnrate ihrer Volkswirtschaft im Aufsteigen begriffen, und selbst wenn sich Zeichen rückläufiger Exportbewegung einstellen,

so ist das einstweilen eher ein Zeichen für steigenden Wohlstand im Lande, das eine wachsende Menge erzeugter Güter selbst verbrauchen kann und die Verbindlichkeiten an das Ausland mit den Zinsen im Auslande arbeitenden nationalen Kapitals deckt, statt mit Warenausfuhr — als ein Beweis für die beginnende Verarmung.

Abgesehen davon ergeben aber die Pläne des Kolonialministers, kritisch ins Auge gefaßt, zunächst einen schwer verständlichen Widerspruch. Chamberlain motiviert seine Absicht, ein System gegenseitiger handelspolitischer Bevorzugung zwischen dem Mutterlande und den Kolonien einzurichten, wie wir eben sehen, dadurch, daß er sagt: Bei dem gegenwärtigen unbedingten Freihandelssystem Englands, dem allenthalben sonst auf der Welt steigender Protektionismus entgegenstände, sei England zwar der offene Markt für alle übrigen Nationen, selbst aber fände es um alle fremden Märkte immerfort sich noch erhöhende Schutzzollmauern aufgerichtet. Die unausbleibliche Folge davon sei die, daß die englische Ausfuhr nach dem Auslande, mit der England genötigt sei, den größeren Teil seiner Bedürfnisse an Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu bezahlen, sinken müsse; die Nation würde in steigendem Maße anstatt wie bisher vorzugsweise mit Warenexport, mit den Zinsen ihrer im Auslande arbeitenden Kapitalien und schließlich mit dem Kapital selbst zahlen müssen. Es drohe also eine allmähliche Verarmung der Nation. Demgegenüber sei es nötig, die Einfuhr aus dem nichtbritischen Auslande, das seinerseits die englischen Waren durch seine Schutzzölle aussperrt, ebenfalls zu beschränken, dadurch die Zahlungsverpflichtungen Englands an jenes Ausland zu vermindern und statt dessen den Handel, Einfuhr wie Ausfuhr, mit den eigenen überseeischen Kolonien stärker zu entwickeln. Um eine solche Entwickelung zu fördern, sei aber die Differenzierung der Zölle gegenüber dem Auslande und den Kolonien das einzige Mittel.

Diese Argumentation könnte einleuchtend scheinen, wenn sich nicht, sobald man sich das ganze System praktisch verwirklicht denkt, das eigentliche Ziel, d. h. die Verhütung des Ärmerwerdens des Mutterlandes, das man auf der einen Seite fördern will, auf der anderen Seite direkt gefährdet zeigte. Es handelt sich bei dem Güteraustausch zwischen England und seinen Kolonien weitaus zum größten Teile darum, daß die überseeischen

Besitzungen Lebensmittel und Rohprodukte für die Industrie liefern und vom Mutterlande dafür Fabrikate empfangen. Die wichtigsten Einfuhrartikel, deren England bedarf, sind:

Getreide	59,8 Mill. Pfd. St.
Baumwolle	42 „
Fleisch	41 „
Butter und Käse	25,5 „
Holz	24,6 „
Wolle.	23,2 „
Zucker.	20,1 „
Häute, Felle und Leder . .	16,3 „
Chemikalien und Drogen . . .	13,8 „
Seidenwaren	13 „
Lebende Tiere	10,6 „
Kupfer	10,1 „
Wollwaren	9,1 „
Tee	9,4 „
Früchte	9,2 „
Eisenwaren und Maschinen . .	9,1 „
Sämereien	9 „
Eisen	7,3 „
Kautschuk	5,8 „
Eier	5,5 „
Petroleum	5,1 „

Der Gesamtwert aller in der vorstehenden Tabelle durch den Druck hervorgehobener Einfuhrartikel beträgt in runder Summe 370 Mill. Pfund Sterling oder $7^1/_2$ Milliarden Mark, und in allen diesen Produkten sind die englischen Kolonien — es handelt sich ausgenommen Baumwolle und Zucker, nur um die großen Selbstverwaltungskolonien nicht um Indien und die übrigen von der Krone verwalteten Besitzungen mit farbiger Bevölkerung — von Natur leistungsfähig und könnten theoretisch bei gehöriger Entwickelung ihrer Produktivkräfte das Mutterland von sich aus vollkommen versorgen. In der Praxis stehen die Dinge einstweilen allerdings sehr anders. Die Einfuhr aus den britischen Besitzungen nach England betrug

im Durchschnitt des Jahrzehnts von 1890—1899 zwischen 90 und 100 Mill. Pfund Sterling, diejenige aus dem Auslande beinahe das Vierfache: gegen 350 Mill. Pfund jährlich. Es liefern also nicht die Kolonien, sondern das Ausland den Löwenanteil für die Versorgung Englands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Aber nicht nur das: es zeigt sich auch, daß der Handel Englands, Einfuhr wie Ausfuhr, namentlich aber die erstere, mit der übrigen Welt in merklich rascherer Zunahme steht, als mit den Kolonien.

Gesetzt nun der Fall, Chamberlains Pläne verwirklichten sich, so würde zunächst die Folge die sein, daß sich der gesamte Lebensunterhalt für das englische Volk fast um den Betrag der Zollbelastung für Nahrungsmittel und Rohstoffe verteuerte, denn zunächst und auf lange hinaus wäre ja gar nicht daran zu denken, daß die Kolonien faktisch ihre gegenwärtige Produktion soweit vervielfachten, um den gesamten Bedarf des Mutterlandes annähernd zu decken. Natürlich würden Getreideproduktion, Viehzucht u. s. w. in ihnen unter dem Schutz des Differenzialtarifes gegen das Ausland kräftig zunehmen, aber man muß bedenken, daß sowohl Australien samt Neuseeland, als auch Kanada und Südafrika, die in erster Linie in Betracht kommen, zusammen noch kein Dutzend Millionen weißer Einwohner haben, daß ihrer Produktionsfähigkeit also bereits durch den Mangel an Menschen, physische Grenzen gezogen sind, innerhalb derer sie zwar bald einen kräftigen Aufschwung nehmen, die sie aber unmöglich mit einem Ruck sprengen kann. Bis die Chamberlainsche Zollvereinstheorie praktisch annähernd voll funktioniert, müßten also selbst im günstigsten Falle Jahrzehnte vergehen, vielleicht, ja wahrscheinlich, aber Generationen. Bis dahin kommt das ganze Projekt, wie man sieht, darauf hinaus, daß sich das Mutterland eine ungeheure Selbstbesteuerung zu Gunsten der Kolonien auferlegt.

Natürlich ist es kein Wunder, wenn sich die Kolonien diese Seite des Chamberlainschen Programms gerne bereit sind gefallen zu lassen. Chamberlain will aber gleichfalls nach Möglichkeit nicht nur geben, sondern auch nehmen, und daher soll auf seiten der Kolonien der Begünstigung durch das Mutterland ebenso eine Gegenleistung entsprechen: sie sollen wie England ihre Produkte so auch ihrerseits den Import englischer Fabrikate und Manufakturen durch Zolldifferenzierung gegenüber dem nichtbritischen

Auslande begünstigen. Hier aber stößt das Interesse von Mutterland und Kolonien auf dem empfindlichsten Punkte zusammen, den es gibt — auf dem finanziellen, denn die Finanzen der großen Selbstverwaltungskolonien sind samt und sonders auf die Zolleinnahmen basiert. Die Dominion of Canada hat (Finanzabrechnung für 1900/1901) an Staatseinnahmen insgesamt $52^1/_2$ Mill. Dollars aufzuweisen; hiervon machen die Zolleinnahmen mehr als die Hälfte aus, $28^1/_2$ Mill. Ähnlich ist das Verhältnis bei den australischen Staaten und in Südafrika. Bei Neuseeland betragen z. B. die Zolleinkünfte über ein Drittel der gesamten öffentlichen Einnahmen, bei der Kapkolonie fast ebensoviel. Sollen nun die Kolonien der Einfuhr aus dem Mutterlande einen so kräftigen Zollabschlag gewähren, daß dadurch die Einfuhr aus dem Auslande wirklich in beträchtlichem Maße verdrängt wird, so würde sich das, und zwar sofort, an ihren Finanzen auf höchst verhängnisvolle Weise zum Ausdruck bringen, wozu in Erwägung gezogen werden will, daß die koloniale Finanzlage, namentlich in Australien, bereits eine ausgesprochen bedenkliche ist. Nach Lage der Dinge wird also Chamberlain seine Zollvereinspläne nur in dem Maße zur Verwirklichung bringen können, in dem er im stande ist, die einseitige Belastung des Mutterlandes mit den Kosten des Reichszollverbandes durchzusetzen.

Derjenige Staat, gegen den sich Chamberlains Absichten in Wirklichkeit vorzugsweise richten, ist übrigens die nordamerikanische Union. England führt aus den Vereinigten Staaten Waren im Werte von 140 Mill. Pfund Sterling ein und exportiert dorthin noch nicht für 20 Mill. Pfund. In diesen Ziffern steckt die kolossale Korn-, Fleisch- und Baumwolleneinfuhr aus den Vereinigten Staaten. Sie ist es, die durch die Verwirklichung des britischen Zollvereins bei weitem am schwersten getroffen werden würde. Wenn irgend etwas, so bedeutet in der Tat die Zahlungsbilanz gegenüber der Union einen faktischen Blutverlust für England. Trotzdem oder vielleicht gerade weil die Amerikaner der eigentlich betroffene Teil sind, maskiert Chamberlain mit großem Geschick und in vollkommen richtiger Berechnung der Argumente, die ihn bei den breiten Massen zum Ziele führen können, die Aktion als eine gegen Deutschland gerichtete. Während er von Amerika fast nie spricht, zeigt er die antideutsche Wurzel seiner Ideen in fortgesetzter

Wiederholung und Steigerung immer wieder von neuem auf. Nichts ist begreiflicher, als daß er diesen Wind auch diesmal wieder in seine Segel fangen will, nachdem er bei Gelegenheit des südafrikanischen Krieges die Erfahrung gemacht hat, daß ihm der gegen seine Person in der deutschen Presse tobende Sturm seine bereits erschütterte Stellung gerettet und fester gemacht hat, als sie je zuvor war. Der Gedanke, den er hierbei, wie mit der ganzen Zollvereinsaufregung überhaupt, verfolgt, ist übrigens schwerlich bloß der einer allgemeinen Verstärkung des Protektionismus im allgemeinen und der deutschfeindlichen Stimmung im speziellen, sondern zugleich auch die allmähliche Erziehung der Nation für den Gedanken, daß die britische Handelssuprematie unter Umständen nicht mehr anders als durch den Krieg gerettet werden kann. Krieg heißt in diesem Falle aber Krieg gegen Deutschland. Sind wir als Konkurrenten ausgeschaltet, so kann England hoffen, sich des amerikanischen Wettbewerbs friedlich zu erwehren.

Wahrhaft unermeßlich ist aber auf jeden Fall der Schade, den die unbesonnene Haltung der deutschen resp. alldeutschen Presse während der letzten Jahre der Sache einer friedlichen deutsch-englischen Verständigung (die uns beiden mit Rücksicht auf Amerika bitter not tut) zugefügt hat Die Dinge stehen jetzt in England so, daß jede politische und wirtschaftspolitische Maßregel sich der öffentlichen Meinung ohne weitere Frage dadurch empfiehlt, daß sie ein antideutsches Gesicht hat oder vorgesetzt bekommen kann. Diese Meinung der Nation benutzt der Kolonialminister, indem er seine Agitation für den Reichszollverein mit einer gegen Deutschland gerichteten Spitze versieht. Mit solchem Feuer zu spielen, ist aber unter allen Umständen gefährlich. Der Gedanke, daß der Krieg mit Deutschland eines Tages doch kommen werde, führt sehr leicht weiter zu der Erwägung, daß er, wenn er kommt, für England um so schwieriger werden wird, je mehr die Wehrfähigkeit Deutschlands zur See sich entwickelt. Unter diesem Gesichtspunkt ist es deutlich, daß der endliche Sieg Englands im südafrikanischen Kriege zu Gunsten der Aufrechterhaltung des Friedens in die Wagschale fällt. Wenn England Süd-Afrika heute verlöre, so stände es morgen vor der Frage, ob es sich das dort Verlorene auf irgend eine andere Weise, sei es durch Erweiterung seiner eigenen, sei

es durch Schädigung einer fremden Handelsmacht, wiederholen, oder ob es den Abstieg von seiner Größe antreten will. Solange wir also inbezug auf Seegeltung noch nicht sehr viel stärker sind als heute, ist es durchaus nicht klug, sich über Ziffern, welche die Verlangsamung des Fortschreitens der englischen Handelsbewegung etwa beweisen könnten, bloß zu freuen, selbst wenn vorläufig noch garnicht davon die Rede ist, daß die Ertragsquote auf den Kopf der englischen Bevölkerung zurückgeht.

Die größte Gefahr zwischen Deutschland und England liegt jedenfalls darin, daß, wie wir weiter oben ausführlicher sahen, die unüberlegte Haltung eines großen Teils der deutschen Presse bei den Engländern, und zwar keineswegs allein bei der urteilslosen Masse, die Vorstellung erweckt hat, wir wollten sie bei Gelegenheit angreifen, um sie ihres Platzes als der ersten Handels- und Kolonialmacht der Welt zu berauben und uns an ihre Stelle zu setzen. Angenommen die deutsche Politik hegte wirklich diesen Gedanken — was sie bekanntlich nicht tut und bei der Beherrschung der Massen durch die Sozialdemokratie, der Ultramontanismus und das feudal-demagogische Agrariertum auch garnicht tun kann — so müßte jedenfalls das oberste Gesetz unseres öffentlichen Verhaltens gegen England die absoluteste und unverdächtigste Zurückhaltung sein. Nicht schaden können, auch nicht einmal ernsthaft schaden wollen, und dabei doch eine Haltung einnehmen, als ob man jeden Augenblick zum Hiebe ausholen möchte, das ist der Gipfel des Unverstandes. Auf diese Weise summiert man auf der englischen Seite zu der Sorge vor dem ökonomischen Wettbewerb Deutschlands, die allein unter Umständen schon hinreichen kann, um die Frage des Präventivkrieges aufzuwerfen, noch die andere, ob es klug sei, zu warten, bis Deutschland die von ihm — vermeintlich — gesuchte Gelegenheit zum Überfall auf England fände und mittlerweile seine Seerüstung fortgesetzt verstärke. Ist es unter allen Umständen töricht, sich ohne Not Feinde zu machen, und muß es doppelt töricht erscheinen, wenn der Gegner, um den es sich dabei handelt, ein Machtfaktor ist, wie das englische Weltreich, so verschärft sich jene schlimme Wirkung der deutschen Zeitungspolitik noch durch die große politische und taktische Überlegenheit der englischen Presse auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. In England

vergrößert sich der Kreis der Wissenden, die Amerika und nicht mehr Deutschland als den Gegner der Zukunft — einer sehr nahen Zukunft — begreifen, mehr und mehr — so aber wie wir handeln, gewähren wir diesen englischen Politikern die hochwillkommene Gelegenheit, alle Maßregeln englischer Rüstung als gegen Deutschland gerichtet hinstellen zu können und überdies den ebenso unsinnigen und zum Teil gleichfalls durch die Unüberlegtheit der deutschen Presse zu Wege gebrachten Gegensatz zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten weiter zu schüren. Indes hiermit haben wir bereits das Thema des nächsten Kapitels berührt: unser Verhältnis zu den Amerikanern.



Fünftes Kapitel.

Die amerikanische Gefahr.

Die Zeit liegt nicht lange hinter uns, wo man in Europa die „amerikanische Gefahr" überhaupt erst zu bemerken anfing. Die ersten, deren geschärfter Blick die Bedrohung durch den neuen Konkurenten auf dem Weltmarkt erkannten, waren die Engländer. Amerika ist in der glücklichen Lage, die Rohstoffe beinahe zu jeder nur denkbaren Güterproduktion in so überreichlichem Maße innerhalb seiner eigenen Grenzen zu besitzen, wie das keiner andern Nation zuteil geworden ist. Getreide, Vieh, Eisen, Kohle, Holz, Petroleum, Baumwolle, Gold, Silber, Kupfer, an allem hat es Überfluß. Das Grundproblem, um das es sich ihm gegenüber für uns handelt, ist also dieses, ob die Vereinigten Staaten, wie es eine Zeit lang und vielleicht auch noch jetzt den Anschein hat, sowohl mit ihren Rohprodukten als mit den daraus hergestellten industriellen Fertigfabrikaten, namentlich aber mit diesen letzteren, dauernd als eine große Exportmacht auftreten werden, oder ob die eigne Aufnahmefähigkeit des nordamerikanischen Volkes für die Produkte seiner Industrie, d. h. sein Reichtum, so groß werden wird, daß alle oder doch bei weitem die Hauptmasse seiner Erzeugnisse von ihm selbst wird konsumiert werden können. Es ist keine Frage, daß bei der absoluten und immer noch zunehmenden Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten ihre Bevölkerungsmenge sehr bald hinreichen wird (vielleicht ist es schon jetzt der Fall), um, vielleicht mit Ausnahme von Petroleum und Baumwolle, die Produktion des eignen Grund und Bodens an Rohstoffen nicht nur selber zu verarbeiten, sondern auch selber zu verbrauchen. Die Frage ist nur, ob die Nation die Mittel hierfür besitzen wird. Ist das nicht der Fall, so muß sie den Überschuß

ihrer Produktion exportieren, wenn aber wohl, dann werden in Zukunft weder an Getreide noch an Fleisch, noch vollends an Eisen, Kohle, Maschinen, Stahlwaren und dergleichen große Mengen weiter ins Ausland gehen. Je nachdem aber, ob der Anteil am chinesischen, japanischen, afrikanischen, türkischen Markt u. s. w. eine Lebensfrage für die wirtschaftliche Existenz der Nordamerikaner ist oder nicht, wird die Politik von Washington wie diejenige von Berlin und London in allen Fragen des Anschlusses und der Gegnerschaft, die zwischen diesen Mächten spielen, von sehr verschiedenen Erwägungen geleitet werden.

Gegenwärtig erscheint die amerikanische Industrie nicht nur als eine gefährliche Konkurrentin der europäischen in fremden Erdteilen, sondern ihre Erzeugnisse dringen auch in steigendem Maße auf dem europäischen Markte selber ein. Bei weitem am auffallendsten ist das in England. Auch abgesehen von den gewaltigen Massen industrieller Rohstoffe, vor allen Dingen der Baumwolle, die England aus den Vereinigten Staaten bezieht, nimmt die Lieferung amerikanischer Waren, und zwar industrieller Fertigfabrikate, nach England fortgesetzt zu, bei gleichzeitiger Abnahme der amerikanischen Käufe in England. Das geht soweit, daß amerikanische Beobachter, die sich mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen ihrem Vaterlande und Großbritannien eingehend beschäftigt haben, direkt von einem „Zurückbleiben“ Englands in der industriellen Entwicklung der Welt sprechen. Auch bei uns in Deutschland und in England selbst sind ähnliche Stimmen laut geworden, und man hat auch versucht, die Gründe für dieses Zurückbleiben des englischen Industrialismus aufzusuchen: in dem angeblichen Bestreben der englischen Arbeitergewerkvereine, die tägliche Leistung des Industriearbeiters herabzusetzen, ihrer Abneigung gegen Arbeit sparende Maschinen u. s. w. Indeß müssen diese Fragen hier auf sich beruhen bleiben; die „Amerikanisierung“ des englischen Marktes ist aber jedenfalls eine Tatsache, und in Wirklichkeit richten sich die schutzzöllnerischen Bestrebungen Chamberlains und seiner konservativ-imperialistischen Freunde sehr viel mehr gegen diese amerikanische, als gegen die überwiegend aus taktischen Gründen in den Vordergrund geschobene deutsche Gefahr.

So unaufrichtig diese geflissentliche Verwechselung Nordamerikas und Deutschlands von Seiten der leitenden Kreise in England auch ist, mit so

ausgezeichnetem Geschick und Erfolg wird sie gehandhabt und namentlich von den großen, die öffentliche Meinung führenden englischen Zeitungen mit wirklich bewunderungswürdigem national einheitlichem Instinkt gepflegt und vertreten. Die faktische Besorgnis vor Amerika ist in England bei allen unterrichteten Leuten so groß, wie sie überhaupt nur sein kann, aber selten bringt darüber ein Wort in die Öffentlichkeit. Es ist erstaunlich, wie sehr das sonst so starke und keiner andern Nation gegenüber ängstliche englische Selbstgefühl, zumal wenn es sich vom Auslande unbeobachtet glaubt, in sich zusammenzusinken pflegt, sobald es sich um Amerika und die Amerikaner handelt. Kein Volk der Welt wird von den Engländern so umschmeichelt, wie die große „Tochternation“ jenseits des Ozeans, ohne daß es dieser meistens darum einfiele, sich einer ähnlichen Tonart gegen England zu bedienen. Man mag sich in Amerika England und den englischen Interessen gegenüber, sei es in der Presse, sei es in der politischen Versammlung noch so anmaßend und grob ausdrücken — kein englisches Blatt von Bedeutung wird sich finden, daß solche Anrempelungen aufnehmen und heimzahlen würde. Dagegen ist es in der englischen Presse mit wenigen Ausnahmen eine stillschweigend befolgte Parole und es gibt sogar allen Anschein nach eine direkt für diesen Zweck bestimmte Organisation: den Absichten nnd Handlungen der deutschen Politik in allen Teilen der Welt, namentlich aber in denjenigen, wo auch die Union Interessen besitzt, Tendenzen unterzuschieben, die gegen Amerika feindlich sein sollen, und diese alsdann den Amerikanern zu denunzieren. Bekanntlich hat sich seinerzeit sogar das amtliche England nicht gescheut, diesen Weg zu betreten, indem der englische Botschafter in Washington versuchte, Deutschland zu verleumden, als ob wir während des spanisch-amerikanischen Krieges bestrebt gewesen wären, eine europäische Intervention zu Gunsten Spaniens gegen die Vereinigten Staaten zustande zu bringen.

Der Zweck dieser von englischer Seite beliebten Politik ist durchsichtig: Deutschland und Amerika sind die gefährlichsten Konkurrenten Englands auf dem Weltmarkt. Ein deutsch-amerikanischer Krieg würde, welches auch immer sein Ausgang sein möge, für England einen unermeßlichen Gewinn bedeuten. England wäre in der Lage, wenn eine der beiden streitenden Parteien sich der anderen als unbedingt überlegen zeigen sollte, ihr in den

Arm zu fallen und seine Intervention demjenigen Teil der ihrer bedarf, für einen hohen Handelspreis zu verkaufen; sollten sich aber die Kriegführenden annähernd gewachsen zeigen und sich in längerem entscheidungslosen Ringen gegenseitig in ihrer wirtschaftlichen und politischen Kraft schwächen, dann um so besser.

Von unserem deutschen Standpunkt aus gesehen erscheint bei diesem ganzen Spiel zunächst als das wunderbarste, daß sich drüben in Amerika wirklich Leute in nennenswerter Anzahl finden, die, sei es aus eigener Iniative, sei es auf die englische Denunziationen hin, an antiamerikanische Absichten und Ziele Deutschlands zu glauben geneigt sind. Daß es solche gibt, daß ihrer durchaus nicht wenige sind und daß auch Politiker von Namen und Einfluß zu ihrer Zahl gehören, unterliegt keinen Zweifel. Der sicherste Beweis dafür ist das Bestehen einer Anzahl großer und weitverbreiteter prinzipiell anti-deutscher Zeitungen. Die „Preußischen Jahrbücher" haben neulich einen lehrreichen Artikel über dieses Thema gebracht, den der Autor, Harry A. Fiedler, mit mancherlei Zitaten aus der amerikanischen Presse ausgestattet hat. Zunächst ist lehrreich, was Fiedler von der Methode erzählt, auf die amerikanische Zeitungen sich und ihre Leser über Fragen der auswärtigen Politik informieren. Die auswärtigen Nachrichten werden den amerikanischen Blättern natürlich von den internationalen Depeschenbureaus geliefert, namentlich von der „Associeted Press". Sie finden sich darum in gleichem Wortlaut in allen größeren Zeitungen. Nur einige verstümmeln diese Nachrichten, wenn der Sinn oder der Ton durch Auslassung einiger Worte sich leicht ändern läßt. Ferner drucken viele Zeitungen europäische Zeitungsausschnitte ab, die entweder mit der Post oder telegraphisch gesandt werden. Die hierzu benutzten Zeitungen sind fast ausschließlich englische. Namentlich hat die „London Times" in der „New York Times" und anderen Zeitungen, wie dem „Philadelphia Public Ledger" eine Art Ableger, die alle Depeschen der „Times"-Korrespondenten abdrucken, soweit dadurch die englandfreundliche Stimmung in den Vereinigten Staaten gefördert werden kann. Dazu kommen tägliche Korrespondenzen aus London, die über England und Deutschland, manchmal auch solche aus Paris, die über Frankreich, Italien und Spanien berichten. Hiermit sind die fast ausschließlichen Quellen der amerikanischen Information

über europäische Zustände und Politik erschöpft. Sie werden dann in kurzen Leitartikeln, von denen jede Zeitungsnummer drei bis fünf enthält, der Tendenz der Zeitung entsprechend, verarbeitet.

Was bei dieser Methode der Berichterstattung herauskommt, kann man sich denken. Viele gebildete Amerikaner glauben, daß Deutschland eine einheitliche, scharf zentralisierte Monarchie wie Rußland sei. Wir müssen also in unserer Politik gegenüber den Vereinigten Staaten damit rechnen, daß die öffentliche Meinung über uns, über unsere inneren Verhältnisse, über die Absichten und Ziele, die wir nach außen verfolgen, nicht nur mangelhaft, sondern direkt irreführend orientiert ist — irreführend durch die englischen Verdächtigungen. Während der letzten Venezuela-Episode wurde z. B. aus dieser englischen Quelle folgendes Bild unserer Lage verbreitet: In dem unter seiner absoluten Monarchie seufzenden Deutschland herrsche solche Armut, daß die zur Verzweiflung getriebenen „paupers“ sich zur sozialen Revolution rüsteten; um seinen Thron zu retten, wolle der Kaiser die öffentliche Unzufriedenheit durch einen Krieg ablenken, eine Auslandskolonie für das Proletariat erwerben und zu dem Zweck das nötige Gebiet in Südamerika erobern. Die Republik der Vereinigten Staaten hasse er als Vertreter der unumschränkten Monarchie. Wer das nicht glaube, brauchte nur deutsche Blätter zu lesen, z. B. die hochoffiziöse „Vossische Zeitung“. Deutsche Zeitungen dürften ohnehin bekanntlich nichts weiter drucken, als was ihnen vom Zensor diktiert wird. Wer den Zensor kritisiert, wird wegen Majestätsbeleidigung eingesperrt!

Es ist natürlich keine schwere Aufgabe, sich über die englische „Perfidie“ und die amerikanische Leichtgläubigkeit, die aus solchem Geschwätz spricht, zu entrüsten. Mit Entrüstung aber ist hier garnichts getan, sondern einzig mit dem Verständnis dafür, daß hier für unser Verhältnis zu Amerika die Wurzel außerordentlich ernster Gefahren liegt. Wenn wir wissen, wie zum mindesten bei einem großen Teile des amerikanischen Volkes die Vorstellungen über Deutschland zustandekommen und wie sie geartet sind, so ist es leichtsinnig und töricht zugleich, wenn von unserer Seite selbst jenen Bestrebungen, die Amerikaner gegen uns zu verhetzen, noch Material geliefert wird. Nichts anderes aber ist es, was in vielen, namentlich „alldeutschen“ und verwandten Zeitungen bei uns durch die Tonart mancher Artikel über

Amerika geleistet wird. Zurückhaltung ist hier absolute Notwendigkeit. Von der anderen Seite wird mit Eifer auf jede „alldeutsche" Äußerung in deutschen Blättern gefahndet und diese dann, kombiniert mit einem Gewebe direkter Lügen, dem amerikanischen Publikum aufgetischt. Dem gegenüber ist es für uns das einzig Verständige, auf angebliche und wirkliche amerikanische Anmaßungen und Flegeleien in der Presse überhaupt nicht zu reagieren (wie das auch die uns so oft und mit Recht als Muster nationaler Korrektheit hingestellten Engländer in geradezu extremer Weise vermeiden) und statt dessen wirkliche Kenntnisse über Amerika und amerikanische Dinge in unserem Publikum zu verbreiten. Es gibt so unendlich viel drüben, was zu wissen für uns ungleich wertvoller und dringender ist, als die Entrüstung über Zeitungsgewäsch und Biertischreden, sei es auch von amerikanischen Admiralen, daß wir von rechtswegen garnicht genug von dem Amerika, das uns wirklich angeht, zu hören bekommen können.

Was dem amerikanischen Angriff auf dem Weltmarkt außerhalb und innerhalb Europas seine außerordentliche Kraft verleiht, ist neben der Fülle der im Lande selbst vorhandenen Rohstoffe die erstaunliche Konzentration in der Herstellung der industriellen Fabrikate. Diese äußert sich zunächst in der Erfindung und Anwendung von Kraft und Arbeit sparenden Maschinen. Diese Ausnutzung des Instruments bezieht sich aber nicht nur auf die bekannten und berühmten amerikanischen Werkzeugmaschinen, sondern beispielsweise auch auf das Verkehrswesen. Der Gütertransport ist in Amerika durch die Riesenlokomotiven und die den europäischen Typus um das dreifache Fassungsvermögen übertreffenden Güterwagen deutschen Verhältnissen gegenüber um das Doppelte, französischen um das Dreifache verbilligt. Bei einem deutschen Güterzug beträgt z. B. das tote Gewicht des Transportmaterials, das die Lokomotive schleppen muß, bis zum Anderthalbfachen des Ladungsgewichts, bei einem amerikanischen nur ein Drittel.

Zu solchen rein technischen Momenten der Überlegenheit ist dann in jüngster Zeit das aufs äußerste entwickelte System der industriellen Kapitalisierung und Konzentration in den sogenannten Trusts getreten. Die Zusammenlegung einer großen Anzahl verwandter Werke in eine einzige Organisation mit einer ungeheuren Kapitalsmacht, die dadurch ermöglichte aufs Äußerste getriebene Modernisierung und Spezialisierung der Betriebe,

die Ausscheidung und Aufsaugung der technisch zurückgebliebenen oder aus anderen Gründen ungünstiger produzierenden Unternehmungen, haben vor allen Dingen eine so große Verbilligung nicht nur der Produktion, sondern auch des Verkaufspreises verschiedener amerikanischer Industrieerzeugnisse zuwege gebracht, daß die Berichte aller, auch unserer amtlichen Handelssachverständigen, aus Amerika gleichzeitig von Bewunderung und Besorgnis über die Folgen dieser Entwickelung für uns erfüllt sind. Gegen eine industrielle Organisation, wie sie zum Beispiel der amerikanische Stahltrust darstellt, gibt es überhaupt auf die Dauer auch für uns kein anderes Mittel der Konkurrenz, als die Mitbeschreitung dieses selben Weges. Auch die deutsche Großindustrie muß sich nach Art der Trusts organisieren und statt durch den Unfug ihrer gegenwärtigen Kartell- und Syndikatspraxis lediglich auf Hochhaltung der Preise im Inlande zu sehen und eine Masse teuer produzierender rückständiger Elemente mitzuschleppen, das amerikanische Prinzip der Verbilligung der Produktionskosten durch Zusammenschluß und rückhaltlose Organisation annehmen. Schon jetzt hat die Erfahrung gelehrt, daß die Industrietrusts der Amerikaner für sie in Zukunft wahrscheinlich eine für den wirtschaftlichen Angriff noch stärkere Waffe bilden werden, als es das Schutzzollsystem für die Verteidigung war.

Alle diese Dinge: günstige Rohstoffproduktion, fortgeschrittene maschinelle und Verkehrstechnik, Konzentration des Kapitals, Verringerung der Herstellungskosten, müssen mit dem amerikanischen Charakter potenziert werden. Die zugleich stürmische und zähe Energie, die fast aller amerikanischen Arbeit anhaftet, hat jene Vorteile der amerikanischen Produktion mit geschaffen; sie wirkt aber auch für die unaufhörliche und stets gesteigerte Ausnutzung des Erreichten fort und fort. So wenig wir zu einem Verständnis der englischen Weltmacht, ihrer Entwickelungsgeschichte und ihrer Zukunft, gelangen können, ohne eine gewisse Anschauung vom englischen Volkscharakter zu haben, ebensowenig können wir Amerika beurteilen, ohne uns an das Temperament, die ganze außerordentliche geistige Struktur des Amerikanertums, zu erinnern. Erst wenn wir das tun, sehen wir auch die Ziffern, in denen sich die amerikanischen Erfolge ausdrücken, in der richtigen Beleuchtung.

Nach einem Buche, das der frühere Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt der Vereinigten Staaten, F. A. Vanderlip, unlängst hat erscheinen

lassen und das unter anderem auch eine Statistik des Güteraustauschs der Warenausfuhr, der industriellen Gesamtproduktion rc. in den Vereinigten Staaten enthält, beträgt der durchschnittliche Überschuß des Exportbetrages über den Wert des Imports während der letzten Jahre zugunsten der Union ca. 2500 Millionen Mark jährlich. Während die übrigen Erdteile einen wenn auch nicht sehr bedeutenden Gewinn im Handelsverkehr mit Amerika zu verzeichnen haben, beträgt der Einfuhrüberschuß der Union im Verkehr mit Europa allein sogar noch mehr: gegen 3 Milliarden Mark. Beinahe die ganze Last dieses von Europa zu tragenden Defizits fällt auf England und Deutschland. England partizipiert an ihm mit 2000 Millionen, Deutschland mit über 600 Millionen Mark. In den letzten sechs Jahren hat die Union nach Vanderlips Berechnung einen Ausfuhrüberschuß von $11^1/_2$ Milliarden Mark oder dem dreifachen Betrage der französischen Kriegsentschädigung von 1871 gehabt. Allerdings stehen dem auch noch eine Reihe von Zahlungen Amerikas an Europa gegenüber, die wenigstens zum Teil für die Deckung der passiven europäischen, d. h. in erster Linie deutsch-englischen, Handelsbilanz gegenüber den Vereinigten Staaten sorgen. Sehr groß ist z. B. noch der Betrag des englischen Kapitals, das in nordamerikanischen Fabrikations- und Plantagenbetrieben angelegt ist und reichliche Verzinsung nach England liefert. Auf 400 Millionen Mark jährlich schätzt Vanderlip selbst die Ausgaben der amerikanischen Touristen in Europa, denen ein viel geringerer Betrag europäischer Reisekosten in Amerika gegenüber steht; auf mehr als 300 Millionen Mark die Frachten, die europäische Dampfschiffahrtsgesellschaften von amerikanischen Spediteuren einnehmen. Dazu kommt, daß immerhin noch gewisse Beträge nordamerikanischer Schuldverschreibungen in europäischen Händen sind, wiewohl ihre Menge in letzter Zeit sehr abgenommen hat. Alles in allem bleibt unstreitig immer noch ein großer Überschuß im Handelsverkehr zugunsten Amerikas übrig, ein Überschuß, zu dem England allerdings sehr viel mehr zu steuern hat als Deutschland, an dem aber auch wir immerhin ein reichlich bemessenes Teil zu tragen haben. Auf die Dauer ist es, wenn die Verhältnisse so bleiben wie sie jetzt sind, garnicht anders möglich, als daß Amerika anfängt, den Gewinn aus seiner Handels- und Zahlungsbilanz in europäischen zinstragenden Papieren anzulegen, d. h. daß es auf dem europäischen Geld-

markt statt wie bisher als Schuldner als Gläubiger auftritt. Zu der Verdrängung der europäischen Industrie vom Weltmarkte würde sich also noch eine Verschuldung Europas an Amerika hinzugesellen.

Hier setzt nun die Frage ein, mit der wir dieses amerikanische Kapitel begannen: ob faktisch ein großer industrieller Produktionsüberschuß dauernd als Export aus Amerika ins Ausland abfließen oder ob mit der steigenden Wohlhabenheit der Amerikaner auch ihr innerer Konsum dermaßen steigen wird, daß sich die Last des amerikanischen Wettbewerbes auf dem Weltmarkt für die europäischen Völker, d. h. vor allem Deutschland und England, erleichtert? Theoretisch läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß je wohlhabender und volkreicher die Union wird, desto geringer die Konkurrenzgefahr erscheint, die sie uns auf dem Weltmarkte bereitet. Auf jeden Fall ist es bemerkenswert, daß der Überschuß der Handelsbilanz zugunsten Amerikas für das Rechnungsjahr 1901/02 gegen vorher seit längerer Zeit zum ersten Male merklich zurückgegangen ist. 1900/01 betrug er im Gesamthandelsverkehr der Vereinigten Staaten 2675 Millionen Mark, im europäischen 2977 Millionen Mark; jetzt nur noch 1898 Millionen Mark und 2658 Millionen Mark. Es ist möglich, daß, wie Vanderlip meint, die Einbeziehung der neuen Kolonialgebiete der Union: Hawai, Philippinen, Puertoriko, in den inneren Handelsverkehr einen Teil der Schuld an dieser Veränderung trägt; ebenso kann zugegeben werden, daß die europäische Wirtschaftskrisis der jüngsten Zeit sich auch im amerikanischen Handel etwas wiedergespiegelt hat. Ganz reichen diese Faktoren aber schwerlich zur Erklärung der Verringerung in der Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz aus, und man wird daran vielleicht doch schon ein Symptom des sich mehrenden Reichtums und der im Zusammenhang damit steigenden inneren Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes sehen müssen. Was aus Amerika an Fabrikaten nach Europa ausgeführt wird, sind: Eisen, Stahl und daraus hergestellte Waren (185 Millionen Mark); Kupfer und Kupferwaren (174 Millionen Mark); Petroleum (172 Millionen Mark); Leder und Lederwaren (88 Millionen Mark); endlich Maschinen (44 Millionen Mark). In dieser von amerikanischer Seite als „industriell“ bezeichneten Ausfuhr steckt immerhin noch vieles, was im Grunde ebensogut zur Kategorie der Rohstoffe wie zu den eigentlichen Fabrikaten gerechnet werden kann, namentlich sämtliches Petro-

leum. „Ich sah", schreibt Vanderlip, „wie Amerika Kohle nach Newkastle ausführte, Kattun nach Manchester, Messerwaren nach Sheffield, Kartoffeln nach Irland, Champagner nach Frankreich, Uhren nach der Schweiz und Rheinwein nach Deutschland". Das ist nicht übel gesagt und bezeichnet, wenn nicht schon den gegenwärtigen Stand der Dinge, so doch jedenfalls die Absichten und das Selbstvertrauen der Amerikaner in charakteristischer Weise, aber im Grunde handelt es sich bei der amerikanischen Konkurrenz doch so gut wie ausschließlich um die eigentlichen Gegenstände des industriellen Massenkonsums: Textilstoffe und Eisenwaren, vor allen Dingen Maschinen. Namentlich gegenüber den amerikanischen Erfolgen in dieser letzteren Beziehung gilt, unbeschadet der gegenwärtigen großen Gewinne Amerikas, doch auch das Wort, daß eine gekaufte Maschine eine eroberte Kanone ist. Hierzu tritt endlich die Erwägung, daß die Amerikaner, wenn sie dauernd in großem Maßstabe exportieren wollen, sich genötigt sehen werden, auch die protektionistischen Schranken ihres eigenen Schutzzollsystems zu erniedrigen und damit dem europäischen Wettbewerb auf ihrem eigenen Boden wieder ein größeres Feld zu öffnen — schon aus dem Grunde, weil sonst auf Seiten der europäischen Völker sehr leicht der psychologische Moment eintreten kann, in dem sie es versuchen, dem Gegner die erlittene Schädigung wirtschaftlich mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Ein endgültiges Urteil über die amerikanische Gefahr, die wirtschaftliche wie die politische, abzugeben, ist, wie wir aus diesen Erwägungen gesehen haben, unmöglich; nur die Gesichtspunkte lassen sich andeuten, nach denen, wenn die gegenwärtig noch ganz unklaren Verhältnisse sich weiter und deutlicher entwickelt haben werden, dies Urteil sich zu richten hat. Die Unklarheit der Lage ist aber alles andere eher, als eine Aufforderung zur Sorglosigkeit und Hintansetzung peinlichster Vorsicht. Mag die Notwendigkeit, Industrieprodukte zu exportieren und industrielle Absatzmärkte aufzusuchen, für die Amerikaner zunehmen oder abnehmen: unter allen Umständen wird dieser Nation noch auf lange hinaus ihr ungeschlachtes politisch-materielles Kraftgefühl bleiben: das Bewußtsein der Fähigkeit, gegebenenfalls auch einmal der instinktive brutale Wille, auf dem Töpfermarkt der Welt mit Eisenfäusten ein großes Scherbenschlagen abzuhalten.

Sehr instruktiv schildert Fiedler in seinem bereits erwähnten Aufsatz dies amerikanische Temperament:

„In den Vereinigten Staaten steht nämlich das politische Barometer eigentlich immer auf veränderlich, und das Wetter schlägt oft in unerwarteter Weise um. Zwar kümmert die Majorität des amerikanischen Volkes sich unter normalen Umständen herzlich wenig um Politik im allgemeinen. Allein es gibt gewisse politische Fragen, oder besser gesagt, Schlagworte, deren bloße Erwähnung den Amerikaner mit Blitzesschnelle aus seiner Indifferenz aufrüttelt. Da die ganze Nation nun aber höchst reizbaren Temperamentes ist, so entsteht dann schnell eine öffentliche Erregung, in der jede ruhige, vernünftige Stimme überschrieen wird. Eine solche öffentliche Volksbewegung schwillt sehr leicht plötzlich zum Riesensturme an, der jeden etwaigen Widerstand der verantwortlichen Führer oder Beamten über den Haufen fegt. Und ehe man richtig weiß, um was es sich eigentlich handelt, ist eine Situation geschaffen, aus der es keinen Rückzug mehr geben kann. Mit elementarer Macht drängt alles zur Katastrophe, und ein Krieg ist erklärt. Das ist kurz die Geschichte der Kriegserklärung gegen Spanien auf Grund der noch jetzt nicht aufgeklärten Vernichtung des amerikanischen Kriegsschiffes „Maine“.

Über diese amerikanische Leidenschaftlichkeit und die aus ihr fließenden Ausbrüche, mögen diese auch noch so weit von der Besonnenheit entfernt sein, die ein altes Kulturvolk wenigstens in seinen oberen gesellschaftlichen Schichten zu besitzen pflegt, ist es zwecklos, sich zu entrüsten und Leitartikel gegen die amerikanische Maßlosigkeit zu schreiben. Viel nötiger ist es, sich vor Augen zu halten, daß dieses amerikanische Temperament durchaus ein politischer Faktor ist, mit dem wir rechnen müssen, und zwar ein politischer Faktor, der um so bedeutsamer und schwieriger zu behandeln scheint, als jene teils mangelhafte, teils bewußt in antideutschem Sinne irreführende Information der öffentlichen Meinung Amerikas aus öffentlichen Quellen den größten Teil der Nation mit gänzlich falschen Vorstellungen über die politischen Absichten Deutschlands gegenüber Amerika erfüllt hat.

Wie es uns schon früher, als wir versuchten, die in England Deutschland gegenüber herrschenden Vorstellungen und Stimmungen zu charakteri-

sieren, aufgefallen ist, daß man dort allem Anschein nach wirklich an die Angriffslust Deutschlands glaubt und uns Deutschen das innere Kraftgefühl und die Überlegung, die für einen solchen Angriff unsererseits die Voraussetzung bilden müßten, ohne weiteres zutraut, so finden wir ähnliche phantastische Gedanken auch bei den Amerikanern. Hier wie dort liegt aber gerade darin die eigentliche Gefahr. Die ganze amerikanische Nervosität, die Leichtigkeit, mit der gegen Deutschland gerichtete, sei es von englischer Seite soufflierte, sei es selbständig erfundene und aufgebauschte antideutsche Sensationsnachrichten ihre Wirkung tun, ja die bloße Kalkulation der Preßunternehmer, mit dergleichen Zeug bei dem Lesepublikum in jedem Fall auf ihre Rechnung zu kommen, sind nur möglich unter der Voraussetzung, daß man uns in Amerika Angriffsabsichten zutraut. Die amerikanische Durchschnittsmeinung stellt sich die Deutschen als eine unruhige, aus Not, nationalem Expansionsbedürfnis und zügelloser Eroberungslust heraus tatenlustige Nation vor, geführt von einem Kaiser, der diese vermeintlich deutsche Natur in sich zur höchsten Potenz gesteigert hat. Nach dieser Richtung hin hat namentlich auch die in Amerika, dank englischer Dienstleistung, eifrig verfolgte Haltung der deutschen Presse in der Burenfrage gewirkt. So wenig wie die Engländer können sich die Yankees vorstellen, daß die fortgesetzten, kraß anti-englischen Ausbrüche der Volksstimmung bei uns wirklich in der Hauptsache gar nichts anderes gewesen sein sollten, als Äußerungen einer absolut unklaren, nationalen Sentimentalität. Ist es doch sogar für uns selbst eine tief beschämende Beobachtung, die wir haben machen müssen: wie absolut an der Oberfläche die ganze Burenbegeisterung, trotz des scheinbar hohen Schäumens der Wogen, in Wirklichkeit gelegen hat. Sie ist verpufft wie Kohlensäure, und während dreier Jahre hat ganz Deutschland, das sich in Zeitungs-, Versammlungs- und Biertischtiraden für die Buren kaum genug tun konnte, für die südafrikanischen Kämpfer und die wirkliche Not ihrer Familien noch nicht soviel bares Geld aufgebracht, wie ein ziffernmäßig ganz geringer Teil der Nation, die orthodox-pietistischen Kreise, ohne viel Redens unter sich gesammelt und nach Armenien geschickt haben!

Wie bei den Engländern, so ist es auch bei den Amerikanern für uns vollkommen gleichgültig, ob ihre Ideen von der Angriffskraft und

Angriffslust Deutschlands auf amerikanisches Gebiet den Tatsachen entsprechen oder nicht: maßgebend für die wirkliche Politik ist die fälschliche Überzeugung, wir wollten angreifen, zunächst genau so, als wenn es sich wirklich entsprechend verhielte. Gerade das Beispiel der unmittelbaren Veranlassung zum Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges und die Aufregung des amerikanischen Selbstgefühls durch seinen Ausgang müssen eine Warnung für uns sein, uns davor zu hüten, daß wir nicht unversehens in eine Situation geraten, aus der ein Ausgang in Ehren ohne das Schwert zu ziehen schwierig oder unmöglich sein könnte.

Bedarf es noch weiterer Ausführungen, um die ungeheure Verantwortlichkeit deutlich zu machen, die unsere offizielle Politik so gut wie unsere nationale Presse gegenüber der Gefahr haben, die uns in dieser Art von Amerika her droht? Nicht als ob wir uns fürchten müßten, einen Waffengang mit den Amerikanern, wenn es sein muß und er uns von jener Seite aufgezwungen wird, in Ehren zu bestehen! Den Amerikanern ist nach ihrem leichten Siege über die morsche spanische Macht der Kamm höchst unnötig geschwollen, und es ist das Gegenteil von Würde und Verständigkeit, wenn sie sich mit dem Siege in einem so absolut ungleichen Kampfe brüsten. Wer vornehm denkt, spricht nicht gern davon, daß er einmal in die Lage gekommen ist, einen Schwächeren niederzuschlagen. Aber die Tatsache, daß wir uns zutrauen dürfen, den Amerikanern im Kriege sehr peinlich auf ihre prahlend ausgereckten Finger zu klopfen, ändert nichts daran, daß aus anderen Gründen, zumal mit Rücksicht auf die allgemeine Weltlage, auf unser Verhältnis zu England und auf unsere Aufgaben an anderen Punkten der Erde, ein Krieg mit Amerika für uns eine ungeheure Gefahr bedeutet. Wenn man den Ausbruch dieser Gefahr deutscherseits vermeiden will, so ist schwer einzusehen, welch eine andere Politik zu dem Zweck gemacht werden soll, als diejenige, die wir jetzt in Washington machen und die von gewissen „nationalen" Stimmen in der deutschen Presse als „würdelos" bezeichnet wird. Glauben denn die Herren, die den Mund so voll nehmen, daß die Regierung zu ihrem Vergnügen oder aus unbezwinglichem Herzensdrange den Amerikanern Liebenswürdigkeiten sagt? Wenn jemand mißtrauisch gegen uns ist, als ob wir ihn überfallen wollten — wie anders sollen wir ihm denn diesen Irrtum

benehmen, bis sich einmal eine politische Gelegenheit größeren Stils ergibt, um ihn auf eklatantere Weise von unserer Aufrichtigkeit zu überzeugen?

Die Aufgabe, deutsch-amerikanische Politik zu machen, ist in Wirklichkeit, sobald man erst den Amerikanern ihr krankhaftes Mißtrauen nehmen könnte, gar nicht so schwer. Gegen eine politische und territoriale Ausdehnung der Union im Gebiet des Stillen Ozeans oder des Atlantischen Meeres brauchen wir von Natur weit weniger empfindlich sein, als die Engländer. Zu englisch-amerikanischen Interessenkonflikten liegt an einem Dutzend verschiedener Stellen latenter und offenbarer Stoff genug vor. Wir brauchten noch lange nicht das englische System des Hetzens in Amerika gegen Deutschland im anti-englischen Sinne umzudrehen, um bei geschicktem Vorgehen wenigstens einem Teil der Amerikaner die Augen zu öffnen. Die englische Preßpolitik hat in Amerika den Vorteil, daß beide Völker dieselbe Sprache sprechen und lesen. Die Wahrheit über deutsch-amerikanisch-englische Beziehungen kann man aber auf englisch und in New-York oder Chicago genau so gut schreiben, wie auf deutsch in Berlin, Frankfurt oder Hamburg; man muß nur die nötigen Zeitungen dafür haben — aber politische Interessenvertretung auf diese Methode wird bei uns wohl noch eine Weile zu den frommen Wünschen gehören. In Rußland und England weiß man freilich schon seit einem Jahrhundert, daß es manchmal nützlicher ist, in einem Lande eine Zeitung zu haben, als einen Gesandten. Mit der bloßen Qualifikation zum Regierungsassessor macht man so etwas allerdings nicht.

Die Vereinigten Staaten stehen jetzt unter der Leitung eines außerordentlich begabten, energischen und, was in diesem besonderen Falle beinahe ebensoviel wiegt, wie jenes beides zusammen, eines wirklich gebildeten Mannes. Präsident Roosevelt ist klug und unterrichtet genug, um das wirkliche Interessenverhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu übersehen — weil er nicht nur sein Land kennt, sondern auch von uns und unseren nationalen Lebensbedingungen eine zutreffende Vorstellung besitzt. Einem Politiker, wie ihm, kann man deshalb keinen blauen Dunst nach Art der englischen Verdächtigungen gegen Deutschland vormachen. Sein persönliches Verhalten — man denke an die Energie, mit der er unlängst gewisse Organe der amerikanischen Presse wegen ihrer

Deutschenhetze öffentlich zur Ordnung rief — läßt keinen Zweifel darüber, daß es ihm ernst mit dem Bemühen ist, nicht nur den Frieden aufrecht zu erhalten, sondern ein gutes, vor allen Dingen auf gegenseitiger Kenntnis voneinander beruhendes Verhältnis zwischen den Nationen zu schaffen. Es ist nicht unmöglich, daß Roosevelt auch noch für die kommende Präsidentschaft wiedergewählt wird. Für unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wäre das hoch zu wünschen. Bis dahin aber, und wenn er wiedergewählt werden sollte, dann erst recht, und für alle Zukunft gilt der Satz, daß die Zeitungen, d. h., da Papier keinen Intellekt hat, die Redakteure, in Wirklichkeit nicht nur dem Gesetz und dem Staatsanwalt, sondern „fast wie Minister", auch der Nation verantwortlich sind. Ein Gegenstand besonderer Vorsicht müssen für uns dabei immer die Beziehungen zu den nach den Vereinigten Staaten ausgewanderten und Bürger der Republik gewordenen Deutschen sein. Es ist eine sehr traurige, aber leider unabänderliche Tatsache, daß wir mit dem Deutschtum in den Vereinigten Staaten weder politisch noch national weiter rechnen dürfen. Von den 75 Millionen Einwohnern, welche die Vereinigten Staaten jetzt zählen, sind 12—15 % in Deutschland geboren oder Nachkommen aus Deutschland ausgewanderter Männer und Familien. Auf die ethnographische Beschaffenheit und dem Volkscharakter des Amerikanismus kann dieser starke Zusatz deutschen Blutes, zumal wenn die Rassenmischung, was einstweilen noch lange nicht der Fall ist, eine wirklich vollständige sein wird, seinen Einfluß natürlich nicht verfehlen, und moralisch kann es uns immerhin zur Befriedigung gereichen, daß wir physisch und geistig derart an dem Aufbau eines großen Volkes teilgenommen haben. Praktisch ist aber der einzige Gesichtspunkt, unter dem wir unsere Auswanderung nach Nordamerika anzusehen haben, der, daß was dorthin geht für uns verloren ist und daß wir daher alles daran setzen müssen, die deutsche Auswanderung an Orte zu dirigieren, wo sie, wenn auch auf die Festhaltung des politischen Bandes gleichfalls nicht gerechnet werden darf, wenigstens national und vor allen Dingen wirtschaftlich mit uns verbunden bleiben kann. Wo dieser Platz zu suchen ist, davon wird im Schlußkapitel zu reden sein.

Ein schwieriges und noch sehr ungeklärtes, aber, wo es sich um eine Prognose für amerikanische Dinge handelt, nicht wohl ganz zu übergehendes

Thema bildet endlich noch die Frage nach der Zukunft der eigentlichen amerikanischen Rasse. Kein Geringerer als der Präsident Roosevelt selbst hat bekanntlich die Befürchtung ausgesprochen, daß bei der steigenden Kinderarmut der spezifisch amerikanischen einheimischen Familien ein Stillstand, ja Rückgang gerade dieses seiner Meinung nach wertvollsten Volkselements stattfinden werde, während die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit zugewanderten Bestandteile, die Deutschen, die Irländer und vor allen Dingen in einer ganz kolossalen Progression die Neger in den Südstaaten sich weit besser vermehrten. Die Tatsache, daß die älteren amerikanischen Familien auffallend kinderarm sind, ist unbestreitbar und tritt am deutlichsten in der Wiege des sogenannten Yankeetums, den Neuenglandstaaten, mit dem Zentrum Boston, hervor. Auch das wird richtig sein, daß wenigstens zum Teil die merkliche Verlangsamung im Tempo des Zuwachses der gesamten Unionsbevölkerung während der letzten Periode bereits auf diese Ursache zu schieben ist. An sich könnte eine derartige Erscheinung auf die Länge der Zeit wohl dazu beitragen, die „amerikanische Gefahr" ihrem Wesen nach für die europäischen Völker zu verringern, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Krisen, für deren Austrag es auf das gegenseitige Kräfteverhältnis zwischen Amerika und Europa, speziell Deutschland und England, ankommt, in einem so langsamen Tempo vor sich gehen wird, daß ein Stillstand der Bevölkerungsbewegung in den Vereinigten Staaten, der ja weder sofort noch als eine schlechthin akute Erscheinung zu erwarten steht, darauf noch einen merklichen Einfluß ausüben könnte.



Sechstes Kapitel.

Frankreich. Italien.

Wir haben bei denjenigen beiden Staaten, welche uns bisher in besonderer Ausführlichkeit beschäftigt haben, England und Rußland, gesehen, wie völlig sich ihre Bedeutung für die deutsche Politik seit den Tagen der klassischen Politik Bismarcks gewandelt hat. England, das zur Zeit der Gründung des Deutschen Reiches am politischen Himmel als ein Gestirn stand, das uns direkt sehr wenig interessierte, da weder unsere Interessen sich irgendwo auf der Erde in nennenswertem Grade kreuzten, noch eine feste Einbeziehung Englands, sei es als positiver, sei es als negativer Faktor in den Kalkül der deutschen Europapolitik möglich war — England ist jetzt für uns zu einer Größe emporgewachsen, die in täglich steigendem Maße die Weite unseres Gesichtskreises einzunehmen beginnt. Rußland dagegen erscheint vermöge einer verhängnisvollen ökonomischen und politischen Entwicklung, wenn man von dem Gedanken des allgemeinen Weltbrandes absieht, als ein für absehbare Zeit, wenn auch noch nicht seiner Schätzung, so doch seiner tatsächlichen Aktionsfähigkeit nach mehr und mehr zu eliminierender Faktor.

Wie aber steht es mit Frankreich? Gilt auch für die Franzosen jene Erfahrung, die wir bisher auf jedem Punkte des Bismarckischen politischen Systems machen mußten — daß unsere eigene wie die Entwicklung unserer Nachbarn und Mitbewerber in dem Streben nach politischer Weltgeltung das alte Schema entweder bereits völlig gebrochen und zertrümmert hat oder es zu tun im Begriffe steht?

Nach dem Frankfurter Friedensschluß von 1871 waren Frankreich und das neue Deutsche Reich einander in Europa an Umfang und Bevölkerungszahl fast gleich; an Nationalreichtum waren uns die Franzosen trotz der 5 Milliarden Kontribution und der direkten materiellen Schädigungen, die ihnen der auf ihrem Boden geführte Krieg zugefügt hatte, weit überlegen. Frankreich war bereits damals eine Gläubigernation par excellence; in den Portefeuilles der französischen Sparer befanden sich sehr große Summen ausländischer Schuldentitel. Dieser Umstand allein ermöglichte es Frankreich, die Kriegskontribution so überraschend schnell und leicht zu bezahlen; es brauchte französisches Gold nur in verhältnismäßig geringer Menge exportiert zu werden und die Hauptmasse der Schuld konnte aus den auswärtigen Guthaben der Franzosen beglichen werden.

Frankreich hatte schon von der Revolution an eine sehr langsame Bevölkerungszunahme gehabt. Die ersten allgemeinen Volkszählungen erfolgten 1801 und 1806; sie ergaben 27,3 und 29,1 Mill. Menschen, beruhten aber ebenso wie selbst noch einige spätere auf unvollkommenen Methoden. Zuverlässig sind die Zahlen erst von 1821 an. Hiernach betrug die Bevölkerung:

1821	30,5 Mill.
1841	34,3 „
1851	35,8 „
1861	37,4 „
1866	38,1 „

Der Frankfurter Friede verminderte die Zahl durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen auf 36,1 Mill. Darnach wurden wiederum gezählt:

1876	36,9 Mill.
1881	37,7 „
1886	38,2 „
1891	38,3 „
1896	38,5 „
1901	39,0 „

Diese außerordentlich geringe Zunahme, an der überdies noch die Einwanderung aus Belgien und Italien fast einen größeren Anteil hat, als der neuerdings in einzelnen Jahren sogar zu einem Minus von 10 bis 20 000 Seelen gewordene direkte Geburtenüberschuß, ist bedeutungslos. Ob

ein Volk 36 oder 39 Mill. Menschen zählt, fällt für seine politische Bedeutung nicht ins Gewicht. Schon vor dem Kriege waren das germanische Elsaß und die deutschen Teile Lothringens mit ihrem unfranzösischen Kinderreichtum eine Hauptquelle des überhaupt noch vorhandenen Ansteigens der Volkszahl. Jetzt ist auch diese Quelle versiegt. Die Bevölkerungsziffer Frankreichs kann also praktisch als zum Stillstand gekommen angesehen werden.

Nach dem Frankfurter Frieden besaß Frankreich außerhalb Europas an kolonialen Gebieten Algier, einige unwichtige Ufergebiete an dem westafrikanischen Flusse Senegal, die Insel La Réunion im indischen Ozean sowie eine Anzahl bedeutungsloser Posten in den benachbarten Meeresteilen; ein Viertel Dutzend kleiner Plätze in Vorderindien, das Mündungsgebiet des Mekong auf der hinterindischen Halbinsel; endlich Cayenne und die beiden Antilleninseln Martinique und Guadeloupe. Das waren die kläglichen Überreste des großen Kolonialreichs, über das noch Ludwig XV. während der ersten Hälfte seiner Regierung geboten hatte und das durch die verkehrte Politik dieses Bourbonen während des siebenjährigen Krieges an England verloren gegangen war. Als nun nach dem Schlage von 1870—71 die erste Selbstbesinnung wiederkehrte, warf sich die Nation, um den Verlust von Elsaß-Lothringen wett zu machen, mit Eifer auf die koloniale Politik. Jules Ferry hat besonders viel dafür getan, und Bismarck ermutigte seinerzeit die Franzosen auf jede Weise zu dieser Art von Revanche. Heute, nach einem Menschenalter, steht das französische Kolonialreich, wenn man Rußlands Besitz in Asien mit seinen ganz andersartigen Verhältnissen außer Betracht läßt, an Umfang wie an Einwohnerzahl nur dem englischen nach. Es umfaßt ungeheure Gebiete in Nordwest- und Äquatorialafrika; zu Algier ist das wichtige Tunesien getreten, Madagaskar ist einverleibt, am Südausgang des roten Meeres ein territorial begrenztes, aber politisch und strategisch wichtiges Gebiet okkupiert; in Asien ist ein Drittel Hinterindiens unmittelbar oder mittelbar französischer Besitz geworden. Dieser territoriale Fortschritt in 30 Jahren ist in der Kolonialgeschichte verhältnismäßig fast ohne Beispiel. Nicht nur räumlich hat sich aber das Frankreich jenseits der Meere um ein Vielfaches ausgedehnt, sondern auch in ökonomischer Beziehung sind die französischen Kolonien jetzt in raschem Auf-

schwung begriffen. Algier, wo die Verhältnisse nach vielen Richtungen hin schwierig lagen, und die übrigen unbedeutenden, darum auch wenig oder gar nicht entwicklungsfähigen überseeischen Besitzungen, über die Frankreich früher allein verfügte, haben lange als Stütze für die Behauptung dienen müssen, die Franzosen verständen nicht wirtschaftlich zu kolonisieren. Dieser Satz sollte jetzt nicht mehr ausgesprochen werden. Indo-China und die westafrikanischen Besitzungen sind in ihren ökonomischen Beziehungen zum Mutterlande wie zu den übrigen Gebieten des Welthandels zum Teil in einem geradezu glänzenden Aufschwung begriffen. Der Rechenschaftsbericht des unlängst abgetretenen Generalgouverneurs Doumer zeigt, daß allein der Handel der hinterindischen Kolonien den Gesamtverkehr Deutschlands mit seinen sämtlichen Besitzungen bereits übertrifft. Von Tongking aus wird die Herstellung kommerzieller Verbindungswege in das südliche China hinein mit Energie und Glück in Angriff genommen. Dahomey, Senegambien und die Länder am oberen Niger blühen Dank dem großartigen und in rascher Verwirklichung begriffenen Eisenbahnnetze, mit dem die Franzosen ihren Anteil an Westafrika überziehen, von Jahr zu Jahr kräftiger empor. Die Resultate der Verwaltung von Tunis sind glänzend. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die koloniale Expansion Frankreichs, zumal in Anbetracht der geringen Zeit, die seit ihrem kräftigen Einsetzen verflossen ist, auf den entscheidenden Punkten zunächst einen vollen Erfolg bedeutet. Es wäre ungerecht gegen uns selbst, wenn wir unsern dürftigen Anteil an Afrika mit dem französischen Los vergleichen wollten, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unsere Kolonialverwaltung, was die Erschließung der besetzten Einflußgebiete betrifft, von der französischen in Bezug auf die Verbindung von Energie, Geschick und Hingebung ein gutes Teil lernen könnte. Einigermaßen chaotisch sind die Zustände nur noch im französischen Kongogebiet.

Die Entstehung eines ausgedehnten französisch-kolonialen Interessengebietes bedeutet für Deutschland insofern einen politischen Gewinn, als dadurch die Wahrscheinlichkeit gegeben ist, daß Frankreich eines Tages in überseeischen Fragen sich auf unsere Unterstützung angewiesen sehen kann und um seiner Kolonialmacht willen dann genötigt wäre, wenigstens für den gegebenen Anlaß auf die Revanche von 1870 zu verzichten. Schon

jetzt hängt das zweifellose Nachlassen der Revancheidee in Frankreich sicher ebenso sehr mit dem steigenden Interesse für die Kolonien zusammen, wie mit dem Heranwachsen einer neuen Generation, die den Krieg und die Niederlage nicht mehr selbst mit Bewußtsein erlebt hat. Ein Interessen-konflikt zwischen Deutschland und Frankreich über See besteht zur Zeit nirgends; es läßt sich auch schwer absehen, wie es zu einem solchen kommen sollte. Wir können von unserem Standpunkte aus den Franzosen ihre Kolonien von Herzen gönnen und uns über jeden neuen Erfolg, den unsere Nachbarn nach dieser Richtung hin erringen, nur aufrichtig freuen. Je größer die Summe der materiellen kolonialen Interessen Frankreichs wird, desto entschiedener werden die Kolonien im Bewußtsein der gesamten Nation ein Objekt bilden, dessen Wertsteigerung jedermann persönlich mit-empfindet und dessen Erhaltung und Sicherung immer bestimmender für die Gesamtpolitik des Staates wird.

Eine andere Frage ist es, ob die Franzosen selbst es durch die Schaffung ihres Kolonialreiches erreichen werden, sich endgültig in der vorderen Reihe der Weltvölker, zu denen einstweilen nur die Engländer, Russen und Nord-Amerikaner gehören, zu behaupten. An sich wäre ihre Zahl heute noch nicht zu gering, wenngleich sie numerisch der schwächste der konkurrirenden Faktoren sind, aber die Distanz zwischen ihnen und den andern wird durch das Stehenbleiben hier, das Wachstum dort mit jedem Jahr größer. Schließlich muß, wenn es bei diesem Gang der Dinge sein Bewenden hat, ein Moment eintreten, wo ihre Unterlegenheit an quantitativem Menschenmaterial ihnen im entscheidenden Moment verderblich wird. Diese Gefahr haben einsichtige und patriotische Leute in Frankreich durchaus erkannt. Es hat sich eine besondere Liga gebildet, deren Ziel es ist, mit allen Mitteln der staatlichen Gesetzgebung und der aufklärenden Propaganda darauf hinzuwirken, daß der Nation als solcher die ungeheure Gefahr ihrer Kinderarmut zum Bewußtsein kommt, und die gemachten Vorschläge erinnern merkwürdig an ähnliche Versuche in dem Rom des augusteischen Zeitalters. Es erscheint ja auch nicht unmöglich, daß der wachsende Bedarf an europäischem Menschenmaterial für die Kolonieen dazu führt, daß die französische Normalfamilie mit der Zeit in den materiellen Sorgen, die mit größerem Kinderreichtum verbunden sind, nicht

mehr dasselbe ausschließliche Schreckgespenst erblickt, wie heute. Jedermann weiß, was es für England bedeutet, daß die Kolonieen einem so großen Teil der männlichen Jugend aus dem relativ mäßiger begüterten Mittelstande die Möglichkeit freier Entfaltung der Kräfte und reichlichen materiellen Erwerbes gewähren. Es ist aber ebenso gut möglich, daß diese Rückwirkung des Kolonialbesitzes auf die Franzosen nicht eintritt und daß die Nation dauernd von beiden Übelständen behaftet bleibt: Mangel an überquellendem unternehmungslustigem, die Kolonieen füllendem, regierenden, ausnutzenden Menschenmaterial, und quantitativem Ungenügen, den überseeischen Besitz in der Stunde der Gefahr zu verteidigen. In diesem Falle würde das französische Kolonialreich von 1900 sehr wohl eine zeitlang zur Quelle wachsenden Reichtums und zeitweiliger politisch nationaler Erfolge für Frankreich werden können, aber in fünfzig Jahren würde das Urteil der Geschichte voraussichtlich doch dahin lauten, daß es eine bloße Episode gewesen ist, gleichwie die amerikanischen und indischen Besitzungen für Spanien und Portugal eine Episode gewesen sind. Der Aufschwung, der mit der Tongkingpolitik Jules Ferrys begann, wird dann die Franzosen nicht vor dem Schicksal bewahrt haben, dereinst unter den Weltvölkern des 20. Jahrhunderts eine Rolle zu spielen, die derjenigen Spaniens im 19. Jahrhundert vergleichbar sein wird.

Neben der glänzenden und wie wir gesehen haben keineswegs blos äußerlich erfolgreichen kolonialen Ausdehnung fällt noch ein anderes sehr eigentümliches Moment für die gegenwärtige wie zukünftige französische Politik schwer ins Gewicht. Dieses Moment ist das Bündnis mit Rußland, und zwar weniger nach seiner allgemeinen politischen, als nach seiner besonderen finanziellen Seite hin. Die russische Regierung, die seit der Übernahme des Finanzportefeuilles durch den Minister Wyschnegradski darauf bedacht war, mit allen Mitteln die ihr zur Verfügung stehende bare Goldmenge zu steigern, benutzte das Gefühl politischer Beklemmung, welches sich in der Zeit nach 1889 in dem durch den Boulangismus tief erschütterten Frankreich geltend machte, um eine Periode fortgesetzter massenhafter Goldentnahme aus den Kassen der französischen Sparer zu inaugurieren — indem sie dabei, ohne die geringsten bindenden Zusicherungen ihrerseits, als Gegenleistung den Franzosen erlaubte, sich in der Hoffnung

auf militärische Mitwirkung Rußlands bei einem etwa ausbrechenden Kriege mit Deutschland zu wiegen. Die Möglichkeit einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung lag in der Tat damals nach der Schnäbeleaffaire und dem ganzen wüsten Wirrwar der Boulange für das politische Empfinden gewisser Kreise innerhalb wie außerhalb Frankreichs nicht fern; namentlich trug dazu auch die unverhüllt feindselige und antideutsche bramarbasierende Haltung in den führenden Kreisen der russischen Armee und bei der unzweifelhaften Mehrheit in den Kreisen der politisch interessierten russischen Gesellschaft bei. Trotzdem hat die russische Regierung und vor allen Dingen das russische Finanzministerium, das bald darnach in die Hände des überaus einflußreichen Ministers Herrn von Witte gelangte, in keiner Weise ernsthaft daran gedacht, das intime Verhältnis zu Frankreich kriegerisch auszunutzen. Nachdem die Bismarckische Politik den russischen Anleihewerten die fernere Placierung auf dem deutschen Geldmarkte aufs Äußerste erschwert hatte und in England die politische Gegnerschaft Rußland gegenüber doch zu stark empfunden wurde, als daß es möglich gewesen wäre, von dorther die immensen Summen zu leihen, deren die russische Finanzverwaltung bedurfte, war Frankreich das einzige Land, in dem Rußland hoffen konnte, zu dem gewünschten Ziele zu gelangen. Man hat sich denn auch russischerseits nicht im geringsten geniert, die wenigstens in den breiteren Kreisen des französischen Volkes herrschende Einbildung, daß über kurz oder lang das Bündnis mit Rußland dem Gedanken der Revanche an Deutschland dienstbar gemacht werden würde, zu immer wieder erneuten und lange Zeit hindurch auch immer wieder erfolgreichen Anleihen auszunutzen. Wenn bei dem französischen Publikum auch nur eine Spur von Einsicht in die tatsächliche ökonomische Lage Rußlands vorhanden gewesen wäre und wenn man sich in der französischen Presse die Mühe gegeben hätte, die Verwendung, welche die aus Frankreich entliehenen Geldsummen in Rußland fanden, zu kontrollieren, so hätte in kurzem jeder Zweifel darüber schwinden müssen, daß Rußland an alles andere eher dachte als daran, sich an einem französischen Kriege gegen Deutschland zu beteiligen oder Frankreich für sich als Bundesgenossen nach dieser Richtung hin aufzurufen. Es geschah aber nichts dergleichen, und bis dann endlich wenigstens die maßgebenden Pariser Finanzkreise stutzig wurden und weiteren russischen Anleiheversuchen mit

größerer Reserve gegenüber traten, hatte die Verschuldung Rußlands Frankreich gegenüber die ungeheure Höhe von 7 Milliarden Francs erreicht, wovon etwa der zehnte Teil auf privatwirtschaftlich investierte Kapitalien, der ganze Rest auf Staats- und staatlich garantierte Eisenbahnanleihen entfällt.

Durch eine schwer zu verantwortende Unvorsichtigkeit sind so die Franzosen, selbst abgesehen von der Frage, ob Rußland dauernd imstande sein wird, ihnen das dargeliehene Geld versprochenermaßen zu verzinsen, in die für sie sehr unangenehme Lage geraten, daß sie auf das Empfindlichste an den politischen Schicksalen und Maßnahmen Rußlands mitinteressiert sind, ohne daß sie imstande wären, ihrerseits auf Rußland einen maßgebenden Druck nach der Seite der Berücksichtigung ihrer Wünsche und Interessen hin auszuüben. Nicht nur daß Rußland um seiner eigenen wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse willen auf keine Weise daran denken kann, Frankreich den vielfach immer noch erhofften Revanchekrieg gegen Deutschland führen zu helfen, ist es überhaupt nicht fähig, irgendwelche ernsthaftere und länger dauernde kriegerische Verwicklung ohne schwere akute Erschütterung seines Kredits und seiner Finanzen zu überstehen. Ein großer Krieg, an dem Rußland aktiv beteiligt wäre, würde für die Franzosen leicht und bei längerer Dauer sogar sicher eine Stockung im Bezuge ihrer russischen Zinsen bedeuten, und diese Stockung wüchse sich dann voraussichtlich sehr bald zu einer dauernden Zinsreduktion, zu einem partiellen oder totalen russischen Staatsbankerott aus. Will Frankreich nicht die Gefahr kolossaler materieller Verluste auf sich nehmen, so muß ihm angesichts der jetzigen Lage Rußlands alles daran liegen, daß sich sein Verbündeter an keiner gefährlichen kriegerischen Aktion beteiligt. Vom Standpunkt des deutschen Interesses aus gesehen, ist diese Sachlage einerseits günstig, insofern sie geeignet ist, die allgemeine französische Unruhe und Aktionslust zu dämpfen. Ohne Rußland kann Frankreich nicht wohl daran denken, gegen uns Front zu machen, und mit einem Partner, dem es aufs ungewisse hin erst neue Milliarden vorstrecken müßte, um ihn überhaupt auf längere Zeit hin kriegsfähig zu machen, auch nicht recht. Ungünstig wäre dagegen der Fall, wenn sich aus der Gläubigerschaft Frankreichs gegenüber Rußland Hemmungsversuche der französischen Regierung gegenüber der Eventualität russischer Teilnahme an einem deutsch-englischen Konflikt ergeben sollten.

Allerdings ist, zumal in Anbetracht des bestehenden und natürlichen englisch-französischen Antagonismus, des französischen Temperaments und der Aussicht, sich in diesem Falle nach errungenem Erfolge allerseits an dem gemeinsamen Gegner ausreichend erholen zu können, diese Wahrscheinlichkeit vielleicht die geringere.

Neben die verschiedenen materiellen Tatsachen, mit denen wir bei der Bewertung der einzelnen Faktoren, welche die französische Politik bestimmen, vom Standpunkt unseres nationalen Interesses aus rechnen müssen, tritt aber noch ein besonderer, in eigentlichem Sinne geistig gearteter Faktor, von dessen Entwicklung außerordentlich viel für die Frage abhängt, ob Frankreich für die Zukunft mehr in uns günstige oder uns ungünstige Bahnen einlenken wird. Dieser Faktor ist der Kampf der republikanischen radikal-liberalen Elemente gegen den Klerikalismus. Man will in Frankreich augenblicklich Ernst mit der alten Forderung der großen Revolution machen und die Hauptmasse der katholischen religiösen Orden aus dem Lande haben. Trotz dieser ernsten Absicht ist es aber doch noch fraglich, ob die radikale Regierung wirklich mit ihrem Willen durchdringen wird. Der Grund für solchen Zweifel liegt in dem offensichtlichen starken Aufschwung, den der klerikale Geist in Frankreich während der letzten Dezennien genommen hat. Nicht nur das flache Land ist jetzt stärker katholisch, als selbst zur Zeit des Einflusses der bigotten Kaiserin Eugenie, sondern sogar Paris läßt in dieser Beziehung eine merkwürdige und schnell fortschreitende Wendung erkennen. Auf der einen Seite ist es nach wie vor der Zentralsitz der Freigeisterei, des Liberalismus und Libertinismus, auf der andern aber entstehen in der mittleren und kleineren Bourgeoisie und nicht minder in der Armee, wie aus der Erde gestampft, wahre Heerscharen der Kirche. Der Klerikalismus hat sich in Frankreich mit dem Nationalismus verbündet. Das ist die Wurzel seiner ziffermäßigen Erfolge, vor allem auch der Grund dafür, daß er in der Armee eine sehr bedeutende und bisher immer noch wachsende Zahl von Anhängern hat. In der französischen Armee sind die Traditionen der Patriotenliga und überhaupt der Revancheidee naturgemäß noch lebendig; gegen einen andern Feind als die Deutschen je zu schlagen, hat das französische Landheer aber kaum irgendwelche Aussicht. In den Jahren, als die Wogen der Revanchebegeisterung im Heer wie im Lande

noch höher gingen als jetzt, entschloß sich der Klerikalismus, von dieser Seite her den Versuch zur Wiedereroberung des immer radikaler und atheistischer werdenden Frankreich zu machen und stellte sich mit Haut und Haaren in den Dienst der Phrase von der nationalen Rehabilitation. Damit verbündet wirkten dann und wirken die Folgen der Gleichgültigkeit, mit der die Republik seinerzeit der Eroberung des französischen Schulwesens durch die geistlichen Orden zugesehen hat. Trotz der scheinbaren Weltlichkeit und Religionslosigkeit des Unterrichts war der tatsächliche Einfluß des Klerus und der von ihm abhängigen und unterhaltenen Lehranstalten auf die Jugendausbildung bis heute ein sehr großer. Ihrem Ziel getreu, ging die Kirche bei dieser ihrer erziehenden Tätigkeit nach Möglichkeit auf den Pfaden des extremen Nationalismus. Auch in die militärischen Bildungsanstalten brachte sie dieses System zum Teil mit Erfolg hinein, und so ist die auf den ersten Blick recht verwunderliche Tatsache zu erklären, daß die französischen Bischöfe begeisterte Chauvinisten sind und die höheren Stellen in der Armee, zumal im Generalstabe, zum großen Teil in einem ausgesprochenen Bundesverhältnis zur Kirche stehen. Schon bei der Boulangeraffaire wurden die in dieser Richtung laufenden Fäden deutlich genug sichtbar, und vollends die Verhandlungen der beiden letzten Dreyfußprozesse offenbarten die mannigfaltige Verbindung zwischen der Armee und den Klerikalen vollkommen deutlich.

Daß es dabei für die Franzosen am letzten Ende den Bestand der Republik gilt, liegt ja auf der Hand; für das deutsche und das allgemeine europäische Interesse entscheidend ist aber die Erwägung, daß der Sieg des Klerikalismus in Frankreich fast sicher die unmittelbare Gefahr des Krieges bedeutet. Gerade der stete Anreiz der chauvinistisch-nationalen Instinkte der Franzosen, die Verheißung an die Nation, sie einen Weg zu führen, der die Niederlagen von Sadowa und Sedan wieder gut machen werde, das ist es ja, wodurch die Klerikalen es fertig gebracht haben, ihren Einfluß zu erringen. Ganz abgesehen davon liegt aber für jedes neue Regime in Frankreich die Versuchung besonders nahe, sich in der erworbenen Stellung durch eine erfolgreiche auswärtige Aktion zu befestigen. Das Prestige der demokratischen dritten Republik beruht, namentlich bei den nüchternen, einsichtigen und weitblickenden Elementen des Volkes, auf dem großen Erfolge

ihrer überseeischen Politik, die Frankreich ein Kolonialreich von annähernd derselben Bedeutung geschenkt hat, wie dasjenige war, das nach dem siebenjährigen Kriege gegen England und Preußen im Frieden von 1763 an den Nebenbuhler jenseits des Kanals verloren ging. Eine Wendung, bei der die beiden jetzt verbündeten Mächte, die Klerikalen und die Armee, an die Spitze der Geschäfte treten, würde aber sehr wahrscheinlich, sei es durch direkte Anknüpfung mit den Monarchisten, sei es auf dem Wege über die unmittelbare Säbeldiktatur, zu einer Politik führen, die vor allen Dingen dem Chauvinismus und dem Militär unmittelbare Befriedigung ihres Aktionsbedürfnisses beschafft.

So angesehen, liegt das deutsche Interesse bei dem Ausgang des Kampfes zwischen der gegenwärtigen Regierung und den Klerikalen durchaus auf Seiten der ersteren. Zwischen uns und einem Regime der Art, wie es sich mit geringerer oder stärkerer Schattierung nach links seit dem Bankerott der Boulange in Frankreich hergestellt hat, bedarf es nur einer ruhigen und sorgfältigen Weiterentwicklung des bereits angebahnten erträglichen Verhältnisses, damit über kurz oder lang unsere Beziehungen mit Frankreich an denjenigen Punkt gelangen, wo unter sonst günstigen Umständen ein wirkliches politisches Einverständnis zwischen uns möglich ist, das auf die Befriedigung unserer beiderseitigen, vernünftigerweise einander nirgends widerstreitenden Interessen abzielt.

Als letzter und für uns in dem System der europäischen Großstaaten mindestbedeutender bleibt uns noch Italien übrig. Italien ist während des letzten Jahrzehnts wirtschaftlich in eine Entwicklung eingetreten, die derjenigen gerade entgegengesetzt ist, die wir bei Rußland haben feststellen müssen: es konsolidiert sich, kauft seine im Auslande aufgelegten oder ins Ausland gewanderten Schuldentitel allmählich zurück und bessert so langsam seine bis vor kurzem noch überwiegend pessimistisch beurteilte Gesamtlage. Es ist aber, von weitergreifenden Erwägungen abgesehen, mit zwei schwer zu seinem Ungunsten in die Wage fallenden Faktoren belastet: einem physikalischen und einem sozusagen historisch-moralischen. Der erste ist, daß es keine Kohle besitzt. Die moderne Kultur ruht technisch auf Eisen und Kohle; ein Land, das eins von beiden Dingen aus der Fremde einführen,

d. h. dauernd kaufen und bezahlen muß, kann nicht anders als eine schwere wirtschaftliche und am letzten Ende auch politische Beeinträchtigung davontragen. Für die italienische Großindustrie ist es rein privatwirtschaftlich angesehen gleichgültig, ob sie die Kohle, deren sie bedarf, vorausgesetzt, daß es keine erhebliche Preisdifferenz ausmacht, aus England bezieht oder im eigenen Lande kauft; unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Staats- und Volkswirtschaft ist es aber ein auf die Dauer schwer und verderblich ins Gewicht fallendes Manko, wenn für dieses Lebensbrot alles modernen Wirtschaftslebens fort und fort Ertragswerte der nationalen Arbeit als ein Tribut ans Ausland geliefert werden müssen. Wenn ein Land keine Kohle hat, so kommt das im Effekt auf dasselbe hinaus, als ob in ihm kein Getreide wüchse, oder als ob es eine große ins Ausland verzinsliche Schuldenlast besäße: in jedem Falle muß es einen beträchtlichen Teil des Ertrages seiner nationalen Arbeit vorweggeben, um erst diesen Lebenstribut zu decken. Daher macht es auch keinen wesentlichen Unterschied, ob eine eigene Industrie mit erkaufter Kohle erhalten wird, oder ob statt dessen die fertigen Industrieprodukte aus dem Auslande eingeführt werden.

Der zweite, moralische, Faktor liegt darin, daß die Italiener ihre nationale Einheit nicht gleich den Deutschen sich erkämpft und ersiegt, sondern zum Geschenk, d. h. auf Vorschuß, erhalten und also noch durch wirkliche nationale Taten einzulösen haben. Die Italiener haben gegenüber ihrem politischen Bedränger, Österreich, so oft sie ihm allein gegenübertraten, militärisch stets den Kürzeren gezogen; sie haben aber trotzdem durch die Gunst der politischen Gesamtlage und ihre Verbindungen, einmal mit Frankreich, das andere Mal mit Preußen, stets trotz ihrer Niederlage einen Fortschritt in der Richtung auf die nationale Einigung gemacht. Auch der letzte Schritt, die Gewinnung Roms, gelang ihnen unter ähnlichen Umständen. Es ist aber ein unverbrüchliches historisches Gesetz, daß die Nationen so gut wie die Individuen erst das wirklich besitzen, was sie sich selbst erworben haben: vor den Preis der Tüchtigkeit setzten die Götter den Schweiß. Die Italiener haben ihre Rechnung mit der Geschichte noch nicht beglichen, und das drückt sich, wenn man schärfer zusieht, auch sehr deutlich in dem Gesamthabitus wie in den einzelnen Zügen des politischen Getriebes in Italien aus. Kein europäischer Staat ist in seiner internationalen politischen

Haltung äußerlich wie innerlich so unsicher wie Italien. Es schwankt beständig zwischen dem Anschluß an die mitteleuropäischen Mächte, an Frankreich und an England hin und her. Zu Frankreich zieht die Italiener das Bewußtsein, mit ihm die größte Gemeinsamkeit an nationalem Kulturbesitz jeder Art zu haben, aber kein italienischer Politiker kann einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß Frankreichs und Italiens Interesse im Mittelmeere, auf das beide Nationen gleich angewiesen sind, nicht parallel, sondern gegen einander laufen. Frankreich ist seit einem Jahrhundert in der für eine große und selbstbewußte Nation schwer erträglichen Lage, eine fremde Seemacht, die englische, nicht nur in dem nördlichen englisch-französischen Grenzmeere, dem Kanal, sondern auch im Süden an der Mittelmeerküste eine überlegene maritime Machtstellung einnehmen zu sehen. Es arbeitet daher auch mit großer Energie auf die Beseitigung dieses Zustandes hin. Die Erwerbung von Algier war ein Schritt in dieser Richtung, die von Tunis zusamt der Befestigung von Biserta, ungefähr an der Stelle des alten Karthago, ein zweiter, noch viel wichtigerer. Tunis und Biserta liegen aber heute noch Italien so gut gegenüber, wie im Altertum Karthago dem römischen Staatsgebiet. Einen wirklichen Entscheidungsschlag kann Frankreich, solange seine Seemacht der englischen nicht überlegen ist, erst zu führen denken, sobald ihm der Weg zu Lande nach Ägypten frei steht, wo England am Suezkanal so empfindlich wie nur an irgend einem andern Punkte der Erde zu treffen ist. Es handelt sich dabei um den Besitz von Tripolis. Eine Eisenbahn längs der afrikanischen Nordküste von Tunis zum Nildelta im französischen Besitz wäre für England nicht viel weniger gefährlich, als ein russischer Schienenstrang nach Kabul oder Kandahar. Tripolis aber betrachten die Italiener unter allen Umständen als ihr Erbteil am Südrand des Mittelmeeres. Sie haben schwer genug daran getragen, daß sie Tunis den Franzosen überlassen mußten; ein Verzicht auf Tripolis würde ihnen unerträglich scheinen. Allerdings hat ja die Erfahrung gelehrt, daß Italien imstande ist, auch wirkliche harte Demütigungen des nationalen Selbstgefühls hinzunehmen, ohne daß sein Stolz sich dagegen aufbäumte. Ein Blatt wie das, auf dem die ungerächte italienische Niederlage von Adua gegen die barbarischen Abessynier geschrieben steht, hat kein anderes großes Volk in seiner Geschichte aufzuweisen.

Dies starke Element der Unsicherheit und Unerprobtheit in der italienischen Politik fällt natürlich auch für die Frage, wie die Figur Italien auf dem Schachbrett der Weltpolitik vom Standpunkt unserer Interessen aus zu werten ist, ins Gewicht. Für uns spitzt sich dies Problem dahin zu, ob Italien gegebenen Falles für England Partei ergreifen wird oder nicht. Direkt für einen Krieg, in dem lediglich Deutschland und England als isolierte Gegner einander gegenüberstehen würden (offenbar kein sehr wahrscheinlicher Fall), käme Italien allerdings kaum überhaupt in betracht. Anders gestaltet sich die Sache, sobald Frankreich gegen England mit eingreift. Wiewohl die italienische Seemacht lange nicht auf der Höhe steht wie vor 10 Jahren, so wäre sie immerhin noch fähig, einen merklichen Teil der französischen Streitkräfte im Mittelmeer auf sich zu ziehen und England in wirksamer Weise bei der Verteidigung seiner Stellung in Malta und Ägypten zu unterstützen.

Was Italiens Dreibundverhältnis angeht, so sind auch hier die Voraussetzungen, die seinerzeit zum Abschluß führten, vor allen Dingen die Eventualität eines Krieges zwischen Rußland-Frankreich und Deutschland-Österreich, bis auf höchst geringe Möglichkeiten geschwunden, und soweit es für Italien die Assekuranz gegen einen französischen Angriff bedeutet, ist es insofern gegenstandslos, als dieser Angriff immer dem ausgesprochen italienischen Gebiet gelten müßte, nicht aber etwa dem afrikanischen Tripolis.



Siebentes Kapitel.

Unsere Hoffnungen und Aussichten.

Der große und prinzipielle Wechsel der politischen Weltlage, der sich seit der Stabilierung der Prinzipien deutscher Politik in der Epoche Bismarcks und Kaiser Wilhelms I. vollzogen hat, läßt sich, wie wir gesehen haben, dahin zusammenfassen, daß sich auf der einen Seite Rußland, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wenn auch aus starker innerer Verschiedenheit ihrer Verhältnisse heraus, so doch in äußerlich verwandter Weise, unter den übrigen Großstaaten in besonderer Weise als Weltmächte zu entwickeln begannen und daß auf der anderen Seite wir sowohl durch das rasche Voranschreiten jener anderen als auch durch die wirtschaftliche Umwälzung im Gefolge der rapiden Volkszunahme bei uns selbst aus unserer wohlgesicherten und „saturirten“ Lage als dominierende mitteleuropäische Kontinentalmacht fast plötzlich mitten in den Zustand einer gefährlichen nationalen Krisis hineingeraten sind. Jetzt handelt es sich für uns vor allem um die Frage, ob wir uns mit aller Anspannung unserer Kräfte noch einen Platz an der Seite jener voraneilenden Nationen erhalten, oder besser gesagt wiedergewinnen, ob wir uns auch fernerhin unter denjenigen Völkern behaupten können, von denen im zwanzigsten Jahrhundert und später die Weltgeschichte gemacht werden wird — oder ob wir uns damit bescheiden müssen, im Konzert der Weltpolitik auf einen Platz zweiter Klasse zurückzutreten.

Wir sahen dann weiter, wie bei jenen voranschreitenden großen Weltvölkern erster Ordnung die territoriale Ausdehnung ihres Besitzes über

Länder und Völkerschaften aller Produktionszonen und Klimate, über Absatzgebiete jeder möglichen Art, zugleich als Ziel und Mittel der nationalen Daseinspolitik erscheint. Nunmehr legen wir uns also die Frage vor: was geschehen muß, um uns sowohl zu einem entsprechenden Anteil an den Produktions- und Absatzgebieten der Erde auf die Dauer einen sicheren Zugang zu verschaffen, so daß die Erträge unseres Anteils an Welthandel und Weltwirtschaft hinreichen, uns als Volk zu ernähren, als auch was geschehen muß, um diese Errungenschaften, falls sie geglückt sind, auf alle Fälle verteidigen und erhalten zu können? Hieraus ergibt sich dann naturgemäß die weitere Frage: auf welche Weise wir innerhalb der Gruppierung der großen europäischen, amerikanischen und asiatischen Mächte unsere Anschlüsse in der zur Erreichung unserer Ziele geeignetsten Weise zu suchen und unsere Gegnerschaften festzustellen haben!

Die vier Hauptprobleme, von denen wir dabei ausgehen müssen, sind folgende: 1. Ob die Vereinigten Staaten von Amerika durch ihre innere wirtschaftliche Entwicklung sich dauernd auf die Bahn der industriellen Massenexport-Notwendigkeit gedrängt sehen werden? 2. Ob und wie weit Rußland durch die ökonomische Krisis, in der es steckt, an auswärtigen kriegerischen Aktionen (es gelte dann den Existenzkampf) verhindert ist? 3. Ob in England das Vertrauen in die eigene wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Konkurrenzkraft oder die falsche Furcht vor einem — ökonomischen oder kriegerischen — feindlichen Anfalle Deutschlands die Oberhand behält? 4. Ob Frankreich, falls wir in eine kriegerische Verwicklung geraten, für Metz und Straßburg oder für sein Kolonialreich und seine koloniale Zukunft optiert?

Von diesen vier Fragen muß die amerikanische, wie wir bereits gesehen haben, insofern hier ausscheiden, als es noch gar keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür gibt, um auf sie eine positive Antwort geben zu können. Amerikas Entwicklung liegt noch völlig im Schoße der Zukunft.

Am klarsten ist ohne Zweifel die Situation, in der wir uns England gegenüber befinden. Wir und die Engländer sind und bleiben Konkurrenten, und es hängt in erster Linie von dem Maße der Besorgnis ab, das wir jenen politisch wie ökonomisch einflößen, ob sie glauben werden, sich zum

Aufsuchen einer günstigen Gelegenheit entscheiden zu müssen, mit uns zu schlagen oder nicht. Wir unsererseits haben naturgemäß darauf aus zu sein, den Krieg mit England zu vermeiden, denn erstens stürzt er uns in unermeßliche Gefahren und zweitens haben für uns bisher die Mittel friedlichen Wettbewerbs ausgereicht, um, nicht so sehr auf Kosten Englands als vielmehr neben England, für unsere Industrie fortschreitende Absatzmöglichkeiten zu erobern. Gerade deshalb aber, weil die Frage eines Krieges zwischen uns und England sehr viel weniger von unserer als von englischer Seite unter dem Gesichtspunkt einer möglicherweise rasch drängenden Entscheidung beurteilt werden wird, darum müssen alle Wege unserer auswärtigen Politik so angelegt sein, daß sie uns womöglich keinen Augenblick in eine nach dieser Seite hin ungedeckte Position bringen. Deutschland kann und darf sich mit Rücksicht auf England unter keinen Umständen den Luxus einer politischen Isolierung gestatten, die jenseits der Nordsee als eine Aufforderung empfunden werden könnte, die Gelegenheit zu benutzen. An sich wäre also natürlicherweise das Verhältnis zu Rußland dasjenige, das unter dem Gesichtspunkt der möglichen englischen Gefahr am intimsten gepflegt werden müßte. Rußland aber ist mit jener verhängnisvollen Lähmung seiner wirtschaftlichen Kräfte und seiner Finanzen behaftet, von der wir uns vorher — nicht zuletzt zum Schaden Deutschlands — haben überzeugen müssen. Es wird nur schlagen, wenn es sich selbst auf Tod und Leben angegriffen sieht, oder wenn innerpolitische Erwägungen einen Krieg als letzte Rettung des herrschenden Regierungssystems erscheinen lassen. Der erstere Fall setzt auf Seiten Englands eine stärkere Entschlußkraft voraus, als sie dort angesichts der vermeintlich vor Deutschland zu hegenden Befürchtungen zu erwarten ist; der andere würde es wegen der herrschenden Volksstimmung in Rußland bedingen, daß der kriegerische Vorstoß, wenn er erfolgt, sich höchstwahrscheinlich in der Richtung nach dem vorderen Orient bewegt. Dort aber hilft er uns für den Fall eines Konfliktes mit England sehr wenig. In einem deutsch-englischen Kriege kann Rußland als entscheidender Faktor nur durch den Vormarsch auf Indien eingreifen. Wir haben gesehen, daß ein solcher ohne zweijährigen Feldzug nicht wohl möglich ist, d. h. daß Rußland ihn unter keinen Umständen ohne viel fremdes Geld unternehmen kann. Als

Geldgeber kämen in betracht Deutschland, Frankreich und etwa noch Holland. Es ist schwer denkbar, daß England in einen Krieg verwickelt würde, in dem Frankreich nicht gegen England Partei ergriffe, falls auf der englandfeindlichen Seite auch Rußland steht. Frankreich und Deutschland zusammen wären sicher fähig, außer den eigenen kriegerischen Aufwendungen auch noch Rußland für den indischen Feldzug finanziell auszurüsten. Ob freilich auch nach einem siegreichen Ausgange Rußland imstande sein wird, seine dann abermals vergrößerte Staatsschuld den auswärtigen Gläubigern zu verzinsen, ist eine andere Frage. Es wird unzweifelhaft von einer wirklichen Niederkämpfung Englands große materielle Vorteile haben können, aber bis es sie soweit ausnutzt, daß sich seine allgemeine wirtschaftliche Lage bessert, wird auch im günstigen Falle sehr viel Zeit vergehen. Greift England uns aber wirklich an, dann bleibt trotzdem nichts anderes für uns übrig, was wir tun könnten. Sehr wichtig, ja bis zu einem gewissen Grade für diese ganze Deduktion entscheidend, ist die Erwägung, daß Rußland auf jeden Fall mit so zahlreichen und starken Momenten innerer Schwäche und innerer Schwierigkeiten behaftet ist, daß auch nach einem gemeinsam mit ihm über England erfochtenen Siege keinerlei Besorgnis davor zu bestehen braucht, es könne nunmehr uns und Mitteleuropa vorläufig ernsthaft gefährlich werden. Das wäre mit England anders, wenn man sich den Fall umgekehrt denkt: eine deutsch-englische Kooperation gegen Rußland!

Das Einverständnis mit Rußland würde aller Wahrscheinlichkeit nach auch das mit Frankreich bedingen oder zur Voraussetzung haben. Hier liegt aber ein gefährlicher und kritischer Punkt der ganzen Kalkulation. Die Vorgänge nach dem Krügertelegramm Kaiser Wilhelms sind eine Warnung vor allzu großem Vertrauen auf das Verständnis der Franzosen für ihre wirklichen Interessen gegenüber Deutschland und England. Bei dem ersten Anzeichen der Möglichkeit eines wirklichen Konfliktes zwischen uns und den Engländern waren sie bereit, ihre koloniale Zukunft dem Gespenst der Revanche für 1870 zu opfern! Die Torheit einer solchen Politik ist allerdings schwer begreiflich. Wie, meinen die Franzosen, würde wohl Frankreichs Seemacht und Kolonialbesitz nach einer Niederkämpfung Deutschlands der erdrückenden Übermacht Englands gegenüber stehen? Hier kann nichts

anderes mit einiger Sicherheit helfen, als die Zeit. Je länger es noch dauert, bis der deutsch-englische Konflikt — vorausgesetzt, daß es nicht überhaupt gelingt, ihn ganz zu vermeiden — zum Ausbruch kommt, desto unwahrscheinlich wird es, daß die Franzosen sich nicht auf ihr natürliches Interesse besinnen sollten, das sie auf die Seite Deutschlands treibt.

Alle diese Erwägungen laufen also, wie man sieht, darauf hinaus, daß der obersten Gesichtspunkte unserer Politik für die nächsten Jahre einer und immer wieder einer ist: Zeit gewinnen, vor allen Dingen Zeit gewinnen! Das einzige wirklich schwere und akute Problem, das uns bedroht, ist die Möglichkeit des Krieges mit England. Allem anderen können wir für den Augenblick ausweichen und den Austrag verschieben; auf England aber, sobald es einmal dahin gelangt ist, daß es den Krieg mit uns um seiner nationalen Wohlfahrt willen führen zu müssen glaubt, sind wir nicht imstande einzuwirken, es sei denn dadurch, daß wir darauf verzichten, ihm durch die Entwicklung unserer Industrie und unseres überseeischen Handels gefährlich zu erscheinen. Wir müssen und können nur alles dafür zu tun versuchen, daß die Vorstellung, durch Deutschland politisch bedroht und vor die Frage gestellt zu sein, ob es den Entschluß zur Selbstbehauptung fassen wolle oder nicht, bei den Engländern nach Möglichkeit zur Rückbildung gelangt. Ob aber der Moment der völkergeschichtlichen bewaffneten Entscheidung damit wirklich vermieden werden kann, läßt sich zwischen uns und den Engländern ebenso wenig sagen, wie ob zwei Gestirne, deren Bahnen im Raum auf einander zuführen, ohne Zusammenstoß davon kommen werden oder nicht. Das einzige, was wir tun können, um hoffen zu dürfen, den Augenblick der Entscheidung, wenn er kommt, glücklich zu überstehen ist: uns rüsten! Rüsten für den mit allen Mitteln hintan zu haltenden, aber möglicher Weise nicht zu vermeidenden Fall des Krieges mit England, kann aber nur heißen, daß wir unsere Flotte bis an die äußersten Grenzen unserer Leistungsfähigkeit ausbauen müssen. Diese Grenzen sind noch lange nicht erreicht, wie uns die weiter oben mitgeteilten Vergleichsziffern über die Militär- und Marinelasten bei uns und anderen Nationen gezeigt haben. Deutschland wird, wenn unser letzter Flottenbauplan durchgeführt ist, über eine Marine verfügen, die mit der seiner beiden Nachbarn Rußland und Frankreich

zusammen imstande ist, es mit der englischen Flotte annähernd aufzunehmen. Eine Marine, die genügend wäre, unseren Handel **überall** auf den Meeren gleichzeitig zu schützen, können wir allerdings nicht schaffen, denn dazu dürfte unsere Flotte nicht kleiner sein, als die englische. Unser Ziel muß vielmehr sein, in den heimischen Gewässern soviel Schlachtschiffe zu haben, daß wir es wagen dürfen, im äußersten Notfalle selbst ohne die Unterstützung der Franzosen und Russen die englische **Heimatflotte** in offener Seeschlacht zu bestehen. Vergleicht man lediglich die möglichen Gesamtziffern der englischen und deutschen Schlachtschiffe, so erscheint dieser Gedanke auf den ersten Blick als Torheit. Man muß aber bedenken, daß bei der gewaltigen Ausdehnung der englischen Besitzungen und der zu schützenden Interessen Englands über den ganzen Erdball hin der größere Teil der englischen Flotte, und zwar auch der Schlachtschiffe, sich auf auswärtigen, zum Teil sehr entfernten Stationen befindet: Ost-Asien, Indien, Mittel-Amerika, an beiden kanadischen Küsten, in Australien, Südafrika. Auch die große englische Mittelmeerflotte kann von dort nicht schlechthin weggezogen werden, wiewohl es England natürlich versuchen wird, mit Italien zu einem Abkommen dahin zu gelangen, daß dieses mit seinen Seestreitkräften Frankreich im Schach halte. Die italienische Flotte ist aber für sich allein für diese Aufgabe zu schwach, namentlich seit ihr Schiffsmaterial zum großen Teil nicht rechtzeitig ergänzt und daher veraltet ist. Natürlich wird viel darauf ankommen, wie schnell und überraschend der Ausbruch eines etwa eintretenden deutsch-englischen Konfliktes erfolgt.

Nicht ganz ohne Gefahr wäre für uns in einem solchen Fall die Stellung Österreich-Ungarns. Eine Niederlage Deutschlands im Kriege mit England, die wahrscheinlich, wenn sie überhaupt geschieht, eine sehr schwere und alle unsere Verhältnisse auf das tiefste erschütternde sein würde, bietet für das Haus Habsburg vielleicht die einzige überhaupt noch vorhandene Möglichkeit, seinen politischen Einfluß auf das katholische Süd-Deutschland wiederherzustellen. Wie der Habsburger, der dann in Wien regiert, über diesen Fall denken wird, darüber ist jetzt schwer etwas zu sagen. Sicher ist, daß mindestens außerhalb der deutschen Grenzen alle Kraft des Romanismus und Klerikalismus spielen wird, um die Niederlage des protestantischen deutschen Kaisertums und im Anschluß daran den Auseinanderfall

des katholischen und des protestantischen Deutschland herbeizuführen. Keine europäische Regierung hat seit 1866 England gegenüber eine so ausgesprochene freundschaftliche Haltung markiert, wie die Wiener. Das gibt, zumal wenn man Veröffentlichungen wie die des früheren englischen Botschafters in Wien, Rumbold, dagegen hält, zu denken. Auch von hier ergibt sich also ein neues Moment dafür, zugleich die höchste Vorsicht und die größte Bereitschaft für den Augenblick der Entscheidung walten zu lassen, der kommen kann „wie ein Dieb in der Nacht".

Alle die Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die sich uns bisher als Objekte politischer Erwägung aufgedrängt haben, sind indes, bei aller Dringlichkeit ihrer Erörterung, darin doch gleichermaßen unbefriedigend, daß sie uns selber nirgends ein deutliches und spezielles Ziel für unser politisches Wollen zeigen, sondern im Wesentlichen nur die Aufgabe des politischen Lavierens und Überlegens inmitten der zahlreichen und großen uns umgebenden Schwierigkeiten, unter dem Gesichtspunkt des zukünftigen „größeren Deutschland". Was aber, fragen wir uns, sollen wir denn nun im Einzelnen für praktische Wege einschlagen, welche positiven politischen Unternehmungen versuchen und welche Spezialziele verfolgen, um auf den Weg der notwendigen großen nationalen Erfolge zu gelangen? Es wird lehrreich sein, hierüber zunächst die Meinung und den Rat der Fremden zu vernehmen.

Ein englischer Kolonialpolitiker, der eine zeitlang selbst an einem nicht unbedeutendem Platze aktiv in der auswärtigen Politik des britischen Reiches gestanden hat, Sir Harry Johnston, ehemaliger Kommissar für Uganda, charakterisierte neulich die gegenwärtige Lage Deutschlands folgendermaßen: „Wir sehen die Deutschen heute schier zusammengepfercht auf einem Gelände, das nicht übergroß, das auch nicht überall gleich fruchtbar ist; in Nord- und Mitteleuropa, zwischen Rußland und Frankreich gelegen. Dazu kommen wichtige und wohl im Auge zu behaltende Ausläufer von deutschen Staaten und Siedelungen; ich meine die Stämme und Ansiedler hochdeutscher (soll heißen oberdeutscher) Zunge in Österreich, Tirol, der Schweiz, Böhmen, Siebenbürgen und Südrußland. Nach welcher Richtung soll Deutschland sich ausdehnen? Denn das ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Nation sich auf die Dauer nicht mit den Ländergebieten begnügen kann, die heute die beiden eng verbündeten Reiche Deutschland und Österreich ausmachen."

Drei Wege, meint der englische Politiker, schienen uns offen zu stehen, um unseren „natürlichen Drang zu befriedigen und ein Reich zu gründen, das an Ausdehnung und Einfluß, an materieller Macht und Bevölkerungszahl mit den anderen wirklichen Weltmächten — dem britischen Reich, den Vereinigten Staaten, Frankreich und Rußland es aufnehmen kann". Daß Frankreich hier zu den „wirklichen Weltmächten" gerechnet erscheint, ist bemerkenswert. Trotz seiner Deutschland gegenüber geringeren Bevölkerungszahl und militärischen Unterlegenheit stellt es der Engländer neben sein eigenes Vaterland, neben die Vereinigten Staaten und Rußland, weil es ausgedehnte überseeische Besitzungen in Afrika und Asien hat, Besitzungen, die ohne Frage mit zu den reichsten und entwickelungsfähigsten Gebieten der Erde gehören. Es heißt dann weiter, bei der Aufrichtung des „größeren Deutschlands", dessen unsere Nation bedürfe, werde es sicher ebenso wenig ohne Blut und Eisen abgehen, wie seiner Zeit bei der ersten Begründung des Reiches und der nationalen Einheit 1866—1871; unsere Sache sei es also, im Bewußtsein dieser Blut- und Eisenzukunft die Gefahren zu bedenken und abzuwägen, die wir dabei zu laufen haben, zu sehen, wen wir uns zum Freunde und wen zum Feinde machen müßten; abzuschätzen, welche Vorteile uns winken, sobald wir uns für einen der Wege entschieden, die wir gehen könnten.

Nach Johnstons Meinung, auf die wir ja bereits weiter oben einmal Gelegenheit hatten, uns zu beziehen, könnten solcher Wege drei in Betracht kommen: erstens ein deutscher Eroberungskrieg gegen England mit dem Ziele, Australien oder Südafrika oder womöglich beides von dem britischen Weltreich abzureißen und zu deutschem Besitz zu machen; zweitens die Eroberung eines großen Teils etwa des Ostens und Südens von Südamerika; drittens eine staatsrechtliche Vereinigung der Länder des jetzigen deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, darnach aber Verlängerung der Machtsphäre dieses neuen großen Bundesstaates über den Balkan, die Südhälfte der anatolischen Halbinsel und Mesopotamien bis zum Persischen Golf.

Diese dreifache Alternative ist, wenn man sich überhaupt einmal auf eine Politik derartiger Möglichkeiten entfernten und entferntesten Maßstabes einlassen will, keineswegs vollständig; es gibt auch noch andere Wege, die

für uns in Betracht kommen, wenn wir uns erst entschließen wollen, überhaupt die Bahn großer und gewaltsamer Veränderungen, bei denen es leicht um die ganze nationale Zukunft als Einsatz gehen kann, zu betreten. Die englische Stimme ist aber lehrreich durch das, was sie uns, sei es als Inhalt unserer eigenen nationalen Aspirationen, sei es als objektive Möglichkeit, zutraut. Johnston glaubt wie so viele seiner Landsleute daran, daß wir als Volk, oder doch wenigstens große und einflußreiche Kreise unseres Volks, Gedanken wie die Eroberung Südafrikas, Australiens, Südamerikas in Wirklichkeit hegen und verfolgen. Das ist freilich ein Irrtum, aber trotzdem erscheint die ganze Kombination sehr lehrreich dafür, wie ein britischer Kolonialpolitiker auf Grund der Erfahrungen, die sein eigenes Volk mit seiner Kolonial- und Weltpolitik gemacht hat, unsere Lage und unsere Bedürfnisse auffaßt. Er weiß, was die großen weißen Auswanderungskolonien wie Australien, Kanada und Südafrika mit der Aufnahmefähigkeit ihrer reichen Einwohnerschaft an industriellen Erzeugnissen für das Mutterland bedeuten. Er traut uns die gleiche Einsicht zu und hält es für nur zu begreiflich, daß wir auf den Gedanken kommen könnten, zu versuchen, ob wir uns nicht ohne viel Umstände dort an den Platz setzen könnten, den andere für sich bereitet haben. Die Vorstellung, daß irgend ein vernünftiger Mensch in Deutschland ernsthaft auf den Gedanken kommen könnte, Südamerika, Kanada oder Südafrika zu erobern, ist absurd, und Johnston gibt sich überflüssige Mühe, wenn er noch besonders nachzuweisen versucht, warum und wieso wir an dergleichen nicht denken können. Deswegen bleibt aber das Problem bestehen, ob wir in der Lage sind, den Weg zu gehen, den England mit so glänzendem Erfolge für seine materielle Entwickelung gegangen ist, d. h. uns ein *überseeisches vorzugsweises Absatzgebiet mit einer kauffräftigen, zunehmenden weißen Bevölkerung, am besten natürlich ein durch Auswanderer aus dem deutschen Mutterlande selbst kolonisiertes Gebiet dieser Art, zu beschaffen?* Die Vorteile, die uns von dorther kämen, falls es möglich sein sollte, ergeben sich ja an der Hand der englischen Erfahrungen von selbst.

Giebt es irgendwo auf der Erde noch Gebiete, wohin sich die deutsche Auswanderung lenken könnte, um im Laufe der Zeit für uns ein zweites

Kanada oder Australien zu schaffen? Dieser Frage könnte einer zunächst mit der Gegenfrage antworten, ob wir denn, falls solche Gebiete vorhanden sein sollten, auch in der Lage sind, sie zu bevölkern? Die Auswanderung aus Deutschland hat bekanntlich gegen früher sehr abgenommen und gegenwärtig verlassen nur noch zwischen 20 000 und 30 000 Menschen jährlich die Grenzen des deutschen Reiches, um jenseits der Meere sich eine neue Zukunft zu gründen. Das ist außerordentlich wenig im Vergleich zu den Einwandererziffern, welche die Vereinigten Staaten oder Australien während der Periode des hauptsächlichsten Fortschreitens ihrer Besiedelung empfingen. Indes das Gewicht des Einwandes ist doch nur mehr scheinbar. Die deutsche Auswanderungsziffer ist eine außerordentlich schwankende Größe; sie ist auch schon um das Siebenfache größer gewesen als heute, und das zu Zeiten, wo Deutschland noch eine merklich geringere Bevölkerung besaß. Sie ist so sehr abhängig von schwer oder gar nicht voraus zu berechnenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen lokaler und allgemeiner Natur, daß es ein Unding wäre, jetzt behaupten zu wollen, sie würde für absehbare Zukunft nicht wieder auf ein Vielfaches ihres heutigen Betrages anschwellen. Und selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, so sind 30 000 und selbst 20 000 und sogar nur einige tausend Menschen jährlich, wenn es gelingt, sie in ein Gebiet zu leiten, in dem sie wirtschaftliches Gedeihen finden und das sie einigermaßen zusammenhängend besiedeln können, eine sehr beträchtliche Größe. Man stelle sich vor, daß Südbrasilien und Argentinien heute entdeckt und von uns in der Kenntnis ihres Wertes als Auswanderungsgebiet mit Beschlag belegt würden. Das bloße Verfügungsrecht über ein solches zukunftsreiches Wirtschaftsgebiet jenseits der Meere würde dem gesunden Auswanderungsstreben derjenigen Nation, der jenes Land offen steht, einen kräftigen und nachhaltigen Impuls geben, auch wenn die wirtschaftliche Lage daheim sonst geeignet wäre, die Auswanderung in mäßigen Grenzen zu halten!

Aber so weit wir auch unsere Blicke auf der Erde schweifen lassen — ein freies Gebiet, das deutscher Massenauswanderung offen stände und politisches Besitztum des Mutterlandes werden könnte, ist nirgends mehr vorhanden. Zunächst fallen alle diejenigen Länder fort, die heute angelsächsisches Besitztum sind. Weiter müssen alle Gebiete mit tropischen oder

tropenähnlichen klimatischen Verhältnissen als Auswanderungsland im eigentlichen Sinne von vorneherein ausgeschieden werden. Drittens — falls man sich etwa auf den Standpunkt stellen wollte, daß halb civilisierten Nationen, wie den Orientalen, Chinesen oder Argentiniern, objektiv ein geringeres Recht an den autonomen Besitz ihres Grund und Bodens oder bestimmter Teile desselben zustände, als uns, den Vertretern eines höherwertigen nationalen Typus und einer höheren, zu besseren Ansprüchen an die Zukunft berechtigten Kultur — so kommen auch hier zunächst ohne weiteres alle diejenigen Länder nicht in Betracht, die bereits eine dichte Bevölkerung haben oder deren gewaltsamer Erwerb uns in Gefahren stürzen würde, die zu groß im Verhältnis zu dem erreichbaren Resultat wären. Der erstere Gesichtspunkt gilt für China, der zweite für den Orient und die Länder des gemäßigten Südamerikas. China ist so dicht bevölkert, daß sich jede europäische Masseneinwanderung dorthin von selbst verbietet. Anatolien ist in festem türkischem Besitz und würde, selbst wenn wir es nur mit den Türken zu tun hätten, ein sehr schwer verdaulicher Bissen für uns werden — ganz abgesehen davon, daß der Versuch zu seiner Eroberung für uns auch nach anderen Seiten hin den Krieg bedeuten würde. Dasselbe gilt für beliebige Gebiete in Südamerika gegenüber den Vereinigten Staaten. Rein militärisch genommen wäre dort die Aufgabe gegenüber den Nordamerikanern und dem etwa zu erwartenden einheimischen Widerstande allerdings leichter, als ein Krieg mit den Türken und Russen. Der amerikanischen Seemacht sind wir gewachsen und Landungstruppen müßte die Union so gut über See hinschicken wie wir; trotzdem aber bleibt das materielle Risiko groß, weil es sehr unwahrscheinlich ist, daß sich ein Waffengang zwischen uns und den Vereinigten Staaten von Anfang bis zu Ende isolieren ließe. Wir müssen uns also in aller Klarheit und Ruhe dahin bescheiden, daß an Erwerb von Auswanderungskolonien im eigentlichen Sinn für uns nicht zu denken ist. Wenn wir solche Kolonieen nicht haben können, so folgt daraus aber noch keineswegs, daß wir uns die Vorteile, um deretwillen sie erstrebenswert sind, gleichfalls nicht verschaffen können, wenn vielleicht auch nur bis zu einem gewissen Maße. Es ist ein Fehler, den bloßen Besitz ausgedehnter überseeischer Gebiete, selbst wenn sie geeignet sein sollten, einen Teil des nationalen Bevölkerungsüberschusses aufzunehmen,

an sich schon für einen direkten Machtzuwachs zu halten. Australien, Kanada, Südafrika vermehren die Macht des britischen Reiches nicht schon deswegen, weil sie englischer Besitz sind, auch nicht deswegen weil einige Millionen britischer Auswanderer und Nachkommen von solchen in ihnen wohnen, sondern weil durch den Handel mit ihnen der Reichtum und damit die Wehrkraft des Mutterlandes gesteigert wird. Kolonieen, die das nicht zuwege bringen, haben nur geringen Wert; Länder, die, ohne Kolonieen eines bestimmten Volkes zu sein, dennoch für dieses eine entsprechende Bedeutung haben, ersetzen in diesem überwiegend entscheidenden Punkte den wirklichen Kolonialbesitz zum großen Teil. Portugal ist nie englische Kolonie gewesen, aber durch den Methuen-Vertrag von 1703 erhielt es handelspolitisch für England die Bedeutung einer solchen. Die englische und portugiesische Regierung schlossen einen Handelsvertrag auf der Grundlage, daß englische Wollwaren in Portugal einen Vorzugszoll gegenüber allen anderen fremdländischen Erzeugnissen der Art genießen sollten, portugiesische Weine dagegen in England einen um ein Drittel niedrigeren Eingangszoll tragen, als französische. Die Folge dieses Abkommens war nicht nur die Vernichtung der aufblühenden Wollindustrie Portugals, sondern auch die allmähliche Aufsaugung des portugiesischen Handels überhaupt durch den englischen. Portugal wurde auf diese Weise für England etwas Ähnliches, wie Nordamerika, solange es britische Kolonie war und in seiner ökonomischen Entwickelung unter dem Einfluß des britischen Protektionssystems stand. Der Methuen-Vertrag wurde auf diese Weise zeitweilig einer der Hauptragepfeiler des englischen Industrialismus und eine der Grundlagen, auf die das englische industrielle Übergewicht über die Länder Europas zu ruhen kam.

Auf solche Beispiele müssen wir sehen und so müssen wir die Bedeutung von Kolonieen mit weißer kaufkräftiger Bevölkerung verstehen. Natürlich ist es nur eine Seite. Die andere ist die Erweiterung des von der Rasse beherrschten und besiedelten Gebietes. Diese kommt freilich bei dem Prinzip solcher kolonialen Surrogate nicht zu ihrem Recht. Wo man aber nicht alles haben kann, muß man sich das zu beschaffen suchen, was man haben kann.

Für die Methode, die England durch den Methuen-Vertrag Portugal gegenüber zur Anwendung brachte, würden wir gegenwärtig schwer ein

ähnlich geeignetes Objekt finden, aber wir können uns das, was den Engländern damals durch jenes handelspolitische Abkommen so gut wie fertig in den Schoß fiel, durch eigene zielbewußte und planvolle Arbeit schaffen. Wir müssen uns Gebiete suchen, die von Natur auch reich und entwickelungsfähig sind, gleichzeitig aber, mögen sie auch politisch unter fremder Herrschaft stehen, noch ein leidlich freies Feld für unsere besondere Arbeit gewähren. Vorbildlich für diesen Gedanken ist die handelspolitische Stellung, die England bis vor kurzem in dem größten Teil von Persien besaß. Gegenwärtig haben es die Russen, durch ihr System der Ausfuhrprämien, der staatlichen Begünstigung und Erzwingung privater wirtschaftlicher Initiative um jeden Preis, erreicht, daß ihr Handel in Persien dem englischen an die Seite gekommen, ja in allerletzter Zeit ihm sogar vorausgeeilt ist. Das ist eine Sache für sich, und die Engländer tragen in diesem Falle sowohl durch politisch-diplomatisches Ungeschick als auch durch mangelnde Initiative derjenigen ökonomischen Kreise, auf die es ankam, einen großen Teil der Schuld an dem Zurückweichen ihres persischen Handels vor dem russischen. Sie sind auch jetzt von Indien aus dabei, den geschehenen Fehler nach Möglichkeit wieder gutzumachen. Bis zum Beginn der neunziger Jahre beherrschten sie aber Persien wirtschaftlich so gut wie vollkommen, einfach weil sie zuerst, als der persische Markt noch jungfräulich war, auf dem Platze gewesen waren, die Verhältnisse studiert, experimentiert und Geld in die Sache gesteckt hatten, bis sie sich rentierte — lange Zeit glänzend rentierte.

Was England in Persien geglückt ist, das müssen wir an einer anderen Stelle versuchen, wo die Bedingungen des Gelingens noch viel verheißungsvollere sind als dort: in A n a t o l i e n, M e s o p o t a m i e n, B a b y l o n i e n, m i t e i n e m W o r t i m G e b i e t d e r z u k ü n f t i g e n B a g d a d b a h n, n a m e n t l i c h a b e r i n d e n e i g e n t l i c h z u k u n f t s r e i c h e n T e i l e n d e s s e l b e n, d e n L ä n d e r n a m E u p h r a t u n d T i g r i s. Ja, wir bauen ja die Bagdadbahn, hört man sagen. Ob wir die Bagdadbahn bauen oder nicht, ob sie zu zwei Dritteln, zur Hälfte oder zu einem Drittel mit deutschem oder nichtdeutschem Gelde gebaut wird, ist eine wichtige aber hier keineswegs entscheidende Frage. Entscheidend ist vielmehr das, ob wir r e c h t z e i t i g, d. h. b e v o r die Bahn fertig, ja bevor sie ernsthaft angefangen ist, begreifen,

um was es sich hier für uns handelt. Die ganze Bagdadbahn wird mit deutschem und ohne deutsches Kapital für die wirkliche Zukunft Deutschlands im Orient eine sehr wenig aufregende Größe werden und bleiben, wenn sich nicht, und zwar mit möglichst wenig öffentlicher aber desto mehr privater Initiative, Leute bei uns finden, die Mut, Kraft, Geld, Zeit, Intelligenz und Arbeit daran wenden, jetzt schon in den Ländern, die von der projektierten Bahnlinie durchzogen werden, die Entstehung eines deutschen oder doch vorzugsweise deutschen Wirtschaftsgebietes vorzubereiten. Mit Zeichnungen auf Bahnaktien, mit diplomatischen Erfolgen, mit türkischen Iradés und mögen sie für uns wachsen wie die Blätter im Walde, mit Zeitungsartikeln, ist hier nichts, aber auch garnichts, getan. Wie man die Sache anfangen muß, das zeigen uns auch hier im Bereich dieser so hochgelobten angeblich patentiert „deutschen“ Idee — die Engländer.

Es soll hier nicht die Rede sein von dem Preß- und Parlamentsfeldzug in England, als die Frage der Beteiligung des englischen Kapitals und indirekt auch der englischen Regierung an der Bagdadbahn im Frühjahr 1903 akut wurde. Den wirklichen Leitern der antideutschen Kampagne in England kam es garnicht darauf an, England von der Bagdadbahn selbst fernzuhalten, sondern auf ganz etwas anderes: daß die Strecke vom persischen Golf aufwärts bis Bagdad und womöglich noch darüber hinaus ausschließlich als englische Bahn gestaltet werde. Für diesen Preis wäre man in London und Kalkutta, denn an diesem Platze, wo der Vizekönig von Indien, Lord Curzon residiert, liegt das eigentliche Zentrum der englischen Politik im „Mittleren Osten“, mit Freuden bereit, seinen Segen zur Sache zu geben. Der „Mann auf der Straße“ weiß das natürlich nicht; die Politiker aber und die Presse, wenigstens die großen Organe, haben die Sache mit echt englischem politischem Instinkt begriffen und geberden sich, um Deutschland und die übrigen beteiligten Stellen zur Zahlung eines hohen Preises zu bestimmen, als ob sie überhaupt von dem Handel nichts wissen wollten. Welches jener Preis sein soll, haben wir bereits gesehen, als wir von den Absichten der indischen Regierung auf das alte babylonische Alluvialland sprachen, wie sie im Zusammenhange mit dem Willcocks'schen Projekt der Wiederherstellung des alten Kanalsystems um Bagdad deutlich genug zutage traten. Willcocks ruft das englische Kapital und gleichermaßen das nationale

Verständnis seiner Landsleute auf, indem er ihnen zugleich die materielle Rentabilität der Idee, ihre ungeheure Wichtigkeit vom Standpunkt des politischen Interesses aus, endlich die Gefahr zeigt, daß der Wettbewerb eines anderen Volkes sich diese von der Natur zu so ungeheurem Reichtum bestimmten Gebiete erschließen könne, ohne daß die englische Nation ihren Anteil, d. h. in englischem Sinne immer einen Löwenanteil, daran sichern könnte. Ihn berührt bei der Entwickelung seines Planes nicht im mindesten die Rücksicht darauf, daß es sich hier einstweilen ja noch um das Gebiet eines fremden und selbständigen Staates der Türkei handelt; vielmehr hält er es für notwendig ohne Rücksicht auf die hieraus sich möglicherweise ergebenden Schwierigkeiten durch die Aufrollung des ganzen glänzenden Gemäldes englischer nationaler Machterweiterung und Reichtumsvermehrung in jenen alten Kulturländern die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung den Willen des Volkes, der geldmächtigen und politisch maßgebenden Kreise mit aller Energie auf das Objekt, dessen Besitz ihm für England erstrebenswert scheint, hin zu richten. Er weiß sehr wohl, daß für die Frage der schließlichen praktischen Einflußnahme in dergleichen überseeischen Gebieten der im letzten Grunde entscheidende Faktor, derjenige, der auch der Politik einer Regierung erst Stetigkeit und festen Rückhalt zu geben imstande erscheint, der, aus der Einsicht in das Erstrebenswerte, nationale Wille zur Macht und zum Einfluß ist.

Das Ziel der anglo-indischen Politik im südlichen Bagdadbahngebiet wird in noch höherem Grade deutlich, wenn wir uns daran erinnern, welch eine wachsende Bedeutung Ägypten für das Wirtschaftsleben Englands, für die Aufrechterhaltung des britischen Nationalreichtums erhält. Daß die Pläne Lord Curzons im Zusammenhange mit dem Gedanken einer Erweiterung der indo-britischen Machtsphäre über den persischen Golf, den Tigris und Euphrat stromaufwärts bis Bagdad gedacht sind, also durchaus politisch-imperialistischer Natur sind, ist eine Sache für sich und liegt teils in dem Temperament des Vizekönigs von Indien begründet, teils in der Aufforderung, die sich aus der natürlich-geographischen Situation Indiens und Babyloniens zu einander ergibt. Notwendig ist der politische Einschlag in diesem Gewebe in keiner Weise. Notwendig ist nur die Voraussetzung, daß es gelingt, das alte Kulturland an den Strömen durch

Schaffung moderner Verkehrsmittel und Erneuerung des antiken Bewässerungssystems wieder auf den Weg zu seiner einstigen Wohlhabenheit und Menschenfülle zu bringen. Dieses Ziel müssen wir Deutsche, wohlverstanden — im Unterschiede von dem anglo-indischen Imperialismus, der die territoriale Kontrole über das Bagdadgebiet anstrebt — abseits von allen politisch-territorialen Nebengedanken, im Bagdadbahngebiet verfolgen, und wenn es uns gelingt, uns ihm zu nähern, dann dürfen wir hoffen, hier zwischen dem persischen Golf und dem anatolischen Plateau einen Ersatz dafür zu finden, daß es uns, solange die Grundzüge der gegenwärtigen politischen Gesamtkonstellation in Geltung bleiben, versagt ist, eigene überseeische Auswanderungsgebiete zu erwerben und den Acker unseres nationalen Wirtschaftslebens durch den Werteaustausch zwischen ihnen und uns zu befruchten.

An dieser Stelle gilt es aber auch bereits, einem höchst gefährlichen Mißverständnis, das sich an unsere Hoffnungen und Aussichten im türkischen Asien knüpft, mit aller Schärfe und Deutlichkeit entgegenzutreten: dem Gedanken einer deutschen bäuerlichen oder sonst „kolonisierend" gedachten Auswanderung in jene Länder. An Beispielen, daß deutsche Ackerbaukolonieen in Vorderasien gegründet wurden, sich erhalten haben und selbst zur Blüte gelangt sind, liegen, wenn man von einigen Experimenten kleinen Maßstabs absieht, im Grunde nur zwei vor: die schwäbischen Ansiedlungen in Transkaukasien und die sogenannten Templerkolonieen in Palästina. Man hat von diesen beiden Gebieten aus argumentiert, daß mindestens die klimatischen Voraussetzungen dortselbst günstig genug sein müßten, um deutsche bäuerliche Siedelungen zu ermöglichen. Diese Folgerung ist aber nur mit großen Einschränkungen richtig. Was zunächst die Templerkolonieen anbetrifft, so darf nicht vergessen werden, daß Syrien und namentlich dessen südlichere Teile, die Küste und das Hochland von Palästina, klimatisch mit den Nachbarländern verglichen entschieden begünstigt erscheinen. Wenngleich auch hier gewisse typisch-vorderasiatische Erscheinungen unverkennbar sind, so überwiegen doch die Einflüsse der Meeresnähe und der weniger asiatischen als mittelländischen Lage weitaus. Das Klima von Jaffa, Haifa, selbst Jerusalem, hat mit dem von Griechenland, Tunis, Spanien oder Unter-

italien eine größere Verwandtschaft, als mit dem von Bagdad und Mossul. Der Schluß von einem auf das andere trifft also nicht zu. Ein wenig anders steht es mit den schwäbischen Dörfern jenseits des Kaukasus im Stromgebiet der Kura. Die klimatischen Verhältnisse Georgiens nähern sich, wenigstens im Sommer und Herbst, denen der mehr binnenwärts gelegenen Gebiete Vorderasiens etwas mehr, als es in Syrien der Fall ist. Dafür repräsentieren aber die Wintermonate alljährlich einen viel stärkeren Rückfall in nordische Verhältnisse, als das im Gebiet des Tigris und Euphrat, abgesehen vom Quellgebiet der beiden Ströme im armenischen Hochlande, je vorkommt. Dann aber darf man nicht übersehen, daß selbst unter den verhältnismäßig minder ungünstigen klimatischen Verhältnissen Georgiens der Menschenverlust noch in der zweiten Generation der schwäbischen Auswanderer ein sehr bedeutender war und daß erst das dritte Geschlecht, etwa seit 1870, als wirklich akklimatisiert und in das Stadium gesunder und natürlicher Vermehrung eingetreten gelten kann. Daneben will sowohl für Transkaukasien als auch für Palästina sehr beachtet sein, daß sich an beiden Stellen die Ansiedler von dem anfänglich gehegten und verwirklichten Gedanken des eigentlichen Ackerbaues mehr und mehr zurückgezogen haben und daß ihr wirtschaftliches und gesundheitliches Gedeihen umso bessere Fortschritte machte, je mehr sich der Übergang vom Getreidebau auf die Zucht des Weinstocks, der Südfrüchte und ähnlicher nicht mehr im strengen Sinn agrarischer Produkte vollzog. Sowohl die Templer als auch die kaukasischen Schwaben bauen noch Getreide, aber dieser Zweig ihres Lebensunterhalts ist nicht mehr derjenige, aus dem sie die meiste ökonomische Kraft ziehen. Nur mit diesen starken Korrekturen — Korrekturen welche die Behauptung, um die es sich hier handelt, doch auf einen Bruchteil ihres ursprünglichen Gehalts einschränken — gilt der Satz, daß die deutschen Siedelungen in Georgien und Palästina den Beweis für die Möglichkeit erbracht hätten, eine deutsche Auswanderung nach Vorderasien zu lenken.

Noch weit ausschlaggebender als diese klimatischen Erwägungen sind aber andere, praktisch-politische. Diese lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Türkei um ihrer selbst willen nicht wohl in Massenansiedelungen europäischer Kolonisten auf ihrem Grund und Boden willigen kann. Man mag sich die Sache vorstellen wie man will — irgendwie muß sie doch

darauf hinauskommen, daß ein Konflikt zwischen dem türkischen Staatsinteresse und den Ansiedlern entsteht. Gleich die erste Frage, die sich erhebt, zeigt das Wesen der Schwierigkeit deutlich. — Sollen die projektierten deutschen Kolonisten in der Türkei deutsche oder türkische Untertanen sein? Die erstere Möglichkeit ist vom Standpunkt der Türken aus undenkbar. Mögen sich auch noch so viele wirtschaftlich-materielle Vorteile für die türkische Staatswirtschaft aus einer blühenden deutschen Kolonisation erheben und mag es selbst (sehr unwahrscheinlicher Weise) unter den Regierenden in Stambul Persönlichkeiten genug geben, die imstande sind, diese ökonomische Seite der Sache ausreichend zu würdigen — hunderttausende fremder Untertanen mit eigenem Recht, eigener Nationalität, eigener Religion, im Besitz höherer Kultur, in rechtlicher und tatsächlicher Vorzugsstellung, kann kein Staat innerhalb seiner Grenzen ertragen. Ein solcher Fremdkörper muß unter allen Umständen zu Krankheitsprozessen im politischen Gesamtorganismus führen. Ebenso schwer denkbar aber ist es, daß die deutschen Ansiedler schlechtweg türkische Untertanen werden sollen. Daß sie unter türkisches Civilrecht, namentlich Grundrecht, treten, wäre unter gewissen Kautelen denkbar und geschieht ja im kleinen bei Ansiedelungen und Ankäufen fremder Staatsangehöriger in der Türkei schon heute; bei jedem Schritt weiter stößt man aber schon auf Unmöglichkeiten. Sind die Leute türkische Untertanen geworden, dann haben wir kein Recht mehr, uns weiter in das Verhältnis zwischen den Türken und ihnen einzumischen. Sowohl die Regierung in Konstantinopel als auch die unbotmäßigen Nomadenstämme könnten mit den Ansiedlern schalten und walten wie es ihnen beliebt, und jenen bliebe schließlich als einziges Mittel nur der bewaffnete Widerstand oder — abermalige Auswanderung. Papierne Abmachungen nützen erfahrungsgemäß in solchen Fällen garnichts. Wenn überhaupt, so müßten die deutschen Siedelungen sich natürlich möglichst zusammenhängend in geschlossenen Massen über ein größeres Gebiet hin erstrecken. Auf diese Weise entstände eine Reihe fremder Enklaven wie Inseln unter der eingeborenen Bevölkerung. Diese Enklaven würden, wenn trotz aller Bedenken der Versuch zu ihrer Schaffung gemacht werden sollte, gegenüber den Einheimischen mit allen möglichen Privilegien in Bezug auf Gerichtsbarkeit, Selbstverwaltung, Militärdienst und dergleichen ausgestattet werden müssen.

Damit ist unabwendbar der Anlaß zu zahllosen Reibungen mit den ihrer eigenen Regierung gegenüber viel schlechter gestellten Eingeborenen gegeben. Man kann die Sache anfangen und überlegen von welchem Ende man will: überall stößt man, sobald man sich auch nur die Anfänge praktisch verwirklicht denkt, auf Schwierigkeiten, die es den Türken von ihrem Standpunkt aus schlechthin unmöglich machen müssen, den Gedanken deutscher bäuerlicher Ansiedelungen im größeren Stil auch nur ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Solange die Türkei ein selbständiges Staatswesen ist, kann sie an die Zulassung fremder Masseneinwanderung nicht denken. Zu allen anderen Schwierigkeiten träte auf diesem Boden als eine besonders große auch noch die religiöse hinzu. Wir können, mag unser Urteil darüber lauten wie es will, an der Tatsache nichts ändern, daß jeder Muhammedaner an sich den Christen, überhaupt den Nichtmoslem, als einen Menschen minderen Rechts ansieht, dem er allenfalls großmütig gestatten kann, als Beisasse neben ihm zu leben, der aber weder sozial noch rechtlich einen Anspruch auf gleichwertige Behandlung, ja auch nur auf formelle Bürgschaft für Leben, Ehre und Eigentum, hat. Die praktischen Folgen dieses Standpunktes haben bekanntlich die nichtchristlichen Völker im türkischen Reich Jahrhunderte lang schwer genug zu tragen gehabt, und zu welchen Konsequenzen er auch heute noch führen kann, zeigen die furchtbaren armenischen Massakres in den Jahren 1895—1897. Es gibt keine Garantien dafür, daß nicht nach einem Menschenalter oder später ein ähnliches Geschick, wie über die Armenier, auch über deutsche Ansiedler in Anatolien, Mesopotamien oder sonstwo in der asiatischen Türkei hereinbräche. Wie mißtrauisch und wie empfindlich die türkische Regierung bereits der bloßen Möglichkeit fremder Siedelungen innerhalb der Türkei gegenübersteht, geht daraus hervor, daß sie der anatolischen resp. der Bagdadbahngesellschaft die schriftliche Verpflichtung auferlegt hat, beim Bau der Bagdadbahn auf keine Weise irgend welche Siedelungstätigkeit entlang der zukünftigen Bahnlinie anzustreben oder zu begünstigen. Wenn dem gegenüber eine Äußerung angeführt wird, wonach der jetzige Sultan gelegentlich eines Gesprächs mit dem General v. d. Goltz selbst den Wunsch ausgedrückt habe, es möchten sich deutsche Ansiedler für die Türkei finden, so kann ein solches Wort nur entweder als eine auf den Augenblick berechnete liebenswürdige Phrase

angesehen werden oder, was vielleicht das Wahrscheinlichere ist, als ein Versuchsballon, mit dem Zweck, zu erfahren, ob und welchen Wiederhall eine solche Äußerung etwa in Deutschland finden würde — um dann türkischerseits Maßnahmen danach zu treffen. Alles, was in Deutschland zugunsten einer bäuerlichen Massenauswanderung und -Ansiedelung in der Türkei gesprochen wird, erschwert in hohem Grade sowohl die Aufgabe unserer politischen Vertretung in Konstantinopel, als auch die Aussichten andersartiger Betätigung deutschen Kapitals und deutscher Unternehmungslust in der Türkei. Solange es bei uns Leute gibt, die von deutschen Kolonieen in Kleinasien oder Mesopotamien träumen und reden, solange ist es den Türken von ihrem Standpunkt aus nicht zu verübeln, wenn sie hinter jedem Plan, den Deutsche auf türkischem Grund und Boden verfolgen, versteckte Kolonisationsabsichten wittern und seiner Verwirklichung sich entweder direkt widersetzen oder mit Mißtrauen gegenüber stehen. Auch nach dieser Richtung hin tut es also nicht der bloße alldeutsche Eifer, mag es auch noch so gut gemeint sein, sondern es gehören vor allen Dingen eindringende Kenntnis der Verhältnisse und sorgfältige Berücksichtigung aller gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten dazu, um einen haltbaren Standpunkt zu der Kolonisationsfrage zu gewinnen. Wenn irgendwo, so ist hier Schweigen Gold, Reden aber nicht nur kein Silber, sondern vielmehr selbst für das Erreichbare direkt Gefahr bringend.

Was wir erreichen können, ist kein Auswanderungsgebiet im türkischen Asien; wohl aber ist es die Schaffung eines großen deutschen Handelsgebietes im Bereich der Bagdadbahn. Fassen wir diesen Gedanken, so müssen wir uns aber bewußt bleiben, daß wir nicht in der Lage sind, durch irgend welche äußeren politischen Maßnahmen uns eine formelle Vorzugsstellung dortselbst zu sichern, sondern daß wir die Stellung, die wir wünschen, uns im freien Wettbewerb mit anderen konkurrierenden Nationen, namentlich den Engländern und Franzosen, aber auch den Italienern, Belgiern, Holländern, Österreichern u. s. w. erwerben müssen. Soll also das Bagdadbahngebiet für uns in wirtschaftlicher Hinsicht ein Ersatz dafür werden, daß wir kein Australien oder Kanada besitzen, so bedarf es dazu eines weit und groß angelegten, vor allen Dingen aber keine kostbare Zeit versäumenden Vorgehens.

Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, zu betonen, daß für das Wirtschaftsleben aller Völker der Satz gilt: Wer nichts zu verkaufen hat, kann auch nichts kaufen. Die zum Verkauf gelangenden Werte können verschiedener Natur sein: Landesprodukte, Industrieartikel, Zwischenhandelswaren, Arbeit; auch die Produktion von Edelmetallen fällt prinzipiell unter denselben Gesichtspunkt. Wo aber keinerlei Gegenwert vorhanden ist, da kann auch keine Ware abgesetzt werden. Ist also die Aufnahmefähigkeit eines Landes für fremde Erzeugnisse abhängig von seiner eigenen Gütererzeugung, so weist es auch um so mehr Kauffähigkeit gegenüber den Produkten anderer Länder auf, je reicher es ist. Für die Schaffung von Handelsbeziehungen zu fremden, überseeischen Ländern kommt es in erster Linie nicht darauf an, stark bevölkerte Gebiete ausfindig zu machen, die möglicherweise für die Ausfuhr garnichts oder wenig produzieren, also auch für jede Einfuhr nur sehr begrenzt aufnahmefähig sind, sondern darauf kommt es an, Länder zu finden, die entweder produktenreich sind und ohne allzu große Schwierigkeit für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse aufgeschlossen werden können oder die, wenn ihre natürliche Produktionsfähigkeit noch unentwickelt ist, durch geeignete Maßnahmen dahin gebracht werden können, daß sie die Gegenwerte, mit denen sie eine fremde Einfuhr zu bezahlen in der Lage wären, schaffen. Dieser Fall liegt beim Bagdadbahngebiet vor. Sehen wir hier von der anatolischen Halbinsel, die aus mehrfachen Gründen ein besonderes Wirtschaftsgebiet für sich bildet, ab, so kommen in Betracht das nördliche Syrien, Obermesopotamien und Babylonien; dazu etwa noch die wirtschaftsgeographisch nicht zur Halbinsel Kleinasien gehörige, zwar wenig umfangreiche aber eminent fruchtbare cilicische Küstenebene samt den Vorlandschaften des hohen Taurus. Es sind das die heutigen türkischen Provinzen Adana, Aleppo, Deir es-Zor, Mossul, Bagdad, Basra, sowie die südlichen Stücke des Vilajets Diarbekir. Diesem ausgedehnten Gebiet sind auf dem größeren Teile des von ihm eingenommenen Areals natürliche Fruchtbarkeit und mannigfaltige Produktionsfähigkeit eigen; woran es leidet, sind Undichte der Bevölkerung und mangelhafte Sicherheitsverhältnisse.

Das Land zwischen der Nordküste Syriens, dem Hochgebirgswall des Taurus, der iranischen Randkette und dem persischen Golf bildete im Altertum das politische und materielle Schwergewicht ganz Vorderasiens.

Im besonderen Maße galt das von seinen östlichen und südöstlichsten Teilen — dem babylonischen Alluvium und den Ländern zu beiden Seiten des mittleren Tigris. An keinem Punkte zwischen dem Indus, dem Jaxartes, dem Kaukasus und dem südlichen Ozean erlaubten und erlauben noch heute die klimatischen und Bodenverhältnisse eine ähnliche Verdichtung der menschlichen Siedelungen, wie am Unterlauf der mesopotamischen Ströme. Von den ältesten historisch erreichbaren Zeiten, dem vierten vorchristlichen Jahrtausend, bis auf den Sturz des Kalifats der Abbasiden hat daher das politische Zentrum Vorderasiens in Babylonien gelegen: zuerst die großen Königs- und Priesterstädte der sumerischen Periode, dann Babylon selbst, dann Seleucia-Ktesiphon, dann Bagdad. Erst der Einbruch türkischer und mongolischer Nomadenstämme, namentlich die Invasionen Dschingischans und seiner Nachfolger, haben die Kulturblüte Westasiens zerstört und auch aus Babylonien und Mesopotamien das heutige nur von wenigen Oasen unterbrochene Wüsten- und Steppengebiet gemacht. In den Naturverhältnissen aber hat sich dort seit dem Altertum und frühen Mittelalter bis heute nichts geändert, und wenn man gelegentlich auf die Meinung stößt, Waldlosigkeit und dadurch verschuldete ungleichmäßige Verteilung der Niederschläge unterschieden das heutige Klima Babyloniens und Mesopotamiens von dem antiken, so ist es nicht schwer, mit Zeugnissen des Altertums selbst das als eine irrige Ansicht zu widerlegen. Das ganze Land zwischen dem Taurus, der arabischen Wüste und dem persischen Golf ist schon zur sumerischen Zeit und vollends während der persischen, parthischen und arabischen Epoche ebenso waldlos gewesen wie heute. Wo im Altertum künstliche Bewässerung notwendig war, da ist sie es auch jetzt noch; wo es in den Tagen der Großkönige von Ninive und Susa genug regnete, um Weizen, Gerste und Baumwolle im wesentlichen ohne solche künstliche Bewässerung kultivieren zu können, da besteht dieselbe Möglichkeit auch noch heute. Unter welthistorischem Gesichtspunkt gesehen, erscheint die jetzt achthundertjährige Periode des Darniederliegens der Kultur am Euphrat und Tigris überhaupt nur wie eine Episode, und es ist leicht möglich, daß seit den Tagen, da dort zum ersten Mal höhere Gesittung, Menschenreichtum, Ackerbau und städtisches Wesen sich entfaltet haben, ähnliche Zwischenspiele der Barbarisierung und Verödung bereits in Zeiten erfolgt sind, von denen uns keinerlei Quellen etwas vermelden.

Man muß im Bagdadbahngebiet zwei allerdings nicht scharf von einander zu trennende, aber ihren Kulturbedingungen nach doch sehr anders geartete Gebiete von einander unterscheiden: dasjenige in welchem die Bodennutzung nur mit Hilfe ausgiebiger künstlicher Bewässerung möglich ist und dasjenige, in dem der Regenfall für sich allein oder doch zum größeren Teile hinreicht, um Ackerbaukultur zu ermöglichen. Dieses ist in Syrien, Nordmesopotamien und dem einstigen Assyrien jenseits des Tigris der Fall — jenes im eigentlichen Babylonien. Die Grenze zwischen beiden Gebieten liegt in der Gegend des unteren oder kleinen Sab, eines starken linksseitigen Nebenflusses des Tigris. Südlich von diesem wird der Ertrag auf unbewässerten Feldern sehr unsicher und hört bald überhaupt auf, eine nennenswerte Rolle zu spielen. Die ganze nördliche Zone, die sich in einem langen und breiten Streifen von der Grenze der Bewässerungsregion an längs dem Fuße des Hochlandes bis unmittelbar ans Mittelmeer heranzieht, kennt zwar auch vereinzelte Jahre der Dürre, in denen die Ernte, zumal bei primitiver Ackerbautechnik, die den Boden nicht tief genug umzubrechen imstande ist, gefährdet erscheint, aber sie erlaubt durchgehends im Prinzip den Anbau auf Regenfall. Für den Ackerbau in jedem Fall unbenutzbar, sei es auf den Regen, sei es auf künstliche Bewässerung hin, ist die ganze südliche gegen den Euphrat hin gelegene Hälfte Mesopotamiens. Eine Linie, welche Rakka am Euphrat (östlich von Aleppo) und Mossul verbindet, scheidet in der Hauptsache den kultivierbaren von dem seiner Natur nach wüsten Teil Mesopotamiens; eine zweite von Hit am Euphrat ostwärts gezogen, bezeichnet den Beginn des bewässerungsfähigen und -bedürftigen südlichen Alluviallandes. Der Raum zwischen diesen beiden Grenzlinien einer-, dem Euphrat und Tigris andererseits, umfaßt ungefähr den unkultivierbaren Teil der Stromländer, und es ist gleichfalls bezeichnend dafür, wie sich in diesem ganzen Gebiet (wie überhaupt in Westasien) die äußeren, klimatischen Voraussetzungen der Kultur nicht geändert haben, wenn im Wesentlichen die Grenze zwischen dem heute sterilen und kulturfähigen Boden mit der zwischen den ruinenerfüllten und den ruinenlosen Teilen des Landes zusammenfällt.

In der Regel begegnen nun Hinweise auf die große wirtschaftliche Vergangenheit und nicht minder große Zukunft der Bagdadbahnländer, wenn

nicht überhaupt Zweifeln schlechthin, so doch Antworten wie etwa der: erst müsse doch jedenfalls die Bahn gebaut werden, dann könne und werde man ja sehen, u. s. w. Prinzipielle Skepsis ist hier natürlich nicht anders zu erklären, als durch schlechthin mangelnde Sachkenntnis; aber auch der Standpunkt des bloßen Abwartenwollens ist — abgesehen davon, daß, wie wir sahen, gerade die vorbereitende Ergreifung der Sache, vor dem Bahnbau, not tut, falsch. Selbstverständlich kann an Getreideproduktion im Großen namentlich im ganzen nördlichen Teile des Bahngebietes nicht gedacht werden, solange die fertiggestellte Linie nicht die Exportmöglichkeit der erzeugten Mengen sicher stellt. Anders verhält es sich mit Getreidebau und verwandten Kulturen im Süden, namentlich in den Landgebieten in der näheren und weiteren Umgegend von Bagdad selbst und weiter abwärts an beiden Stromläufen. Die Wasserverbindung auf dem Tigris von der Mündung der vereinigten Ströme bis Bagdad ist mit selteneren Ausnahmen für Flußdampfer das ganze Jahr hindurch ohne wesentliche Schwierigkeiten. vorhanden; gegenwärtig ist eine Flotille von im ganzen 7 oder 8 ziemlich großen Fahrzeugen unter englischer und türkischer Flagge in Tätigkeit. Mindestens sehr umfassende Vorbereitungen für die Ausgrabung des Kanalnetzes können also ganz unabhängig vom Vorhandensein der Bahn getroffen werden. Aber sehen wir selbst von diesen südlichen Gebieten für den Getreidebau im Großen ab, solange die Bahn nicht funktioniert, so bieten sich doch sowohl hier als auch namentlich in Obermesopotamien verschiedene andere Möglichkeiten zur Schaffung ausgiebiger Exportwerte, die unabhängig vom Bahnbau wenigstens bis zu einer gewissen Stufe der Entwickelung gebracht werden können — für uns Deutsche allerdings nur unter der Voraussetzung, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen und warten, bis andere, klügere Leute uns in der Sache zuvor kommen. Vor allen Dingen handelt es sich um die Produktion der Baumwolle. Sowohl in der Ebene von Adana in Cilicien, die ihren klimatischen und Bodenverhältnissen nach weit eher mit Mesopotamien und Babylonien als mit dem Innern der anatolischen Halbinsel Verwandtschaft besitzt, als auch in dem syrisch-mesopotamischen Landstrich zu beiden Seiten des Euphratlaufes vom Austritt des Stromes aus den Vorbergen des Taurus bis zu der endgültigen großen Biegung des Stromes nach Südosten sind nicht nur die

ausgezeichnetsten natürlichen Bedingungen für das Gedeihen der Baumwolle vorhanden, sondern es hat dortselbst im Altertum und selbst bis in die zweite Hälfte des Mittelalters eine ausgedehnte Baumwollkultur bestanden. Von der cilicischen Küstenebene, die ja direkt am Meere liegt und so die denkbar leichteste Verfrachtungsmöglichkeit bietet, abgesehen, kann man, was die Transportverhältnisse anbetrifft, selbst ohne das Vorhandensein einer Eisenbahn ruhig bis in die Ebenen von Harran und Urfa ostwärts über den Euphrat gehen, ohne daß die Kosten des Kameltransports an die Küste die mesopotamische Baumwolle unfähig machen würden, mit der amerikanischen und ägyptischen zu konkurrieren. Von Urfa oder Harran bis nach Alexandretta sind auf dem direkten Wege nicht mehr als 7—8 Karawanentage; die Seefracht von Alexandretta bis Hamburg oder Bremen ist kürzer als die von Charleston, Savannah oder vollends von New-Orleans nach den belgisch-niederländischen oder deutschen Nordseehäfen. Die Produktionskosten aber sind in Mesopotamien bei der Billigkeit des anbaufähigen Landes und der Lebenshaltung der eingeborenen arbeitenden Bevölkerung noch auf lange hinaus wesentlich geringer, als in den Südstaaten der amerikanischen Union oder am Nil. Auch das babylonische Alluvium produziert bereits jetzt Baumwolle, wenn es sich dort auch einstweilen um keine hochwertige Qualität handelt; die Sorte müßte durch Einfuhr amerikanischen oder ägyptischen Samens verbessert werden. Die Ausfuhrmöglichkeit für gute Baumwolle, einen größeren Umfang der Kulturen vorausgesetzt, steht aber aus dem Gebiet um Bagdad heute schon ohne Eisenbahn, was die Kosten der Produktion und des Transports anbetrifft, außer Frage. Allerdings wäre es höchst verkehrt, wenn man deutscherseits an Landankäufe im Kulturgebiet der mesopotamischen und babylonischen Baumwolle denken wollte! Ein solcher Plan verbietet sich durch die türkischen Verhältnisse bezüglich der Frage des Besitzes von Grund und Boden von selbst; er könnte nur dazu dienen, das ganze Unternehmen von vornherein bei der türkischen Regierung zu diskreditieren und würde, wenn nicht, wie wahrscheinlich, schon von vornherein, so doch in der Folge Schwierigkeiten über Schwierigkeiten erzeugen. Die Erfahrungen, welche die Russen mit der Baumwollkultur in Turkestan gewinnen, zeigen deutlich, daß in Ländern wie Mittelasien oder Mesopotamien der richtige Weg zur Hebung der Baumwollkultur lediglich

der ist, der eingeborenen Bevölkerung selbst durch finanzielle und technische Erleichterungen Lust zum Anbau der Faser zu machen. Mit ganz geringen Ausnahmen wird in Turkestan alle Baumwolle von kleinen und mittleren Grundbesitzern produziert und in kleinen Posten auf den Markt gebracht, wo die Agenten der großen innerrussischen Firmen den Stoff aufkaufen. Auch in Mesopotamien müßte man damit beginnen, daß man allen denjenigen einheimischen Grundbesitzern, die Baumwolle pflanzen wollen, Saatgut und Vorschüsse austeilt und jede von ihnen auf den Markt gebrachte gute Quantität ankauft. Ebenso müßten natürlich von Seiten der deutschen Erwerbsgesellschaften, die sich den Bezug mesopotamischer Baumwolle zur Aufgabe machen wollen, gleichwie es die russischen Firmen in Turkestan getan haben, Reinigungsmaschinen und Pressen aufgestellt werden, um das Produkt an Ort und Stelle von den Samen zu befreien und zur Erleichterung und Verbilligung des Transports auf ein möglichst kleines Volumen zu bringen. Selbstverständlich darf man nicht denken, daß gleich in den ersten Jahren bei diesem Vorgehen große Gewinne zu erzielen sein werden, aber der Weg hat dafür den Vorzug, um so sicherer zu sein.

Bei solcher Praxis ist es nicht schwer zu erreichen, daß die Eingeborenen für die von ihnen produzierte Baumwolle ein Äquivalent in deutschen Waren beziehen, vorausgesetzt, daß zwischen den auf deutscher Seite an dem Ausfuhr- und Einfuhrgeschäft beteiligten Stellen ein hinreichendes Einverständnis über den einzuschlagenden Weg erzielt wird. Im Prinzip gilt der Satz bedingungslos, daß diejenige Nation von der Erschließung des Bagdadbahngebiets für ihre Ausfuhrindustrie den größten Vorteil haben wird, die imstande ist, durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit dort die größten Ausfuhrwerte zu entwickeln. Deutschland verarbeitete im Jahre 1900 für beinahe 300 Millionen Mark aus dem Ausland bezogene Baumwolle und Baumwollabfälle. Es muß unser Ziel sein, einen großen Teil dieses Quantums aus dem Bagdadbahngebiet zu beziehen und als Gegenwert für einen entsprechenden Betrag Fabrikate dorthin zu exportieren. In ein Land, aus dem ich Ware in einem bestimmten Wert hole, kann ich, vorausgesetzt daß es mir gelingt, konkurrierenden Elementen gegenüber die Oberhand zu behalten, auch für denselben Wert von meinen Waren verkaufen, und als Käufer muß ich es bis zu einem gewissen Grade immer in der Hand haben,

die Zahlungsbedingungen für den Austausch meiner eigenen Produkte gegen die des Verkäufers so zu stellen, daß jener es für vorteilhafter findet, den ihm zur Verfügung stehenden Betrag seiner Verkäufe bei mir anzulegen, als bei Dritten. Natürlich gelten dergl. Betrachtungen in aller Strenge nur theoretisch; in der Praxis stellen sich immer allerlei Abbiegungen und Varianten heraus, aber das Ziel, auf das wir hinsteuern müssen, ist deutlich. Ebenso haben wir es auch nicht in der Hand, aus der Wiedererweckung des mesopotamischen Baumwollbaues ein Monopol für uns zu machen; englisches, französisches, belgisches, vielleicht auch amerikanisches, schweizerisches und selbst italienisches Kapital können sich so gut wie wir auf die Sache werfen. Worauf es ankommt, ist nur, wer sich der großen Vorteile, die ein solches Unternehmen für den nationalen Wohlstand haben muß, zuerst in aller Deutlichkeit bewußt wird, und bei wem die private zielbewußte und großzügige wirtschaftliche Initiative am weitesten vorausschauend entwickelt ist, am raschesten zufaßt. Lehrgeld wird bei einem Unternehmen wie dieses ebenso gut gezahlt werden müssen, wie anderswo; wer es aber zuerst bezahlt, hat damit vor seinen Mitbewerbern viel, manchmal auch alles voraus. Die Verhältnisse im Orient, namentlich in der Türkei, sind nicht so geartet, daß man, die prinzipielle Richtigkeit eines Gedankens vorausgesetzt, nur zuzugreifen und Kapital aufzuwenden braucht, um seine Früchte pflücken zu können. Sowohl in der politischen Lage als auch in dem Charakter der Bevölkerung liegen große und nur durch viel Umsicht und längere Erfahrung überwindbare Schwierigkeiten. Wir haben jetzt im Augenblick in der Türkei vor allen übrigen Nationen den Vorsprung voraus, daß man uns sowohl amtlicherseits als auch bei der eingeborenen Bevölkerung selbst mit einem relativ geringeren Maße von Mißtrauen, ja hier und da selbst mit einer gewissen aufrichtigen wenn auch immer stark reservierten Freundschaft, betrachtet. Wie lange dies Verhältnis zwischen uns und den Türken andauern wird, ist nicht gewiß. Umso entschiedener müssen wir es benutzen, solange noch Zeit ist; zumal wir uns in unseren Beziehungen zur Türkei von jeder anderen Nation ausnahmslos dadurch unterscheiden, daß wir allein wirklich und in aller Aufrichtigkeit von ihr keine politischen Zugeständnisse begehren: keinen Fetzen Land, keinen Hafen, keine Pfänder, keine Flottenstation oder dergleichen. Vielleicht

haben wir auch in etwas höherem Grade als andere Völker die Fähigkeit, fremde nationale Eigenart zu erfassen und zu berücksichtigen, wiewohl man nicht leugnen kann, daß in letzter Zeit auch die Franzosen und Engländer, die sonst in diesem Punkte als mangelhaft begabt gelten, verschiedene bemerkenswerte Erfolge erzielt haben. Auf jeden Fall aber verfügen die anderen über größere praktische Erfahrung in überseeischen wirtschaftlichen Unternehmungen, als wir. Vor allen Dingen dürfen wir nicht vergessen, daß auch wirtschaftliche Erfolge auf keine Weise sicherer vorzubereiten sind, als durch rechtzeitige moralische Eroberungen! Ohne oder gar gegen die eingeborene Bevölkerung können wir im Bagdadbahngebiet garnichts zuwege bringen; mit ihr d. h. vor allen Dingen im Besitz ihres Vertrauens und der Kenntnis ihrer Eigenart, ihrer inneren und äußeren Verhältnisse, sehr viel. Diejenige Nation, die im türkischen Orient die größten und praktischsten sittlichen Leistungen zuwege bringt, wird auch den größten wirtschaftlichen Erfolg einheimsen. Um Vorbereitungen dieser Art zu treffen, dazu bedarf es überhaupt noch keiner Bahn; dazu bedarf es nur einiges guten Willens und einiger Einsicht an den maßgebenden Stellen. Ich habe, in Anknüpfung an ein Gespräch, das ich seinerzeit in Konstantinopel mit einer hervorragenden und kenntnisreichen deutschen Persönlichkeit über diese Dinge führte, einem Manne, der das Wesen unserer Aufgabe und unserer Zukunft in der Türkei so gut erfaßt hat, wie nur irgend jemand, bereits auf dem deutschen Kolonialkongreß 1902 den Gedanken ausgeführt, daß man uns einstweilen schon aus dem Grunde schwer ein weniger erfreuliches Geschenk machen könne, als die fertige Bagdadbahn, weil die konkurrierenden Nationen auch in dieser Beziehung uns überlegen sind. Vielleicht darf ich daher den folgenden Passus aus meinem Vortrage hierhersetzen: „. . . Sobald die Bagdadbahn gebaut ist, ja während sie noch gebaut wird, werden von französischer Seite Schulen über Schulen an allen irgend erheblichen Plätzen im Wirkungsbereich der Linie ins Leben gerufen werden, und es wird im Innern bald genug so sein, wie es heute in Konstantinopel und den großen Küstenplätzen ist: Wer auch immer französisch lernen, in einem französischen Hospital verpflegt werden will, der kann das umsonst haben, ja man trägt es ihm womöglich noch mit allem Eifer von selber an! Es gibt ein Volk,

das die Vorteile einer solchen Praxis auch neben den Franzosen noch begriffen hat: die Italiener. Italienische Schulen existieren in der Levante gleichfalls nicht wenige, und sie vermehren sich jetzt von Jahr zu Jahr. Wer Augen hat zu sehen, der merkt auch, daß die Folgen nicht ausbleiben, und daß die rasche Steigerung, die der italienische Import in der Türkei in den letzten Jahren erlebt hat, nicht außer Zusammenhang hiermit steht. ... Wie richtig auch von französischer Seite diese Dinge gewertet werden, geht z. B. daraus hervor, daß die Franzosen der türkischen Regierung das Anerbieten gemacht haben, das große aber ziemlich verwahrloste Hospital von Damaskus auf ihre Kosten mit Ärzten und allem sonst Notwendigen zu versehen, wenn sie die Leitung des Instituts erhielten. Die Leute wissen eben sehr gut, daß sich ein solcher Aufwand in kurzer Zeit mit Sicherheit in eine weitere Verstärkung der ökonomischen Beziehungen jener Gebiete nach Frankreich hin umsetzt. Diese beiden Dinge, die Schule, d. h. die Zugänglichmachung der deutschen Sprache samt einer gewissen Bekanntschaft mit der deutschen Kultur, und ganz besonders auch die ärztliche Versorgung sind es, von denen die stärksten befruchtenden Wirkungen auch für die Kräftigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem gebenden und dem empfangenden Teil ausgehen. Darauf kommt es also an, daß man bei uns an den beteiligten Stellen begreift: Jeder Groschen, der für solche Dinge von heute ab in der Türkei angewandt wird, setzt sich in so und so viel Importwert um, so bald hinreichend Zeit darüber verflossen ist. ..." Das ist es, was auch wir im Bagdadbahngebiet in Angriff nehmen müssen! Nichts wäre nützlicher, produktiver zugleich und idealer, gedacht, als wenn sich bei uns Leute fänden, die es einer Anzahl deutscher Ärzte ermöglichten, sich im Bahngebiet niederzulassen und als Pioniere des Deutschtums diejenige „moralische Eroberung" vorzubereiten und zu beginnen, die wir leisten müssen, wenn wir unseren Mitbewerbern wirtschaftlich vorankommen wollen!

Nächst der Baumwolle kommt in Mesopotamien der Wollhandel in Betracht, und zwar schon jetzt mit keineswegs unerheblichen Beträgen. Die mesopotamische Wolle, deren Hauptstapelplatz gegenwärtig Urfa ist und die in ziemlich großen Quantitäten über Aleppo und Alexandretta nach Marseille exportiert wird, ist von ausgezeichneter Qualität. Deutsche Firmen sollten sich dieses Geschäfts je eher desto besser annehmen; gleichfalls in der Art,

daß Export- und Importgeschäfte sich in gegenseitigem Einverständnis bei dem mesopotamischen Handel so in die Hände arbeiten, daß dem Bezug dortiger Wolle durch Deutschland ein Absatz deutscher Produkte nach Mesopotamien mindestens im gleichen Werte entspricht. Natürlich ist die Entwickelung der Bagdadbahnländer bis zu der Stufe, daß sie uns einen teilweisen Ersatz für die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit einer wirklichen weißen Auswanderungskolonie bieten, keine Sache, die im Handumdrehen geschehen kann. Vor allen Dingen kann sie keine wahrhaft großen Dimensionen annehmen, bevor sich nicht die dortige Bevölkerung um einen beträchtlichen Prozentsatz vermehrt hat. Wenn sie auch jetzt schon ausreicht, um mit den vorhandenen Arbeitskräften gut und gern eine Verdoppelung des bebauten Areals und namentlich auch schon ganz erhebliche Anfänge der Baumwollkultur zu ermöglichen, so ist sie doch für die Lieferung solcher Massen Faser, wie sie Deutschland faktisch braucht, zu gering, und von Getreideanbau in dem Maße, daß Export von Weizen und Gerste im Großen stattfinden könnten, ist jetzt vollends nicht die Rede. Die Eisenbahn aber wird hierin Wandel schaffen — vor allen Dingen dadurch, daß wo sie hinkommt, die jetzt fehlende Sicherheit für Leben und Eigentum gleichsam von selber wiederkehrt. Wo die Lokomotive pfeift, muß der räuberische Beduine und Kurde weichen oder seine Lanze und sein Gewehr mit Pflug und Hütestock vertauschen. Mit der Sicherheit tritt dann im Gefolge der Bahn auch die Möglichkeit geregelter Verpflegung in Zeiten örtlichen Mißwachses ein, und mit diesen beiden Fortschritten auch die Garantie rascher Volksvermehrung.

Will man sich die Größe der kulturfähigen Teile Mesopotamiens und Babyloniens an einem bekannten Beispiel verdeutlichen, so stelle man sich vor, daß die Zone des ausreichenden Regenfalles, vom Mittelmeer bis in die Gegend des unteren Sab, annähernd den Umfang und die Gestalt desjenigen Teiles von Norddeutschland hat, der sich an der Ostsee entlang zwischen Elbe, Memel und der großen Depression hinzieht, durch die Havel, Warthe, Netze und Narew fließen, während das südliche Alluvium samt den angrenzenden Übergangsgebieten etwas größer ist, als der festländische Teil von Italien oder annähernd so groß wie die eigentliche Halbinsel, ohne die Inseln. Um zu verdeutlichen, welcher Entwickelung diese Landstriche, die in ihrer vollen Länge von Meer zu Meer

der Strang der Bagdadbahn durchziehen soll, fähig sind, muß man sich wenigstens kurz ihre materielle Bedeutung während der Zeit ihrer Blüte im Altertum und in der ersten Hälfte des Mittelalters vergegenwärtigen. Am besten geschieht das durch einen Vergleich mit Ägypten. Von der kurzen Periode der Herrschaft Alexanders abgesehen, haben das Nil- und das Euphratland sowohl zur Zeit der persischen Archämenidenkönige als auch während der Blüteperiode des Kalifats unter ein und derselben Herrschaft gestanden und ihre Steuern in denselben Staatsschatz gezahlt. Sowohl unter Darius I. als auch unter Harun al Raschid übertraf aber die Leistung des babylonischen Alluviums, ganz abgesehen von den nördlicheren mesopotamischen Gebieten, den Steuerertrag Ägyptens um ein volles Drittel; Mesopotamien und Babylonien zusammen leisteten mehr als das Doppelte der ägyptischen Steuern. Und dabei hat Ägypten zu allen Zeiten als ein sprichwörtlich reiches und bevölkertes Land gegolten! Um jene alte Blüte der Euphratländer, mit einer Bevölkerung, die den heutigen Bestand sicher um das Vier- bis Fünffache übertraf, und mit einer Produktionsfähigkeit an Weizen, Gerste, Reis, Datteln, Sesam, Wolle und Baumwolle, die selbst außerordentlich hohen Importwerten das Gegengewicht halten könnte, wieder ins Leben zu rufen, bedürfte es im Süden allerdings der vorherigen Wiederherstellung des antiken Bewässerungssystems; in der nördlichen Regenzone dagegen können die weiten unbenutzten Landflächen buchstäblich so wie sie jetzt daliegen aufgepflügt und bebaut werden, ohne daß es dazu anderer Dinge bedürfte, als der Hände, um Pflug und Hacke zu führen, und des Schienenweges, um die Erzeugnisse des Landes an die See zu bringen. Natürlich würde es viele Millionen kosten, die alten Kanäle wieder in Stand zu setzen, aber wenn bei irgend einer Anlage, so ist bei dieser die Rentabilität des Unternehmens aussichtsvoll. Als auf ein schwerwiegendes Zeugnis hierfür sei nochmals auf die oben erwähnten Ausführungen von Willcocks in seinem zu Kairo gehaltenen Vortrage hingewiesen! Man erinnere sich, daß Willcocks wohl als die kompetenteste Persönlichkeit zu einem solchen Votum erscheint, denn er ist nicht nur Bewässerungstechniker von Beruf, sondern hat jahrelang an der Spitze des gesamten ägyptischen Irrigationssystems gestanden und an dieser Stelle mehr Kenntnisse und Erfahrungen zu dem fraglichen Thema gesammelt,

als sonst irgend einem zur Zeit lebenden Fachmanne möglich gewesen wäre. Zu den oben genannten von jeher erzeugten Produkten der Euphrat- und Tigrisländer tritt dann als modernes Ausbeutungsobjekt noch die Naphta, die augenscheinlich in einer breiten, von Südwestpersien her quer durch ganz Mesopotamien verlaufenden ölhaltigen Zone in großer Menge vorhanden ist.

Diese Hinweise werden vielleicht genügt haben, um zu zeigen, um ein wie großes und schicksalsvolles Stück unserer nationalen Zukunft es sich im Stromland des Euphrat und Tigris handelt: ein vergleichbar entwickelungsfähiges, nahes und zugängliches Ersatzgebiet für unseren Mangel an wirklichen Kolonieen gibt es zum zweiten Male nicht mehr auf der Erde! Nicht oft und nicht energisch genug kann aber im Zusammenhang hiermit betont werden, daß es ein schwerwiegender, ja für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands im Bagdadbahngebiet auf lange hinaus vielleicht verhängnisvoller Fehler wäre, wenn man mit der Vorbereitung zukünftiger Pläne und Unternehmungen warten wollte, bis der Bahnbau vollendet ist. An diesem Punkte liegt ein großes Stück der Entscheidung darüber, ob die Bagdadbahn überhaupt sich zu einem die deutschen Interessen fördernden Unternehmen auswachsen, oder ob ihre Verwirklichung lediglich einen größeren oder kleineren Geschäftserfolg für die finanzierenden Banken bedeuten wird!

Wir können also verständigerweise unsere in den Ländern der Bagdadbahn zu erhoffende Zukunft dahin definieren, daß an eine Hinlenkung des Stromes deutscher Auswanderer dorthin zwar nicht zu denken ist, und infolgedessen auch eine eigentliche Erweiterung des Machtbereiches unseres Volkstums nicht in Aussicht steht, — daß aber trotzdem bei geschickter Ausnutzung der Gunst der Umstände, und vor allen Dingen bei rascher Initiative, zwischen dem Mittelmeer und dem persischen Golf die Grundlagen für die Aufrichtung eines sehr umfangreichen und aufnahmefähigen Marktes für unsere Industrie gelegt werden können. Einen Schritt weiter ist es dagegen möglich, bei einem anderen überseeischen Gebiete zu gehen: bei gewissen Gegenden innerhalb der gemäßigten Zone von Südamerika. Zwar haben wir uns bereits bei der Besprechung unseres Verhältnisses zu der nordamerikanischen Union darüber verständigt, daß der Gedanke militärischer Eroberungen

in Amerika, d. h. einer politisch-nationalen Angliederung dortiger Gebiete an das deutsche Reich, ein Ungedanke ist, aber damit ist noch in keiner Weise der anderen Frage präjudiziert, ob nicht trotzdem durch eine bewußte und planmäßige Hinlenkung der deutschen Auswanderung etwa nach Süd-Brasilien, Argentinien und Uruguay in Verbindung mit einer systematischen Organisation des Produkten- und Warenaustausches zwischen uns und den dorthin gegangenen deutschen Siedlern ein Teil der ökonomischen Vorteile zu erreichen ist, welche der Besitz einer wirklichen weißen Auswanderungskolonie dem Mutterlande gewährt.

Was die Vereinigten Staaten verhindern wollen und bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch gewaltsam zu verhindern imstande sind, ist der Erwerb amerikanischen Gebietes, sei es auch nur auf der Südhälfte des Erdteils, durch eine europäische Macht; was sie dagegen unter keinen Umständen hindern können, ist die Herstellung friedlicher, unpolitischer, wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Südamerika und Deutschland. Um den Weg zu veranschaulichen, den wir daher einzuschlagen sehr wohl in der Lage sind, um uns dort bis zu einem gewissen Grade Ersatz für die fehlende kolonialpolitische Ausgleichungsmöglichkeit zu verschaffen, beziehen wir uns zunächst abermals auf die theoretisch wie praktisch unerschütterliche Tatsache, daß irgend welche Absatzgebiete, mögen sie politisch uns zugehörig oder fremd sein, nur dann in wirtschaftlicher Beziehung für uns wesentlichen Nutzen bringen können, wenn sie von einer wohlhabenden, kaufkräftigen und kauflustigen Bevölkerung bewohnt werden, d. h. mit andern Worten, wenn sie selbst produktionsfähig und produzierend sind. Dies vorausgeschickt, ist der weitere Gang der Entwickelung, den wir in den südamerikanischen Dingen anstreben müssen, nicht schwer zu zeichnen. Verzichten müssen wir darauf, daß unsere Auswanderer, die sich nach Brasilien und seinen südlichen Nachbarländern wenden, politische Angehörige des deutschen Reiches bleiben. Von dem Augenblick an, wo sie den Boden der neuen Welt betreten, müssen sie sich ohne Hintergedanken als Brasilianer, Argentinier u. s. w. fühlen. Enklaven mit einer ausländischen Bevölkerung können die südamerikanischen Republiken ebenso wenig ertragen, wie die Türkei solche ertragen könnte. Deutsche Massenansiedelungen mit Beibehaltung der deutschen Reichsangehörigkeit sind hier wie dort gleich undenkbar; der Unterschied ist aber der,

daß damit auf türkischem Gebiet die Möglichkeit deutscher bäuerlicher Kolonisation überhaupt fortfällt, auf südamerikanischem aber keineswegs. Was weiter angestrebt werden muß, ist die Herstellung besonderer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den ausgewanderten Ansiedlern in der neuen Welt, derart, daß der heimische Markt die Produktion der ausgewanderten Volksgenossen vorzugsweise aufnimmt, jene aber ebenso vorzugsweise ihren Bedarf an europäischen Waren in der alten Heimat decken. Selbstverständlich kann ein solches Verhältnis nur dann Solidität und Dauerhaftigkeit erhalten, nur dann für beide Teile wirklich gewinnbringend werden, wenn das national-sentimentale Motiv aus den gegenseitigen Beziehungen ausgeschaltet und beiderseits prinzipiell nichts anderes, als der wahre wirtschaftliche Nutzen zu maßgebenden Gesichtspunkten gemacht wird. Wir sollen bei den Deutsch-Brasilianern und Deutsch-Amerikanern ebenso wenig wie jene bei uns etwas aus dem Grunde kaufen, weil ein nationaler Zusammenhang und damit eine vermeintliche moralische Verpflichtung zwischen uns besteht, sondern dieser nationale Zusammenhang soll nichts abgeben, als den positiv materiellen Ausgangspunkt für die Herstellung eines praktischen Verhältnisses, wie es analog in wirtschaftlicher Beziehung zwischen England und seinen weißen Kolonialgebieten besteht. Daß jene Auswanderer Deutsche sind, daß sie deutsch sprechen, daß sie deutsche Bedürfnisse und deutsche Charakterveranlagung haben, das gibt natürlicherweise unserm Handel bei ihnen, gegenüber den Bemühungen, welche die Engländer oder die Amerikaner anstellen könnten, um sich jenen Markt zu erwerben, einen Vorsprung, und es müßten große Fehler von unserer Seite geschehen, wenn dieser Vorsprung sich nicht in direkte wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber der nichtdeutschen Konkurrenz umsetzen ließe. In dieser Beziehung geschieht gegenwärtig von unserer Seite gegenüber den bereits vorhandenen deutschen Siedelungen in Südamerika lange nicht genug. Allerdings ist der eigentliche Grund hierfür in der verhältnismäßig geringen Zahl und den teilweise zusammenhangslosen Ansiedelungen der deutschen Kolonisten in Südamerika zu suchen. Gegenwärtig leben in den drei brasilianischen Südstaaten nicht mehr als 300 000—350 000 Deutsche, d. h. knapp der vierte Teil der gesamten $1^1/_2$ Millionen Menschen betragenden Einwohnerzahl dieses Gebietes, das an Ausdehnung etwa der Hälfte

des deutschen Reiches gleichkommt. Von den einzelnen Staaten zählt Rio grande unter 900 000 Einwohnern rund 200 000 Deutsche; in Santa Katharina gibt es unter 300 000 Einwohnern 100 000 Deutsche, in Parana unter 280 000 Seelen Gesamtbevölkerung nur einige 40 000 Deutsche. Weiter nach Norden wird das deutsche Element bedeutungslos. Sao Paulo zählt unter $1\frac{1}{2}$ Millionen knapp 30 000 Deutsche; die Küstenprovinz Espirito Santo soll, was wohl zu hoch geschätzt ist, 15—20 000 deutsche Kaffeebauer besitzen. Mit den deutschen Einwohnern von Rio de Janeiro und einigen anderen größeren Städten an der Küste und im Innern mag die Gesamtzahl der Deutschen in Brasilien kaum eine halbe Million erreichen. Als Siedelungsgebiet im engeren Sinne kommen aber jedenfalls nur die drei zuerst genannten Südstaaten in Betracht. Hierher muß, so weit irgend möglich, die deutsche Einwanderung, die während der letzten Jahre Brasilien sehr vernachlässigt hat, planmäßig geleitet werden. Das Verhältnis von 1 zu 3 unter einer Gesamtbevölkerung, die zum großen Teil aus Farbigen und Mischlingen besteht, ist an sich bereits angesichts der natürlichen wirtschaftlichen Überlegenheit, über die der Deutsche dem eingeborenen Brasilianer portugiesischer wie farbiger Abstammung gegenüber verfügt, kein schlechtes. Überdies muß die gegenwärtige Zahl von mehr als 300 000 Deutschen in Südbrasilien größtenteils als ein Resultat natürlicher in der neuen Heimat selbst erfolgter Vermehrung betrachtet werden, denn die Ziffer derjenigen Auswanderer, die nachweisbar aus Deutschland nach Brasilien gegangen sind, ist weit geringer. Es ist keine unmögliche Aufgabe, durch planvoll geleitete Zuwanderung und Kolonisation, sowie durch die fortschreitende Vermehrung im Lande selbst, während des nächsten Menschenalters die Zahl der in leiblichem Zusammenhang angesiedelten Deutschen Süd-Brasiliens auf eine Million und mehr zu steigern. Das würde bedeuten, daß dies deutsche Element dort wirtschaftlich das Heft in die Hände bekommt. Eine Million weißer Ansiedler mit weiteren Millionen ökonomisch von ihnen beherrschter und abhängiger Eingeborener, in einem Lande von der immensen Produktionsfähigkeit Südbrasiliens, repräsentiert eine so starke Kaufkraft, daß ihr Einfluß auf das wirtschaftliche Gedeihen des Mutterlandes bereits außerordentlich fühlbar werden muß. Ganz Südafrika hat nicht viel mehr als eine Million weißer Einwohner; die Gesamtbevölkerung von Kapland, Natal,

Betschuanaland und den beiden ehemaligen Burenrepubliken, Weiße und Eingeborene zusammengenommen, beträgt noch nicht so viel Menschen, wie die drei brasilianischen Südstaaten zählen. Der Wert der Handelsbewegung allein in der britischen Kapkolonie mit einer Bevölkerung von nur rund 400 000 Weißen macht aber ca. 100 Millionen Mark jährlich aus; Neuseeland mit rund 800000 Einwohnern (darunter nur noch ein unbedeutender Prozentsatz eingeborener Maoris) hatte 1898 eine Einfuhr im Werte von rund 170, eine Ausfuhr von rund 250 Millionen Mark. Die Einfuhr dortselbst besteht in Baumwoll- und Wollwaren, Eisen- und Stahlwaren, Zucker, Thee, Branntwein, Tabak und Büchern; die Ausfuhr in Wolle, Fleisch, Butter, Getreide, Talg, Käse, Steinkohlen, Kauriharz. Neuseeland ist also ein typisches Bild für das Aufblühen einer weißen Siedelungskolonie in der gemäßigten Zone der südlichen Halbkugel; zugleich aber auch ein wahres Musterbeispiel für das quantitative und qualitative Verhältnis von Export und Import eines solchen Gebildes. Die Ausfuhrwerte bestehen fast durchgehends in Rohstoffen, die Einfuhr in Erzeugnissen der europäischen Industrie, und zwar bei weitem zum größeren Teil von solchen des englischen Mutterlandes. Die drei südbrasilianischen Staaten liegen im Durchschnitt etwa 10 Breitengrade weiter nach Norden, als Neuseeland. Ihre Produktion trägt demnach einen dem wärmeren Klima entsprechenden Charakter. Rio Grande, Santa Katharina und Parana fallen aber noch sämtlich in die Region des Weizenbaues. Früher, zur Zeit der Sklavenwirtschaft, fand aus ihnen sogar eine bedeutende Weizenausfuhr nach Westindien statt. Ausgezeichnet sind die Anbauverhältnisse für Baumwolle, und die Produktion des Zuckerrohrs ist selbst in dem südlichsten der drei Staaten, Rio Grande, mit Vorteil möglich. In den geschützteren Tälern von Parana und Santa Katharina gedeiht auch noch der Kaffeebaum. Wertvolle Nutzhölzer spielen eine große Rolle. Rio Grande bietet ausgezeichnete Bedingungen für Viehzucht dar. Schon jetzt werden dort jährlich 3—400 000 Stück Rindvieh geschlachtet und das an der Sonne getrocknete Fleisch nach Nordbrasilien und Kuba ausgeführt. Speziell die deutschen Kolonieen besitzen auch eine große Schweinezucht. Bei den immer noch mangelhaften Verkehrswegen und den daher gedrückten Absatzverhältnissen ist die Mästung von Schweinen vielfach noch das lohnendste Mittel zur Verwertung der Ackerbauprodukte.

Auch an Steinkohlen ist Rio Grande der reichste aller brasilianischen Staaten.

Der Wert des brasilianischen Gesamthandels betrug im Jahre 1901 415 Millionen Milreis in der Einfuhr und 860 Millionen Milreis in der Ausfuhr. Hiervon entfallen auf Deutschland in runder Ziffer 40 Millionen und 127 Millionen, auf die Vereinigten Staaten 52 Millionen und 371 Millionen, auf England und die englischen Kolonien 130 Millionen und 111 Millionen. Die Gesamtbevölkerung Brasiliens wird auf 14 bis 15 Millionen Seelen geschätzt.

Entscheidend für die Beurteilung der möglichen Zukunft des deutschen Elements in Südbrasilien sind die klimatischen Vorzüge des Landes. Statt aller weiteren Beweise mag hierfür die Tatsache angeführt werden, daß in Rio Grande seit dem Jahre 1824, als die Kolonie Sao Leopoldo gegründet wurde, faktisch nicht mehr als 25 000 Deutsche eingewandert sind, die sich aber bei dem abnorm günstigen Zahlenverhältnis der Sterbefälle zu den Geburten bis heute auf fast 200 000 Seelen vermehrt haben. Die Übersicht über die Erzeugnisse Süd-Brasiliens hat uns gezeigt, daß die Produktionsfähigkeit des Landes gerade auf den Gebieten liegt, auf denen wir der überseeischen Zufuhr bedürfen: Weizen, Fleisch, Baumwolle; in zweiter Linie Kaffee und Tabak. Was kann, was soll geschehen, um die hier vorliegenden verheißungsvollen Ansätze wirtschaftlicher Entwickelung zur Blüte zu bringen und für das Mutterland und für die brasilianischen Deutschen nutzbar zu machen? Die erste Bedingung haben wir bereits genannt: planvolle Förderung des deutschen Auswandererstroms nach Südbrasilien. Jeder deutsche Auswanderer, sei er ländlicher oder städtischer Arbeiter, Handwerker oder sonst etwas in der Heimat gewesen, dem es gelingt, drüben zu gesichertem Landbesitz zu gelangen und seinen Boden urbar zu machen, repräsentiert nach einer Reihe von Jahren ein Vielfaches derjenigen Konsumtionskraft, die ihm inne wohnte, während er bei gedrückten Verhältnissen in der Heimat dahinlebte. Diese seine vervielfachte Konsumtionskraft und Aufnahmefähigkeit für die Erzeugnisse europäischer Industrie können und müssen durch die vielerlei Anknüpfungspunkte, welche die Nationalität unbeschadet der fremden Staatszugehörigkeit und Staatstreue der Auswanderer ermöglicht, für das deutsche Wirtschaftsleben nutzbar gemacht

werden. Allerdings gehört dazu ein planvolles und großzügiges Zusammenwirken zwischen dem Reiche, den deutschen Landesregierungen, der öffentlichen Meinung, der nationalen Einsicht, den großen Transport-Gesellschaften. Es darf auch keineswegs verkannt werden, daß unbeschadet aller Aufrichtigkeit und Loyalität, die wir in politischer Beziehung zu wahren willens sind und zu versichern nicht ermangeln werden, Mißtrauen und Übelwollen mit und wider besseres Wissen, namentlich bei den Nordamerikanern und Engländern, bemüht sein werden, der Verwirklichung einer solchen Idee Schwierigkeiten zu machen. Schwierigkeiten dieser Art sind aber für die deutsche Politik nicht dazu da, um vor ihnen zurückzuschrecken, sondern um sie zu überwinden. Es kann nur eine Probe auf das Maß von Geschicklichkeit und weitschauender Voraussicht unserer regierenden Elemente sein, wenn sie, so weit das ihnen liegt, den Weg zwischen den mancherlei Klippen, die hier offen und verborgen daliegen, hindurch zu finden wissen. Der andere Teil der Aufgabe liegt aber auf Seiten der literarischen Propaganda für den Gedanken der deutsch-brasilianischen Kolonisation. Bücher, Broschüren, Presse, mündliche Belehrung in Vereinen und Vorträgen, amtliche und nicht amtliche Auskünfte für solche, die Rat in Auswanderungsangelegenheiten begehren, nicht zum Mindesten aber die opferwillige Voraussicht unserer großen wirtschaftlichen Betriebe und Unternehmungen, müssen zusammenwirken, um allmählich das gewünschte Ergebnis zu zeitigen. Die verheißungsvolle Zukunft der Beziehungen zwischen Deutschland und den deutschen Kolonieen in Brasilien liegt einerseits in den überaus günstigen natürlichen Produktionsbedingungen jenes Erdstriches, andererseits in der erfahrungsmäßig bewährten nationalen Widerstandskraft und ökonomisch-moralischen Überlegenheit des Deutschtums gegenüber den eingeborenen weißen Elementen im lateinischen Südamerika, von Negern, Ureinwohnern und Mischlingen nicht zu reden. Von höchster Wichtigkeit ist natürlich die Stärkung des deutschen Kirchen- und Schulwesens in den Kolonien. Die wirtschaftliche Kraft der Deutschen in Brasilien fließt nicht am letzten Ende aus der Aufrechterhaltung ihrer sittlich-nationalen Qualitäten. Hier liegt einer derjenigen Punkte vor, an dem es Sache des Mutterlandes ist, mit seinen Mitteln einzugreifen. Es gibt gar keine materiellen Aufwendungen, die mit größerer Sicherheit und zweifelloserem Erfolge in wirtschaftliche Produktions- und

Konsumtionsfähigkeit umgesetzt werden, als solche für die Hebung des geistigen Niveaus einer Bevölkerung.

Was von Süd-Brasilien hier etwas breiter ausgeführt worden ist, das gilt bis zu einem gewissen Grade, wenn auch nicht mit derselben Reinheit eines Musterbeispiels, für die benachbarten Gebiete des südamerikanischen Festlandes: Uruguay, Paraguay, Argentinien. Die argentinische Republik, die wirtschaftlich trotz ihrer mannigfachen Finanzkalamitäten entschieden auf der aufsteigenden Linie steht, hat sich, wiewohl die Zahl der deutschen Auswanderer dorthin an sich nicht gering ist, doch mehr und mehr zu einem romanischen, speziell italienischen, Emigrationsgebiet entwickelt, und es ist kaum darauf zu hoffen; daß sich in ihr das Deutschtum als halbwegs geschlossene Gruppe in bestimmten Bezirken die wirtschaftliche Führung erobern könnte. Jenes Moment der nationalen Anknüpfung für materielle Beziehungen, das für Brasilien eine so bedeutende Rolle spielt, oder wenigstens spielen könnte und sollte, fällt hier weit weniger ins Gewicht. Ähnlich steht es in den beiden kleinen vorhin genannten Nachbarstaaten Brasiliens und Argentiniens, die vorläufig überhaupt sehr viel weniger entwickelt sind als jene. Zu vernachlässigen sind auch sie deswegen in keiner Weise. Als Ganzes genommen kann Südamerika, in dem bereits jetzt ein im Verhältnis zu allen anderen überseeischen Erdteilen enorm großer Prozentsatz deutschen Kapitals steckt, vielleicht von größerer Bedeutung für unseren Ausfuhrhandel werden, als viele andere auf lange hinaus denkbare Wirtschaftsgebiete. Die oberste Bedingung dafür ist allerdings die, daß wir in aller Bestimmtheit und Loyalität Wirtschaft und Politik von einander scheiden und namentlich, daß uns dabei nicht von vermeintlich wohlgesinnter Seite der Knüppel eines nationalistischen Chauvinismus zwischen die Beine geworfen wird. Nirgends gilt so sehr wie in der Politik und in der Wirtschaft das Wort, daß das Bessere oft nur dazu da zu sein scheint, um das Gute tot zu schlagen, und dann selber nicht leben zu können.

Ein weiteres Gebiet, auf dem Deutschland hoffen darf, einen Ersatz für die ihm versagten Auswanderungskolonien zu finden, ist unsere neu erworbene chinesische Interessensphäre: Schantung. Allerdings ist hier von einer Aufnahmefähigkeit für Einwanderung aus Deutschland keine Rede.

Wenn man von den wegen ihrer physischen Beschaffenheit nur wenig bevölkerten Gebirgsgegenden absieht, so repräsentiert Schantung eines der am dichtesten besiedelten Gebiete Chinas und übertrifft darin den Durchschnitt der Bevölkerungsdichtigkeit in Deutschland erheblich. Freies bebaubares Land gibt es nirgends — abgesehen davon, daß der Chinese mit seiner größeren Bedürfnislosigkeit, seiner technisch immerhin bemerkenswerten Leistungsfähigkeit und größeren Erfahrung in jedem Falle für sonst etwa denkbare deutsche Siedelungsversuche ein nicht wohl aus dem Felde zu schlagender Konkurrent wäre. Indeß, was im Bagdadbahngebiet und in Südbrasilien ganz oder teilweise erst entstehen müßte, um die Produktivität des Landes und damit seine Aufnahmefähigkeit für deutsche Industrieerzeugnisse zu wecken: die starke Bevölkerung, die ist es demnach gerade, was hier in Schantung bereits vorhanden erscheint. Es fragt sich also nur, ob das Land Werte, sei es bereits erschlossene, sei es noch zu erschließende, besitzt, die es in Zahlung für die von uns her aufzunehmende Einfuhr geben könnte?

Nach dieser Richtung hin ist zunächst, wie wir das ja bereits bei China im Allgemeinen fanden, eine — absolut wie relativ — sehr geringe Kaufkraft der einheimischen chinesischen Bevölkerung vorhanden. Nur die allerbilligsten Artikel ist sie bei der Geringfügigkeit der von ihr produzierten Ausfuhrwerte zu bezahlen imstande, und es ist kein Wunder, daß aus diesem Grunde die Konkurrenz Japans, namentlich in billigen und groben Baumwollwaren, einstweilen noch Aussicht hat, das Feld siegreich zu behaupten. Die Hauptausfuhrartikel Schantungs sind Bohnen, Bohnenöl, Erdnußöl, Strohgeflecht und Seide, aber die Ziffern, um die es sich dabei einstweilen noch handelt, erscheinen höchst geringfügig: im Ganzen 5 — 6 Millionen Mark bei einer Gesamtbevölkerung von einigen 30 Millionen Seelen. Nach Lage der Dinge ist es auch auf eine so wesentliche Steigerung der Produktion in diesen und verwandten Artikeln, daß sich daraus eine Vervielfachung der Einfuhrmöglichkeit ergäbe, nicht zu hoffen. Weitaus der größte Teil des anbaufähigen Landes ist und bleibt der Produktion derjenigen Gewächse gewidmet, von denen die Bevölkerung sich unmittelbar ernährt und von denen sie für den Export nichts übrig behält. Einzig und allein die Seidenzucht könnte vielleicht bis zu einem gewissen Grade hiervon eine

Ausnahme machen. Schantung repräsentiert in dieser Beziehung also durchaus den Typus der ost- und südasiatischen, dicht besiedelten aber im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsziffer nur in minimaler Weise ausfuhrfähigen und daher auch für die Einfuhr nur schwer zugänglichen Länder. Wenn wir das noch ganz im ersten Stadium der Entwickelung begriffene Tsingtau hier außer Betracht lassen, so umfaßt der Verkehr des an der Nordküste der Schantunghalbinsel gelegenen Tschifu ungefähr den gesamten auswärtigen Handel der Provinz. Tschifu exportierte im Jahre 1897 für 4,7 Millionen Mark und importierte für 12,5 Millionen Mark Waren des Außenhandels. Das macht also Ausfuhr und Einfuhr zusammengerechnet eine auswärtige Handelsbewegung von einer halben Mark auf den Kopf der Bevölkerung von ganz Schantung.

Soll also unsere Position in Schantung zu einer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwickelung Deutschlands werden, so müssen durchaus dortselbst im Lande neue Ausfuhrwerte geschaffen werden. Glücklicherweise dürfen wir sagen, daß sie von Natur vorhanden sind und daß ihre Erschließung auf eine einstweilen verheißungsvolle Weise in die Wege geleitet erscheint. Der Reichtum des Landes besteht in seinen Mineralschätzen: Kohle und Eisen. Zu ihrer Ausbeutung ist die deutsche Schantung-Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft gegründet worden, deren projektiertes Schienennetz die Provinz in annähernd ostwestlicher Richtung von Tsingtau nach der Hauptstrecke Tsinanfu durchzieht und jenseits Tsinanfu seinen Anschluß an die große von Süden nach Norden verlaufende Magistrallinie Peking—Hankau finden soll. Bereits am 1. Juni 1902 hat die Bahn, trotz der dazwischen eingetretenen politischen Wirren, genau an dem vertragsmäßig vorausgesehenen Termin von Tsingtau aus den ersten größeren Platz im Innern, die Stadt Weihsien, und die dortselbst gelegenen Kohlenfelder erreicht. Auch die Probebohrungen und ersten praktischen Schachtabstufungen haben das vermutete Ergebnis gezeitigt: daß in einer Tiefe, welche den gewinnbringenden Abbau ohne weiteres ermöglicht, reiche Kohlenflötze vorhanden sind. Bereits verkehren die Kohlenzüge von dem Bergbaufelde bei Weihsien nach Tsingtau regelmäßig. Die Schiffe der deutschen Marine und ein großer Teil der in Tsingtau anlegenden Handelsdampfer heizen mit Schantungkohle und melden über die Resultate dieser

Heizung durchaus Befriedigendes; auch für den weiteren Absatz der Kohle aus den Schantungbergwerken nach den ostasiatischen Häfen sind vorbereitende Schritte geschehen. Vor allen Dingen kam es darauf an, ob sich die Schantungkohle der japanischen, die bisher, was Billigkeit betraf, den ersten Platz in Ostasien behauptete, aber einige minder günstige Eigenschaften besitzt, überlegen zeigen würde. Das ist nach den Berichten, die hierüber bekannt geworden sind, durchaus der Fall, und da jedenfalls noch längere Zeit vergehen wird, bis die weiter im Innern Chinas gelegenen mächtigen Kohlenfelder im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der projektierten Bahnbauten nach den Binnenprovinzen erschlossen werden, so liegen einstweilen die Aussichten für den vorteilhaften Absatz der Schantungkohle durchaus günstig. Was das Vorkommen von Eisenerzen betrifft, so ist einstweilen festgestellt, daß solche vorhanden sind, daß sie genügend reich sind und daß sie in der Nähe von Kohlenfeldern liegen. Namentlich die Erfüllung dieser letzteren Bedingung ist von außerordentlichem Wert. Ob und in welchem Maße es sich rentieren wird, einen bergmännischen Betrieb auf Eisen, eine Verhüttung der gewonnenen Erze u. s. w. an Ort und Stelle einzurichten, darüber hat bisher noch nichts Bestimmtes verlautet.

Auf jeden Fall ist die Erschließung der Kohlenflötze Schantungs bereits ein großer und unzweifelhafter Erfolg. Man kann den Kohlenbedarf der Dampfer, die in denjenigen Häfen Ostasiens verkehren, für welche Schantung mit der Zeit als beherrschender Lieferant in Betracht kommen kann, wenn auch nicht genau berechnen, so doch jedenfalls mit Sicherheit auf viele Millionen Mark veranschlagen, wobei in Betracht kommt, daß sich Zahl- und Tonnengehalt des ostasiatischen Dampferverkehrs in stetig aufsteigender Linie bewegen und namentlich auch der Bedarf der seitens aller in Ostasien interessierten Nationen dort stationierten Kriegsfahrzeuge ein außerordentlich hoher ist. Dieser ganze Wert der für eine nicht zu ferne Zukunft in Schantung zu erwartenden Kohlenproduktion fällt also für die Erhöhung der Kauf- und Zahlungskraft des Landes ins Gewicht — abzüglich etwa des bar an die Aktionäre des Unternehmens hinausgehenden Gewinns. Steigt mit der Entwickelung des Bergbaues überhaupt erst das ökonomische Gesamtniveau des Landes, so ergibt sich alsdann natürlich auch noch eine Reihe weiterer Möglichkeiten zur Schaffung neuer Ausfuhrwerte. Immerhin

wird es unsere Aufgabe sein, da wir schwerlich je in die Lage kommen werden, die wirtschaftliche Konkurrenz anderer exportierender Nationen in Schantung mit äußeren Mitteln ausschließen zu können oder zu wollen, alles dafür zu tun, daß in der Tat auch unsere und nicht die englische, belgische oder sonstige fremde Exportindustrie den Nutzen von der Entwickelung der Produktionsfähigkeit Schantungs hat. Wie anderwärts, so wird es zu dem Zweck auch hier eines verständnisvollen Zusammenarbeitens zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Gruppen und Firmen für die Aus- und Einfuhr bedürfen.

Ganz andere Aussichten noch würden sich freilich eröffnen, wenn es gelänge, neben dem Seidenbau die Exportfähigkeit des Landes in der Weise zu fördern, daß ein Teil des Bodens dem Anbau von Getreide, Hirse und ähnlichen Nahrungspflanzen entzogen und dafür die Kultur der Baumwolle, die in ganz Schantung ohne Schwierigkeit gedeiht, erheblich verbreitert werden könnte. Baumwolle ist ein bedeutend höherwertiges Produkt als Getreide; auch bei Bezug des durch den Baumwollbau im Lande selbst ausfallenden Getreidequantums aus anderen Gebieten würde sich also immerhin ein Plus an Exportwert und Aufnahmefähigkeit für europäische Einfuhr ergeben. Den Russen in Turkestan ist diese Aufgabe der Verdrängung des Getreidebaues durch die Baumwolle bis zu einem gewissen Grade bereits gelungen, und mit zu dem Zweck, um sie endgültig in entscheidender Weise zu fördern, wird jetzt die gegen 2000 Kilometer lange Eisenbahnlinie von Taschkent nach Orenburg erbaut. Auf ihr soll die Zufuhr desjenigen Brotgetreides erfolgen, das in Turkestan selbst beim Übergang weiterer großer Arealflächen zum Baumwollenbau nicht mehr hervorgebracht werden könnte. Allerdings bleibt dabei immer zu erwägen, daß der eigene Bedarf Chinas an Baumwolle ein so kolossaler ist, daß, trotzdem die Pflanze bis unmittelbar an die Nordgrenze des eigentlichen Reiches gedeiht, eine starke Einfuhr von fertigen Baumwollstoffen und Garnen aus Japan, Ostindien, Amerika und Europa stattfindet. Um Schantung in dieser Beziehung zu einer exportierenden Provinz auszugestalten, bedürfte es also jedenfalls sehr großer und planvoll geleiteter Anstrengungen.

Ungeachtet aller dieser Schwierigkeiten, wird Schantung doch voraussichtlich, wegen seiner maritimen Lage nahe dem Brennpunkte eines wichtigen

und großen Teiles des gesamten ostasiatischen Verkehrs, unter allen überseeischen Interessengebieten Deutschlands die schnellste Entwickelung nehmen. Wenn man von dem Eisenbahnbau Swakopmund—Windhuk in Deutsch-Südwestafrika absieht, der teilweise wenigstens nach anderen Gesichtspunkten beurteilt werden muß, so ist hier in „Deutsch-China“ die Erschließung des Landes durch den Bahnbau am weitesten gefördert, denn bereits in kurzer Frist wird der Schienenstrang die Hauptstadt Tsinanfu erreichen und dort gleichfalls in naher absehbarer Frist den Anschluß an die große Hauptlinie des nördlichen China von Peking nach Hankau finden. Damit aber ist für uns gegeben, daß wir rechtzeitig darauf bedacht sein müssen, die Fäden wirtschaftlicher Verbindung auch noch tiefer nach Westen und Südwesten in das Innere von China hinein nach den Provinzen Schansi und Honan zu spinnen. Vor allen Dingen Schansi ist wichtig durch seine bei erheblich undichterer Bevölkerung unzweifelhaft bedeutende Produktionskraft an Mineralien. Natürlich werden diese weiter westwärts gelegenen Landschaften ebenso wenig wie Schantung selbst jemals deutsches Besitztum in irgend welcher Form werden. Bereits bei der ersten Besetzung von Kiautschou wurde das Problem unserer Absichten in China in vollkommen deutlicher Weise dahin formuliert, daß es uns nicht auf die politische Kontrolle oder Herrschaft über irgend welche größere Teile des Reiches ankäme, sondern lediglich darauf, einen zur Konzentration unserer wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen mit dem Lande geeigneten Stützpunkt an der Küste, gleich den ähnlichen Besitzungen anderer Nationen, inne zu haben. Noch viel stärker als diese ausdrücklich abgegebene Versicherung ist aber die innere Logik der Dinge, die uns geradezu unabsehbare Komplikationen und die sichersten Aussichten auf eine garnicht zu tragende Last materieller Opfer und politischer Verantwortung schaffen würde, sobald wir an eine faktische Annexion ausgedehnterer Gebiete in einem Lande von der Bevölkerungsdichte, der materiellen Kulturstufe und dem nationalen Selbstgefühl Chinas denken wollten. Nach dieser Richtung hin ist das englische Hongkong ein Musterbeispiel, und zwar nicht nur was seine jetzige Blüte anbetrifft, sondern auch nach der Richtung hin, daß dieser Blüte eine verhältnismäßig sehr lange Zeit geradezu kümmerlicher Zustände vorhergegangen ist. Trotzdem wäre es, wie jederman jetzt einsehen wird, von England eine unvergleichliche Kurzsichtigkeit gewesen,

den Platz als unnütz und bloße Kosten verursachend aufzugeben. Tsingtau ist bereits heute blühender, als es Hongkong in den ersten Jahrzehnten seiner Existenz als englische Kolonie je gewesen ist, und wenn auch die geographischen Bedingungen die Südküste der Schantung-Halbinsel voraussichtlich nie zu einer so unvergleichlichen Bedeutung gelangen lassen werden, wie sie die Mündungsgebiete des Westflusses und des Jangtsekiang besitzen, so würde doch auch bereits ein Bruchteil jener Bedeutung hinreichen, um die auf den Erwerb von Kiautschou gesetzten Hoffnungen reichlich zu rechtfertigen.

Was endlich unsere eigentlichen und eigenen Kolonialgebiete in Afrika und auf den Südseeinseln anbetrifft, so ist es in diesem Zusammenhange nicht nötig, über sie in größerer Ausführlichkeit zu handeln; immerhin aber wird es gut sein, wenigstens den Versuch eines zusammenfassenden Urteils über sie zu geben, da selbst in unseren kolonialfreundlichen Kreisen immer noch, sowohl nach der optimistischen, als auch nach der pessimistischen Seite hin, viele schiefe Vorstellungen bestehen. Deutschlands Kolonien umfassen im ganzen etwa $2^2/_3$ Mill. Quadratkilometer mit 12—13 Mill. Einwohner, d. h. sie übertreffen das Areal des Mutterlandes um das Fünffache, haben aber nicht viel mehr als ein Fünftel seiner Einwohnerzahl. Dabei muß betont werden, daß namentlich die Bevölkerungsziffern in den beiden zweifellos volkreichsten unserer überseeischen Schutzgebiete, Kamerun und Ostafrika, kaum annähernd als gesichert gelten können.

Wenden wir den an die Spitze dieses Kapitels gestellten und schon vorher öfters befolgten Gesichtspunkt wieder an und fragen: welche Größe bedeuten unsere Kolonien heute sowohl nach ihrer Produktions- als auch nach ihrer Aufnahmefähigkeit für unsere Industrie und unsern Handel, und wozu können sie sich voraussichtlich im Laufe einer nicht allzu fernen absehbaren Zukunft entwickeln? Wie gleichfalls bereits öfters betont worden ist, unterscheiden wir zwischen einer Kolonie mit überwiegend weißer und einer solchen mit ganz oder fast ganz farbigen Bevölkerung. Die erstere Kategorie wird unter allen Umständen eine dem unvergleichlich viel höher entwickelten Kulturbedürfnis der weißen Rasse entsprechende bessere Export- und Importaussicht gegenüber der zweiten repräsentieren. Leider kommt als Ansiedlungskolonie größeren Maßstabs für diese Auswanderer

mit Sicherheit einstweilen nur unser Besitz in Südwestafrika in Betracht. Auch dort handelt es sich, nach den bisherigen Erfahrungen und Studien zu schließen, bloß um ein beschränktes Areal, welches dem Ackerbau im eigentlichen Sinne zugänglich gemacht werden könnte, da die klimatischen Verhältnisse künstliche Bewässerung verlangen, diese aber bei der unregelmäßigen Verteilung der Niederschläge und der daraus resultirenden Wasserlosigkeit der Flußläufe während des größten Teils des Jahres nur durch kostspielige Reservoirbauten zu ermöglichen ist. Anders und besser steht es mit der Viehzucht. Daß einige zehntausende, günstigenfalls vielleicht selbst hunderttausend Ansiedlerfamilien sich durch den Betrieb größerer oder kleinerer Viehfarmen im Laufe der Zeit erhalten könnten, darf man wohl annehmen. Bedenkt man, daß erfahrungsgemäß eine jede solche europäische weiße Kolonistenfamilie über See mit einem Bedarf an europäischen Importartikeln von 2000, in günstigen Fällen selbst 3000 Mk. jährlich einzuschätzen ist, so würde jedes Tausend deutscher, in Südwestafrika angesiedelter Farmerfamilien bereits eine Kaufkraft von 2—3 Mill. Mark repräsentieren. Wem diese Ziffer unglaublich erscheint, der erinnere sich an die Verhältnisse in Australien, namentlich in Neuseeland. Neuseeland hat etwa 750 000 weiße Einwohner; die Familie zu 6 Köpfen gerechnet, ergibt das etwa 120 000 Familien. Die Einfuhr beträgt rund 170 Millionen Mark, das macht ca. 1400 Mk. auf die Familie, wobei aber zu erwägen ist, daß ein Land von der wirtschaftlichen Entwickelung der australischen Doppelinsel bereits selbst über eine nennenswerte Industrie verfügt und nur noch mit einem Teil seines Bedarfes an Fabrikaten auf die Einfuhr aus Europa angewiesen ist.

Allerdings dürfen wir uns nicht einbilden, daß eine ähnliche gedeihliche Entwickelung unseres südwestafrikanischen Schutzgebiets, wie das bei den festländischen und insularen Kolonien Englands in Australien der Fall war, im Laufe der Zeit ganz oder auch nur überwiegend von selber eintreten wird. Höchstens für den nördlichen, bereits der südtropischen Zone angehörigen Teil des Landes unmittelbar südlich vom Kunenefluß, dem Grenzfluß gegen das portugiesische Westafrika, wo die klimatischen und meteorologischen Verhältnisse den Anbau kostbarer Nutzgewächse, vor allen Dingen der Baumwolle, im großen gestatten und nur noch eine Erschließung

durch moderne Verkehrswege als notwendige Vorbedingung erst geleistet werden muß, ist es möglich zu hoffen, daß die Erschließung und die Plantagenkultur sich einigermaßen von selbst vollziehen werden. Grade dort wird man aber weniger mit einer starken weißen Zukunftsbevölkerung zu rechnen haben, als weiter im kühleren Süden. Die ganze Mitte und der Süden des Landes können aber erst durch Vornahme großer Erschließungsarbeiten aus öffentlichen Mitteln ertragsfähig gemacht werden. Diese Erschließung muß vor allen Dingen in der Beschaffung von Wasser bestehen. Wasser kann in Südwestafrika, von wenigen Stellen, wo es auf natürliche Weise zutage tritt oder sich sammelt, abgesehen, nur durch Bohrungen oder durch Stauanlagen größeren oder kleineren Umfanges beschafft werden. Beide Methoden sind aber, von Versuchen kleinsten Maßstabes abgesehen, kostspieliger, als daß sich der einzelne Ansiedler auf eigene Faust mit ihnen befaßen könnte. Selbst aber wenn man die Wasserfrage ausschaltet, bedarf der Ansiedler in Südwestafrika eines sehr viel größeren Anfangskapitals, als das in Ländern mit günstigeren klimatischen Verhältnissen der Fall ist. Überall dort, wo Ackerbau auf den regelmäßigen Regenfall hin möglich ist und bereits mit Wahrscheinlichkeit auf den Ertrag der ersten Aussaat gerechnet werden kann, genügt es, wenn der Kolonist samt seiner Familie über einige Paar kräftiger Arme, einige Geräte und ein bescheidenes Verpflegungskapital für die erste Zeit verfügt. In den meisten Teilen Südafrikas dagegen beruht die Möglichkeit der Bodenausnutzung auf einer umfassenden Viehwirtschaft, und Ansiedler, die über ein so großes Kapital verfügen, daß sie sich aus eigenen Mitteln eine erhebliche Herde von Rindern und Kleinvieh beschaffen können, finden mit ihrem Kapital gewöhnlich in der Heimat ihr Fortkommen. Der Zirkel ist also der, daß wohlhabende Leute kein Verlangen nach überseeischer Ansiedlung zu verspüren pflegen, arme aber in unserem Anteil an Südwestafrika nicht zu brauchen sind, es sei denn, daß sie von vornherein eine große Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten. Diese Unterstützung zurückzuzahlen wird ihnen, selbst die Tüchtigkeit und den guten Willen vorausgesetzt, doch solange sehr schwer fallen, als nicht für einen geregelten und glatten Absatz ihrer Produkte, sei es nach der Heimat, sei es nach benachbarten Gebieten, gesorgt wird. Eine große Erleichterung für das Emporblühen des Schutzgebietes würde es be-

deuten, wenn größere Mineralreichtümer gefunden werden sollten. Der Bergbau konzentriert von vornherein eine Menge Menschen auf einem Punkt und liefert dem benachbarten Ansiedler und Farmer eine vorteilhafte Verwertungsmöglichkeit für seine Erzeugnisse. Gegenwärtig ist die Anlage eines großen Kupferbergwerks in Otavi, im Norden der Kolonie, im Gange; es wird zunächst eine Eisenbahn von der Küste her dorthin gebaut. Im südlichen Teil, bei Gibeon, hat sich sogenannter Blaugrund, nach den Erfahrungen, die man im britischen Südafrika gemacht hat, das Muttergestein des Diamanten, in größerer Menge gefunden, und ist es möglich, daß in nächster Zeit auch Diamanten selbst darin entdeckt werden. Geschieht das und nehmen die Minen von Otavi den erhofften Aufschwung, so sind damit die glücklichsten und verheißungsvollsten Aussichten auch für die rasche Besiedlung Deutsch-Südwestafrikas mit weißen Ansiedlern gegeben. Die Flußtäler, in denen während der Regenzeit reichliche Vorräte von Wasser gestaut werden können, sowie einige andere dauernd wasserreichere Bezirke gewähren überdies auch die Möglichkeit des Anbaues von Getreide, Wein, Tabak und anderen Nahrungs- und Nutzpflanzen. Sollte es im Zusammenhange mit dieser zu erhoffenden Entwicklung gelingen, z. B. den Bedarf der deutschen Industrie an Wolle zum erheblichen Teil aus Südwestafrika zu decken, sollte es weiterhin möglich werden, ähnlich wie aus Australien nach England, Fleischextrakt und gefrorenes Fleisch bald in größerer Menge zu exportieren, so kann selbst bei einer im Verhältnis zu der Ausdehnung des Schutzgebiets geringen Anzahl weißer Bewohner im Laufe der nächsten Jahrzehnte von Deutsch-Südwestafrika aus eine kräftige und fördernde Rückwirkung auf die Industrie und den Handel des Mutterlandes ausgehen, und die einstweilen allerdings absolut notwendigen staatlichen Aufwendungen für Wasserbeschaffung und für Ansetzung von Familien werden dann die glänzendsten Früchte tragen.

Was unsere übrige Kolonieen anbetrifft, so wissen wir, daß zunächst aus Deutsch-Ostafrika, abgesehen natürlich auch hier immer von der Möglichkeit großer Funde von Edlemetallen, voraussichtlich nie ein in größerem Maßstabe Werte produzierendes Land wird gemacht werden können. Das schließt nicht aus, daß es mit der Zeit und bei geschickter Verwaltung doch zu einem Aufnahmegebiet für deutsche Erzeugnisse werden kann, das nicht

schlechthin vernachlässigt zu bleiben braucht. Ohne Zweifel kann es eine doppelt, vielleicht drei Mal so große Bevölkerung ernähren, als gegenwärtig in ihm lebt, aber diese Bevölkerung wird nie reich, nie im Besitze wertvoller Tauschobjekte für den deutschen Einfuhrhandel sein. Wenn aber der Einzelne nicht viel bringt, so kann die Masse immerhin etwas bringen. Was wir also in Ostafrika zu produzieren versuchen müssen, das sind Menschen, schwarze Menschen. Vor allen Dingen ist es dazu nötig, daß der Landfriede durchweg gesichert wird, daß in dem Wust von Aberglauben und Stumpfsinn, der jetzt neben verschiedenen äußeren Gründen dem Erhaltenbleiben und der Aufzucht einer größeren Anzahl von Kindern im Wege steht, die ersten groben Lichtungen hineingeschlagen werden. Die Mission ist es, auf die wir uns hier vor allen Dingen verlassen müssen. Niemand ist so gut wie die Missionare imstande, den Schwarzen bis zu dem Grade zu zivilisieren, daß er Kulturbedürfnisse bekommt und um ihrer Befriedigung willen bereit ist, ein größeres Arbeitsmaß zu leisten, als dasjenige, welches im Zustande absoluter Barbarei hinreichte, ihm das Leben zu fristen.

In dieser Beziehung, was die Bedeutung von Mission und verwandten Unternehmungen für, sei es halb, sei es ganz unzivilisierte Länder betrifft, haben wir in Deutschland noch außerordentlich viel zu lernen. Ich habe an verschiedenen Stellen dieser Arbeit den Versuch gemacht, an einigen praktischen Hinweisen den Gedanken deutlich zu machen, daß es für die materielle Entwicklung unkultivierter, aber von Natur produktionsfähiger Länder auf die Dauer kein sichereres Mittel giebt, als die Förderung der geistigen und sittlichen Lebenshaltung ihrer Bewohner. England verdankt dem idealistischen Opfermut seiner Missionare, die unendliche Länderstrecken und Völkermassen in Asien und Afrika durchzogen und bearbeitet haben, um den ethisch-religiösen Standard der Eingeborenen zu heben, auch für die Entwicklung seines Handels und seiner Industrie geradezu unvergleichliches. Selbst wenn es mit der Innerlichkeit der von den Missionaren bei ihren farbigen Zöglingen erreichten Resultate mehr oder weniger zweifelhaft steht, so ist doch die Förderung der materiellen Bedürfnisse, der Arbeitsfähigkeit, der allgemeinen Produktivität jener Eingebornen durch die Mission nur für Blinde und solche, die es sein wollen, bestreitbar. Also selbst wenn man nicht persönlich auf christlich religiösem, sei es evangelischem, sei

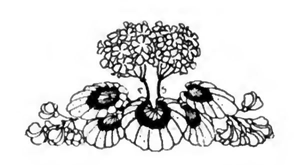
es katholischen Standpunkt steht, ist es unter allen Umständen töricht und kurzsichtig, wenn man für die überseeische Mission nur Gleichgültigkeit oder Spott übrig hat. In Afrika wird sich für die von den Missionaren angestrebten Ziele eine andere Form der Arbeit, als die von alters her befolgte, nur schwer einführen lassen. In anderen Gebieten, die bereits über einen höheren Kulturgrad verfügen, wie z. B. in China und im Orient, wo also die Aufgabe der geistigen Beeinflussung der eingeborenen Bevölkerung eine zugleich schwierigere aber auch dankbarere ist, werden sich andere und freiere Formen hierfür finden müssen, und es wird nichts anderes, als ein Prüfstein der Einsicht und des Weitblicks unserer, sei es wirtschaftlich, sei es politisch, sei es geistig maßgebenden Kreise sein, mit welcher Energie sei diese unabweisliche und von anderen Nationen bereits seit lange befolgte Einsicht praktisch und folgerichtig erfassen.

Was unsere beiden tropischen Besitzungen an der Westküste Afrikas betrifft, Kamerun und Togo, so ist ja das Urteil über sie dahin geklärt, daß es Kolonien mit leidlichen, zum Teil unzweifelhaft guten, Aussichten für die Produktion von Nutzpflanzen der heißen und warmen Zone sind: Tabak, Baumwolle, Kakao, Öl von verschiedenen Palmengattungen und dergleichen mehr. Kein Zweifel, daß beide Gebiete mindestens so entwicklungsfähig sind, wie die benachbarten englischen und französischen Besitzungen: Nigeria, Senegambien, Dahomey, die bereits zum Teil unter der Wirkung einer verständigen und großzügigen Eisenbahnpolitik eine glänzende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung eingeschlagen haben. Gefährlich ist hier, namentlich in Kamerun, auf die Dauer nur die kurzsichtige Landpolitik, die in einer früheren Phase unserer Kolonialverwaltung einigen Terrain- und Spekulationsgesellschaften unverhältnismäßig große Teile des Territoriums ganz ohne genügende Garantie für sachgemäße wirtschaftliche Erschließung und Verwertung ausgeliefert hat. Auch das sonst so zukunftsreiche Südwestafrika blieb leider zu Anfang der deutschen Herrschaftsperiode von diesem Fehler nicht frei, und hier wie dort wird es jetzt, wo eine bessere Einsicht gekommen ist, nicht leicht sein, ohne einen unter allen Umständen verwerflichen direkten Rechtsbruch das Geschehene wieder gut zu machen. Gerade in den Tropen heißt die Losung mehr als irgend wo anders, daß eine vernünftige Kolonialpolitik fast identisch ist mit einer vernünftigen Behand-

lung der Eingeborenen. Nichts ist, ganz abgesehen von aller Ethik und und allem Idealismus, praktisch verkehrter, als eine Politik à la Peters, die den Eingeborenen, die nur durch ein langsames, vorsichtiges und systematisches Verfahren zu nützlicher Tätigkeit erzogen werden können, mit staatlichem oder gesellschaftlichem Arbeitszwang und dergleichen zu Leibe gehen will. Die Früchte eines solchen Vorgehens haben seinerzeit die Spanier auf den Antillen geerntet, indem die dortigen Indianer in überraschend kurzer Zeit unter dem Druck der Encomiendas ausstarben. Genau diese selbe Gefahr würde uns drohen, wenn wir Menschen auf einem so primitiven Entwicklungsstande wie die Neger unserer tropischen Besitzungen einem weitgehenden Arbeitszwange unterwerfen wollten. Die Rasse ist dazu einfach noch lange nicht fähig, und mit dem Dahinschwinden der Einheimischen würden wir in einem Klima, das den Weißen körperliche Arbeit überhaupt unmöglich macht, den Ast auf den wir sitzen rettungslos absägen. Auch hier ist ein vernünftiges Zusammenarbeiten zwischen Kolonisierung, Verwaltung und Mission der aussichtsreichste, ja auf der Dauer ohne Zweifel der einzige wirklich aussichtsreiche Weg.

Wir dürfen diesen kurzen Überblick über die wichtigsten überseeischen Zukunfts- und Interessengebiete des deutschen Wirtschaftslebens — den Orient, Südamerika, Schantung und sein Hinterland, die Kolonieen in Afrika und der Südsee — mit dem Ausdruck der Zuversicht schließen, daß bei einer vernünftigen Bearbeitung in dieser ganzen Sphäre, d. h. bei steter Befolgung des Prinzips weitblickender staatlicher Maßnahmen und bei kräftiger und rascher privater Initiative, immerhin für die materielle Zukunft Deutschland große und gute Aussichten vorhanden sind. Daß aber solche spezielle Reservate nationaler Wirtschaftstätigkeit, zu denen wir ja, wie gezeigt, weder Süd-Amerika noch die Türkei, ja nicht einmal Schantung im eigentlichen Sinne rechnen können, nicht imstande sind, die ganze oder auch nur den größten Teil der Last des überseeischen Handels und der Weltwirtschaft eines Volkes zu bestreiten, das hat uns ja das Beispiel Englands gezeigt. Trotzdem hat jedes Stück eines solchen auswärtigen Marktes, auf dem es besondere Anknüpfungspunkte nationaler Natur giebt, eine vor allen anderen Gebieten ausgezeichnete Bedeutung. Die Hauptmasse unseres Handels, d. h. im wesentlichen des Absatzes für unsere In-

dustrie, wird selbst bei hoher Entwicklung der speziellen Beziehungen zu jenen vorhin genannten Gebieten immer „international“ bleiben. Sie zu sichern, giebt es nur zwei Mittel: Aufrechthaltung des Weltfriedens und rastloses Weiterschreiten unserer industriellen Entwicklung. Für die erstere zu sorgen, ist, soweit es in menschlicher Macht steht, die Aufgabe unserer Regierung und Diplomatie. In dieser Beziehung dürfen wir, wie sehr auch die nationale Kritik für den Einzelfall berechtigt sein mag, im ganzen nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts soweit vertrauend in die Zukunft blicken, wie das in einer Situation, bei der die Entschließung über ja und nein weniger auf unserer, als auf der andern Seite liegt, überhaupt möglich ist. Was aber den zweiten Punkt anbetrifft, so ist die Frage unseres technisch-industriellen Fortschreitens nicht mehr und nicht weniger, als eine Frage unserer allgemeinen nationalen Tüchtigkeit und Bildung überhaupt. Bisher haben uns die fremden Nationen bescheinigt, daß unsere schulmäßige Gründlichkeit und die hohe Entwicklung unseres Unterrichtswesens die tiefste Wurzel unseres bisher geleisteten ökonomischen Aufschwunges sind. Nur ein oberflächlicher Materialismus könnte aber meinen, daß die Technik ihre Lebenskraft aus einer anderen Wurzel erhielte, als aus der des allgemeinen Geisteslebens. Wenn wir das beherzigen, dürfen wir hoffen, dauernd fortzuschreiten — sonst nicht.



Alb. Sauffaerth (Otto Fleck), Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 22.

